

Stenographisches Protokoll

3. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIV. Gesetzgebungsperiode

Dienstag, 11. November 1975

Tagesordnung

Debatte über die Erklärung der Bundesregierung

Inhalt

Nationalrat

Angelobung des Abgeordneten Dr. Scrinzi (S. 42)

Personalien

Krankmeldung (S. 42)
Ordnungsrufe (S. 143 und S. 144)

Verhandlungen

Debatte über die Regierungserklärung

Redner: Dr. Taus (S. 42), Dr. Fischer (S. 53), Peter (S. 60), Dr. Koren (S. 66), Sekanina (S. 71), Zeillinger (S. 76), Pansi (S. 88), Dr. Busek (S. 92), Dr. Haider (S. 101), Marsch (S. 102), Dr. Stix (S. 107), Brandstätter (S. 110), Blecha (S. 111), Dr. Lanner (S. 117 und S. 134), Bundesminister Dr. Staribacher (S. 124), Dr. Schmidt (S. 127), Kittl (S. 131), Meißl (S. 136) und Dr. Mock (S. 141)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen

- 17: Abgabenänderungsgesetz 1975 (S. 42)
- 18: Veräußerung von unbeweglichem Bundesvermögen (S. 42)

Antrag der Abgeordneten

Dr. Marga Hubinek, Helga Wieser, Wilhelmine Moser, Dr. Hauser und Genossen betreffend Leistungen des Unterhalts aus dem Reservefonds für Familienbeihilfen (Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes) (1/A)

Anfragen der Abgeordneten

Kinzl, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, Helga Wieser, Kraft, Anton Schlager und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend die Benützung von Spikereifen (2/J)

Kinzl, Dr. Lanner, Deutschmann und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend die Auszahlung der sogenannten Treibstoffrückvergütung (3/J)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Probst**.

Debatte über die Erklärung der Bundesregierung

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Die amtlichen Protokolle der 1. Sitzung vom 4. November und der 2. Sitzung vom 5. November 1975 sind in der Parlamentsdirektion aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gelten daher als genehmigt.

Krank ist der Herr Abgeordnete **Ofenböck**.

Angelobung

Präsident: Da der Herr Abgeordnete **Dr. Scrinzi** heute anwesend ist, werde ich sogleich seine Angelobung vornehmen.

Nach Verlesung der Gelöbnisformel durch den Schriftführer wird der Herr Abgeordnete die Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten haben.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten **Haberl**, um die Verlesung der Gelöbnisformel.

Schriftführer Haberl verliest die Gelöbnisformel. – Abgeordneter Dr. Scrinzi leistet die Angelobung.

Präsident: Ich begrüße den Herrn Abgeordneten herzlich in unserer Mitte.

Einlauf

Präsident: Seit der letzten Sitzung wurden die schriftlichen Anfragen 2 und 3/J an Mitglieder der Bundesregierung gerichtet.

Ich gebe bekannt, daß folgende Regierungsvorlagen eingelangt sind:

Bundesgesetz, mit dem das Umsatzsteuergesetz 1972 geändert wird und andere Maßnahmen auf dem Gebiete des Abgabenrechtes getroffen werden (Abgabenänderungsgesetz 1975) (17 der Beilagen) und

Bundesgesetz über die Veräußerung von unbeweglichem Bundesvermögen (18 der Beilagen).

Diese Regierungsvorlagen werde ich in der nächsten Sitzung zuweisen.

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein. Gegenstand ist die Debatte über die Erklärung der Bundesregierung.

Als erster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete **Dr. Taus**. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Taus (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Einleitend möchte ich mich im Namen der Österreichischen Volkspartei und auch im eigenen Namen für die Worte des Gedenkens bedanken, die Sie, Herr Präsident, und Sie, Herr Bundeskanzler, für meinen so tragisch ums Leben gekommenen Vorgänger **Dr. Karl Schleizer** gefunden haben. *(Beifall bei der ÖVP.)* Für uns, für die Österreichische Volkspartei, ist **Dr. Karl Schleizer** unvergeßlich.

Hohes Haus! Wir haben am 5. November 1975 eine sehr lange Regierungserklärung gehört. Das ist noch kein Werturteil, sondern nur eine Feststellung. Es war, obwohl ich es nicht nachgemessen habe, mit ziemlicher Sicherheit die längste der drei bisher von Bundeskanzler **Dr. Kreisky** gegebenen Regierungserklärungen, und ich habe den Eindruck, die Länge kann nicht darüber hinwegtäuschen, sie ist – zumindest im wirtschaftspolitischen Teil – ein Dokument der Ratlosigkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Regierungserklärungen, das ist meine Überzeugung, dürfen nicht mit literarischen oder anderen Maßstäben gemessen werden, auch wenn sie nicht sehr systematisch sind, stört das nicht. Sie sind ausschließlich nach politischen Gesichtspunkten zu beurteilen. Und es ist der politische Inhalt dieser Regierungserklärung unbefriedigend. Es ist eher eine Verwaltungserklärung als eine Regierungserklärung. Ihr Blick in die Zukunft fehlt. So viele Rückblicke hat es in einer Regierungserklärung noch nicht gegeben. Die Formulierungen sind unbestimmt und unklar. Dem Staatsbürger wird nicht gesagt, was auf ihn zukommt, was die Regierung konkret zu unternehmen gedenkt.

Lassen Sie mich eine Formulierung stellvertretend für viele zitieren: „Jedenfalls“ – heißt es in der Regierungserklärung – „wird allen damit zusammenhängenden Problemen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, und man kann davon ausgehen, daß es in dieser Legislaturperiode zu beachtenswerten Entwicklungen auf diesem Gebiet kommen wird.“ Das ist, glaube ich, eine Formulierung, aus der man selbst mit großer Phantasie nur sehr wenig herauslesen kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dr. Taus

Aber 1975 sieht es eben in Österreich anders aus als 1970 oder 1971. Damals war die Wirtschaft in Ordnung, sie wuchs rasch unter stabilen Währungsverhältnissen. 1975 geht es darum, eine Krise zu bewältigen, und die Regierungserklärung enthält kein Rezept dafür.

Gegenüber 1971 ist aber auch die Konkretheit verlorengegangen. Da hat es zum Beispiel noch die Ankündigung eines „neuen modernen Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes“ gegeben, um wieder ein Beispiel zu nennen.

Jetzt ist nur noch vage von der „Stärkung der Rechte der Nutzungsberechtigten“ die Rede. Offensichtlich haben sich hier in der SPÖ andere Interessen durchgesetzt. Diese Beispiele ließen sich fortsetzen. Nur eines noch: Gegenüber 1971 ist manches zurückgenommen worden, zum Beispiel auch der Kampf gegen die Armut. Damit werde ich mich noch näher auseinanderzusetzen haben.

Die Unklarheit, die vage Formulierung, die Unpräzision wird in dieser Regierungserklärung zum Prinzip erhoben.

Die Frage ist nun: Warum ist das so? Ich glaube, man soll sich das mit der Analyse gar nicht so leicht machen.

Es gibt zwei Gesichtspunkte, die hier wesentlich sind: Einer ist ein sehr vordergründiger, der wahrscheinlich auch seine Richtigkeit hat: Der Regierung ist eben nicht mehr eingefallen.

Aber es gibt auch noch einen zweiten Gesichtspunkt: Ich glaube, in dieser Regierungserklärung wird ganz besonders stark das politische Dilemma sichtbar, das in den beiden vorangegangenen Regierungserklärungen noch viel besser zugedeckt werden konnte, nämlich: Wie kann man in der Praxis die „Doppelstrategie“ realisieren, wie sie in den „Roten Markierungen“ von Herrn Abgeordneten Fischer formuliert wurden.

Er hat dort nämlich geschrieben: „Insgesamt muß die Grundformel unserer politischen Strategie also lauten: Maximierung des Produkts aus sozialistischer Substanz unserer Politik mal dem Ausmaß an Konsens, das wir für diese Politik mobilisieren können.“

Was das für eine Politik ist, kann ebenfalls bei Fischer nachgelesen werden. Es gibt zwar eine reichhaltige Literatur darüber, aber bleiben wir im Inland, bleiben wir bei Dr. Heinz Fischer.

Er hat nämlich weiter formuliert, „... daß nämlich die Sozialdemokratie nicht nur ein Programm zu verwirklichen trachtet ..., sondern daß sie von ... ihren Utopien in einer sich wandelnden Gesellschaft jeweils ein Maximum zu realisieren trachtet, aus diesem Grunde gibt es letzten Endes auch kein sozialistisches

Endziel, sondern nur kurz-, mittel- und längerfristige Zwischenziele, die an der sozialistischen Utopie gemessen werden.“

Nun geht es hier um die Frage: Wie kann ich zudecken? Auf der einen Seite die große Breite dessen, um dieses Maximum an Konsens zu bekommen. Auf der anderen Seite: Wo bleiben sie denn noch sozialistisch? Und das ist ein Dilemma, das in dieser Regierungserklärung sehr deutlich zum Ausdruck kommt.

Gestatten Sie mir noch ein kleines Zitat zur Frage der Zwischenziele. Es heißt hier:

„Der Kampf um die Macht und für den Sozialismus sind abstrakte Begriffe. Daher bedarf dieser Kampf der Vermittlung der Zwischenziele, die die Arbeitnehmer mobilisieren für den Kampf um Teilziele, die tiefen Bedürfnissen entsprechen und zugleich die kapitalistischen Strukturen in Frage stellen.“

Damit ist die Taktik klar: Sozialismus in homöopathischen Dosen, ganz wenig, sodaß es die Wähler nicht merken. Sozialismus im „Pilgerschrittverfahren“: Drei Schritte nach vor, zwei Schritte zurück. Dieses Lavieren führt nun zum Dilemma, zum zweiten Dilemma dieser Regierungserklärung: Wenig Sozialismus herzeigen, daher so unklar wie möglich bleiben.

Ich halte das für kein gutes Prinzip zur Information der Öffentlichkeit! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und lassen Sie mich nun nur zwei Beispiele bringen, zwei Beispiele, wo Sozialismus hervortritt aus dem großen Wust von vagen Erklärungen, die in dieser Regierungserklärung enthalten sind. Das erste ist die Frage des natürlichen Rechtsbewußtseins, wo gesagt wird – ich zitiere aus der Regierungserklärung:

„Ebenso gilt auch heute unverändert jener Satz aus dem Hainfelder Programm, wonach die Sozialdemokratie ihre Ziele in Übereinstimmung mit dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes zu erreichen trachtet.“ – Das ist aus der Prinzipienerklärung des Hainfelder Programmes übernommen, wo es heißt:

„Das Proletariat politisch zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich, zu dessen Durchführung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mitteln bedienen wird.“

Ich halte es für durchaus legitim, wenn sich eine Partei auf ihre Tradition beruft und feststellt, was unverändert gültig ist. Im konkreten Fall ist das, meine sehr geehrten Damen und

Dr. Taus

Herren, beinharte Klassenkampffideologie. Das Recht als Instrument des Klassenkampfes. Das ist gar nicht fern dem Prinzip der sozialistischen Gesetzmäßigkeit, wie es zum Beispiel in der DDR entwickelt wurde. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Androsch: Jetzt ist es aber genug!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die zweite Grundsatzfrage sind die Passagen zur Wirtschaftsordnung dort, wo in der Regierungserklärung die Brücke von der Krise in den dreißiger Jahren zu unserer derzeitigen wirtschaftlichen Situation geschlagen wird. Nun mag jemand sagen, das sind bestimmte abstrakte Erörterungen. Meine Damen und Herren! Das sind sie nicht. Genau die abstrakten Prinzipien und Grundsätze sind es, die unser Leben bestimmen werden. Genau die Ideen sind es, von denen in Zukunft die Gesellschaft gestaltet wird, und gar nichts anderes. Und man muß sehr genau schauen, welche eine Programmatik, von welchen Ideen, von welchen Grundlinien getragen wird. Und daher ist das entscheidend in dieser Regierungserklärung. Es heißt zum Beispiel hier weiter:

„Auch in den sogenannten ‚goldenen zwanziger Jahren‘ gab es eine so lange Hochkonjunkturphase, daß man sich der Hoffnung hingab, daß es eine ‚prosperity for ever‘ geben werde.“

Dann wird Schumpeter zitiert und weiters gesagt: „Daraus ergibt sich, daß die Wirtschaftsordnung, in der wir leben, eben eine solche ist, die einen ausgeglichenen Konjunkturverlauf nicht zu gewährleisten imstande ist, und daß es großer Anstrengung bedurft hat und noch bedürfen wird, Österreich vor den ärgsten Folgen dieser krisenhaften Entwicklung in der Weltwirtschaft abzuschirmen.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Da wird ja die uralte Gebetsmühle von der gewissermaßen naturgesetzlichen Krisenanfälligkeit des marktwirtschaftlichen Systems gedreht. Die Krise als zwangsläufiges Ereignis, untrennbar mit dem marktwirtschaftlichen System verbunden. Ein Naturereignis, gegen das eine Regierung überhaupt nicht ankommen kann. Das System muß in Frage gestellt werden. Das ist die Lösung. Das liegt in der Regierungserklärung drinnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das halte ich für wichtig und für entscheidend. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber lassen Sie mich eines dazu sagen: Es gibt überhaupt keine menschliche Ordnung, die frei von Fehlern sein kann, gleichgültig, wie man die Wirtschaft organisiert hat, ob mehr nach planungsmäßigen Grundsätzen, mehr nach freien Grundsätzen. Wir Menschen sind nicht frei von Fehlern, daher gibt es auch keine Ordnung, die frei von Fehlern sein kann. Aber

die derzeitige Krise kann doch nicht darauf zurückgeführt werden, daß sie einfach systemimmanent ist, daß sie aus dem System herauskommt, sondern sie ist einfach darauf zurückzuführen, daß man schwere wirtschaftspolitische Fehler gemacht hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dr. Kreisky selbst hat ja in seinen jüngst veröffentlichten Gesprächen mit Olof Palme und Willy Brandt gemeint, daß die Sozialisten irgendwie in allen europäischen Staaten regieren und sich der Krise gegenüber nicht so wie in den dreißiger Jahren verhalten dürften, und er hat in dieser Veröffentlichung viel deutlicher als in der Regierungserklärung diese Wirtschaftsordnung in Frage gestellt. Was wir heute haben, ist nicht das Problem der Infragestellung dieser Ordnung, sondern wir haben heute das, was man als einen „politischen Zyklus“ bezeichnet, was einfach durch wirtschaftspolitische Fehler entstanden ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte hier eindeutig meine Auffassung deponieren, mit der ich nicht allein stehe: Eine Katastrophe des Typs 1929 bis 1933 ist, wenn schon nicht unmöglich, so nur durch eine außerordentliche Kombination falscher Politik vorstellbar.

Und das ist die entscheidende Aussage. Selbstverständlich ist dieses System steuerbar, und es ist kein immanenter Krisenmechanismus in diesem System drinnen. Das ist keine Rechtfertigung für eine Politik, dieses System zu zerstören. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die derzeitige Krise dem Wirtschaftssystem in die Schuhe schieben zu wollen, ist einfach die Methode „Haltet den Dieb“. Dieses Wirtschaftssystem – ich möchte es wiederholen – muß immer wieder geändert, angepaßt werden, ist produktiv, entwicklungsfähig und auch sozial. Man kann es nur, wie jedes gesellschaftliche System, durch dauernde Überforderung schwächen und schließlich zerstören. Und das war die Politik der letzten Jahre: auf Schwächung des Systems abgestellt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber den Gesinnungswandel, der in dieser Frage in der Sozialistischen Partei eingetreten ist, den kann man anhand einiger Zitate aus Zeitungen, aus Äußerungen in den letzten Jahren ersehen. Da heißt es zum Beispiel in der „Sozialistischen Korrespondenz“ im Mai 1974:

„Die Wirtschaftsaussichten für die absehbare Zukunft sind günstig, die Vollbeschäftigung ist ungegefährdet.“

Es heißt im Dezember 1974: „So wie es der Bundesregierung 1971–1972 gelungen ist, eine europäische Minirezession von Österreich abzuhalten, wird sie auch heuer und 1975 einen wirtschaftlichen Rückschlag verhindern können.“

Dr. Taus

Es gibt dann noch den schönen Satz von den Staatsfinanzen, die in Ordnung sind. Es gibt einen noch schöneren Satz vom 14. Februar 1975, der lautet:

„Wir werden nicht zulassen, daß in Österreich eine Krise herbeigeredet wird“. – In der Regierungserklärung ist sie herbeigeredet worden.

Und am 28. 4. 1975 hieß es in der „Sozialistischen Korrespondenz“:

„Das Ende der Rezession ist bereits in Sicht“. Nun, man kann sich irren; jeder Mensch kann sich irren. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, was mich an den Grundsatzpassagen der Regierungserklärung so irritiert, ist etwas, das eigentlich nicht unserem westlichen Wesen gemäß ist. Aus diesen Passagen spricht Fatalismus, Fatalismus aber entspricht nicht dem Geist des Westens, denn der ist aktiv und zupackend und nicht resignierend und vage und unbestimmt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Noch etwas anderes ist mir aufgefallen: Kein einziges Mal kommt in dieser Regierungserklärung die Leistung vor. Ich habe diesen Begriff kein einziges Mal gefunden. Wenn wir Schwierigkeiten überwinden wollen, werden wir etwas leisten müssen. Und da gestatten Sie mir auch eine Feststellung: Keine Gesellschaft kann je mehr geben, als sie leistet. Das Leistungsprinzip ist daher ein notwendiger Bestandteil jedes gesellschaftlichen Systems. Wer dieses Leistungsprinzip auf die Seite zu schieben versucht, der ruiniert eine Gesellschaft. Das soll auch einmal in aller Klarheit gesagt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wer die Leistung tötet, tötet die Freiheit, tötet das schöpferische Selbstbewußtsein des Menschen. Das hat nichts damit zu tun, daß dem Schwachen geholfen werden muß und daß niemand ausgebeutet werden darf, sondern liegt einfach in der menschlichen Natur. Wenn wir überlegen wollen, dann müssen wir etwas leisten, dann müssen wir arbeiten. Und das sei auch hier von dieser Stelle aus gesagt. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß meines Erachtens die Konsensdemokratie für die Problemlösung in entwickelten Industriestaaten besser geeignet ist als ein Konfrontationsmodell. Aber der Wähler hat entschieden, und wir haben diese Entscheidung hinzunehmen. Unsere Oppositionsstrategie ist daher einfach und klar: Wir werden weder eine Ja-sager- noch eine Nein-sager-Opposition sein. *(Heiterkeit bei der SPÖ. – Abg. Dr. Tull: Überhaupt nichts mehr! – Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Vorlagen und Initiativen der Regierung und der zweiten Oppositionspartei werden

unsere Zustimmung finden, wenn sie unseren Auffassungen entsprechen. Wir werden sie ablehnen, wenn sie es nicht tun. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir werden überall dort, wo wir es für richtig und notwendig halten, unsere Vorstellungen präzisieren, eigene Alternativen vorschlagen und Initiativen ergreifen, wo wir meinen, das sei vernünftig, zweckmäßig und notwendig.

Wir werden eine differenzierte Oppositionspolitik betreiben. Aber zu regieren hat die Regierung. Sie soll zeigen, ob sie es kann! *(Erneuter Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung gesagt, die Bundesregierung werde sich immer wieder darum bemühen, einen weitgehenden Konsens zu erzielen. Dies würde aber dort seine Grenzen finden, wo die geplanten gesetzlichen Regelungen ihres substantiellen Inhaltes beraubt und beabsichtigte Zielsetzungen nicht erreicht werden können.

Diese Aussage stand mit fast den gleichen Worten auch in der Regierungserklärung von 1971. Der Absatz, der 1971 aber gleich angeschlossen war, hat diesmal gefehlt. Er hat so gelautet: „Jedenfalls wird die Bundesregierung – das möchte ich im Namen aller ihrer Mitglieder erklären – Anregungen, die in diesem Hause geäußert werden, mit selbstverständlicher Aufmerksamkeit verfolgen, Kritik mit gebotenem Ernst zur Kenntnis nehmen und Vorschläge mit entsprechender Sorgfalt prüfen.“

Ich glaube nicht, daß dieser Absatz diesmal zufällig entfallen ist. Entweder ist dem Herrn Bundeskanzler aufgefallen, daß er es in der letzten Legislaturperiode nicht sehr ernst genommen hat – ich brauche hier nicht auf das Schicksal der vielen ÖVP-Initiativen im Parlament einzugehen –, oder der Herr Bundeskanzler hat in dieser Legislaturperiode nicht mehr vor, sich allzusehr um das zu kümmern, was das Parlament macht oder was die Opposition einbringt. Wenn das der Fall ist, wird die These von der Zusammenarbeit bestenfalls ein Lippenbekenntnis. Ich gebe durchaus zu, es ist Sache der Regierungspartei, den Konsens zu suchen oder ihn nicht zu suchen. Die Opposition hat dann im Einzelfall für sich zu entscheiden, was sie für richtig hält.

Was die einzelnen in der Regierungserklärung konkret erwähnten Konsensbereiche angeht, so ist zur verstaatlichten Industrie nichts Neues gesagt worden. Das ist der Zustand, der bisher schon geherrscht hat, wenn er weiter bestehen soll, sind wir einverstanden. Von Geheimabkommen habe ich nie etwas gehalten, es hat sie auch in der Vergangenheit nicht gegeben, warum sollte es sie jetzt geben?

Dr. Taus

Auf den Vorschlag zur Einrichtung eines außenpolitischen Beirates warten wir.

Hohes Haus! Gestatten Sie mir nun einige Äußerungen zur Außenpolitik. Eine fundamentale Aufgabe der österreichischen Außenpolitik ist die ständige Sicherung der Unabhängigkeit unserer Heimat. Ich möchte aber betonen, daß an der Seite der Außenpolitik eine umfassende Landesverteidigungspolitik zu stehen hat.

Darf ich nun zu einem Punkt etwas sagen, der uns doch ein gewisses Kopfzerbrechen bereitet: Die Österreichische Volkspartei glaubt, daß die hohen Ziele der Vereinten Nationen nur dann erreicht werden können, wenn die Prinzipien der Charta bedingungslos respektiert werden. Wir finden es daher nicht nur äußerst bedauerlich, sondern auch für die Weltorganisation gefährlich, wenn zum Beispiel in UN-Resolutionen ein „Kampf mit allen verfügbaren Mitteln“, worunter zweifellos zumindest von einigen Proponenten auch der internationale Terror verstanden wird, ausdrücklich als legitim erklärt wird.

Noch bedauerlicher ist es aber in den Augen der Österreichischen Volkspartei, wenn der Rechtsstaat Österreich für solche Beschlüsse seine Stimme hergibt. Gerade jetzt, wo wir wieder im eigenen Land mit dem Mord am türkischen Botschafter ein Beispiel internationalen Terrors erlebt haben, kann eine solche Haltung kein Verständnis finden. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Ich glaube, man kann auch sicher sein, daß eine solche Legitimierung des Terrors bestimmt nicht mit dem von Herrn Bundeskanzler in letzter Zeit bemühten „natürlichen Rechtsbewußtsein“ der österreichischen Bevölkerung im Einklang steht. (*Beifall bei der ÖVP.*) Was wir nicht verstehen und was wir deutlich und klar sagen wollen, ist: Wir halten es für bedauerlich, wenn der Rechtsstaat Österreich für solche Beschlüsse seine Stimme hergibt, wie das in den Vereinten Nationen geschehen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die ÖVP bekennt sich nach wie vor zu den außenpolitischen Überlegungen, durch die Ansiedlung internationaler Organisationen in Österreich die Neutralität und Sicherheit unseres Landes zu untermauern. Wir bekennen uns selbstverständlich nach wie vor zur Idee einer UNO-City in Wien, die ja schließlich von einer ÖVP-Regierung konzipiert wurde. (*Heiterkeit und Widerspruch bei der SPÖ.*) Wir haben uns aber stets gegen die überdimensionale Planung der UN-City ausgesprochen und vor den Folgen gewarnt. Wie richtig unsere Warnungen waren, erweist sich von Tag zu Tag immer mehr. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Heute ist es einfach so, daß die Regierung in einer Art Bettelkampagne hausieren gehen muß,

um die Bürotürme in der UN-City einigermaßen füllen zu können. Bei dem mißglückten Versuch, die europäische Wirtschaftskommission von Genf nach Wien zu lotsen, hat man bereits die Gefahr einer schweren Verstimmung zwischen der Schweiz und Österreich in Kauf genommen. Ich frage Sie nun konkret, Herr Bundeskanzler: Hinsichtlich welcher internationaler Organisationen und Sekretariatsseinheiten der UNO wurden Ihnen Hoffnungen gemacht, sie nach Wien zu bringen? Sie haben zwar der ÖVP stereotyp den Vorwurf gemacht, die VP-Regierung habe der UNO gegenüber hinsichtlich der Größenordnung des Donauparkprojektes eine unlimitierte Zusage gemacht. Aber im Jahre 1966 war es gar nicht möglich, eine solche Abgrenzung der Raumerfordernisse der Organisationen vorzunehmen. Das ist schon brav in den Jahren 1972 und folgende geschehen! (*Beifall bei der ÖVP.*) Was wir von der Österreichischen Volkspartei nicht wollen, ist, daß die österreichische Außenpolitik ein Gefangener eines Gebäudekomplexes wird und daß unsere Außenpolitik im Schlepptau eines einzigen Interesses, nämlich der Füllung der UN-Türme mit Beamten, steht. Das halten wir für das neutrale Österreich für nicht gut und für nicht richtig! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was die Beziehungen zu unserem Nachbarland Italien anbelangt, so erfüllt es die Österreichische Volkspartei mit Befriedigung, daß die 1969 unter der damaligen Österreichischen Volkspartei-Regierung ausgehandelte Lösung, Paket und Operationskalender, entgegen der damaligen ablehnenden Haltung der sozialistischen Fraktion dieses Hauses eine durchaus brauchbare Grundlage für eine Regelung der Südtirolfrage darstellt. Wir können die österreichische Bundesregierung nur ermutigen, im Einvernehmen mit den Südtirolern die italienische Regierung auf eine Finalisierung der Frage zu drängen und die ausstehenden Maßnahmen rasch zu setzen, damit der Ablauf des Operationskalenders nicht weiter aufgehalten wird.

Im Sinne einer Politik guter Nachbarschaft müssen die Beziehungen zu unserem Nachbarland Jugoslawien wieder so spannungsfrei gestaltet werden, als dies zu jenen Zeiten der Fall war, da die Österreichische Volkspartei noch Regierungsverantwortung trug. Die Belastungen der jüngsten Vergangenheit in den wechselseitigen Beziehungen hätten sich ganz gewiß vermeiden lassen, wenn bei der Regelung der Ortstafelfrage die aktive Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen und staatstragenden Parteien gesucht worden wäre. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Österreichische Volkspartei tritt für die volle Erfüllung der übernommenen staatsver-

Dr. Taus

traglichen Verpflichtungen ein, wobei von einer objektiven Ermittlungsgrundlage hinsichtlich der Minderheiten auszugehen ist.

Hohes Haus! Die geschichtliche, geographische, kulturelle und wirtschaftliche Lage Österreichs hat zur natürlichen Folge, daß sich unser Land den europäischen Einigungsbestrebungen nicht entziehen kann und auch nicht will. Wir sind daher der Auffassung, daß der europäischen Zusammenarbeit der freiheitlich-pluralistischen Demokratien in Europa im Rahmen der österreichischen Außenpolitik Priorität eingeräumt werden muß. Das wollen wir ganz besonders deutlich betonen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was uns noch auffällt, ist, daß bisher alle Bemühungen, befriedigende Regelungen im Interesse unserer Agrarwirtschaft zu finden, wenig Erfolg gezeitigt haben. Im Gegenteil: Unser traditioneller Agrarexport in die EWG-Staaten wurde schwer geschädigt.

Wir sind daher der Ansicht, daß der Freihandelsvertrag zwischen Österreich und der EG dem Stand der heutigen wirtschaftlichen Erfordernisse in Richtung einer größeren Koordinierung im Bereich der Wirtschaftspolitiken angepaßt werden sollte *(Beifall bei der ÖVP)*, eine Politik, die auch seitens der Schweiz verfolgt wird. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Wir sehen nicht ein, warum man hier ein wenig langsam und etwas leise tritt. Hier geht es darum, daß man mit einer harten und zügigen Verhandlungsweise – wobei „hart“ nur in der Sache gilt – unsere Interessen durchzusetzen versucht und nicht mit einer etwas hingezogenen largen Verhandlungsweise in diesem für die österreichische Volkswirtschaft wichtigen Bereich nicht weiterkommt.

Die Volkspartei ist auch der Auffassung, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die Erwartungen, welche die Völker in die KSZE gesetzt haben, erst dann erfüllt sind, wenn das Konferenzergebnis von allen Teilnehmerstaaten vorbehaltlos verwirklicht worden ist.

Ich darf nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, nur ganz kurz eine Erklärung zu den Entwicklungsländern geben. Viele der Staaten der Dritten Welt haben im politischen und wirtschaftlichen Bereich Vorstellungen, die von unserem politischen System und unserer Wirtschaftsordnung verschieden sind. Das ist ihr gutes Recht, und das haben wir zu akzeptieren.

Aber ich glaube, wir sollten hier eines tun: Wir sollten nicht nur in Schlagworten von der Dritten Welt, von der Entwicklungshilfe im Zusammenhang mit unseren Wirtschaftsproblemen sprechen, sondern es wäre nach meiner persönlichen Überzeugung notwendig und zweckmäßig, nun einmal die Frage der österrei-

chischen Entwicklungspolitik in der Öffentlichkeit konkret zu diskutieren. Tun wir das nicht, dann wird es weiter dieses Flickwerk bleiben, das es bislang gewesen ist, und es wird auch für die österreichische Wirtschaft keine Vorteile bringen. Das ist ein Bereich, von dem ich glaube, daß er gesamtstaatliches Interesse hat. Hier sollte man eine der zahllosen Kommissionen einmal einsetzen und versuchen, einen Konsens zu erreichen, weil das für die Entwicklung unseres Landes auch in der Zukunft von zentraler Bedeutung sein wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Gestatten Sie mir nun nur einige wenige Sätze zur Landesverteidigung:

Ich halte die Landesverteidigungspolitik einfach für eine zu wichtige Frage, als daß sie immer nur mit einigen verbalen Formulierungen abgetan wird. Ich halte es vor allem politisch für wichtig, folgendes festzuhalten:

Es genügt einfach nicht die Bereitschaft zur Verteidigung, sondern es muß auch einen klaren und deutlich erkennbaren Willen zu dieser Verteidigung geben.

Was daher nowendig ist, ist ein Zustandsbericht zur Landesverteidigung. Ich halte auch die Erfüllung des beschlossenen Paketes für wichtig und notwendig. Wir werden sehr genau prüfen, wie die Regierung in dieser Frage vorgeht.

Nun aber zur Wirtschaftspolitik, die ja angeblich im Mittelpunkt der Regierungsbemühungen stehen soll.

Hohes Haus! Da stehen uns ja furchtbare Dinge ins Haus, wenn die Schlußfolgerungen, die in der Regierungserklärung stehen, ernst gemeint sind. Da heißt es:

„Wir müssen uns klar darüber sein, daß es ein Ende dieser rezessiven Entwicklung erst geben wird, wenn ihre aktuellen Ursachen beseitigt werden können:

Wenn es möglich ist, ein höheres Maß an Stabilität in das Weltwährungssystem zu bringen,

wenn es gelingt, mit den Rohstoffländern zu weitgehenden Kooperationsabkommen zu gelangen,

wenn es möglich sein wird, ein höheres Maß an wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit der Dritten Welt herbeizuführen, das heißt also, wenn eine höherorganisierte Form weltwirtschaftlicher Zusammenarbeit etabliert werden kann.“

Das heißt, Hohes Haus, die Bundesregierung rechnet gar nicht mehr mit einem Ende der Krise in absehbarer Zeit. Denn die Voraussetzungen, die hierfür genannt sind, um eine erfolgreiche

Dr. Taus

Wirtschaftspolitik zu betreiben, sind ja mindestens ein Zehn-Jahresprogramm der internationalen Wirtschaftspolitik.

Ja, ich kann doch österreichische Wirtschaftspolitik nicht davon abhängig machen, daß das Weltwährungssystem geändert werden soll, daß mit den Rohstoffländern Kooperationsabkommen geschlossen werden sollen. Ich meine, das heißt ja, österreichische Wirtschaftspolitik auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben. Ich glaube, das sollten wir einmal klar und deutlich sagen.

Bedeutet denn das den Verzicht auf die Souveränität in der Wirtschaftspolitik in Österreich? Wollen wir überhaupt nicht mehr selber Wirtschaftspolitik betreiben, sondern nur auf das warten, was vom Ausland, von den Großmächten geregelt wird? Ich würde meinen, das ist das, was ich „Dokument der Ratlosigkeit“ genannt habe. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Überdies sind diese genannten Ursachen meines Erachtens gewiß nicht die Hauptursachen der derzeitigen Krise. Sie haben sicher eine Rolle gespielt, nicht aber die entscheidende. Aber wenn diese wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen richtig sind, dann brauchen wir uns über Wirtschaftspolitik in Österreich gar nicht intensiv zu unterhalten, dann warten wir einfach ab, was die Großen dieser Welt ausmachen, und bis dorthin fassen wir uns in Österreich in Geduld. Ich glaube, so einfach sollte man sich das nicht machen. *(Abg. Dr. Androsch: Genau das haben wir nicht gemacht!)*

Mit diesem wirtschaftspolitischen Armutszeugnis wollen wir uns bitte nicht befassen.

Die österreichische Bundesregierung streckt hier offensichtlich die Waffen, sie kann nichts tun, außer in internationalen Gremien in diesem genannten Sinn zu wirken.

Diese Passagen mute ich allerdings auch keinem sozialistischen Wirtschaftsexperten zu. Denn ich glaube, eine wirtschaftspolitische Unzuständigkeitserklärung, die das Ende unserer Möglichkeiten, souverän Wirtschaftspolitik zu betreiben, darstellt, will in diesem Lande niemand außer der Bundesregierung.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich im Namen der Volkspartei und im Interesse aller Österreicher dieser Auffassung energisch und heftig widersprechen.

Frei nach Grillparzer kann man hier sagen: Die Regierung kann nichts dafür, sie kann nichts tun. Hier taucht dieser Fatalismus wieder auf, der die gesamten wirtschaftspolitischen Überlegungen kennzeichnet: Kein Konzept, keine Überlegungen, nur vage Ankündigungen und Erklärungen. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Aber etwas kann die Regierung schon: Sie kann zwar nicht Wirtschaftspolitik betreiben nach dieser Passage, aber sie kann Steuern, Tarife, Gebühren und so weiter erhöhen. Das ist möglich.

Und noch etwas: Wirtschaftspolitik ohne Zahlen gibt es nicht. Ebenso ohne Zeitangaben nicht. Das hat wenig Wert. Wir finden hier eine ganz lange Liste wirtschaftspolitischer Maßnahmen vage angeführt, ohne eine Zahl, ohne den Zeithorizont, ohne die Mittel, die dafür zur Verfügung stehen.

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, so kann man einfach Wirtschaftspolitik nicht betreiben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Diese Regierungserklärung muß aber auch an dem gemessen werden, was vor der Wahl gesagt wurde.

Die zentrale Aussage der SPÖ in der letzten Phase des Wahlkampfes war der Vorrang der Vollbeschäftigung. Und in dieser Regierungserklärung ist die SPÖ zum erstenmal von ihrem Anspruch abgerückt, die Vollbeschäftigung sichern zu können. Das muß unbedingt festgehalten werden.

Es ist weiters bemerkenswert, daß dieses Eingeständnis sehr verschämt gemacht wird. Das wird nicht laut gesagt, das wird so hineingeschoben. Es heißt hier in der Regierungserklärung:

„Ziel der Wirtschaftspolitik in dieser Zeit muß es sein, ein größtmögliches Beschäftigungsniveau zu sichern.“

Ich meine, das ist wohl das Minimum, das jede Regierung anbieten muß. Ich möchte hier für die Volkspartei und für mich persönlich eindeutig feststellen, daß für uns die Vollbeschäftigungspolitik und nicht nur ein größtmögliches Beschäftigungsniveau nach wie vor Vorrang hat. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Also, Hohes Haus, nach dem 5. Oktober gibt es keine Vollbeschäftigungspolitik mehr! Da gibt es nur vage Andeutungen neuer Belastungen. Von „neuen finanziellen Mitteln für den Ausbau des Bundesstraßennetzes“ ist die Rede, von der „Überprüfung verschiedener Begünstigungen“ im Bereich der Steuern ist die Rede, und dann gibt es da noch eine Reihe anderer solcher Aussagen: „eine entsprechende soziale Differenzierung bei den indirekten Steuern“ oder „entsprechende Gebühren und Tarife, die die Kosten decken“ oder das „Erschließen neuer Finanzierungsquellen“ für den Nahverkehr oder „eine dem tatsächlichen Einkommen entsprechende Beitragsleistung in der Sozialversicherung.“

Ich möchte daher einige ganz konkrete

Dr. Taus

Fragen an den Herrn Bundeskanzler richten, weil die Österreicherinnen und Österreicher ein Recht darauf haben, zu erfahren, was ihnen noch bevorsteht.

Heißt das, daß die Mineralölsteuer erhöht wird und wenn, um wieviel und wann?

Heißt das, daß die Steuerschraube weiter angezogen wird, wenn ja, dann bei welchen Steuern?

Heißt das, daß noch weitere Tarife erhöht werden, wenn ja, welche und wann?

Und heißt das, daß die Beiträge zur Sozialversicherung erhöht werden, wenn ja, wann und in welchem Ausmaß? Ich glaube, alle Österreicher haben ein Recht, das zu erfahren. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Zur Verschleierungstaktik gehört aber auch, daß sich die Regierung grundlegende Änderungen offen läßt. Es genügt einfach nicht, in einer Regierungserklärung davon zu reden, daß ein neues gesundheitspolitisches Modell zu erarbeiten sein wird. Ist das der staatliche Gesundheitsdienst? Und wenn ja – welche Schritte sind noch in dieser Legislaturperiode geplant?

Und noch ein Beispiel dafür, wie in dieser Regierungserklärung das, was wirklich beabsichtigt ist, verschleiert wird. Da heißt es: „Eingedenk des Gebots der Sparsamkeit wird die Zahl der öffentlich Bediensteten rigoros dem Bedarf der Allgemeinheit an öffentlichen Diensten angepaßt sein.“

Das klingt gut nach Sparsamkeit. Was bedeutet aber „Anpassen an den Bedarf an öffentlichen Diensten“? Was bedeutet das vor allem, wenn man der Auffassung ist, daß der Bedarf an öffentlichen Diensten eher steigt, wie das Dr. Androsch noch 1974 gesagt hat. Die Anforderungen an die Verwaltung steigen, die Nachfrage nach öffentlichen Gütern nimmt ständig zu. Das muß doch bedeuten, daß auch die Zahl der öffentlich Bediensteten ebenfalls steigen wird!

Ich verstehe schon, Herr Bundeskanzler, daß Sie das nicht gerne ankündigen. Aber ich glaube, die Österreicher und Österreicherinnen sollten das wissen. Gibt es nun eine Mehrnachfrage nach öffentlichen Diensten, oder gibt es sie nicht? Gibt es nun mehr Beamte, oder gibt es sie nicht? Wird mit den gleichen Beamten ein Mehr an öffentlichen Diensten angeboten oder nicht?

Ich sehe in allen diesen Ankündigungen nichts, was Reformpolitik für Wirtschaft und Verwaltung bedeuten könnte.

Aber lassen Sie mich einmal einige Vorschläge machen, obwohl das gar nicht meine Aufgabe ist als Sprecher der Opposition.

Wie wäre es denn, wenn man sich nun tatsächlich einmal einige grundlegende Reformen überlegen würde? Wie wäre es, wenn einmal das Gesellschaftsrecht angeschaut werden würde, um von dieser Seite her die Kapitalversorgung der Wirtschaft zu erleichtern und eine gute Methode zur Arbeitsplatzsicherung zu finden? Wie wäre es, wenn man einmal prüft, ob man Eigenkapital mit unterschiedlicher Risikoqualität schaffen könnte, aus dem ganz einfachen Grund, weil man damit vielleicht einmal das oft angekündigte Konzept der Vermögensbildung in Schwung bringen könnte? – Das sind Reformmaßnahmen, die unser System weiterentwickeln würden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wie wäre es auch, wenn unseren „Fangnetz“-Überlegungen einmal nähergetreten werden könnte? Ich halte das für dringend notwendig. Wie wäre es, wenn einmal das Insolvenzrecht kritisch durchleuchtet würde, um die Kettenreaktionen von Insolvenzen einmal abzuwehren?

Das sind Dinge, über die man einmal diskutieren sollte, weil sie bedeuten, daß die Wirtschaft und das System stabiler und entwicklungsfähiger werden. Aber nichts davon ist zu lesen!

Hohes Haus! Stellen Sie sich vor, die Regierung hätte nur die Hälfte der Mittel, die für die UNO-City oder zum Beispiel auch für die Donau-Insel verwendet wurden, zu Arbeitsplatzsicherungen in den Unternehmungen verwendet, für ein Altstadtsanierungskonzept verwendet! Was würde denn das für die Vollbeschäftigung bedeuten? Das hätte eine wesentlich andere Wirkung, und viele Tausende Menschen müßten heute nicht um ihren Arbeitsplatz zittern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber ich bin Oppositionssprecher, und regieren soll die Regierung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was zur Inflationsbekämpfung gesagt wird, ist einfach unernst. Der Wust an Steuererhöhungen, Tarifierhöhungen, Preiserhöhungen und dergleichen kompensiert doch einfach das beruhigte Preisklima. Wir können von Glück reden, wenn die Inflationsrate nächstes Jahr nicht höher sein wird als heuer. Das ist die Schwierigkeit, vor der wir stehen.

Die Alternative liegt schon klar und deutlich vor uns: Gibt es 1976 keinen Aufschwung, werden wir unsere internationale Konkurrenzsituation weiter verschlechtern. Gibt es einen Aufschwung, wird sich die Inflation beschleunigen. Dafür schafft man jetzt bereits das Fundament. Das ist der Grund, warum wir uns gegen Steuer- und Tarifierhöhungen gewendet haben. Das ist die entscheidende Frage! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dr. Taus

Aber wenn – wie es in den grundsätzlichen Passagen der Regierungserklärung heißt – davon ausgegangen wird, daß gegen die Krise ohnedies nichts zu machen ist, ist es eben schwer, Wirtschaftspolitik zu betreiben.

Um zusammenzufassen: Die Regierung hat kein wirtschaftspolitisches Konzept, keine konkreten Vorschläge, nur vage Andeutungen. Die Wirtschaftspolitik wird daher der vage Mittelpunkt der Regierungspolitik sein.

Und nun, Hohes Haus, lassen Sie mich noch zu einigen sozialen Fragen Stellung nehmen. In der Regierungserklärung 1971 hat es noch geheißen: „Es ist das erklärte Ziel der Bundesregierung, einen Staat der Wohlfahrt für alle zu verwirklichen, und deshalb muß es ihre erste Aufgabe sein, dort einzugreifen, wo es heute noch Armut gibt.“ – Davon ist in der Regierungserklärung 1975 nicht mehr die Rede.

Die SPÖ-Regierung ist aber nicht erst mit dieser Regierungserklärung vom Kampf gegen die Armut zurückgetreten. Das mehrfache Nein zur Anpassung der Zuschußrenten hat es schon in der vorigen Legislaturperiode gegeben. Gegenüber 1971 ist auch der Kampf gegen das Sterben vor der Zeit abgeschwächt worden. Damals hat es noch geheißen: „Es ist eine längst anerkannte gesellschaftliche Aufgabe, den Kampf gegen das Sterben vor der Zeit zu führen.“ – Davon ist jetzt nicht mehr die Rede.

Auch hier hat die Regierung Kreisky schon seit einiger Zeit aufgegeben: mit dem Nein zur Verbesserung der Situation chronisch Kranker und mit dem Nein zur sozialen Sicherheit für Behinderte. Der von der Regierung Kreisky II im Jahr 1971 groß angekündigte „Kampf gegen die Armut in Österreich“ ist erfolglos geblieben.

In der Regierungserklärung vom 5. 11. 1971 hatte Bundeskanzler Dr. Kreisky den Kreis der Armen mit ungefähr 450.000 präzisiert. Und nun ergeben jüngste Untersuchungen, daß noch immer 450.000 Österreicher vom oder sogar unter dem Existenzminimum leben. In den vier Jahren hat sich also an der Zahl der Armen in Österreich nichts geändert. Der Kampf gegen die Armut wurde sogar aufgegeben, und das kann man der jüngsten Regierungserklärung entnehmen.

Kein Wort mehr vom Staat der Wohlfahrt für alle, sondern nur die Verweisung der bäuerlichen Renten auf das Fürsorgeprinzip, was einen echten Rückschritt in der Sozialpolitik darstellt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Die Armut hat in jeder Zeit ihr eigenes Gesicht. In unserer Gesellschaft geht es um die, die zu schwach sind, sich selbst zu helfen, die nicht wahltscheidend sind; Behinderte und hilflose Menschen, um eine kleine

Gruppe zu nennen. Dort wäre Großzügigkeit am Platz – auch in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation –, das verstehe ich unter solidarischer und humaner Politik.

Wie wäre es zum Beispiel, wenn alle unsere alten Mitbürger ab Vollendung des 80. Lebensjahres den Hilfflosenzuschuß automatisch bekämen? Damit ist zwar keine Wahl zu gewinnen, aber es ist eine echte soziale Hilfe für diese Menschen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wie wäre es, wenn zum Beispiel dieser „Hilfflosenzuschuß“ einen anderen Namen bekäme? Wer will schon „hilfflos“ sein? Wieviel menschliche Würde wird allein mit diesem Namen verletzt. Ein neutraler Begriff – „Sonderzuschuß“, oder wie immer man es nennt – würde es manchem Bedürftigen erleichtern, seinen Anspruch geltend zu machen.

Genau das Gleiche gilt für die landwirtschaftlichen Zuschußrentner. Ihre Lage zu verbessern ist genauso ein Gebot der Gerechtigkeit wie im Falle der alten, kranken und hilflosen Menschen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Aber von Sozialpolitik ist nicht sehr viel die Rede.

Was wir unter Sozialpolitik verstehen, das heißt nicht nur Sozialpolitik für große Gruppen, das heißt Sozialpolitik für jene Gruppen, die zu klein sind, um bedeutend zu sein, denn dort herrscht wirklich Armut, dort herrscht wirklich Not in diesem Land! Und diesen Kampf hat die Regierung aufgegeben. Kein Wort darüber in der Regierungserklärung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Ein weiteres Thema, das ich politisch für eminent wichtig halte, ist in der Regierungserklärung nicht angeschnitten worden: Die Frage des Datenschutzes, um den Bürger vor Datenmißbrauch zu schützen. Jeder Österreicher scheint heute wahrscheinlich in 25 bis 30 Datensammlungen von öffentlichen und privaten Stellen auf. Die Daten über den Betroffenen werden in den verschiedensten Zusammenhängen erfaßt und ausgewertet.

Daß das Thema des Datenschutzes in Österreich bis zum heutigen Tag überwiegend als Expertenproblem und nicht als politisches Problem behandelt wird, hängt einfach damit zusammen, daß das Wissen über das Wesen und die Qualität von Datensammlungen in Verbindung mit elektronischen Rechenmaschinen einfach zu wenig verbreitet ist.

Ich halte daher die Datenschutzgesetzgebung für vordringlich, denn hier gilt es, die Privatsphäre des Bürgers zu schützen. Hier geht es einfach darum, einen wesentlichen Teil der Freiheit des Menschen abzusichern vor einer Technologie, die wir selber entwickelt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dr. Taus

Datenschutz und Datensicherung sind daher viel wichtiger als so manche andere Materie, auch wenn das noch nicht in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gedrungen ist. Hier müssen wir eben das Bewußtsein der Öffentlichkeit wecken, sonst kann es passieren, daß auch in einer parlamentarischen Demokratie ein Baustein zur Orwellschen „Vision 1984“, zum total gelenkten, manipulierten und überwachten Menschen gelegt wird. Wenn man das einmal erkennt, ist es möglicherweise schon zu spät.

Wir verlangen daher, daß sich diese Diskussion über den Datenschutz in der Öffentlichkeit abspielen muß. Das ist kein Expertenproblem, und sie muß – das ist unsere Forderung – rasch aufgenommen werden. Denn die Datenbanken wachsen weiter, aber den Schutz des Bürgers in seiner Privatsphäre vor diesen Datenbanken gibt es nicht, seien es nun öffentliche oder private. Ich möchte das hier ausdrücklich feststellen, denn wir sind in der Entwicklung bereits so weit fortgeschritten, daß es uns schon sehr schwerfallen wird, einen Datenschutz vernünftig zu regeln.

Hohes Haus! Ein weiteres Problem, das in der Regierungserklärung nicht erwähnt ist, das aber für eine parlamentarische Demokratie von zentraler Bedeutung ist, ist das Problem der Kontrolle der Staatsmacht. Ich schließe mich der Auffassung an, daß dieses Problem eine der Schicksalsfragen demokratischer Theorie und Praxis bleibt. Wenn die parlamentarische Demokratie nicht zu einem Potemkinschen Dorf denaturiert werden soll, dann muß dieses Thema auf die politische Tagesordnung gesetzt werden. Mein Anliegen ist völlig unabhängig davon, ob die ÖVP in der Opposition ist oder ob sie das nicht ist. Es ist einfach ein fundamentales Anliegen der Demokratie überhaupt und ist in den meisten demokratischen Staaten längst als solches erkannt worden, leider nicht bei uns.

Es ist nötig, unser ganzes Kontrollsystem einmal zu durchleuchten. Das darf aber nicht bedeuten, damit einen Weg gefunden zu haben, das Problem bis zum Sankt Nimmerleins-Tag zu verschieben. Den Schaden hätte nur die Demokratie.

Die Kontrolle zu stärken ist daher kein Schlagwort, sondern eine demokratische Notwendigkeit. Heute haben wir praktisch den Zustand, daß sich die Mehrheit selbst kontrolliert. Das ist unbefriedigend, gleichgültig, wie sich eine Regierung zusammensetzt. Kontrolle heißt, daß zwischen Kontrolloren und Kontrollierten Chancen- und Waffengleichheit bestehen muß. Und das ist in Österreich heute nicht der Fall! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir werden daher eine Diskussion über den Stand der Kontrollmöglichkeiten und über die

Verbesserung beginnen, weil die Österreichische Volkspartei diese Frage für die Demokratie als existenznotwendig hält.

Nun gestatten Sie mir noch ein Wort zur Medienvielfalt, vor allem im Zeitungsbereich. Die Medien haben heute praktisch eine Art von faktischer Kontrollfunktion, und die Medienvielfalt ist für eine Demokratie notwendig. Was ist aber davon zu halten, wenn auf der einen Seite eine staatliche Presseförderung gegeben wird und auf der anderen Seite diese mit der Erhöhung der Posttarife wieder genommen wird – in eine Tasche hinein, aus der anderen Tasche mehr wieder heraus! Wir halten das nicht für einen Beitrag zur Medienförderung, wenn damit persönlich verbunden wird, sich bei der Presse Liebkind zu machen. Hier geht es nicht darum, sich bei jemandem Liebkind zu machen, sondern hier geht es darum, daß die demokratische Institution der Medienvielfalt gesichert wird und nicht auf einem Umweg gestört und geschwächt wird. Das ist das Anliegen, das die Österreichische Volkspartei hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Ich freue mich, daß in der Regierungserklärung der Landwirtschaft einmal etwas mehr Raum gewidmet ist. Die meisten Ideen zur Landwirtschaftspolitik in der Regierungserklärung sind bekannt, sie stammen aus dem Landwirtschaftskonzept der Österreichischen Volkspartei. Aber ich halte es durchaus für richtig, daß gute Sachen übernommen werden. Da wollen wir in keiner Weise kleinlich sein. Hier geht es einfach darum: Wenn ein Konzept vernünftig und zweckmäßig ist, dann kann man es übernehmen. – Sie gestatten, daß ich mich darüber freue. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber nun einige grundsätzliche Bemerkungen: Die Landwirtschaft wird seit fünfzehn Jahren ungerecht behandelt. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)* – Ich glaube, das ist gar nicht zum Lachen, das läßt sich an Hand der Zahlen eindeutig nachweisen. – Es ist nicht nur aus Gerechtigkeitsüberlegungen notwendig, diese Haltung in der Öffentlichkeit zu korrigieren, sondern auch aus Gründen der Sicherheit der Versorgung. Denn Landwirtschaftspolitik ist kein Problem der Landwirtschaft allein, sondern ein Problem aller Österreicher, ein Problem jedes österreichischen Staatsbürgers. *(Beifall bei der ÖVP.)* Eine starke und gesunde Landwirtschaft ist die wesentliche Voraussetzung dafür, daß wir auch in schwierigen Zeiten unsere Versorgung einigermaßen gewährleistet haben, daß wir einen entwickelten Fremdenverkehr haben können und auch einigermaßen stabile Preise. Das ist die Frage der Landwirtschaftspolitik, die auch jeden Städter interessiert, jeden, der noch so fern von der Landwirtschaft lebt.

Dr. Taus

Die Österreicher müssen nun entscheiden, was ihnen lieber ist: dieser hohe Selbstversorgungsgrad und Sicherheit oder Unsicherheit in der Landwirtschaft. Das ist die Basis der Landwirtschaftspolitik. Wenn wir die Agrarpolitik der vergangenen fünfzehn Jahre fortsetzen, dann werden wir bald eine schwache Landwirtschaft haben, mit allen Konsequenzen für die gesamte Bevölkerung in Österreich. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Hier geht es nicht um die Bauern, hier geht es um alle Österreicher. Und eine vernünftige Landwirtschaftspolitik betrifft alle Österreicher. Sie behaupten, das ist gut für alle Österreicher, was Sie sagen. Sie haben in der vergangenen Regierungserklärung so ungeheuer viele Ankündigungen gehabt – von der Armut angefangen – und überhaupt nichts davon realisiert. Wir glauben ja nicht, was Sie hier hineinschreiben, da ist ja nichts drinnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben einen neuen Begriff in die Politologie eingeführt, Sie haben die Versprechungsdemokratie eingeführt; ein neuer Absatz, in Österreich erfunden. *(Unruhe.)*

Hohes Haus! Auch für die Landwirtschaft muß es Chancengleichheit und Gerechtigkeit geben. Die Belastung der Bäuerinnen, die langen Arbeitszeiten, das alles muß in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt werden. Landwirtschaftspolitik ist genauso wie jeder andere Bereich der Politik nicht eine Angelegenheit der Betroffenen, sondern aller Österreicher.

Hohes Haus! Ich bin durchaus der Ansicht, daß Kommissionen zur Behandlung verschiedenster Fragen einen Sinn haben. Nur: eine Flut von Kommissionen halte ich für zwecklos, es sei denn, um bestimmte Fragen nicht behandeln zu lassen, sie auf die lange Bank zu schieben, ihnen gewissermaßen ein Begräbnis dritter Klasse zu geben.

Was ich aber für bedenklich halte ist, daß derzeit die Kommissionen völlig willkürlich eingerichtet sind. Es gibt weder Richtlinien über ihre Zusammensetzung, ihre Tätigkeit, über die Art, wie ihre Ergebnisse veröffentlicht werden, und so weiter. Dieser Zustand gehört geregelt. Er gehört geregelt, weil es zum Wesen eines Rechtsstaates gehört, daß für eine Kommission, die sich mit wichtigen Fragen beschäftigt, auch die Prinzipien und Grundsätze, nach denen sie das tun kann, festgelegt werden müssen.

Nun, Hohes Haus, eine Stellungnahme zum Verhältnis zwischen Staat und Kirche. Die Feststellungen, daß die Vereinbarungen, die zwischen Österreich und dem Heiligen Stuhl getroffen wurden, mit, wie es heißt, absoluter Vertragstreue eingehalten werden, mögen manchem, der die Diskussion nicht so genau verfolgt, eigenartig vorgekommen sein, weil

man doch immerhin in einem Rechtsstaat annehmen kann, daß Staatsverträge nicht gebrochen werden.

Nun, ich glaube, diese Feststellungen haben schon ihre Gründe. Da gibt es zum Beispiel die Arbeitsgemeinschaft zur Gesellschaftspolitik „Horizont“. Sie wurde 1968 von der Jungen Generation in der SPÖ unter der Leitung von Leopold Gratz gegründet. Ihr derzeitiger Vorsitzender ist Dr. Heinrich Keller, Nationalratskandidat der SPÖ, Staatsanwalt, Sekretär von Herrn Justizminister Dr. Broda. Und da gibt es auch einen Arbeitskreis „Staat und Kirche“, in dem Dr. Keller folgendes festgestellt hat:

„Die Kirche, insbesondere die katholische Kirche, hat ungeheuren Einfluß auf die Gesellschaft in Österreich...“ „Wir müssen neu definieren“ – sagt er dann weiter –, „wie weit die Trennung von Staat und Kirche in Österreich tatsächlich realisiert ist und wie weit sie noch realisierbar ist. Wie die Verflechtungen in der Schule ausschauen, brauche ich nicht zu definieren“ – immer noch Dr. Keller –, „es geht hier besonders um den Religionsunterricht, der nach wie vor einen Unterrichtsgegenstand und Prüfungsgegenstand darstellt, wo aber nicht unterrichtet, sondern Glaubenserziehung betrieben wird. Ob das nach wie vor eine vom Staat quasi vorzunehmende Aufgabe darstellt, möchte ich als Frage in den Raum stellen, ebenso die Frage der katholischen Privatschulen auf Staatskosten.“

Nun werden diese Erklärungen in der Regierungserklärung verständlich. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

In der Regierungserklärung wird hier offensichtlich eine Feststellung zu einer innerhalb der Sozialistischen Partei geführten Diskussion gemacht. Es ist interessant für die Österreicher, daß eine innerparteiliche Diskussion auch einmal in die Öffentlichkeit gelangt, wir halten das für richtig und für zweckmäßig, es kann sich jeder seinen Reim darauf machen.

Hohes Haus! Ich glaube, eine Politik, wie sie in dieser Regierungserklärung skizziert ist, wird die Probleme Österreichs nicht befriedigend lösen können. Es genügt nicht, euphorisch zu sagen, daß Österreich moderner, schöner, gerechter werden wird – wer will das nicht? –, es muß auch gesagt werden, daß das nur möglich ist, wenn wir etwas leisten, hart arbeiten, wenn wir uns für unser Land engagieren!

Wir von der Österreichischen Volkspartei sagen noch zusätzlich, daß es Risiken gibt, in dieser Welt und auch Risiken für unser Land und daß wir die Probleme nur meistern werden, wenn wir stark, lebensstüchtig, selbstbewußt, lernbereit und initiativ sind! *(Beifall bei der*

Dr. Taus

ÖVP.) Die ÖVP wird eine harte, faire und glaubwürdige Opposition sein. Sie wird als Oppositionspartei die Regierung kritisieren, ihre Fehler schonungslos aufzeigen, und die Österreichische Volkspartei wird ihre eigenen Initiativen und Überlegungen in die Öffentlichkeit bringen. Sie wird in dieser Legislaturperiode beweisen, daß sie die bessere Alternative für Österreich ist. *(Langanhaltender Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Fischer.

Abgeordneter Dr. **Fischer** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Applaus, den die Kollegen der Volkspartei soeben meinem Vordr. gependet haben, erinnert mich an den gleichstarken oder vielleicht sogar stärkeren Applaus, mit dem Sie vor genau vier Jahren, am 10. November 1971, die Rede Ihres damaligen Parteiobermannes, der inzwischen auf tragische Weise verunglückt ist, zur Regierungserklärung bedacht haben. *(Zwischenrufe des Abg. Dr. Mussil.)*

Wenn man, meine Damen und Herren, diese Rede vom 10. November 1971 zur Hand nimmt, dann findet man, daß damals namens der großen Oppositionspartei für die Zukunft folgende Erklärung abgegeben wurde – ich zitiere –:

„Die klaren Verhältnisse, die die Wähler am 10. Oktober“ 1971 „geschaffen haben, werden den Wählern auch bei den nächsten Wahlen ein klares Urteil ermöglichen.“ „Dafür zu sorgen, Herr Bundeskanzler“ – sagte damals der Sprecher der Opposition –, „daß Sie nur dann Erfolg haben, wenn Sie ihn auch verdienen, und dafür zu sorgen, daß diese Regierung abgelöst wird, wenn sie versagen sollte, das wird mit zu der Pflicht gehören, die wir als große Oppositionspartei im Namen unserer Wähler, aber auch im Namen der Bevölkerung in den nächsten Jahren mit ganzer Kraft erfüllen werden.“

Hohes Haus! Wir zweifeln nicht, daß Sie diese Pflicht mit ganzer Kraft erfüllt haben, nämlich dafür zu sorgen, daß die Regierung nur Erfolg hat, wenn sie ihn verdient. Und wenn die Regierung dennoch Erfolg hatte, ja sogar mehr Vertrauen erlangte als damals im Jahr 1971, dann ist das nach dem Maßstab, den Sie selbst gesetzt haben, ein verdienter Erfolg gewesen. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)* Und dieser Erfolg war deshalb ... *(Abg. Dr. Mussil: Weil Sie der Bevölkerung die Wahrheit nicht gesagt haben! – Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Herr Kollege Mussil! Ich will Ihnen eine Antwort auf diesen Zwischenruf ersparen, denn sie müßte sich auf Ihr Demokratieverständnis beziehen, und das will ich doch nicht in Zweifel ziehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Erfolg war in unseren Augen und sicherlich auch in den Augen all jener, die die letzten vier Jahre beobachtet haben, allein schon deshalb verdient, weil sich die Mitglieder der Bundesregierung und die sozialistische Parlamentsfraktion und viele Mitarbeiter vom ersten Tag dieser Gesetzgebungsperiode bis zum letzten Tag dieser Gesetzgebungsperiode mit ganzer Kraft – und nicht ohne Erfolg – bemüht haben, die Interessen dieses Landes und seiner Bevölkerung zu vertreten und für dieses Land zu arbeiten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn Sie, Herr Dr. Taus, gemeint haben, Ihnen fehle in der Regierungserklärung das Wort „Leistung“, dann sage ich: Man kann Leistungen auch erbringen, ohne das Wort „Leistung“ dauernd im Mund zu führen. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Der Erfolg vom 5. Oktober, Hohes Haus, war auch deshalb verdient, weil Österreich in den siebziger Jahren tatsächlich ein moderneres, ein liberaleres und ein sozialeres Land geworden ist, auf das man stolz sein kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Er war auch deshalb verdient, meine Damen und Herren, weil es zu dieser Regierung, zu ihrem Programm und zu ihrer Festigkeit bei der Verwirklichung dieses Programms meiner Ansicht und vor allem nach Ansicht der Österreicherinnen und Österreicher keine ernsthaftere Alternative gegeben hat und heute weniger denn je gibt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Dr. Taus hat in seiner Rede soeben gesagt: Zu regieren hat die Regierung, und sie soll zeigen, ob sie es kann! – Herr Dr. Taus! Sie hat fünf Jahre hindurch gezeigt, daß sie es kann, und sie wird es auch weiterhin zeigen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Es ist ja, Hohes Haus, kein Zufall, daß das Wort „Regierungskrise“, das uns in den sechziger Jahren ziemlich geläufig war, in Österreich heute geradezu zum Fremdwort geworden ist. Und darauf sind wir stolz, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte diese zusammenfassende Bewertung dessen, was war, eine Bewertung, die ich an Hand des von der Opposition selbst gewählten Maßstabes vorgenommen habe, nicht abschließen, ohne darauf hinzuweisen, daß sich auch das internationale Prestige unseres Landes in den letzten fünf Jahren wesentlich erhöht hat und daß die Position, die Österreich heute in der Staatenfamilie einnimmt, einen Vergleich mit jedem beliebigen Zeitpunkt der Geschichte unserer Republik nicht zu scheuen braucht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Daher kann die Wählerentscheidung vom 5. Oktober – und wie anders könnte sie denn gedeutet werden? – als Bestätigungsvermerk zur

Dr. Fischer

Bilanz der hinter uns liegenden fünf Jahre gewertet werden.

Dieses Wahlergebnis, Hohes Haus, ist aber eben nicht nur ein Zeugnis für alle drei Parteien über die Zeit, die hinter uns liegt, sondern natürlich auch – und das ist ja der Sinn einer Wahlentscheidung – ein Auftrag für die Zukunft, und zu dieser Selbstverständlichkeit, zu diesem selbstverständlichen Zweck einer Wählerentscheidung möchte ich einiges sagen.

Die österreichische Sozialdemokratie hat im Jahre 1971 mit der erstmaligen Erlangung eines Wähleranteils von mehr als 50 Prozent der gültigen Stimmen und mit der Erlangung einer absoluten Mehrheit in diesem Haus eine Art politische Schallmauer durchbrochen. Es war ein ungeheuer weitreichender Wählerauftrag und eine große Verantwortung, die damit übernommen wurde.

Daß die Regierung und die SPÖ diesen Wählerauftrag nicht mit einem Blankoscheck verwechselt haben und trotz der Verwirklichung dieses – wer wollte es bestreiten? – kühnsten Traumes unserer mehr als 80jährigen Geschichte nicht übermütig wurde, das richtige Augenmaß behielt und den Vorwurf des Machtmißbrauches – auch wenn er von Zeit zu Zeit erhoben wurde – jederzeit mit gutem Grund zurückweisen konnte, kann als einer der Grundsteine für den neuerlichen Erfolg gewertet werden. Es erscheint mir daher die heutige Debatte ein guter Anlaß zu sein zu unterstreichen, daß das auch für die Zukunft in gleichem Umfang Gültigkeit haben muß und Gültigkeit haben wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Übermut stünde dem Sieger einer Wahl von allem anderen abgesehen allein schon deshalb schlecht an, weil das erneut ausgesprochene Vertrauen mit der erneuten Übernahme einer großen Verantwortung parallel geht und weil die Aufgaben, die vor uns liegen, sich weder mit Kleinmut noch mit Übermut vertragen, sondern einfach Festigkeit, Realismus und Zielbewußtsein erfordern.

Dazu kommt als zweites, daß in der Demokratie beides – Vertrauen wie Verantwortung – aus sehr guten Gründen immer nur befristet ausgesprochen wird. Ein wiederholter und erst recht ein zum drittenmal in ununterbrochener Reihenfolge ausgesprochener Vertrauensbeweis ist zwar etwas ungeheuer Ermutigendes und Bestätigendes, aber er will letzten Endes genauso verdient werden wie die beiden vorangegangenen.

Ja noch mehr: Wir werden uns nicht nur bemühen um diejenigen, die bereits heute in der Sozialdemokratie jene Kraft sehen, die am besten geeignet ist, die Probleme der Gegenwart

und der Zukunft zu lösen, sondern wir wollen natürlich auch möglichst viele derjenigen Mitbürger von der Tragfähigkeit unserer Grundsätze und von unserer Fähigkeit, diese sinnvoll zu verwirklichen, überzeugen, die sich bisher – was immer der Grund dafür gewesen sein mag – anders entschieden haben.

Klarstellend möchte ich hinzufügen, daß der Schiedsrichter über den Erfolg dieser unserer Bemühung nicht die Opposition sein wird und nicht die Regierung in eigener Sache sein wird, sondern wieder das österreichische Volk, dessen Entscheidung wir aber auch nach Ablauf dieser Gesetzgebungsperiode mit Ruhe und gutem Gewissen entgegensehen, weil wir uns durch nichts davon abhalten lassen werden, auch in den nächsten vier Jahren mit gleichem Einsatz für dieses Land zu arbeiten, wie das in der Vergangenheit und in den vergangenen vier Jahren geschehen ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In den Debatten dieses Hauses ist oft von Macht und vom Machtmißbrauch die Rede. Auch mein Vorredner hat einige Bemerkungen in bezug auf Macht und Kontrolle der Macht gemacht, sodaß ich gern dazu kurz Stellung nehmen möchte.

Ich stelle zunächst die Frage: Wieviel Macht hat eigentlich eine Regierung, der die Wähler eine absolute Mehrheit gegeben haben und der eine große Opposition im Parlament gegenübersteht? – Es ist doch auffallend, wie unterschiedlich die Antworten auf diese Fragestellung ausfallen.

Da gibt es jene, die sagen: Eine Regierung hat viel zuviel Macht! – Das sind vor allem die Vertreter der Opposition, obwohl ihnen diese Macht durchaus angemessen erschienen ist, solange sie selbst in der Position der Regierung waren.

Dann gibt es andere, die zu wissen glauben, daß die „wahre Macht“ – unter Anführungszeichen – heute ganz woanders konzentriert sei: bei den Konzernen, bei den Massenmedien, bei den mächtigen Interessenvertretungen et cetera. – Und nach ihrer Auffassung hat die Regierung in Wahrheit sehr wenig Macht.

Ich glaube, daß beide Positionen einseitig und unvollständig und daher falsch sind. Charakteristisch für die Demokratie ist zunächst einmal – und das brauchen wir gar nicht erst einführen, Kollege Dr. Taus –, daß die staatliche Macht vielfach geteilt ist: zwischen Bund und Ländern, zwischen Gesetzgebung und Vollziehung, zwischen einfachem Gesetzgeber und Verfassungs-gesetzgeber et cetera.

Aber auch das, was dem einzelnen Machtträger nach dieser Teilung und Begrenzung der Macht zukommt, ist noch lange nicht seine

Dr. Fischer

Privatsache, über die er nach Belieben verfügen kann, sondern das unterliegt vielfachen Kontrollen, wovon die stärkste zweifellos die der Öffentlichkeit und die der öffentlichen Meinung ist.

Und wenn wir von Demokratisierung sprechen, meine Damen und Herren, so meinen wir damit, daß diese wohlbegründete Teilung der Macht und der Begrenzung der Macht nicht nur im klassisch-politischen Bereich vorhanden sein sollte, sondern auch in anderen Bereichen unserer Gesellschaft, wo Macht über Menschen ausgeübt wird ohne oder jedenfalls mit viel weniger Kontrolle. Es gehört eigentlich zu den Merkwürdigkeiten der politischen Szene in Österreich und zu den Ungereimtheiten, auf die man immer wieder stößt, daß meistens gerade diejenigen, die am stärksten gegen die Konzentration der Macht zu Felde ziehen – und die findet man heute vor allem auf der rechten Seite dieses Hauses –, identisch sind mit jenen, die sich mit Händen und Füßen gegen das Prinzip der Demokratisierung und der weiteren Demokratisierung unserer Gesellschaft zur Wehr setzen.

Die Macht einer Regierung, meine Damen und Herren, ist daher aus vielen Gründen – ich wiederhole das – keine unbeschränkte, sondern eine begrenzte. Aber auch die so begrenzte Macht ist keine fixe und unverrückbare Größe. Ich behaupte vielmehr, daß eine Regierung umso durchschlagskräftiger ist, je mehr sie ihre Kompetenzen, ihre Befugnisse für Zielsetzungen einsetzt, die einem großen Teil der Bevölkerung wichtig sind und im Einklang mit den Interessen der Bevölkerung stehen. Eine solche Regierung ist nicht nur stark, weil sie institutionelle Macht hat, sondern auch, weil sie Resonanz und Zustimmung findet.

Es liegt nun einmal im Wesen unserer Demokratie, daß Zustimmung in der Öffentlichkeit mit Macht geradezu gleichgesetzt werden kann. Das gilt auch für die Opposition, denn die Kraft und Durchschlagskraft einer Opposition hängt auch davon ab, wie sie Politik treibt und welche Politik sie treibt und für welche Inhalte sie sich einsetzt, und nicht nur von ihren Kompetenzen nach dem Wortlaut der Geschäftsordnung.

Daher glaube ich auch, daß viele Diskussionsbeiträge, die davon sprechen, die Regierung sei zu stark und die Opposition sei zu schwach, und die vor allem institutionelle Kosmetik vorschlagen, um das zu bekämpfen, am Kern der Sache vorbeigehen.

Die Regierung konnte in den letzten vier Jahren wirkungsvoll Politik machen aus einer starken Position heraus; nicht, weil sie mehr Kompetenzen hätte als seinerzeit die Regierung

Klaus, sondern weil sie geschlossen und glaubwürdig agiert hat und sich mit ganzer Kraft für Ziele wie Erhaltung der Vollbeschäftigung und mehr Gerechtigkeit für die sozial Schwächeren eingesetzt hat, die eben von den Menschen unseres Landes akzeptiert werden. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Eine Opposition, meine Damen und Herren, ist dann nicht wirkungsvoll und kommt dann nicht zur Geltung, wenn sie auch zu Lösungen, die im Interesse der Bevölkerung liegen, nein sagt, wobei ich neugierig bin, wie das in Zukunft sein wird, wenn Sie weder ja noch nein sagen werden, wie das von Dr. Taus gerade angekündigt wurde. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Eine Opposition ist nicht wirkungsvoll, wenn sie Lösungen nur deshalb ablehnt, weil sie von der von ihr bekämpften Regierung stammen. Und eine Opposition ist dann nicht wirkungsvoll, wenn sie Zustände geißelt, die sie selbst herbeigeführt hat oder zu deren Beseitigung sie jedenfalls nichts getan hat, als sie die Befugnisse und die Möglichkeiten dazu gehabt hätte. – Die Beispiele, die ich jetzt im Auge habe, kennen Sie selbst.

Hohes Haus! Ich glaube, die Probe aufs Exempel können Sie selbst machen, wenn man die Zeit zwischen 1966 und 1970 heranzieht. Ich kann mich nicht erinnern, daß damals jemand behauptet hätte, die Regierung sei zu stark und die Opposition sei zu schwach.

Die Inhalte der Politik, meine Damen und Herren, sind daher das Entscheidende. Wenn man im Falle eines Mißerfolges Personen auswechselt, die Bünde umbenennt, ein neues Statut beschließt und ein neues Haus bauen will, aber den Inhalt der Politik, das, woran man als erstes denken müßte, unverändert läßt, dann erinnert mich das an die – und ein bißchen Humor darf ja auch im Parlament sein – lebenswürdige Geschichte von Wilhelm Busch, worin dargestellt wird, wie der Bauer Kracke sein Zahnweh bekämpft:

Er taucht den Kopf mitsamt dem Übel
In einen kalten Wasserkübel.
Jedoch das Übel will nicht weichen, ...
Auch zieht ein Pflaster hinterm Ohr
Die Schmerzen leider nicht hervor.
Vielleicht – so denkt er – wird das Schwitzen
Möglicherweise etwas nützen. ...
Allein schon treiben ihn die Nöten,
Mit Schnaps des Zahnes Nerv zu töten. ...
Und zappelnd mit den Beinen
Hört man ihn bitter weinen. ...
Zuletzt fällt ihm der Doktor ein. ...

Das naheliegendste! – Und so ist es auch bei der Politik der ÖVP: Der einzig sinnvolle Doktor, nämlich eine Überprüfung der politischen

Dr. Fischer

Inhalte und der politischen Praxis, fällt ihr offensichtlich zuletzt oder überhaupt nicht ein. Denn geradezu reflexartig hat Dr. Taus in seiner ersten Stellungnahme zur Regierungserklärung wieder das getan, was wir vier Jahre lang gehört haben: Er hat vom „wohlverpackten Sozialismus“ et cetera gesprochen, besessen von der fixen Idee, daß sozialdemokratische Politik etwas sei, das man „verpacken“ müsse.

Herr Dr. Taus! In dieser Regierungserklärung ist gar nichts verpackt oder versteckt, sondern es sind offen jene Zielsetzungen dargelegt, von denen wir glauben, daß sie für dieses Land nicht nur nützlich, sondern schlechthin notwendig sind (*Zustimmung und Beifall bei der SPÖ*), und zu denen wir uns deshalb auf Grund unserer politischen Gesinnung, aber auch auf Grund der Prüfung der politischen und sachlichen Gegebenheiten in diesem Lande bekennen.

Die Politik der Regierungspartei beruht einfach darauf, ungelöste oder vernachlässigte Probleme einer Lösung zuzuführen, und dazu gehören auch der Kampf gegen die Armut, auch wenn man es nicht jedes Mal in die Regierungserklärung hineinschreibt (*Abg. Dr. Taus: Leicht vergessen worden!*), oder die Probleme der Gesundheitspolitik, und das alles unter Zugrundelegung von durchaus – um Sie zu beruhigen – abendländischen Werten wie Chancengleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität, individuelle Entfaltungsmöglichkeit et cetera.

Und wenn sich dann die ÖVP in der Rolle des Retters des Abendlandes oder zumindest unseres Landes versucht, das aber von der ÖVP schon allein deshalb nicht gerettet werden kann, weil es von dieser Seite gar nicht gefährdet ist, dann ist das eben eine Politik, die nicht ankommt und die keine Resonanz findet.

Auch – ich habe noch keine Gelegenheit gehabt, darauf zurückzukommen – der Versuch des Obmanns der ÖVP in seiner Antrittsrede auf dem Bundesparteitag im Sommer, das Wesen sozialdemokratischer Politik in den Bereich der Utopie zu rücken und unsere Ziele in das Nirgendwoland abzuschieben, wurde gewogen und für zu leicht befunden. Es hat uns sehr gewundert und wundert uns noch heute, daß gerade Sie, Kollege Taus, der Sie gerne Popper zitieren und sich offenbar dessen kritischen Rationalismus zu eigen machen, vor der politischen Realität flüchten und sich einen Phantomgegner schaffen, gegen den zu polemisieren zwar vielleicht Beifall bringt, aber den man allein schon deshalb nicht besiegen kann, weil noch niemand Phantome besiegt hat und weil noch niemand erfolgreich war, der an der Realität vorbeigekämpft hat. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Natürlich, meine Damen und Herren, spielt

auch die Utopie... (*Abg. Dr. Taus: Sozialismus als Phantom?*) – Nein, aber Ihre Vorstellung vom Sozialismus als Phantom. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Natürlich spielt auch die Utopie, also das Nachdenken über die Programme von morgen und über die Wirklichkeit von übermorgen, in der Geistesgeschichte und daher auch in der sozialdemokratischen Geistesgeschichte eine Rolle. Ich füge hinzu: Schlimm wäre es um eine politische Bewegung bestellt, die nicht die Fähigkeit oder nicht die Kraft oder nicht das Interesse hätte, über den Gartenzaun – und wie oft ist es nur ein Schrebergartenzaun – des Hier und Heute hinauszublicken und sich längerfristig Gedanken zu machen. Aber das Wesen sozialistischer Politik – und Ihr Zwischenruf hat es mir jetzt noch bestätigt –, das Wesen sozialdemokratischer Politik haben Sie mit dieser einen Facette natürlich keineswegs getroffen. Ganz im Gegenteil. Die Stärke der Sozialdemokratie war es immer und ist es auch heute, daß sie sich mit den konkreten Sorgen konkreter Menschen in einer konkreten gesellschaftlichen Situation befaßt, und zwar erfolgreich befaßt (*Beifall bei der SPÖ*); daß wir uns eben zur Reform, zur Evolution und nicht zur Revolution bekennen, weil wir genau um das Scheitern jener Ideologien auf der Rechten und auf der Linken oder auf der Linken und auf der Rechten – wie Sie wollen – wissen, die nicht Politik um des Menschen willen betrieben haben und heute noch betreiben, sondern den konkreten Menschen in das Prokrustesbett ihrer Ideologie zwingen, mit den bekannten Resultaten.

Wenn Sie, Herr Dr. Taus, von Popper immer wieder den Satz zitieren – und es ist ein schöner Satz –, daß „die Utopie des Himmelreichs auf Erden leicht dazu führen kann, unsere gute Erde in eine Hölle zu verwandeln“, so fühlen wir uns aus Gründen, die ich gerade genannt habe, von dieser Feststellung, die sehr viel Wahres enthält, in keiner Weise betroffen. Aber prüfen Sie, ob Sie ebenso guten Grundes sagen können, daß Sie sich von der nicht minder wahren Feststellung von David Riesman nicht betroffen fühlen müssen, wonach die Erhaltung des Status quo „das utopischste aller Ziele“ ist und an der Realität immer noch gescheitert ist. (*Beifall bei der SPÖ*. – *Abg. Dr. Taus: Niemand hat von der Erhaltung des Status quo gesprochen!*)

Sie haben in Ihrer heutigen Rede nicht davon gesprochen, aber wer die Reformpolitik der letzten vier Jahre, die in Österreich betrieben wurde und die jetzt in den kommenden vier Jahren fortgesetzt wird, immer wieder entweder als Utopie oder als freiheitsfeindliche, kollektivistische Politik verteufelt, der setzt sich eben dem Verdacht aus, von Reform zwar zu reden,

Dr. Fischer

aber den Status quo zu meinen, und der ist daher der wahre Utopist. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Busek: Jetzt haben Sie einen Phantomgegner!)*

Hohes Haus! Wäre nämlich die Politik dieser Regierung so, wie Sie sie in den vergangenen vier Jahren beschrieben haben und wie Sie das auch heute wieder andeuten, wie wäre denn dann eigentlich die große Zustimmung in der österreichischen Bevölkerung möglich? Und noch etwas. Wie wäre es denn möglich, daß einer aus Ihren Reihen, der Obmann des ÖAAB, erst kürzlich festgestellt hat - ich glaube, mit vollem Recht festgestellt hat -, daß die ÖVP die politische Mitte an Kreisky und an seine Regierung verloren hat? Wenn die ÖVP die politische Mitte an die SPÖ verloren hat, dann muß sich also nach den Denkgesetzen der Logik die SPÖ in der politischen Mitte befinden. Das tut sie auch in hohem Maße, und so wird es auch bleiben, meine Damen und Herren. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Scheinbar, vorgeben tut sie es!)*

Allerdings kann Politik der Mitte nicht heißen - und auf diese Differenzierung lege ich Wert -, weder links noch rechts, weder vor noch zurück zu schauen und unbeweglich dort zu verharren, wo man gerade ist. Eine gute und dynamische Politik der Mitte sucht und findet das Maß zwischen den oft sehr weitreichenden Reformnotwendigkeiten unserer Gesellschaft und den in einer konkreten Situation im Einklang mit dem politischen Bewußtsein der Bevölkerung gegebenen Reformmöglichkeiten.

Das ist es auch, was der Bundeskanzler - soweit ich das verstehe und meiner Ansicht nach - mit dem einschränkenden Hinweis auf das natürliche Rechtsempfinden des Volkes gemeint hat. *(Abg. Dr. Taus: Nicht immer leicht!)* Es genügt eben nicht, daß man von der Richtigkeit einer konkreten Zielsetzung überzeugt ist, sondern man muß diese Überzeugung auch in der Bevölkerung wecken, oder sie muß dort vorhanden sein, wenn allzu große Differenzen zwischen dem Inhalt von Maßnahmen, zwischen dem Inhalt von Gesetzen und dem Bewußtsein der Menschen vermieden werden sollen.

Wenn Sie sich, Herr Dr. Taus, heute wiederum an dem Wort vom Rechtsempfinden oder vom Rechtsbewußtsein des Volkes gestoßen haben und sich sogar dazu verstiegen haben zu sagen, daß das dann bis zur sozialistischen Gesetzlichkeit der DDR führen kann, dann bitte ich Sie um eines - wir brauchen dazu gar nicht das Hainfelder Programm -: Nehmen Sie das „Verfassungsgesetz vom 1. Mai 1945 ... über die Wiederherstellung des Rechtslebens in“ der demokratischen Republik „Österreich“ zur Hand. Schlagen Sie den § 1 dieses Gesetzes auf und lesen Sie nach, daß nach dem Willen

unserer provisorischen Staatsregierung vom Mai 1945 „alle nach dem 13. März 1938 erlassenen Gesetze und Verordnungen sowie alle einzelnen Bestimmungen in solchen Rechtsvorschriften, die mit dem Bestand eines freien und unabhängigen Staates Österreich oder mit den Grundsätzen einer echten Demokratie unvereinbar sind, die dem Rechtsempfinden des österreichischen Volkes widersprechen ... aufgehoben werden“. Unterschriften: Renner, Schärff, Figl, Raab usw.

Und was für Renner, Schärff, Figl und Raab im Jahre 1945 recht war, wird auch für Dr. Taus im Jahre 1975 billig sein, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Taus: Das ist die Erfindung der geschwinden Rechtsphilosophie!)*

Hohes Haus! Ich habe bis jetzt vor allem solche Positionen markiert, wo der Trennungsstrich gegenüber der Opposition oder gegenüber der Politik der Opposition im Vordergrund steht. Es hieße aber, an der Realität Österreichs, an der politischen Wirklichkeit vorbeigehen und die Gewichte einseitig verteilen, wollte man nicht auch das sehen, was an Gemeinsamem zwischen den Parteien dieses Hauses vorhanden ist, und mehr noch, dies auch aussprechen. Damit meine ich gar nicht nur jene Grundwerte unseres Staates und unserer Gesellschaft, die auch in der größten Hitze des politischen Gefechtes außer Streit stehen, wie das gemeinsame Bekenntnis zur Demokratie, zur Verfassung, zu den Menschenrechten, zum Pluralismus etc., etc., ich meine auch konkrete Aufgaben.

So enthält die Regierungserklärung, wie ich glaube, eine Fülle von Aufgaben und Zielsetzungen, die auch eine sehr kritische und kampfeslustige Opposition zu den ihren machen kann, ohne an ihren Grundsätzen bzw. an ihren oppositionellen Aufgaben Verrat zu üben. Herr Dr. Taus, Sie haben sie nicht in allen Punkten exakt gelesen, denn zum Beispiel der Datenschutz ist sehr wohl in der Regierungserklärung enthalten. Sie haben trotzdem moniert, daß darüber nichts gesagt wurde; ich glaube, auf Seite 104 oder so ist es, wenn Sie bitte nachlesen wollen. Aber nicht nur Datenschutz. Es gibt sehr viele wichtigere oder gleich wichtige Dinge, die in dieser Regierungserklärung enthalten sind und von denen ich glaube, daß das ganze Haus früher oder später ja dazu sagen kann.

Im Vordergrund werden natürlich die Bemühungen um die Bewältigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten stehen, um die Erhaltung der Vollbeschäftigung, um die Meisterung der budgetären Probleme. Und ein Erfolg dieser Bemühungen, meine Damen und Herren, wird letzten Endes ebenso der gesamten Bevölkerung zugute kommen wie Mißerfolge alle gemeinsam treffen müßten. Deshalb wäre es gut, so glaube

Dr. Fischer

ich, wenn einige Aussagen aus allerjüngster Zeit – und da schließe ich auch Ihre heutige Rede ein –, wenn einige dieser Aussagen der ÖVP-Spitze noch einmal überlegt und noch einmal überdacht würden, ehe man sie zur Parteilinie macht. Denn man kann beispielsweise nicht vor den Wahlen sagen, daß die Erhaltung der Vollbeschäftigung eine moralische Frage ist, und nach den Wahlen sagen, die Regierung soll sich die Suppe gewissermaßen alleine auslöffeln, noch dazu, wo die Suppe, von der Sie reden, vor allem eben in weltweiten Rezessionen, in weltweiten Währungsproblemen besteht. Mit einer Gesinnung der Schadenfreude, müßte man fast sagen, ist sicher nichts gewonnen, wird niemandem genützt.

Ich glaube auch, daß die Passagen über die Außen- und Verteidigungspolitik in der Regierungserklärung so formuliert sind, daß der Verzicht auf Kritik um jeden Preis relativ leichtfallen könnte. Es ist jedenfalls eine Plattform für eine gemeinsame Außen- und für eine gemeinsame Verteidigungspolitik vorhanden, und die sollte man nicht leichtfertig wieder schmälern, umsomehr als die Opposition immer Wert auf den Konnex zwischen Außen- und Verteidigungspolitik legt und wir jetzt in der Verteidigungspolitik mit der neuen, einstimmig beschlossenen Verteidigungsdoktrin gleichfalls eine taugliche Plattform für die nächsten Jahre haben.

Was den Bereich der Sozial- und Gesundheitspolitik betrifft, so gebe ich schon zu, daß da eine Vielzahl schwieriger Detailprobleme drinnensteckt, aber als Grundtendenz würde ich vorschlagen, daß etwa das gilt, was ein deutscher CDU-Abgeordneter, Norbert Blüm – ich verwende hier absichtlich einen für Sie unverdächtigen Zeugen –, kürzlich gesagt beziehungsweise geschrieben hat. Man muß sich in acht nehmen – ich zitiere wörtlich –, daß „alle Bedingungen einer verschleiernenden Ideologie erfüllt werden, wenn soziale Hilfen, die dem Unternehmer“ dienen, „unter der Überschrift ‚Wirtschaftspolitik‘ rubrizieren, die für den kleinen Mann aber“ als „Sozialpolitik“ bezeichnet werden. „Auf diesem Weg nämlich ist die Gesellschaftspolitik, die als Wirtschaftspolitik vorgetragen wird“, der öffentlichen Diskussion und der kritischen Auseinandersetzung und den Appellen zur Sparsamkeit und zum Maßhalten etc., „weit mehr ... entzogen, als eine Gesellschaftspolitik, die den Namen Sozialpolitik trägt.“

Ich glaube, daß wir diese Sätze vor allem dann beherzigen müssen, wenn versucht werden sollte, den Kampf gegen die Armut, der natürlich weiterhin auf dem Programm dieser Regierung steht, und den Kampf für sozialpolitische Fortschritte als „stabilitätsgefährdend“ zu

bezeichnen, den Kampf gegen Privilegien hingegen anders einzustufen.

Hohes Haus! Ich will nicht die einzelnen Bereiche der Regierungserklärung besprechen, weil ja Redner meiner Fraktion zu den verschiedenen Punkten noch Stellung nehmen werden, sondern schon an dieser Stelle wieder zum gesamten Spektrum unserer parlamentarischen Aufgaben zurückkehren und der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß wir auf eine große Anzahl einstimmig beschlossener und gemeinsamer Lösungen zurückblicken können, wenn wir am Ende dieser vier Jahre Bilanz ziehen werden. Wir sollten uns, glaube ich, den Weg zu einer solchen Bilanz nicht gegenseitig erschweren, sondern erleichtern.

Natürlich wird das Selbstbeschränkung erfordern, guten Willen und Toleranz, aber da die ÖVP das Miteinander und nicht das Gegeneinander zu einer der Hauptaussagen ihres Wahlkampfes gemacht hat, haben wir zumindest bis zum Beweis des Gegenteils keinen Grund und kein Recht zu unterstellen, daß das nur für den Wahlkampf gegolten hätte und nicht auch für die Zeit nachher gemeint war. Dabei bedarf es keiner Betonung, daß man das, was man von den beiden Oppositionsparteien verlangt, im konkreten Fall also Bereitschaft zur Zusammenarbeit, im gleichen Ausmaß auch selber zu geben bereit sein muß.

Ich sehe aber ganz konkrete Ansatzpunkte für eine solche konstruktive Zusammenarbeit in vielen Bereichen unserer parlamentarischen Arbeit, und ich sehe diese Ansatzpunkte nicht nur in der subjektiv guten Absicht der Beteiligten, die könnte in manchen Fällen vielleicht allein nicht ausreichen, sondern in konkreten Gegebenheiten, die ich wie folgt skizzieren darf:

Erstens: Die SPÖ fühlt sich nach wie vor in hohem Maße nicht nur als Regierungspartei, sondern auch als Parlamentspartei, wie in unserer ganzen Geschichte, also als eine Partei, in deren Selbstverständnis das Parlament und der Parlamentarismus eine zentrale Rolle spielt; und zum Parlamentarismus gehört nun einmal das Verhandeln, das Gespräch und der Kompromiß. In diesem Sinne wird die in der Regierungserklärung enthaltene Einladung, die Mehrheitspartei möge in den parlamentarischen Ausschüssen – ich zitiere aus der Regierungserklärung – die Herbeiführung eines Konsenses anstreben, sicherlich auf einen fruchtbaren Boden fallen, vor allem dann, wenn auch die Opposition das Ihre dazu beiträgt.

Zweitens soll darüber hinaus einmal ausgesprochen werden, daß man das Wesen von Kompromissen auf parlamentarischer Ebene falsch einschätzt, wenn man sie nur als Ausdruck politischer Schwäche bei der Mehr-

Dr. Fischer

heit und profillosen Nachgiebigkeit bei der Minderheit taxiert. Ein guter Kompromiß hat für beide Seiten nicht nur menschliche, sondern auch politische und sachliche Vorteile.

Bei einem guten Kompromiß erlangt nämlich die Minderheit für ihre Zustimmung zu einer Materie Zugeständnisse von der Mehrheit in der Sache selbst, die ihr bei einem glatten Nein versagt bleiben müßten. Und die Mehrheit wiederum tauscht jene Konzessionen, die sie an die Opposition macht, gegen die Zustimmung der Opposition und damit gegen eine Außerstreitstellung der Materie ein, was deren künftiger Vollziehung und deren künftiger Beurteilung in der Öffentlichkeit sicher nur guttun kann.

Natürlich werden wir versuchen, uns dagegen zu wehren, daß es lange Zeit nach Kompromiß ausschaut und Konzessionen von beiden Seiten scheinbar vorhanden sind, und dann glückt das Projekt nicht. Aber das soll an dem hier vorgetragenen Prinzip nichts ändern.

Außerdem hat ja die Regierungserklärung bereits eine Grenzziehung vorgeschlagen, an der natürlich keine Mehrheitspartei vorbeikommt, daß nämlich die Bereitschaft zum Kompromiß nicht so weit gehen kann, daß ein Gesetzesvorschlag seines Sinnes und seiner Substanz gänzlich beraubt wird. Aber zwischen diesen beiden Grenzlinien wird es doch in der Praxis einen ausreichend großen Bewegungsspielraum geben.

Hohes Haus! Was jene Fälle betrifft, bei denen von der einen oder anderen Seite der letzte Schritt zum Kompromiß nicht mehr vollzogen werden kann: Dort werden wir unsere Position, und dasselbe werden auch Sie, meine Damen und Herren, tun, in der Öffentlichkeit sorgfältig begründen, uns aber von allfälligen Vorwürfen einer sogenannten Diktatur der 51 Prozent oder einer hauchdünnen Mehrheit nicht betroffen fühlen. Das nicht nur deshalb, weil in einer parlamentarischen Demokratie die Anwendung der Mehrheit letzten Endes als Ausfluß einer Wählerentscheidung nicht als Diktatur denunziert werden darf und außerdem der Abstand von 340.000 Stimmen zwischen SPÖ und ÖVP ja schließlich gar nicht so hauchdünn ist, sondern vor allem deshalb, weil hinter der Forderung, daß 93 Abgeordnete, wenn es zu keinem Kompromiß kommt, ihren Willen nicht gegen 90 durchsetzen dürfen, hier unausgesprochen das gegenteilige Anliegen steht, nämlich daß sich 90 Abgeordnete sehr wohl gegen 93 durchsetzen dürfen. Und das müssen wir ablehnen, das können wir in dieser Form nicht akzeptieren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Die große Oppositionspartei und

Sie, Herr Dr. Taus, sind im Sommer angetreten, um die Sozialdemokratie in Österreich – das Wort war nicht sehr glücklich gewählt – auf ein für die Demokratie erträgliches Maß zu reduzieren. Ich zitiere diesen Ausspruch heute ohne jede Bitterkeit, weil die Österreicherinnen und Österreicher inzwischen ohnehin in freier und geheimer Wahl zum Ausdruck gebracht haben, wo ihrer Meinung nach das richtige und erträgliche Maß sozialistischer und oppositioneller Stimmen liegt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und diese Wählerentscheidung, meine Damen und Herren, wird in den nächsten vier Jahren auch für Sie erträglich sein müssen und wird die Grundlage der politischen Strukturen auf Bundesebene bilden. Wir werden jedenfalls alles in unseren Kräften Stehende tun, um der Verantwortung, die sich daraus ergibt, gerecht zu werden, das Regierungsprogramm zu erfüllen und Schwierigkeiten zu meistern, die auftreten sollten, und darüber hinaus Fortschritte zu erzielen, wie das auch in den vergangenen vier Jahren der Fall war.

Die Opposition – und damit komme ich zum Schluß –, deren Bedeutung für ein Funktionieren des parlamentarischen Systems außer Streit steht, ist ungeachtet aller politischen und ideologischen Differenzen zur parlamentarischen Kooperation und Zusammenarbeit eingeladen, weil wir um die Notwendigkeit von These und Antithese wissen, wenn man eine vernünftige Synthese zustande bringen will; weil wir zweitens glauben, daß eine entscheidungsfähige Regierung und ein kooperationsfähiges Parlament keine Widersprüche sind. Im Gegenteil, gerade die klare Wählerentscheidung und gerade die Tatsache, daß uns das Modell einer Konzentrationsregierung aller drei Parteien erspart geblieben ist und auf Regierungsebene weiterhin ein klarer Kurs gesteuert werden kann, gerade diese Tatsache verträgt sich mit der Kooperation und erfordert geradezu die Kooperation auf Parlamentsebene. Und drittens schließlich, weil ich überzeugt bin, daß alle Mitglieder dieses Hauses jenem Satz des deutschen Demokraten und Sozialdemokraten Kurt Schumacher zustimmen können, der einmal gesagt hat: „Das Wesen des Staates ist nicht die Regierung, und das Wesen des Staates ist nicht die Opposition, sondern das Wesen des Staates sind Regierung und Opposition.“ Und genau dieses Prinzip, Hohes Haus, wird die Parlamentsfraktion der SPÖ bei ihren Entscheidungen und bei ihrem Bemühen um die Verwirklichung des Regierungsprogrammes beachten. Wir sind überzeugt, daß gerade dadurch dem Wählerwillen vom 5. Oktober in seiner umfassendsten Form Rechnung getragen und unserem Land am besten gedient wird. *(Anhaltender Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Peter.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Alles, was die freiheitliche Fraktion in dieser, der XIV. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates an Politik betreiben wird, wird geleitet und getragen sein vom Programm der Freiheitlichen Partei, vom „Freiheitlichen Manifest zur Gesellschaftspolitik“ und von der Plattform, welche die Freiheitliche Partei zur Nationalratswahl 1975 vorgelegt hat.

Diese Politik wird darüber hinaus vorzutragen sein von der Basis einer 10-Mann-Fraktion, die von der Überlegung auszugehen hat, daß sie aus eigener Kraft allein keine freiheitlichen Zielvorstellungen durchzusetzen vermag, deren Bestreben aber darin zu bestehen hat, eigene Zielvorstellungen in die Tat umzusetzen. Das kann nicht in der Konfrontation, sondern in der Kooperation mit den beiden anderen Fraktionen des Hauses erfolgen. Und dennoch wird die Konfrontation nach den beiden anderen Seiten des Hauses überall dort notwendig sein, wo es auf der einen Seite darum geht, sich aus freiheitlicher Sicht von der sozialistischen Gesellschaftspolitik abzugrenzen, und wo es andererseits darum geht, eine andere Position zu beziehen, als das die konservative Partei dieses Hauses zu tun beabsichtigt.

Wir haben als Freiheitliche in erster Linie jenem Bürger zu dienen, der möglichst unabhängig vom Staat und seinen Machtapparaten sein will, der im Sinne seiner beruflichen Entwicklung den größtmöglichen Aktions- und Bewegungsraum anstrebt, und hier, glaube ich, liegt ein gerüttelt Maß an Aufgaben vor der freiheitlichen Fraktion in unserem heute sehr unüberschaubaren Staat.

Wir reden weiterhin der Leistungsgesellschaft das Wort und meinen, daß gerade die derzeit gegebenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nur durch eine wettbewerbsorientierte und vor allem wettbewerbsfähige Leistungsgesellschaft bewältigt werden können.

Ich stimme mit Herrn Dr. Taus überein, wenn er heute der Waffengleichheit in der Demokratie zwischen Regierung und Opposition das Wort geredet hat, und ich stimme ebenso mit ihm überein, wenn er der Meinung Ausdruck verliehen hat, daß diese Waffengleichheit nicht im vollen Maße gewährleistet ist und sie heute trotz des Geschäftsordnungsreformwerkes noch zum Nachteil der Oppositionsparteien gereicht.

Neben diesem Verständnis, Herr Dr. Taus, unterbreite ich Ihnen auch eine Bitte: Die Bitte um Verständnis für die Waffengleichheit oder für eine annähernde Waffengleichheit zwischen

den Oppositionsparteien, denn diese Waffengleichheit wurde bei den Beratungen zur Geschäftsordnungsreform von der Österreichischen Volkspartei zum Beispiel in der Frage der Dringlichkeit einer Anfrage nicht akzeptiert.

Ich möchte weiter auf eine Formulierung von Dr. Taus eingehen, von der ich der Meinung bin, daß sich die Freiheitliche Partei davon bewußt in Richtung der Österreichischen Volkspartei abzugrenzen hat, obwohl ich meine Hauptaufgabe heute darin sehe, die Auseinandersetzung mit der Regierungserklärung und mit der sozialistischen Mehrheit aus freiheitlicher Sicht vorzunehmen.

Herr Dr. Taus! Sie sprachen heute, so wie in der Zeit des Wahlkampfes, von einer Krise. Ich bin persönlich der Überzeugung, daß wir angesichts der gegebenen Rezession mit großen und mit weitreichenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, daß man aber von einer Krise weder reden kann noch von einer Krise reden soll. Ich glaube, die älteren Menschen, Herr Dr. Taus, die Ihnen heute am Bildschirm zugehört haben, werden für die Beschwörung der Krise kein Verständnis haben, denn gerade der Rentner und Pensionist, der die dreißiger Jahre und damit die tatsächliche Krise dieses Staates bewußt erlebt hat, versteht darunter etwas anderes, als Sie heute darzulegen versuchten.

Ich möchte mich hier ganz bewußt aus freiheitlicher Sicht von der Österreichischen Volkspartei abgrenzen, weil wir Freiheitlichen nicht die Absicht haben, mit einer solchen Argumentation dem Herrn Dr. Kreisky und der Sozialistischen Partei weitere Wähler zuzutreiben, was nämlich meines Erachtens während des Wahlkampfes – sicher nicht beabsichtigt – von Seite der Österreichischen Volkspartei geschehen ist.

Ich habe zum Ausdruck gebracht, daß wir Freiheitlichen uns in unserer Politik in dieser Gesetzgebungsperiode vor allem von unseren grundsätzlichen Überlegungen leiten lassen werden. In diesem Zusammenhang möchte ich zwei Stellen aus unserer freiheitlichen Wahlplattform zur Nationalratswahl 1975 zitieren, wobei wir bewußt davon ausgehen, auch als Oppositionspartei in unseren Forderungen an den Staat und an das Budget dieses Staates in der gegebenen Situation bewußt zurückhaltend zu sein. Einfach aus der Erkenntnis heraus, daß in der angespannten Lage jedes Gesetz, das in dieser Gesetzgebungsperiode zu beschließen sein wird, nach unserer Überzeugung einer volkswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Rechnung unterworfen werden soll, ungeachtet des Umstandes, daß berechnete Forderungen aller Fraktionen im Raum stehen, die aber meiner

Peter

Meinung nach mit den derzeit gegebenen Realitäten in Einklang gebracht werden müssen.

Wir formulierten dies in unserer freiheitlichen Wahlplattform so – ich zitiere –: „Um die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern und neue zu errichten, sollen vor allem in der mittelständischen Wirtschaft Betriebsgründungs- sowie Umstrukturierungs- bzw. Spar- und Kreditaktionen verstärkt gefördert werden.“ Und in Hinkunft, ich betonte es bereits, soll bei jedem neuen Gesetz, das den Staatshaushalt belastet, hinsichtlich seiner Auswirkungen und des Mehraufwandes eine volkswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Rechnung angestellt werden. Von diesem Gesichtspunkt werden die freiheitlichen Abgeordneten an die Lösung der gestellten Aufgaben in der XIV. Gesetzgebungsperiode herangehen.

Und nun, Herr Klubobmann Fischer, darf ich an Ihre Ausführungen zum Thema „Konsens“ anknüpfen. Wenn man die bisherigen Erfahrungen besonders in der letzten Gesetzgebungsperiode zur Betrachtung heranzieht, dann ist das Konsensangebot der sozialistischen Mehrheit durchaus glaubwürdig. Wir wissen auf Grund dieser Erfahrungen, was die sozialistische Mehrheit bisher unter dem Begriff „weitgehender Konsens“ verstanden hat, und wir wissen ebenso, was sie damit meint, wenn sie von den „Grenzen ihrer Kompromißbereitschaft“ spricht.

Darf ich bitte die beiden Begriffe „weitgehender Konsens“ und „Grenzen der Kompromißbereitschaft“ an einigen praktischen Erfahrungswerten, die wir gemeinsam in der abgelaufenen Gesetzgebungsperiode des Nationalrates gesammelt haben, erläutern und illustrieren.

Ein Beispiel für einen „weitgehenden Konsens“ stellt etwa die umfassende Verankerung der Landesverteidigung in der Bundesverfassung dar. Das für mich vielleicht klassischste Beispiel in der letzten Gesetzgebungsperiode war die Mitbestimmung und das Arbeitsverfassungsgesetz. Ich glaube, daß mit diesem einstimmig beschlossenen Gesetz der Nationalrat in seiner letzten Gesetzgebungsperiode ein ganz beachtliches legislatives Werk geschaffen hat, nämlich eine Politik der realistischen Schritte, von der ich meine, daß man sie nie zurücknehmen braucht, da sie auf der Grundlage eines einstimmigen Beschlusses aller drei Fraktionen herbeigeführt worden ist. Das seien einige Beispiele und einige Erfahrungswerte zum Thema: erfolgreicher, weitgehender Konsens aller drei Parteien in diesem Hause unter einer Mehrheitsregierung.

Nun aber auch einige Beispiele, die uns klar vor Augen geführt haben, wo die „Grenze der Kompromißbereitschaft“ der sozialistischen Mehrheit in der abgelaufenen Gesetzgebungs-

periode zu liegen kam. Alles, was unter die Geißel des Zeitdruckes gestellt wurde, ist in der letzten Gesetzgebungsperiode schlecht gedingen. Alles, was mit Fristsetzung konfrontiert war, konnte nicht so ausreifen wie jene Gesetze, die wir einstimmig verabschiedet haben und die wirklich eine beachtliche Leistung des ganzen Parlaments und aller Fraktionen darstellen.

Darf ich zum Beispiel an das Universitäts-Organisationsgesetz erinnern. Hier sind gewisse gesellschaftspolitische Grenzen klar zutage getreten. Ich spreche dabei nicht von der „Diktatur der 51 Prozent“, sondern eben von der Anwendung einer legalen Mehrheit. Wenn sich aber jetzt, da dieses Kind – also das UOG – noch sehr jung ist, bereits erste Tendenzen einer Novellierungsnotwendigkeit abzeichnen, darf man doch berechtigt die Frage in den Raum stellen: Wäre es nicht besser gewesen, das mehr ausreifen zu lassen, um vielleicht doch auch in dieser Frage einen Konsens zu erzielen?

Ähnlich war es etwa beim ORF-Gesetz. Vielleicht das negativste Beispiel war das Kärntner Ortstafelgesetz. Hier, glaube ich, haben sich die damalige Bundesregierung und die damalige Regierungsfraktion zu sehr vom Gebrauch der Möglichkeit der Mehrheit leiten lassen und diese Mehrheit auch angewendet. Wir haben dann mit dem Ortstafelgesetz ein sehr unausgereiftes Gesetz vor uns gehabt, das uns vor eine Reihe von Problemen gestellt hat, die bis zur Stunde nicht gelöst werden konnten.

In Richtung „Grenzen des Konsenses“ und „Grenzen der Kompromißbereitschaft“ daher ein Vorschlag aus freiheitlicher Sicht: den Begriff der Grenzen aus der Sicht der Regierungsmehrheit einmal zu überdenken und zu prüfen, inwieweit in der vor uns liegenden Gesetzgebungsperiode diese „Grenzen der Kompromißbereitschaft“ weiter gezogen werden können, als das in der Vergangenheit bei einigen Gesetzesmaterien der Fall war.

Im Gegensatz zu Herrn Dr. Taus sehe ich in der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers eher eine Apotheose verbindlicher Unverbindlichkeiten, eine Problemschau, die allerdings die notwendigen Konzepte nicht anführt und die auch der Prioritätensetzung aus dem Wege geht. Hier ergibt sich bei der Regierungserklärung des Kabinetts Kreisky III eine Parallele zu jener Regierungserklärung, die der Herr Bundeskanzler im Jahre 1971 abgegeben hat.

Man könnte Verständnis haben, daß der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung dem Hauptproblem und der Hauptsorge der zerrütteten Staatsfinanzen aus dem Wege geht. Ich möchte das deswegen nicht so sehr in den Vordergrund meiner Kritik stellen, weil wir ja

Peter

morgen mit der Budgetrede des Finanzministers konfrontiert sind und somit jene zusätzlichen Informationen zu bekommen haben, welche die Regierungserklärung ergänzen sollen.

Ich stoße mich nicht so sehr an der für 1976 proklamierten expansiven Budgetpolitik. Ich stoße mich nicht an dem, was Herr Dr. Taus an Kritik zum Ausdruck gebracht hat und dem Herr Abgeordneter Fischer widersprochen hat, daß in der Regierungserklärung nichts verpackt und versteckt wäre. Versteckt, Herr Dr. Fischer, ist bestimmt nichts. Aber es ist sehr vieles überaus geschickt verpackt, von dem wir noch nicht wissen, was und wie es zutage treten wird, wenn zum gegebenen Zeitpunkt die Verpackung von der Regierungsmehrheit gelöst wird. Da stecken Dinge dahinter, die sich bis zur Stunde in den Konturen nicht abzeichnen; zum Beispiel die Erschließung neuer Einnahmequellen über den Kapitalmarkt oder über Steuererhöhungen? Darüber sind nicht einmal Andeutungen enthalten, aber doch etliches, das so erkennbar ist, daß man es nicht übersehen kann.

Übersehen kann ich in der Regierungserklärung auch nicht Anklänge in Richtung einer Einengung der Budgethoheit des Nationalrates. Das sind Töne, die eine Oppositionspartei hellhörig machen müssen.

Das Reformthema stellt einen ebenso wesentlichen Auseinandersetzungsgegenstand dar, weil die Bundesregierung meint, es sollen Reformen sein, die das Staatsbudget wenig belasten. (*Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*) Andererseits ergibt sich für uns heute schon zwingend die Sorge: Hoffentlich sind es nicht Reformen, die den Staatsbürger und sein persönliches Budget belasten, wenn ich zum Beispiel an die Reform des Mietenrechtes denke.

Ich komme nunmehr zu einer überaus interessanten Formulierung des Herrn Bundeskanzlers auf Seite 27 der Regierungserklärung, wo er sagte: Aus neuen Problemen stellen sich neue Aufgaben, und daraus ergeben sich neue Prioritäten. – Das ist richtig, nur wird in der Regierungserklärung auf diese Prioritäten nicht eingegangen, und das bedaure ich aus freiheitlicher Sicht. Denn hier mehr Klarheit zum gegebenen Zeitpunkt würde auch die Einschätzung der weiteren Entwicklung erleichtern.

Weiter läßt sich der Inhalt der Regierungserklärung in einem sehr interessanten Kern zusammenfassen, wenn der Herr Bundeskanzler meint, soziale und gesellschaftspolitische Verbesserungen, mehr Gerechtigkeit, ein moderneres und menschlicheres Österreich seien das Ziel der Bundesregierung nach einem Jahrzehnt sozialistischer Regierungstätigkeit in Österreich.

Die Entwicklung der nächsten vier Jahre wird durch den Herrn Bundeskanzler durch diese Formulierung bereits vorweggenommen; allerdings ohne daß Herr Dr. Kreisky auf das Ausmaß der Rezession und ihre Überwindung in seiner Regierungserklärung eingegangen wäre.

Die wirtschaftliche Unsicherheit, die heute über der gesamten Gesellschaft unseres Landes liegt, ist und bleibt die Bruchlinie dieser letzten Regierungserklärung der sozialistischen Alleinregierung.

Geblichen sind im Kabinett Kreisky III auch alle personellen Schwachstellen, von denen der Herr Bundeskanzler angekündigt hat, daß sie erst zu einem späteren Zeitpunkt bewältigt werden.

Ich glaube, in einem die Regierungserklärung richtig verstanden zu haben, wenn ich der Auffassung bin, daß es sich bei der jetzigen Bundesregierung um die einzige Regierung handelt, die glaubt, ohne Einschränkungen und Abstriche in der gegebenen Situation das Auslangen zu finden. Ich hingegen meine, daß gerade in diese Richtung Überlegungen hätten angestellt werden müssen.

Betrachtet man das, was der Herr Bundeskanzler in seinen drei bisherigen Regierungserklärungen zur Steuer- und Budgetpolitik gesagt hat, dann tritt eine Verengung des Standpunktes und damit auch ein Verlust der Präzision der Aussage ein.

1970, im Rahmen der Minderheitsregierung, war die Feststellung des Bundeskanzlers zum Thema der Steuer- und Budgetpolitik noch verhältnismäßig präzise, wenn er dazu ausführte:

„Die Bundesregierung wird sich in der Budgetpolitik vom Ziel der Förderung des Wirtschaftswachstums, einer sozial gerechten Einkommensverteilung, der Erhaltung der Vollbeschäftigung und der Kaufkraft des Schillings leiten lassen.“ – Dann kam der meines Erachtens sehr entscheidende Satz: „Das bedeutet, daß sie in ihrer Finanz- und Steuerpolitik vor allem auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Rücksicht nehmen wird.“

1971 hat uns der Herr Bundeskanzler bereits mit einer sehr reduzierten Formel konfrontiert, in der er ausführte: „Für eine“ gesunde „Wirtschaftspolitik, die Geldwertstabilität und Wirtschaftswachstum . . . zu kombinieren trachtet, sind gesunde Staatsfinanzen von ausschlaggebender Bedeutung.“

Und 1975 sieht der Herr Bundeskanzler „... die Aufgabe der Budgetpolitik mit Blickrichtung für die Jahre 1977 und 1978 darin . . ., die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben zu verringern“.

Peter

Wodurch die Verringerung der Schere erfolgen soll, läßt die Formulierung in der Regierungserklärung offen; etwa durch geringere Staatsausgaben oder durch Steuererhöhungen beziehungsweise Kreditaufnahme auf den Kapitalmärkten. Hier erachte ich eine zusätzliche Erklärung des Finanzministers in seiner morgigen Budgetrede für notwendig.

Mit den Steuerbegünstigungen ist der Herr Bundeskanzler ins Gericht gegangen. Dazu sagte er: „Steuerpolitisch sind verschiedene Begünstigungen im Interesse der Steuergerechtigkeit auf ihre Notwendigkeit und Angemessenheit zu überprüfen.“ – Wolkige Umschreibungen anstatt klarer, präziser Feststellungen. So formuliert man etwa, wenn man ganz bestimmte Absichten hat, die man im Augenblick noch nicht beim Namen nennen will. Eine ganz bestimmte Absicht hat ja der Herr Finanzminister in allerjüngster Zeit nunmehr beim Namen genannt. Die Tageszeitungen informieren heute darüber, daß Rechnungen für Bewirtung künftig nicht mehr absetzbar sein sollen.

Über die Kontrolle zur Sicherung der Steuergerechtigkeit würden wir freiheitlichen Abgeordneten gerne mehr erfahren, als auf Seite 36 im Absatz 4 der Regierungserklärung enthalten ist.

„Die Steuergerechtigkeit“ – so heißt es – „erfordert hier auch ein entsprechendes Mindestmaß an Kontrolle, um sicherzustellen, daß die Steuerlast gleichmäßig verteilt ist.“ Aber bitte nicht Kontrolle der Steuergerechtigkeit durch mehr Kompetenzen an den Finanzminister auf Kosten der Gesetzgebung! Diese Einschränkung muß aus freiheitlicher Sicht bereits heute unmißverständlich angemerkt werden.

Nun zur Ankündigung, daß die haushaltsrechtlichen Vorschriften in dieser Gesetzgebungsperiode neu geordnet werden sollen. Damit geht die Regierung auch auf jene Absprache ein, die sie 1971 mit der freiheitlichen Fraktion getätigt hat, nämlich die Schaffung entsprechender Rechtsgrundlagen für ein neues Haushaltsrecht, das allerdings aus der Sicht der derzeitigen Bundesregierung eine möglichst flexible Handhabung der Finanz- und Budgetpolitik des Staates durch den Finanzminister ermöglichen soll.

Der flexiblen Handhabung im Rahmen eines neuen Haushaltsrechtes soll und muß man meines Erachtens Verständnis entgegenbringen; allerdings auf einer Kompensationsgrundlage, auf der Grundlage eines Partnerschaftsverhältnisses und auf jener Grundlage, die Dr. Taus heute angezogen hat, nämlich der Waffengleichheit zwischen Regierung einerseits und Opposition andererseits.

Wenn also für den Finanzminister zu Recht mehr Flexibilität verlangt wird, dann muß man andererseits vom Standpunkt der Gesetzgebung mehr Transparenz und mehr Kontrolle des Finanzministers verlangen. Und nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit kann meines Erachtens die Diskussion über die Neuordnung des Haushaltsrechtes geführt werden; nicht aber auf der Grundlage einer Einengung der Budgethoheit des Nationalrates durch die Bundesregierung beziehungsweise durch den Finanzminister.

Meines Erachtens hätte es in der Regierungserklärung keiner Betonung der zusätzlichen Budgetausgaben zur Sicherung der Arbeitsplätze bedurft. Wir haben als Freiheitliche diese Maßnahme nicht nur nicht kritisiert, sondern sie darüber hinaus parlamentarisch unterstützt. Aber diese Maßnahme nachträglich zu rühmen, erachten wir als überflüssig. Man würde sich ja auch wundern, wenn eine Schiffsbesatzung außerordentlich stolz wäre, nur weil sie bei einem Leck im Schiff die Pumpen bedient hat. Und so ist ja letzten Endes auch der Einsatz jener im Kreditweg besorgten 6,4 Milliarden Schilling in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit zur Erteilung von staatlichen Auftragsimpulsen an die Wirtschaft zu verstehen.

Im Zusammenhang mit den Verbesserungen im Arbeits- und Sozialversicherungsrecht spricht der Herr Bundeskanzler von einer „besonderen Verantwortung“. Diesen Satz soll man auch aus der Sicht einer Oppositionspartei ernst nehmen, weil ich ihn für richtig, zweckmäßig und notwendig erachte. Nur – gestatten Sie mir die Frage an die Regierungsmehrheit: Warum ist dieser Satz nicht schon 1971 gesagt und geprägt worden, und warum ist die Bundesregierung nicht schon in den letzten vier Jahren nach diesem Grundsatz vorgegangen?

Natürlich wird man der Verbesserung des Arbeits- und Sozialrechtes überall dort gebührende Bedeutung zuordnen müssen, wo dies in der gegebenen Lage möglich ist. Aber die Grenzen dieser Möglichkeiten hier einer ernsten Diskussion zu unterziehen, erscheint mir unerlässlich zu sein. In diesem Zusammenhang erachte ich die Präzisierung im Detail genauso notwendig, wie der Verwirklichung ein wohlüberlegter Zeitplan auf der Grundlage der gegebenen Möglichkeiten zugrunde gelegt werden muß.

In diesem Zusammenhang haben wir aus freiheitlicher Sicht gleich eine Ergänzung vorzunehmen und anzubringen. Wir fordern, daß man nicht nur den Verbesserungen im Arbeits- und Sozialrecht die gebührende Aufmerksamkeit in dieser Gesetzgebungsperiode des Nationalrates zuordnet, sondern daß die Bundesregie-

Peter

rung jenen Bereichen, die sie gerade in der letzten Gesetzgebungsperiode vernachlässigt hat, genauso viel Bedeutung zuwendet.

Hier meinen wir Freiheitlichen, daß endlich Maßnahmen gesetzt werden müssen, damit die Kleinbetriebe und damit die Familienbetriebe nicht unter die Räder kommen; daß Maßnahmen gesetzt werden müssen, um nicht nur die an und für sich gegebene Leistungsfähigkeit der österreichischen Landwirtschaft zu erhalten, sondern um darüber hinaus auch endlich die sozialen Probleme der Landwirtschaft in Angriff zu nehmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich verweise schon heute auf die Notwendigkeit, das Landwirtschaftsgesetz aus 1962 einer Novellierung zu unterziehen. Damals sind wohl die Primäraufgaben der Landwirtschaft deutlich festgelegt worden, aber die Sekundäraufgaben der österreichischen Landwirtschaft, die sich seither vor allem durch den Fremdenverkehr immer mehr ausgebreitet haben, sind im Landwirtschaftsgesetz nicht einmal enthalten, und diese Lücke im Gesetz gilt es zu schließen. Wenn das richtig ist, was der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht hat, nämlich daß die österreichische Landwirtschaft eine ganz bedeutende gesellschaftspolitische Funktion bei der Offenhaltung und Pflege des Kultur- und Erholungsraumes zu erfüllen hat, dann muß man daraus bei der Novellierung des Landwirtschaftsgesetzes einen Rechtsanspruch für die österreichische Landwirtschaft ableiten und statuieren. Nur dann ist das ernst zu nehmen und kann das ernst genommen werden, was der Herr Bundeskanzler zum Thema Landwirtschaft in der Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht hat.

Im Zusammenhang mit der Verbesserung des Sozial- und Arbeitsrechtes melden wir Freiheitlichen eine Ergänzung an: die Verankerung des Rechtes auf Arbeit und Berufsausbildung bei freier Wahl des Arbeitsplatzes in der Bundesverfassung. Dieses Recht und seine Verankerung fordern wir seit geraumer Zeit, das heißt seit Jahren. Wir freuen uns, daß der Österreichische Gewerkschaftsbund diese Forderung nun auch übernommen hat.

Es wäre unseres Erachtens notwendig gewesen, im Zusammenhang mit der Regierungserklärung Aufschluß über die Sanierungsphase zu geben, die zweifelsohne nunmehr budgetär im Bereich der Haushaltspolitik in Angriff genommen werden muß. Hier ist es notwendig, noch einmal darauf zu verweisen, daß ebenso die Prioritäten durch die Regierung hätten gesetzt werden müssen beziehungsweise daß die Regierung angesichts der gegebenen schwierigen Situation allen Fraktionen des Hauses Vorschläge in Richtung einer Einigung auf gemein-

same Prioritäten hätte unterbreiten müssen. Das wäre mit einer der Voraussetzungen gewesen, die Nagelprobe zum Thema Konsens vorzunehmen.

Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung ein wertfreies und wertneutrales Schumpeter-Zitat zusammenhanglos in den Raum gestellt, das aus freiheitlicher Sicht einer Ergänzung und einer Interpretation bedarf. Der Herr Bundeskanzler zitierte Schumpeter so:

„Konjunkturzyklen analysieren heißt nicht mehr und nicht weniger, als den Wirtschaftsprozeß des kapitalistischen Zeitalters analysieren.“

Das ist völlig wertfrei gemeint und kann meines Erachtens nicht darauf bezogen werden, wenn der Herr Bundeskanzler meint, daß die Marktwirtschaft nicht in der Lage wäre, einen kontinuierlichen Konjunkturablauf zu gewährleisten.

Hier darf man ergänzen und Wilhelm Röpke zitieren, der in der „Civitas humana“ sagte:

„Kapitalismus kann nicht einen Typus der Wirtschaftsordnung, sondern nur eine bestimmte wirtschafts- und sozialgeschichtliche Epoche in ihrer Individualität, Einmaligkeit und Komplexität bezeichnen. Nur wenn man sich diese klare Unterscheidung immer vor Augen hält, bleibt man sich bewußt, daß das Prinzip der Marktwirtschaft und die historische Gesamtkombination zwei ganz verschiedene Dinge sind. Und nur dann wird man das Wesen der Marktwirtschaft von historischer Entartung und Verzerrung scheiden können. Die Schärfe unserer Kritik“ – so führt Röpke weiter aus – „am historischen Kapitalismus und unsere Entschlossenheit zur Abhilfe auf der einen Seite, unsere energische Bejahung des Ordnungsprinzips der Marktwirtschaft auf der anderen Seite – das sind die Brennpunkte der Ellipse, in der unsere Reformgedanken kreisen sollen.“

An das Röpke-Zitat anknüpfend darf ich aus freiheitlicher Sicht feststellen, daß das alles im Wirtschaftsablauf von den Grundsätzen einer freien demokratischen Gesellschaftsordnung zu beurteilen ist, wonach eben so viel Freiheit für den einzelnen wie nur möglich gewährleistet sein muß und nur so viel Staat wie unbedingt nötig zu praktizieren ist.

Somit ist die Marktwirtschaft noch immer als Ordnungsprinzip nicht nur vom Grundsatz, sondern auch von der Funktionstüchtigkeit her der Kommandowirtschaft vorzuziehen. Offen bleibt allerdings die Frage, wie es die Bundesregierung über die derzeitige Regierungserklärung hinaus in Hinkunft mit der sozialen Marktwirtschaft halten wird.

Nun zum Reformproblem, das in der Regierungserklärung angeschnitten wurde. Reformen,

Peter

die nichts kosten und den Staatshaushalt wenig belasten, hat sich die Regierung Kreisky III zum Ziel gesetzt. Wir meinen, das dahin gehend ergänzen zu sollen, daß Reformen kostenmäßig – das sei noch einmal unterstrichen – nicht auf dem Rücken des Staatsbürgers ausgetragen werden dürfen und daß Reformen vom System her ausgereift sein sollen, wie das beim derzeitigen System der Gratisschulbücher leider nicht der Fall ist. Das System der Gratisschulbücher ist ein weiteres Beispiel für unausgereifte Reformen, weil die Grenzen des Konsenses in der abgelaufenen Gesetzgebungsperiode von der sozialistischen Mehrheit in diesem Fall zu eng gezogen worden sind. Daher bedürfen Reformen des besonderen Durchdenkens und des Ausreifens. Reformen dürfen meiner Ansicht nach nicht unter Zeitdruck gestellt werden.

Eine Reform erachten wir aber als eine der entscheidendsten in der kommenden Gesetzgebungsperiode: die Reform im Bereich des Staatshaushaltes und der Budgetpolitik.

So wäre nun noch auf die Volksanwaltschaft einzugehen, die in der Regierungserklärung angezogen wurde. Die Freiheitliche Partei bejaht diese Institution. Sie war es seinerzeit ja auch, die das skandinavische Vorbild des Ombudsmans als erste Partei in diesem Parlament zur Diskussion gestellt und empfohlen hat. Aus diesen Überlegungen heraus hat unser Vertreter im Verfassungsausschuß seinerzeit konstruktiv an den Beratungen mitgewirkt. Wir bedauern, daß die Volksanwaltschaft an der Hürde der Zweidrittelmehrheit in der XIII. Gesetzgebungsperiode gescheitert ist, hoffen aber, daß sie in der XIV. Gesetzgebungsperiode Realität wird.

Wir haben nicht übersehen, Herr Bundeskanzler, daß Sie in Ihrer Regierungserklärung einige freiheitliche Anregungen aufgegriffen haben, wie etwa eine Art außenpolitischen Beirates, um außenpolitische Probleme flexibler behandeln zu können, als das die derzeitige Geschäftsordnung des Nationalrates ermöglicht.

Wir haben nicht übersehen, daß ein Vorschlag des freiheitlichen Abgeordneten Stix aufgegriffen wurde, nunmehr beim Ausbau der Österreichischen Bundesbahnen auch die Wege des Kapitalmarktes zu beschreiten, um zu einer größeren Effizienz bei der Sanierung der Bundesbahnen zu kommen.

Wir haben auch nicht übersehen, daß in der Regierungserklärung Hinweise enthalten sind, das bis heute in verschiedenen Bereichen des Staates, vor allem in der verstaatlichten Industrie, praktizierte Proporzsystem zu überwinden.

Hier muß ich eine Zwischenbemerkung an die Adresse des Herrn Dr. Taus richten, der meines

Erachtens völlig zu Unrecht erklärte, Abkommen und Geheimabkommen dieser Art habe es zwischen der Sozialistischen Partei und der Österreichischen Volkspartei nie gegeben. Aber, Herr Dr. Taus, Sie waren doch einstmal Staatssekretär in der Regierung Klaus, jener Staatssekretär, der die verstaatlichten Unternehmungen betreut hat. Herr Dr. Taus, Sie waren doch Präsident des Aufsichtsrates der ÖIAG. Wie konnten Sie da nicht darüber informiert sein, daß es Geheimabkommen dieser Art gegeben hat? Darf ich neben vielen anderen nur an das „Krampusabkommen“ Withalm – Pittermann aus der Zeit der ÖVP-Alleinregierung erinnern, das hier in diesem Hause einer eingehenden Diskussion unterzogen wurde. Sollte es wirklich möglich sein, daß einem der Spezialisten für verstaatlichte Unternehmungen in der Österreichischen Volkspartei, nämlich Herrn Dr. Taus, der Inhalt und die Existenz solcher Geheimabkommen zwischen den Sozialisten und den Konservativen verborgen blieben? Wenn das der Fall gewesen ist, dann war eben die innerparteiliche Kommunikation innerhalb der Österreichischen Volkspartei sehr schlecht. (*Zustimmung bei der FPÖ.*)

Nun habe ich noch einen Vorschlag an die Adresse der sozialistischen Mehrheit zu unterbreiten und zu ersuchen, diesen Vorschlag einer Überprüfung zu unterziehen.

Geht man aus von der Absicht, daß die Mehrwertsteuer, Gebühren und Tarife am Beginn dieser Gesetzgebungsperiode über Antrag und Betreiben der sozialistischen Mehrheit erhöht werden, dann stellt sich die Frage, welche Mehreinnahmen sich daraus für den Finanzminister beziehungsweise für die Bundesregierung ergeben.

Nach den mir vorliegenden Informationen soll der Mehrwertsteuermehrertrag netto 3,8 Milliarden Schilling betragen und der Mehrertrag aus der Postgebührenerhöhung 1,7 Milliarden Schilling, was insgesamt Mehrerträge im Ausmaß von 5,5 Milliarden Schilling im nächsten Jahr erwarten ließe.

Stellt man noch in Rechnung, welche Erhöhungen des Index sich daraus ergeben, wie dadurch Inflation und Teuerung wieder einen Auftrieb erhalten, dann zeigt sich, daß es erwägens- und prüfenswert wäre, um jenen Mehrertrag, der im kommenden Jahr durch diese Steuer- und Gebührenerhöhungen mehr erwartet wird, die Ausgaben 1976 zu senken. Nach diesem FPÖ-Vorschlag würde man einen wertneutralen Weg gehen, der die Inflation und den Preisauftrieb dämpft – der Herr Bundeskanzler beklagte ja in der Regierungserklärung, daß der Preisauftrieb noch immer zu hoch ist –, und man würde damit weiter einen Weg gehen,

Peter

der der Erhaltung der Vollbeschäftigung dient und die Arbeitsplätze sichert.

Also: Senkung der Ausgaben 1976 um jenen Betrag, den der Finanzminister aus den Steuererhöhungen, Tarif- und Gebührenerhöhungen als Mehrertrag im kommenden Jahr erwartet.

Damit komme ich zum Schluß und zu jenem sozialeren, moderneren und glücklicheren Österreich, das der Herr Bundeskanzler für den Ablauf eines sozialistischen Regierungsjahrzehnts bereits vier Jahre vor Ablauf desselben vorweggenommen hat. Dazu meine ich: Solange die Regierung auf die brennende Frage, wie die angespannten Staatsfinanzen geordnet werden sollen, keine überzeugende Antwort weiß, muß auch die Verheißung eines sozialeren und damit glücklicheren Österreich so etwas wie eine Fata Morgana bleiben. Ganz besonders, meine Damen und Herren, was die Behauptung betrifft, daß nach einer zehnjährigen Epoche sozialistischen Regierens mehr Wohlstand in Österreich gegeben sein würde. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Koren. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Koren** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich war jetzt kurze Zeit im Zweifel darüber, ob es sich um eine Pro- oder um eine Kontra-Rede zur Regierungserklärung handelt. Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, Herr Abgeordneter Peter, daß es sich offenbar um einen letzten Wellenschlag in der Auslaufperiode Ihrer enttäuschten Hoffnungen handelt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Anders kann ich mir Ihre Stellungnahme nicht erklären, wenn ich sie mit der vergleiche, die Sie fast auf den Tag genau vor vier Jahren zur damaligen Regierungserklärung abgegeben haben. Es war der mildeste Peter, den ich je erlebt habe, gebe ich freimütig zu.

Meine Damen und Herren! Vor wenig mehr als vier Monaten hat der Nationalrat seine letzte Sitzung in der zurückliegenden Legislaturperiode abgehalten, und heute führen wir die erste Debatte in dieser neugewählten Körperschaft. Scheinbar hat sich die politische Szene kaum verändert. Das Kräfteverhältnis zwischen den Fraktionen ist exakt das gleiche geblieben: 93 : 80 : 10. Auf der Regierungsbank sehen wir die gleichen Minister und Staatssekretäre, und nur die beabsichtigte Umbesetzung von Chargenrollen, die mehrfach angekündigt worden ist, schwebt als möglicher Unsicherheitsfaktor in gleicher Weise über den rücktrittswilligen und rücktrittsunwilligen Häuptern.

Und dennoch glaube ich, daß die politische Landschaft, in der sich heute die gleiche

Regierung und die gleiche Opposition im unveränderten Kräftefeld gegenüberstehen, bei weitem nicht mehr die gleiche ist, nicht mehr die gleiche wie vor vier Jahren, als wir die letzte Regierungserklärung des Kabinetts Kreisky II hier debattiert haben, denn seit dieser Zeit hat sich hier in diesem Lande und draußen in der Welt einiges verändert. Die große Fortschritts-, Wohlstands- und Wachstumswelle der drei Nachkriegsjahrzehnte bricht seit geraumer Zeit an den Klippen nationaler und internationaler Probleme, und die große Schubkraft, welche die Herausforderung der Nachkriegszeit ausgelöst hat, wirkt heute nicht mehr.

Was die Menschen der westlichen Welt am Beginn dieser 30-Jahres-Periode zuerst dankbar und als kaum erhofftes Ergebnis gewaltiger Anstrengungen und internationalen Gemeinschaftsgeistes entgegengenommen haben, ist in der weiteren Folge zur Selbstverständlichkeit und in diesem Jahrzehnt schließlich zur Überforderung geworden, welche die Möglichkeiten und die Grenzen der Leistungsfähigkeit unseres gesellschaftlichen und unseres wirtschaftlichen Systems nicht mehr zur Kenntnis nehmen wollte.

Seit eineinhalb Jahren befindet sich die westliche Welt in der Krise. Nicht in einer Form, wie wir sie als Wachstumsschwankungen in den letzten 30 Jahren immer wieder kennengelernt haben, Schwankungen, die im großen und ganzen damals ohne wesentlichen Einfluß auf das Wachstumstempo, auf die Wohlstandsvermehrung geblieben sind, sondern als Krise, welche die entscheidenden Voraussetzungen, die Basis, auf welcher der Fortschritt beruht hat, erfaßt hat.

Die Zeichen, die zu dieser Entwicklung geführt haben, waren kaum zu übersehen. Es war die zunehmende Überforderung der Wirtschaften gleichsam unter dem Motto: Wohlstandszuwachs von heute aus der Leistung von morgen. Das war die Ursache der immer weiter eskalierenden Inflation und der wachsenden Störungen des internationalen Gleichgewichts und damit der Währungskrise. Sie war die Ursache für die wachsenden Spannungen zwischen den Industrieländern, den Rohstoffländern und den Ländern der Dritten Welt, und sie ist letzten Endes mit die Ursache der nicht mehr zu übersehenden potentiellen Veränderungen der weltpolitischen Kräftestruktur. Und sie ist schließlich die Ursache für den mehr und mehr – das halte ich für ein erschreckendes Zeichen – deutlich werdenden Entsolidarisierungsprozeß im System der internationalen Arbeitsteilung, ohne welche Arbeitsteilung aber der Fortschritt der letzten drei Jahrzehnte überhaupt nicht denkbar gewesen wäre.

Meine Damen und Herren! Das ist mit ein paar Strichen die veränderte politische Land-

Dr. Koren

schaft, vor deren Hintergrund der Bundeskanzler in der vergangenen Woche seine Regierungserklärung abgegeben hat. Der Unterschied zur Erklärung von 1971 ist fraglos nicht zu übersehen. An die Stelle des Kataloges von Hoffnungen und Ankündigungen von damals sind diesmal zwei nicht zusammenpassende Seiten einer Medaille gesetzt worden: Auf der einen Seite klingen über weite Passagen dieser Regierungserklärung fast, Herr Bundeskanzler, kassandrahafte Andeutungen über die wirtschaftliche Gegenwart und Zukunft durch, die besonders in den letzten Passagen auf der Seite 118 nahezu zur Hoffnungslosigkeit gesteigert werden. Denn wenn Sie auf Seite 118 als Voraussetzung für das Ende dieser Rezession – und darauf hat Kollege Taus heute schon hingewiesen – Forderungen in den Raum stellen, von denen wir wissen, daß sie auch in jeder absehbaren Zukunft keine Chance auf Erfüllung haben, nämlich Neuordnung des Währungssystems, Gleichgewicht mit den Rohstoffländern und Kooperationsverträge und eine höher organisierte Form weltwirtschaftlicher Zusammenarbeit, dann geht doch daraus eindeutig hervor, daß diese Bedingungen in der Zeit, in der wir nun leben, nicht erfüllt werden. Und das bedeutet wieder, daß Ihre Hoffnungen auf ein Ende der Rezession offenbar auf weniger als den Nullpunkt gesunken sind.

Die eine Seite der Medaille ist also eine eher traurige, trübe und von tiefer Resignation getragene. Auf der anderen Seite aber hat der Herr Bundeskanzler über viele Seiten seiner Regierungserklärung hinweg einfach die mehr oder weniger inhaltsreichen Berichte einzelner Ressortminister aneinandergereiht, die von den düsteren Ahnungen der anderen Medallenseite vielfach „kaum einen Hauch“ spüren lassen. Nur sehr aufmerksame Leser können die verklausulierten Andeutungen über die kommenden Belastungen – das ist die Zeche der letzten vier Jahre – in ihrem vollen Umfang erkennen.

Dazu auch wieder nur eine kleine Feststellung aus Ihrem Regierungsbericht, Herr Bundeskanzler. Sie stellen dort schlicht und einfach zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation in einem einzigen lapidaren Satz fest: „Das Jahr 1975 ist konjunkturpolitisch praktisch bewältigt.“ Das ist alles, was Sie dazu zu sagen haben.

Was in dieser Regierungserklärung fehlt, ist das Missing link, das fehlende Bindeglied zwischen der düsteren Welt, die Sie auf der einen Seite schildern, die Sie für die Gegenwart und Zukunft in Aussicht stellen, und den mehr oder minder hoffnungsfrohen Ressortberichten. Dieses Missing link, dieses fehlende Bindeglied, haben wir hier vermißt.

Ich kann mir vorstellen, Herr Bundeskanzler, was Sie veranlaßt hat, hier bei der bewährten Unklarheit zu bleiben und die Blindflugkurve um 180 Grad, nämlich vom euphorischen Optimismuskurs, der vor den Wahlen gegolten hat, auf den Gegenkurs der bitteren Realität, den Sie heute steuern müßten, abubrechen. Wahrscheinlich war Ihnen diese Kurve in einem Zug zuviel, und deshalb haben Sie sich nach 90 Grad im Nebel Ihrer Regierungserklärung verloren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vielleicht haben Sie gefürchtet, die österreichische Bevölkerung könnte zu sehr schwindlig werden, wenn auf das „Sicherheit und eine gute Zukunft“, das bis Anfang Oktober Grundlage Ihrer Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit gewesen ist, nun zu rasch die eiskalte Dusche eines Eingeständnisses der rauen Wirklichkeit gefolgt wäre.

In Ihrer Darstellung, Herr Bundeskanzler, ist nur die Welt um uns herum in der Krise. Sie stellen die Situation so dar, als wäre Österreich sozusagen ein Opfer der Entwicklung in der Welt und als könnten wir nur fromm und gottesfürchtig dastehen und warten, was der Einfluß der Welt von draußen zu uns bringt.

Zur Lage in Österreich stellen Sie nur das fest, was ich vorhin schon zitiert habe: „Das Jahr 1975 ist konjunkturpolitisch ... bewältigt.“ Sie geben zur Lage in Österreich nicht eine einzige Zahl an in dieser ganzen Regierungserklärung, außer, ich möchte mich korrigieren, dem Sparkassenergebnis des Weltspartages. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Darüber hinaus nehmen Sie zur wirtschaftlichen Lage und Entwicklung mit keiner einzigen Zahl Stellung. Deshalb möchte ich das nachtragen.

Fünf Jahre Hochkonjunktur, Herr Bundeskanzler, haben in Ihrer Regierungszeit den Prozeß der Überschätzung des Möglichen und der Unterschätzung der Probleme in einem ganz ungewöhnlichen Ausmaß gefördert. Es hat Ihnen in den letzten vier Jahren nur die wachsende Inflation zu schaffen gemacht. Nicht deshalb, weil Sie sie bewältigen wollten, sondern weil es nicht ganz leicht war, sie der Öffentlichkeit in Österreich als die unvermeidliche Folge der Konjunktur einzureden, nachdem Sie nämlich vorher viele Jahre Preissteigerungen verteuelt hatten, und zwar, Herr Bundeskanzler, Preissteigerungen in den Jahren 1967, 1968 und 1969, die damals ein Ausmaß hatten, von dem wir heute nicht einmal mehr zu träumen wagen.

Wer aber in den letzten Jahren vor den unvermeidlichen Folgen der andauernden und immer weiter fortschreitenden Inflationspolitik nur zu warnen wagte, der verfiel der Abstempe- lung als Cassandra und als Miesmacher. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns, war Ihre Parole.

Dr. Koren

Und wer nicht glaubt, daß alles in Ordnung ist, der ist eben zu verteuflern.

Aber spätestens, Herr Bundeskanzler, seit Mitte 1974 war sicherlich auch Ihnen klar, daß die Warnungen, die wir – besonders seit dem Herbst 1974 – immer wieder hier vorgebracht haben, mehr als berechtigt gewesen sind. Sie aber und Ihr Finanzminister blieben auf der Propagandalinie, daß „nicht sein kann, was nicht sein darf“.

Noch Ende Jänner, als die Produktion in Österreich bereits schrumpfte, in Ihrer Terminologie, Herr Bundeskanzler, auf Minuswachstum übergegangen war, erklärten Sie: „Wir haben in Österreich keine wirtschaftliche Entwicklung wie in vielen“ anderen „europäischen Ländern ... Wozu diese Panik, wozu diese Alarmstimmung, die durch nichts gerechtfertigt ist.“

Und Ihr bravster Schüler, der es wirklich anders gewußt hat, nämlich der Finanzminister, erklärte noch im späten Frühjahr voll Stolz: Jetzt sind wir über den Berg.

Das Debakel im Staatshaushalt, das schon 1974 kaum noch zu vertuschen war – inzwischen wissen wir aus dem Rechnungshofbericht, in welchen Dimensionen hier die Öffentlichkeit getäuscht worden ist und das Parlament im unklaren gelassen wurde –, mußte mit aller Macht bis zuletzt geleugnet werden. Noch bei der Debatte über die wirtschaftliche Lage unmittelbar vor dem Auseinandergehen des vorigen Nationalrates hat der gleiche Finanzminister hier in diesem Haus erklärt: 1975 ist selbstverständlich das Budget in Ordnung. Die Einnahmen werden kommen, so wie vorgehen.

Und wir werden uns schon morgen – nicht einmal 24 Stunden nach dieser Debatte – auseinanderzusetzen haben mit dem Eingeständnis der größten Budgetpleite, die es in diesem Land jemals gegeben hat. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Das aber morgen.

Die Bilanz, Herr Bundeskanzler, die Sie in Wahrheit am Ende der letzten vier Jahre hätten ziehen müssen, die sollte niemand erfahren und die sieht ungefähr wie folgt aus:

Seit Mitte 1974 ging das Wachstum der österreichischen Wirtschaft rasch zurück, im vierten Quartal stagnierte sie bereits. 1975 – heuer – befinden wir uns in der ersten Depression seit 30 Jahren, die österreichische Wirtschaft wird heuer um 3 Prozent schrumpfen. Die Produktion der österreichischen Industrie liegt bisher um 10 Prozent unter dem Vorjahresstand, in manchen Branchen erreicht der Rückschlag mehr als 20, ja bis zu 30 Prozent. Der Rückgang der Produktion ist bisher überwiegend durch die Entlassung ausländischer

Arbeitskräfte und durch Verminderung der Produktivität aufgefangen worden.

Schließlich, Herr Bundeskanzler, steht in Ihrer Schluß- und Eröffnungsbilanz zugleich – ich erwähnte es schon – das größte Budgetdebakel dieser Republik. Vor vier Jahren, Herr Bundeskanzler, haben Sie hier noch sehr stolz erklärt:

„Für eine Wirtschaftspolitik, die Geldwertstabilität und Wirtschaftswachstum optimal zu kombinieren trachtet, sind gesunde Staatsfinanzen von ausschlaggebender Bedeutung.“

Die Ziele der bisher von der Bundesregierung eingeschlagenen Budgetpolitik bestanden darin, nach der Eskalation der Budgetdefizite früherer Jahre – es waren also Jahre vor 1970 gemeint – „einen Konsolidierungsprozeß einzuleiten ...“

Herr Bundeskanzler! Vor genau einem Jahr, als er bereits mitten in der Budgetbredouille gesteckt ist, hat der gleiche Finanzminister hier noch voll Stolz erklärt – da wußte er schon, was los ist –: Der Staatshaushalt ist konsolidiert, die Staatsfinanzen sind in Ordnung! – Und morgen, Herr Bundeskanzler, wird Ihre Mehrheit hier Gesetze beschließen, die alles in den Schatten stellen, was jemals an Horrorzahlen genannt werden konnte. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ein Budgetdefizit von 46 Milliarden Schilling für das heurige Jahr. Herr Bundeskanzler! Den Betrag kann man fast nicht in das Vorstellungsvermögen der österreichischen Bevölkerung übersetzen. Für diesen Betrag könnte man für die Bevölkerung einer großen Stadt von rund 200.000 Einwohnern neue Wohnungen bauen; um nur eine Vergleichsgröße zu nennen.

Erinnern Sie sich noch, Herr Dr. Kreisky, was Sie vor Jahren einmal als „Wahnsinn“ bezeichnet haben? *(Abg. Fachleutner: Daran kann er sich nicht mehr erinnern!)* – Jetzt haben wir Wahnsinn zur vierten Potenz. Allerdings ist es Ihr Wahnsinn. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Haider: Wirtschaftspolitische Impotenz!)*

Ich möchte dazu auch noch eines sagen – wir werden morgen ja noch darüber zu sprechen haben –: Flüchten Sie bitte nicht vor diesem Schuldenberg in die Primitivformel, daß Ihnen Schulden lieber seien als Arbeitslose! Das ist eine zu einfache Formel. *(Abg. Sekanina: Das haben wir schon gehabt!)* Ich komme sofort dazu, Herr Abgeordneter Sekanina. Ich nehme sofort dazu Stellung, beruhigen Sie sich. – Es ist eine Primitivformel. *(Abg. Dr. Gruber: Die haben nur Primitivformeln!)* Ich werde es Ihnen gleich erklären. *(Zwischenruf des Abg. Sekanina.)* Ihre Auffassung ist dabei noch nicht kompetent. *(Abg. Sekanina: Anscheinend sind Ihnen Arbeitslose lieber! Uns sind Arbeitslose nicht lieber!)* Wenn Sie mit Ihren Intelligenzformeln

Dr. Koren

fertig sind, sagen Sie es mir. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie sagen in Ihrer Regierungserklärung, Herr Bundeskanzler: Mit Maßnahmen, die auf das heftigste kritisiert werden, darunter vor allem die zusätzlichen auf dem Kreditweg finanzierten Budgetausgaben, mit denen große Aufträge an die Wirtschaft vergeben wurden, konnten Zehntausende Arbeitsplätze erhalten werden.

Herr Bundeskanzler! Darf ich einmal festhalten, woraus diese 46 Milliarden Schilling Defizit bestehen. Ich zähle Ihnen die Milliarden schnell zusammen:

10 bis 12 Milliarden Schilling dieses Defizits sind entstanden durch Einnahmefehl, das heißt, nicht erzielte Einnahmen. Damit wird der Einnahmenverlust des Bundes ausgeglichen, aber nicht ein einziger zusätzlicher Auftrag in Bewegung gesetzt.

Weitere 4 bis 6 Milliarden Schilling sind in die Systeme der sozialen Sicherheit zusätzlich einzuschleusen, weil dort der Bund die Ausfallhaftung trägt. Sie haben also einkommenssichernden Charakter, aber sichern nicht einen einzigen zusätzlichen Arbeitsplatz.

Und schließlich wird Ihnen Ihr Nachbar zur Linken sicherlich inzwischen mitgeteilt haben, daß er einen weiteren Betrag in der Größenordnung von 6 bis 7 Milliarden Schilling aus dem Vorjahr in das heurige Jahr geschleppt hat, der heuer endlich finanziert werden muß. Rechnungen aus dem Vorjahr können heuer kaum zusätzliche Arbeitsplätze sichern. Nur in sehr seltenen Fällen ist das denkbar und bestenfalls im Finanzministerium, wo die Rechnungen abgerechnet werden. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Aber, Herr Bundeskanzler, darf ich kurz – nur kurz – daran erinnern, daß wir diese Frage schon im Juli ventiliert haben. Im Juli, als die Spatzen von den Dächern gepfiffen haben, daß das Budget 1975 nicht stimmen wird, daß das Defizit um vieles größer sein wird als die einbekannten 16 Milliarden Schilling, hat Ihr Finanzminister in allerletzter Sekunde die Freigabe des Konjunkturausgleichshaushalts verlangt, und zwar nicht deshalb, weil er die Aufträge aus diesem Haushalt freigeben wollte, sondern weil er auf diese Art eine weitere Finanzierungsermächtigung für 4 Milliarden Schilling bekommen wollte, um sich in der Knappheitssituation über den Sommer die Staatskassen ein bißchen anzufüllen, um das Ufer der Wahlen erreichen zu können.

Im September hat sich diese Vorgangsweise, wie sie von uns geschildert wurde, eindeutig als richtig herausgestellt, denn wir haben dann festgestellt, daß, als die Regierung beschlossen hat, jetzt die Aufträge zu vergeben – das war im

September –, selbstverständlich die Kreditermächtigung bereits voll ausgelastet war.

Nach der Wahl kann es Ihnen jetzt nicht schnell genug gehen, Kreditermächtigungen für weitere 23 Milliarden Schilling zu bekommen. Und daher fragen Sie, Herr Bundeskanzler, Ihren Nachbarn zur Linken, ob von Juli bis Oktober zusätzliche 23 Milliarden Schilling Defizit entstanden sind oder ob die nicht doch vielleicht schon vorher sichtbar gewesen sind und man sie nur der österreichischen Bevölkerung vor einer Wahl nicht sagen durfte, wollte, konnte oder wie immer Sie es ausdrücken wollen.

Mit den Mitteln des heurigen Budgetabgangs werden überwiegend Löcher im Staatshaushalt gestopft. Ich weiß schon, daß auch diesem Löcherstopfen einkommenssichernder Effekt zukommt. Aber das entscheidende an der gegenwärtigen Budgetsituation ist, daß es sich um ein automatisch entstandenes Defizit handelt, das nicht den geringsten konjunkturpolitischen Spielraum mehr enthält. Das heißt, jetzt, wo wir in der stärksten Krise der österreichischen Wirtschaft seit 30 Jahren stecken, jetzt, wo die Konjunkturpolitik erstmals seit 1945 ihre größte Bewährungsprobe bestehen müßte, nämlich als antizyklische Budgetpolitik, als Arbeitsbeschaffungspolitik der öffentlichen Hand, in dieser Phase ist der Staatshaushalt total manövrierunfähig und nicht mehr beweglich, weil alles, was an Krediten auftreibbar ist, in das bestehende System hineingestopft werden muß.

Herr Finanzminister und Herr Bundeskanzler! Ich glaube, daß allein diese Regierungserklärung zeigt, wie gering Ihr Handlungsspielraum ist. Denn jetzt, wo das Ufer einer neuen Belebung beim besten Willen nicht absehbar ist, nicht vorhersehbar ist, wann es wieder nach aufwärts gehen könnte, und wo es darauf ankäme, durch zusätzliche Impulse Bewegung in die österreichische Wirtschaft zu bringen, lassen Sie – und das zeigt ja diese Regierungserklärung, wenn man sie aufmerksam liest – geradezu eine Lawine von zusätzlichen Belastungen auf die österreichische Wirtschaft niedergehen, eine Lawine, Herr Bundeskanzler, die gar keine andere Wirkung haben kann, als die Hoffnungen auf einen neuen Aufschwung weiter zu dämpfen, die nur die eine Wirkung haben kann: den Rückstau an Inflation noch zu vergrößern und irgendeinmal die Schleusen zu brechen und in eine neue Inflationswelle hineinzuführen.

Das heißt, Sie müssen jetzt offensichtlich unter der Zwangslage nicht mehr bewältigbarer Defizite in Sanierungsmaßnahmen des Staatshaushalts ausweichen, die gerade in dieser Konjunktursituation grundverkehrt sind.

Dr. Koren

Herr Bundeskanzler! Erinnern Sie sich daran, was Sie uns immer wieder gesagt haben, wenn wir Sie vor den unausweichlichen Konsequenzen, die eine fortschreitende Inflationspolitik haben muß, gewarnt haben! Und nun – ich entnehme es den heutigen Zeitungen – muß der Finanzminister aus der Not eine Tugend machen und plötzlich erklären, daß er die Steuererhöhungen eben jetzt in der Depression gegen alle Vernunft vornehmen muß, damit sie im nächsten Aufschwung rechtzeitig zur Verfügung stehen. Wir wissen zwar noch nicht, wann der Aufschwung da ist, wann wir diesen Aufschwung einmal bremsen werden müssen, aber wir ziehen auf alle Fälle jetzt in der Depression schon die Bremsen an, damit wir später nicht zu spät kommen, und wir verhindern damit überhaupt das Ingangsetzen des Vehikels.

Meine Damen und Herren! So wie im Bereich der Wirtschaft ist die Regierungserklärung auch in einer ganzen anderen Reihe von Problembereichen den echten Problemen aus dem Weg gegangen. Ich schneide nur einen einzigen Bereich in diesem Zusammenhang an, es ist der Bereich Wissenschaft und Forschung, die Hochschulpolitik.

Mir ist schon klar, daß in einer Zeit äußerster Anspannung des Staatshaushaltes eine Regierungserklärung in diesem Bereich nicht eitel Euphorie ausstrahlen kann. Ich wäre aber doch der Auffassung gewesen, daß es dann zumindest an der Zeit gewesen wäre, nüchtern und klar die Fakten, vor denen die Hochschulpolitik steht, der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen.

So haben wir auf den zweieinhalb Seiten, die sich damit beschäftigen, nur die Feststellung, daß die Sozial- und Arbeitswissenschaften gefördert werden sollen, daß die Universitäten und Hochschulen die wichtigste und höchstqualifizierte Bildungs- und Forschungseinrichtung in Österreich sind – ich bin fast versucht zu sagen: *no na* – und daß die Zielsetzungen auf dem Gebiet des Hochschulwesens an den neuen und zukünftigen Erfordernissen zu orientieren sein werden. Und dann steht in diesem Bericht noch eine Absichtserklärung gegen den *Numerus clausus*, der aber *de facto* in einer Reihe von Studienbereichen heute bereits vorhanden ist.

Frau Bundesminister! Ich weiß nur zu genau, daß Sie in ausreichendem Maß über Unterlagen verfügen, die die ganze Problematik unserer gegenwärtigen Hochschulbildungspolitik aufzeigen, die die Frage der Explosion der Hörerzahlen in den nächsten Jahren – also die Frage: Wohin mit den Absolventen verschiedener Studienrichtungen? – zum Inhalt haben.

Von dieser Seite her ist aber bisher – und unter diesem Aspekt – nicht ein Wort von Ihnen gesagt worden. Ich glaube, daß die österreichi-

sche Bevölkerung mehr Verständnis für eine notwendige Knappheitsphase der Entwicklung haben könnte, wenn ihr wenigstens gleichzeitig damit die Wahrheit darüber gesagt wird, wie es um den Stand und die Entwicklungsaussichten unseres ganzen Bildungssystems, vor allem aber des Hochschulsystems, ausschaut.

Herr Bundeskanzler! Ich habe nur zwei Beispiele für das *Missing link* angegeben, für das *Missing link* in Ihrer Regierungserklärung. Ich habe den Eindruck, daß Sie im Augenblick überwiegend damit beschäftigt sind, von diesem fehlenden Glied in Ihrer politischen Erklärung abzulenken, indem Sie die österreichische Öffentlichkeit mit einer Fülle von Fragen beschäftigen, die nicht heute und die nicht morgen, die vielleicht in einem oder in zwei Jahren diskussionsfähig oder -würdig sein dürften.

Sie haben die Scheidungsfrage in die Debatte geworfen, allerdings gleich mit der Einschränkung, daß sie nur mit Genehmigung von Vizekanzler Häuser in Kraft gesetzt werden kann. Österreicher, beschäftigt euch damit; Häuser wird euch später sagen, ob er die Pensionen zahlen kann oder nicht; wenn nicht, dann bitte abschreiben.

Mit dem Autopickerl für die Autobahnen kann man wieder tagelang Schlagzeilen machen. Dann wird das – so entnehme ich den heutigen Zeitungen – wieder eingegraben; ein paar Tage war abgelenkt von der garstigen Umwelt.

Und dann kann man Steuern in die Debatte werfen. Kurzum: Man kann eine Fülle von Spielbällen in die politische Arena werfen, mit denen sich die Öffentlichkeit auseinandersetzen und beschäftigen kann und dabei vielleicht darauf vergißt, um was es wirklich geht: daß diese Alleinregierung am Ende ihrer ersten und am Beginn ihrer zweiten Periode dieses Land in die schwierigste Situation der letzten 30 Jahre gebracht hat und vorerst nichts dafür anzubieten hat, wie diese Situation bewältigt werden soll.

Meine Damen und Herren! Nur ein paar Worte zur Oppositionspolitik. Ich möchte gleich, Herr Dr. Fischer, eines an die Spitze stellen – das Sie freut oder nicht freut; ich weiß es nicht –: Ich nehme für uns in Anspruch, daß wir in den letzten vier Jahren Oppositionspolitik unter einem anderen Maß an Verantwortung gesehen haben, als das jemals vorher eine sozialistische Oppositionspartei getan hat. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Gestatten Sie mir nur ein einziges Beispiel hiefür: Ich erinnere mich sehr gut an ein Budgetüberschreitungs-gesetz 1967, das im späten Frühjahr eingebracht wurde und am Widerstand des damaligen Fraktionschefs der soziali-

Dr. Koren

stischen Fraktion gescheitert ist, das heißt, nicht in Behandlung genommen werden durfte. Es durfte erst in der letzten Sitzung vor Weihnachten gnädigst im Parlament verabschiedet werden. Dieses Gesetz konnte dann durch eine Verkettung von weiteren Zufällen am 30. Dezember 1967 im Bundesgesetzblatt endlich verlautbart werden. Und schon in der nächsten Sitzung des Nationalrates im Jahre 1968 wurde ich, der damals die Amtsgeschäfte von Schmitz übernommen hatte, peinlichst befragt von Ihrer Fraktion – es waren meine ersten Anfragen, deswegen weiß ich sie noch –, wann denn der gesetzliche Vollzug erfolgt sei – das Gesetz sei ja erst am 30. Dezember verlautbart worden – und wann denn die einzelnen Positionen tatsächlich erledigt worden seien.

Das ist eine mögliche Verhaltensweise. Ich sage Ihnen ganz offen: Ich habe sogar ein gewisses Maß an Verständnis dafür aufgebracht, daß eine Opposition nicht dazu da ist, einer Regierung das Leben leichter zu machen, sondern dazu, ihr das Leben sauer zu machen.

Heuer im Juli, Herr Dr. Fischer, ist die gegenwärtige Regierung über Nacht auf die Idee gekommen, ein Bundesgesetz zur Freigabe des Konjunkturausgleich-Haushaltes einzubringen. Und binnen 24 Stunden waren wir als Opposition bereit, die notwendigen Ausschüßberatungen und – unter Verzicht auf die Auflagefrist im Haus – die Beschlußfassung hier im Plenum zu ermöglichen. (*Abg. Dr. Hauser: „Neinsager-Partei“!*) Hätten wir damals nicht auf die Auflagefrist verzichtet, Ihr Hintersasse – natürlich nur im Bankreihensinn – Dr. Androsch hätte nicht gewußt, wie er den Staatshaushalt bis zum September hätte finanzieren sollen. Wir haben ihm binnen 24 Stunden die Möglichkeit dazu eröffnet.

Jetzt stehen wir wieder vor der gleichen Situation. Die Regierung, der der Hosenboden brennt, hat am Tag der Angelobung, in die Angelobungssitzung hinein, eine Finanzgesetznovelle und ein Budgetüberschreitungsgesetz eingebracht. Wir waren einverstanden, noch am Nachmittag den eben konstituierten Ausschüß einzuberufen, diese Materien sofort zu behandeln, und morgen nach der Budgetrede werden diese Gesetze hier schon beraten und mit Ihrer Mehrheit angenommen werden.

Wenn Sie mir ein einziges Beispiel dafür bringen können, wo es jemals eine sozialistische Opposition auf sich genommen hat, solche Maßnahmen zu setzen, eine solche Bereitschaft nicht des Mitverantwortens der Gesetze, aber des Infunktionhaltens des Staatsmechanismus auf sich zu nehmen, dann, Herr Dr. Fischer, wäre ich Ihnen sehr, sehr dankbar. Ich habe zu viele andere Beispiele erlebt. (*Beifall bei der ÖVP. –*

Abg. Dr. Fischer: Mit Leichtigkeit! Herr Professor Koren! Im Jahr 1966 hat die SPÖ mit der ÖVP ein Gesetz beschlossen, das eingebracht wurde, noch bevor die Regierungserklärung abgehalten wurde! Schauen Sie nach im Protokoll!)

Ich habe Ihnen schöne Beispiele geliefert. Wir können uns gern darüber unterhalten, und gerade Sie, Herr Dr. Fischer, glaube ich, könnten mit einigem Fundus die Richtigkeit dieser Feststellungen zumindest bestätigen. Ich verlange es nicht hier in der Sitzung von Ihnen.

Meine Damen und Herren! Das meinte ich, wenn ich sagte, wir werden auch in den kommenden vier Jahren den Stil einer verantwortungsbewußten Opposition hier in diesem Hause betreiben. Das heißt, daß wir jederzeit bereit sind, über Dinge zu reden, daß wir aber selbstverständlich nicht bedingungslos bereit sind, an allem mitzuwirken, was letzten Endes Sie verantworten müssen, und das heißt selbstverständlich, daß wir dort unsere Standpunkte vertreten werden und müssen, wo es um unsere Grundsätze und um unsere Auffassungen geht, die wir nicht preisgeben können. Mit anderen Worten: Wir werden eben eine Politik betreiben, die dort Zustimmung gibt, wo wir es vertreten können, und die dort ablehnt, wo wir es nicht vertreten können. Das haben wir in den letzten vier Jahren so gehalten gegen alle Propaganda von Ihnen und das werden wir auch weiterhin tun. Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Sekanina. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Sekanina (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorweg, Herr Professor Koren, eine persönliche Bemerkung: Es scheint Ihr Stil zu sein, daß Sie immer dann, wenn ein Abgeordneter der Regierungspartei einen Zwischenruf tätigt, der nicht in Ihr Konzept und nicht in Ihre Auffassung paßt, beleidigend werden. Es ist mir persönlich – das darf ich hier in aller Offenheit aussprechen – vollkommen egal, wie ich von Ihnen qualifiziert werde. Aber ich glaube doch, daß es einem Klubobmann der Österreichischen Volkspartei, noch dazu einem Herrn Professor Dr. Koren, durchaus zustehen würde – bei aller Härte der politischen Auseinandersetzung –, derartige persönliche Verunglimpfungen nicht zu praktizieren. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Gruber: Wo war denn eine Verunglimpfung?*) Ich meine auch, meine Damen und Herren, daß es weder der politischen Auseinandersetzung in diesem Hause dienlich ist, noch glaube ich, daß es dem persönlichen Kontakt zwischen den Abgeordneten, der nach meinem Dafürhalten trotz aller

Sekanina

Gegensätzlichkeiten erforderlich und notwendig ist, dienlich wäre.

Aber nun zu den bisherigen Ausführungen und Bemerkungen der beiden Sprecher der Oppositionspartei. Wir haben durchaus erwartet, meine Damen und Herren, daß Herr Dr. Taus bei seiner ersten Rede hier im Parlament nach seiner Wahl zum Bundesparteiohmann, aber auch Sie, Herr Professor Koren, uns einen neuen Oppositionsstil vorexerzieren werden. Sie haben mit Ihren Bemerkungen genau dasselbe wieder praktiziert, was wir seit fünf Jahren gewohnt sind und was anscheinend auch für die kommenden vier Jahre bei Ihnen Gültigkeit haben wird.

Ich möchte meine Bemerkungen nicht nur als politischer Funktionär hier dem Hohen Haus übermitteln, meine Damen und Herren, sondern auch von meiner Warte und Basis als Gewerkschaftsfunktionär. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß gerade im jetzigen Augenblick wirtschaftspolitische Überlegungen im Mittelpunkt der innenpolitischen Diskussion und Auseinandersetzung stehen. Wenn heute hier gesagt wird, daß diese Regierungserklärung nebulos aneinanderreihet, daß diese Regierungserklärung keine konkreten Aussagen tätigt, dann darf ich von unserer Warte aus feststellen, daß wir uns wohl bemüht haben, gerade auf diese aktuellen Fragen der Wirtschaftspolitik, die so bedeutsame Auswirkungen auf die gesamte Bevölkerung hat, entsprechend Bezug zu nehmen. Diese Regierungserklärung befaßt sich in weiten Teilen mit diesen aktuellen wirtschaftlichen Fragen.

Aber noch jemand hat sich in der letzten Zeit, in den vergangenen Wochen und Monaten, mit Wirtschaftspolitik beschäftigt: Das waren Sie, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei. Sie haben sich während der Wahlwerbezeit, während der vergangenen Wochen und Monate bemüht, der österreichischen Bevölkerung einzureden – und Sie haben das heute ja wieder getan; ununterbrochen geschieht das hier Ihrerseits –, daß diese Wirtschaft nicht in Ordnung ist, daß die Staatsfinanzen nicht in Ordnung sind, daß wir uns in chaotischen Verhältnissen bewegen, daß fürchterliche Zeiten an uns herankommen.

Bitte registrieren wir einmal, was die Bevölkerung zu diesen Argumenten gesagt hat: Eindeutig – Sie brauchen hier nur die Mehrheitsverhältnisse zu beurteilen – hat sie diesen Ihren Argumenten keineswegs den entsprechenden Glauben geschenkt! (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Ich glaube auch sagen zu dürfen, daß es aber, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, durchaus eine Erklärung für diese Ihre Verhaltensweise gibt: Es war ohne Zweifel

Ihre Absicht, diese Bevölkerung in einen gewissen Schock zu versetzen. Es war Ihre Absicht, mit dieser permanenten Miesmacherei diese Bevölkerung zu verunsichern.

Wir haben nichts gegen eine beinharte Wahlwerbung gehabt. Wir hatten nichts gegen eine beinharte Auseinandersetzung einzuwenden. Aber wenn man das heute mit einem gewissen Abstand beurteilt, dann möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen: Wenn jemand dieser österreichischen Wirtschaft in ihrem internationalen Ansehen einen Schaden zugefügt hat, dann waren es Sie, meine Damen und Herren, durch diese permanente Miesmacherei! (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Ich darf Sie einen Augenblick lang an Ihre Praktiken erinnern. Es ist Ihnen ohne Zweifel sehr lieb, wenn man das möglichst schnell vergißt, aber es ist mitunter unsere Aufgabe aufzuzeigen, wie Sie sich verhalten haben, welche Aussagen Sie getätigt haben. Da gab es Ihre Skandalplakate. Da haben Sie auf eines dieser Plakate folgende Formulierung geschrieben: Die Regierung ist nicht einmal imstande, die Arbeitsplätze der Lehrlinge zu sichern!, quasi als nicht ausgesprochene Formulierung hintanzuhängen, daß die Arbeitsplätze auch für die übrige arbeitende Bevölkerung nicht gesichert sind. Ich möchte jenen Respekt zollen in den Bundeskammern und in den Wirtschaftskammern, die Sie, meine Damen und Herren, veranlaßt haben, diese Plakate möglichst rasch wieder vor der Öffentlichkeit zu verbergen. Es war unsere Politik, es waren unsere Aktivitäten, es waren unsere Maßnahmen, die dazu geführt haben, daß wir noch heute – international verglichen – in Österreich eine so hohe Beschäftigtenziffer ausweisen können! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Eine andere „Spitzenleistung“ Ihrer Partei während der Wahlwerbezeit: Da gab es ein zweites Skandalplakat. Bei diesem kam zum Ausdruck: Kein Geld gibt es für die Pensionen und Renten. Und 2 Millionen Menschen wollten Sie ... (*Abg. Dr. Gruber: Zitieren Sie wörtlich! – Abg. Dr. Busek: Das ist falsch!*) Mehr als 2 Millionen Menschen wollten Sie damit, meine Damen und Herren, in Angst und Schrecken versetzen. (*Abg. Dr. Gruber: Sagen Sie doch, wie das Plakat geheißen hat! Erzählen Sie doch der Bevölkerung keine Märchen!*)

Und gleichzeitig, Herr Dr. Busek und Herr Dr. Gruber, darf ich Ihnen sagen, haben Sie beschlossen: Wenn Sie an die Regierung kommen, dann werden Sie die Pensionen sichern. In einem Atemzug haben Sie formuliert, Herr Dr. Gruber, daß kein Geld vorhanden ist für Pensionisten (*Abg. Dr. Gruber: „Die Regierung muß sich das Geld ausleihen“, hat es*

Sekanina

geheßen!), und gleichzeitig haben Sie festgelegt, daß Sie, wenn Sie an die Regierung kommen, diese Pensionen und Renten garantieren können. Das ist die Lächerlichkeit Ihrer Politik und Ihrer Aussage. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Gruber: Die Regierung muß sich das Geld ausleihen! Morgen werden Sie es beschließen!)*

Herr Dr. Gruber! Ich wiederhole noch einmal: Es war die Absicht Ihrer Politik, mehr als 2 Millionen Menschen zu verunsichern und sie im Hinblick auf ihre Pensionen und Renten in Angst und Schrecken zu versetzen.

Meine Damen und Herren und Herr Dr. Gruber! Noch einmal für Sie persönlich: Das ist die wahre Politik, die Sie betreiben. Das ist Ihr politisches Antlitz, das Sie hier produzieren. Ihre Absichten sind: zu verunsichern, mieszumachen, das Ansehen dieser Wirtschaft herabzusetzen. – Und gegen diese von Ihnen praktizierte Vorgangsweise wehren wir uns mit aller Vehemenz, meine Damen und Herren! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Weder Ihr Stimmaufwand, Herr Dr. Gruber, noch Ihre sonstige Miene können uns beeinflussen. Das ist Ihre Politik zum Schaden dieser Bevölkerung! *(Zwischenruf des Abg. Dr. Haider.)* Und wie diese Bevölkerung reagiert, Herr Dr. Haider und Herr Dr. Gruber, brauchen Sie nur festzustellen: 93 : 80 : 10! Das ist die Qualifikation für Ihre Politik. *(Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ.)*

Ich darf aber nun, meine Damen und Herren, eine Antwort auf Ihre Interpretation der wirtschaftlichen Situation geben.

Sie machen sich das ganz einfach: Der Herr Dr. Taus, der Herr Dr. Koren und sicher alle anderen Redner der Oppositionspartei stellen sich hierher und stellen die wirtschaftlichen Dinge in den düstersten Farben dar. Sie interpretieren das so, als wäre es die einfachste Geschichte der Welt, das wieder in Ordnung zu bringen: Man braucht nur auf einen Knopf zu drücken, und die heile Welt einer gesunden Wirtschaft liegt uns zu Füßen.

Aber das praktizieren Sie ja bereits fünf Jahre und das werden Sie weitere vier Jahre praktizieren. Dann gibt es fast zehn Jahre eine sozialdemokratische Regierung, und dann werden Sie wieder mit diesen Argumenten kommen. Wir haben uns ja nicht zu revidieren. Wir haben ja gesagt, welche Qualifikation wir von der Bevölkerung bekommen werden. Sie müssen sich revidieren, weil das nicht eingetreten ist, was Sie sich erwartet haben.

Sie meinen: Diese Regierung tut zuwenig, sie drückt nicht auf diesen Knopf, sie sorgt nicht dafür, daß die Staatsfinanzen in Ordnung

kommen, daß die Vollbeschäftigung gesichert wird, daß sich die Wirtschaft in Österreich entsprechend entwickelt.

Und dabei, meine Damen und Herren, vergessen Sie ganz die Tatsachen, ignorieren diese vollkommen. Österreich – das ist doch unbestritten eine Leistung dieser Regierung – hat den Weg zu einem modernen Industriestaat zurückgelegt. Das ist aber auch gleichbedeutend mit einer untrennbaren Eingliederung in die weltwirtschaftliche Situation. Wir bleiben daher von den Einflüssen dieser Weltwirtschaft auch als kleine nationale Wirtschaft nicht unbeeinflusst. Es dürfte Ihnen entgangen sein, was weltweit passiert ist. Keine einzige Formulierung hörte ich von Herrn Dr. Taus, keine einzige Formulierung hörte ich in der Richtung von Herrn Professor Dr. Koren.

Es ist Ihnen, darf ich wiederholend sagen, entgangen, daß 1973 erhebliche Unordnung in das Weltwährungssystem gekommen ist. Sie haben nicht analysiert, nicht darüber geredet, keine Zusammenhänge, die aus der damals eingetretenen Erdölkrise resultieren, die weltweit ihre Auswirkungen hatte und die ohne Zweifel auch zu Krisenzeichen in der heimischen Wirtschaft führte und diese spürbar machte, hergestellt.

Österreich, meine Damen und Herren, darf man wohl zutreffend formulieren, ist ein kleines Land. Weltwirtschaftlich gesehen – und das haben Sie anscheinend auch außer acht gelassen – haben wir kaum eine besondere Bedeutung, und deshalb haben wir ja auch keine Möglichkeit – und das ist bitte die Realität –, relevante Konjunkturimpulse an diese Weltwirtschaft weiterzugeben.

Ich glaube also, daß wir als österreichische Wirtschaft und daß wir als österreichische Regierung reagieren müssen auf die Gegebenheiten. Wir besitzen weltwirtschaftlich gesehen einen zu kleinen Spielraum, um tatsächlich entsprechende Einflüsse in weltweitem Maßstab geltend zu machen.

Aber ich darf bei der Gelegenheit, meine Damen und Herren, für diese Bundesregierung und für diese parlamentarische Mehrheit sagen: Wir haben als SPÖ-Regierung, wir haben als SPÖ-Parlamentsfraktion in den vergangenen vier Jahren – und wir werden das auch in den kommenden vier Jahren der vor uns liegenden Legislaturperiode tun – im Interesse dieser Bevölkerung reagiert.

International gesehen fand die österreichische Wirtschaftspolitik durchaus beachtliche Anerkennung. Herr Dr. Taus ist sicher anderwärtig verpflichtet, aber ich darf daran erinnern, daß dieser Herr Dr. Taus ebenfalls persönlich zur

Sekanina

wirtschaftlichen Situation Österreichs, national und international gesehen, Stellung bezogen hat.

Er hat dies im Rahmen einer Broschüre in schriftlicher Form getan und hat dort zum Ausdruck gebracht, wie gut diese österreichische Position ist, welch kluge Wirtschaftspolitik – mußte man daraus schließen – diese Regierung und die Verantwortlichen tätigten, um trotz dieser weltweiten Krise die Position der österreichischen Wirtschaft in der Form zu halten.

Allerdings, darf ich hinzufügen, war Dr. Taus damals noch informierter Generaldirektor eines Bankinstitutes und nicht Parteiobmann der Österreichischen Volkspartei. Hier hat er anscheinend andere Überlegungen an den Tag zu legen.

Ich meine sagen zu dürfen, meine Damen und Herren: Österreich ist keine Insel der Seligen und kann auch gar keine Insel der Seligen sein. Aber es steht fest – und das ist eindeutig, millimetergenau beweisbar –, daß trotz Ihrer vehementen Versuche zu verunsichern, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, eine optimale Synthese zwischen den verschiedenen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen gelungen ist. Würden wir dieses Zahlenmaterial hier vorlegen, dann würden Sie genauso bei einer fachlichen und sachlichen Beurteilung mit uns dieser Meinung sein können.

Wie sieht denn diese Welt aus – in kurzen Formulierungen, in knappen Formulierungen vorgetragen –, in der wir als österreichische Wirtschaft gezwungen sind zu wirtschaften? Die Industrieländer im Bereiche der OECD, meine Damen und Herren – und das kann man doch nicht außer acht lassen, das kann doch nicht weggewischt werden, das kann doch nicht als eine nicht vorhandene Situation bezeichnet werden –, befinden sich in der längsten und tiefestgehenden Rezession seit 1945. Und gleichzeitig ist diese Rezession, diese weltweite Rezession verbunden mit einer hohen Inflationsrate.

Sie werfen uns vor, wir tun nichts gegen diese Inflation. Es ist daher durchaus angebracht, Ihnen doch die internationalen Größenordnungen aufzuzeigen.

Ich möchte gar nicht die jetzige letzte Ziffer als ein Musterbeispiel hinstellen. Wir haben als sozialistische Regierung nicht gesagt, daß wir mit diesen Preissteigerungen zufrieden sind, daß wir nichts mehr tun können. Permanent und laufend kümmern wir uns im Interesse der Arbeitnehmer und der gesamten Bevölkerung um diese Fragen. Aber im Mai 1975, zu einem Zeitpunkt, wo auch unsere Position noch eine

schlechtere war, gab es in sieben größeren Ländern Preissteigerungsraten, die weit über den unseren lagen. Ich denke an Kanada, an die USA, an Japan, an Frankreich, an Italien und an England, wo es Preissteigerungsraten zwischen 10 bis 25 Prozent gab.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß es daher durchaus richtig ist, wenn wir als sozialistische Regierung auch im Rahmen dieser Regierungserklärung sagten, wir werden alles daransetzen, um im Interesse der Bevölkerung, vor allem der Arbeitnehmer, jenes Instrumentarium wirksam werden zu lassen, das uns gegeben ist, um diese Inflationsrate weiter einzudämmen, um eine weitere Expansion zu verhindern und damit die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit unseres Landes zu gewährleisten.

Sie haben uns aber auch heftig kritisiert im Hinblick auf die Preispolitik. Bei dieser Gelegenheit fällt mir auch eine Formulierung des Herrn Dr. Taus ein. Er hat uns heute mit sehr eindringlichen Worten aufgefordert, Leistung zu erbringen, leistungsorientiert müßten wir sein, das Leistungsprinzip müßte Gültigkeit haben.

Ja hat denn Herr Dr. Taus bei seinen Überlegungen vergessen, daß es dank des Leistungswillens der Bevölkerung und vor allem auch der arbeitenden Menschen dieses Staates möglich war, nach drei Jahrzehnten seit dem zweiten Weltkrieg eine derartige Position weltweit zu erreichen? (*Beifall bei der SPÖ.*) Ich glaube, daß es nicht notwendig ist, dieser Bevölkerung, den arbeitenden Menschen in so deutlicher Form immer wieder vorzuexerzieren, was sie eigentlich leisten müßten. Ich glaube vielmehr, daß diese Bevölkerung, Herr Dr. Taus, nicht Ihres Anspornes bedarf, sondern sie hat diesen Beweis bereits erbracht. Es wäre nur gut, wenn Sie manchmal Ihre Oppositionspolitik auch etwas österreichbezogener praktizieren würden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Sie haben die Preispolitik kritisiert, die wir betreiben. Dazu auch noch einige kurze Formulierungen.

Die Frage der Preispolitik und die Frage der Vollbeschäftigung haben auch auf Grundlage unserer Regierungserklärung vorrangige Position bei unseren kommenden Handlungen und Überlegungen. Wenn uns Herr Professor Koren in seiner etwas provokanten Art heute wieder bezichtigt hat, wir würden gegen diese Preisentwicklung eigentlich nichts tun, dann darf ich das Erinnerungsvermögen von Herrn Professor Koren etwas auffrischen.

Bereits 1972 – das dürfte ihm entgangen sein in seiner Hektik – hat Österreich einen verstärkten Kampf gegen diesen internationalen

Sekanina

Preisauftrieb wirksam werden lassen. Nicht nur mit finanz- und währungspolitischen Mitteln. Ich darf daran erinnern, daß wir Ende 1972 zusätzliche Maßnahmen gesetzt haben: Es wurde die restriktive Haushalts-, Kredit- und Währungspolitik wirksam, ein Preisbestimmungsgesetz, verbunden mit administrativen Kontrollen, wurde von uns geschaffen, damit wir im nationalen Bereich diese negativen Auswirkungen der internationalen Preisentwicklung auch tatsächlich in den Griff bekommen.

Wir haben uns 1973 bemüht – meine Damen und Herren, das haben Sie vergessen –, die Stabilitätspolitik weiter fortzusetzen. Wir haben uns bemüht, durch eine entsprechende Finanzpolitik Sorge zu tragen, daß das sogenannte Überborden, das unkontrollierte Überborden der inflationären Entwicklung, die weltweit eingetreten ist, in Österreich verhindert wird. Wir haben uns auch bemüht, in den Jahren der Hochkonjunktur die entsprechenden Reserven anzulegen, damit sie zum richtigen Zeitpunkt auch im Interesse unserer Konjunkturpolitik eingesetzt werden können.

Diese erfolgreich praktizierte Politik, meine Damen und Herren, hat auch zu entsprechenden Zielen geführt. Was wurde, lautet oft mit Recht die Frage, erreicht?

Diese solide Budgetpolitik, die unbestreitbar ist, die allerdings von Ihnen nicht anerkannt wird – aber es ist natürlich das Recht der Opposition, alles zu negieren, was hier an Leistungen erbracht wurde; aber wir werden uns ja morgen mit diesen Fragen noch im Detail auseinandersetzen können –, hat dazu geführt, daß ein Anheizen der Teuerung durch den öffentlichen Haushalt weitestgehend vermieden wurde. Der Finanzierungsspielraum wurde durch diese Budgetpolitik vergrößert und damit Möglichkeiten für die Finanzierung beschäftigungsschützender Investitionen im Interesse der österreichischen Wirtschaft geschaffen und gegeben.

Weil Sie immer davon reden, daß wir keine Maßnahmen setzen: Der unsicheren wirtschaftlichen Entwicklung wurde 1974 durch die bekannte Dreiteilung des Budgets Rechnung getragen. Wir haben mit dem Grundbudget, mit der Stabilisierungsquote zum Abfangen der sektoralen beziehungsweise der regionalen Konjunkturreinbrüche eine Aktivität erzeugt, die heute der österreichischen Wirtschaft zugute kommt.

Ich darf die Zeiträume kurzfristig überspringen. Wir haben diese Politik, meine Damen und Herren, 1975 fortgesetzt. Die Größenordnungen und die Beträge sind bekannt, die in diesem Zusammenhang flüssiggemacht wurden, damit in diese österreichische Wirtschaft jene Mittel

hineingepumpt werden können, die wir brauchen, um diese internationalen Konjunkturreinbrüche dementsprechend hintanzuhalten.

Wir haben aber auch, meine Damen und Herren, eine Frage beantwortet. Es war das ja Gegenstand dieser persönlichen Attacke des Herrn Dr. Koren. Er hat gemeint, das stimmt nicht, es sei eine Primitivformel, als wir sagten, uns sei eine höhere Staatsverschuldung lieber als Hunderttausende Arbeitslose. – Daran, meine Damen und Herren, wird sich auch in der kommenden Legislaturperiode trotz Ihrer noch so heftigen Attacken nichts ändern! (*Beifall bei der SPÖ.*) Diese sozialistische Parlamentsmehrheit wird auch in den vor uns liegenden vier Jahren alles daran setzen, daß in Österreich ein möglichst hohes Niveau an Vollbeschäftigung gesichert ist. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Mit dieser Politik haben wir in den vergangenen vier Jahren die österreichische Bevölkerung durchaus überzeugen können. Wenn Sie heute, Herr Dr. Taus und Herr Dr. Koren – der eine in aggressiverer, der andere in etwas höflicherer Form –, den Inhalt dieser Regierungserklärung kritisieren, dann ist es Ihr gutes Recht. Wenn Sie aber weiterhin den Weg gehen, den Sie bisher praktiziert haben, nämlich alles herabzusetzen, was hier getan wurde, an Leistungen erbracht wurde, dann ist das Ihre Angelegenheit. Es ist nicht unsere Aufgabe, sich Ihren Kopf zu zerbrechen, welche Oppositionspolitik Sie betreiben.

Wir haben in diesen vergangenen vier Jahren das gehalten, was wir dieser österreichischen Bevölkerung versprochen haben. Wir haben ihr zugesagt, wir werden eine Wirtschafts-, Finanz- und Budgetpolitik betreiben, die einen deutlichen Fortschritt in allen Lebenslagen erlaubt. Wir sind imstande gewesen, durch diese Politik die Vollbeschäftigung der vergangenen Legislaturperiode zu sichern. Es ist uns gelungen, mit dieser Politik internationales Ansehen zu erhalten, Ruhe und Ordnung und den sozialen Frieden in diesem Staate zu erhalten. Wir haben dafür gesorgt, daß es höhere Pensionen gibt. Wir konnten durch unsere Politik die soziale Sicherheit in diesem Staate ausbauen, weil wir mehr Schutz geboten haben für die werdenden Mütter, weil wir die Familienbeihilfen im entsprechenden Ausmaß erhöht haben, weil wir Heiratsbeihilfen geschaffen haben und Geburtenbeihilfen, verbunden mit einer entsprechenden medizinischen Betreuung der Neugeborenen, weil es uns gelungen ist, eine entsprechende Arbeitszeitverkürzung im Interesse dieser Arbeitnehmer, aber auch im Hinblick auf die Vollbeschäftigungspolitik zu erreichen, weil wir mehr Urlaub geschaffen haben, weil wir eine dreimalige Steuersenkung durchführen konnten.

Sekanina

Wo ist denn Herr Dr. Koren? – Er soll bitte hierherkommen und uns erklären, wie viele Steuersenkungen er durchgeführt hat, als er Finanzminister in Österreich gewesen ist. Im Gegenteil: Steuererhöhungen nicht unbeträchtlichen Ausmaßes hat er dieser Bevölkerung gebracht.

Wir haben durch unsere Politik mehr Bildungschancen geboten, meine Damen und Herren. Das können Sie nicht wegdiskutieren. Sie werden zwar kritisieren, aber bestreiten können Sie diese Entwicklung nicht. Wir haben kostenlose Schulbücher eingeführt. Ich respektiere durchaus, daß ein oberstes Kontrollorgan Überlegungen anstellt, ob die technische Abwicklung in Ordnung ist. Aber nicht bestreiten können Sie, daß wir mit dieser Maßnahme Tausenden Familien eine entsprechende finanzielle Beihilfe gewährt haben. Wir haben freie Schulfahrten geschaffen, wir haben entsprechende Heimbeihilfen vorgesehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Das ist das Resultat einer sozialdemokratischen Regierungspolitik in den vergangenen vier Jahren. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Wie diese Politik bewertet wurde, verehrter Herr Abgeordneter, müssen auch Sie registrieren. Ich weise zum dritten Mal darauf hin: Der Souverän, das heißt, der österreichische Wähler, hat entschieden. Er hat votiert, er hat wohl als reifer Mensch beurteilt, welche Leistungen hier erbracht wurden. Und weil diese Leistungen in seinem Interesse gelegen sind, konnten wir diese Position auch nach dem 5. Oktober erreichen.

Unsere Aufgabe wird es sein, meine Damen und Herren, auf Basis dieser Regierungserklärung und unter Berücksichtigung all der Schwierigkeiten, die es weltweit gibt und vor denen wir auch national nicht gefeit sind, unsere ganze Kraft, unsere Möglichkeiten, das gesamte Instrumentarium, das uns zur Verfügung steht, einzusetzen, um dieses Österreich in den nächsten vier Jahren in eine sichere und gute Zukunft zu führen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Zeillinger** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Der geschäftsführende Klubobmann der Regierungsfraktion hat heute bei seiner Erläuterung der Regierungserklärung schon Wilhelm Busch zitiert. Ich darf ihm mit einem Zitat von Wilhelm Busch antworten, das mir beim Anhören der Regierungserklärung eingefallen ist. Wilhelm Busch meinte: „Es sind im Leben viele Dinge, gleichviel, ob große, ob geringe, so

einfach durchaus nicht verpackt, daß man sie so wie Nüsse knackt.“

Da ich nicht annehme, daß Wilhelm Busch schon die Regierungserklärung und die Kompliziertheit der Kreiskyschen Ausführungen kannte, kann ich nur annehmen, daß es zur Zeit des Wilhelm Busch ebenfalls schon Aussagen gegeben hat, die unklar waren und im Grunde genommen nichts ausgesagt haben.

Wir alle kennen doch den Herrn Bundeskanzler als einen an und für sich blendenden Formulierer, der, wenn er will, hervorragend reden kann, der auch etwas sagen kann. Es muß doch einen Grund haben, wenn dieser Kanzler zwei Stunden – derart lange Reden sind im Westen eher unüblich, Fünf-Stunden-Exkurse waren bisher Ländern jenseits unserer Grenzen vorbehalten – lang geredet und – meine Damen und Herren, es waren mittlerweile schon Regierungssprecher hier, auch sie konnten es nicht ergänzen – nichts gesagt hat. „Man wird überlegen, man wird prüfen, man wird Wege einschlagen müssen.“ Eine Regierungserklärung ist ja eine Erklärung, es soll erklärt werden, es soll erläutert werden, und der Bundeskanzler hat in zwei Stunden nichts ausgesagt.

Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder weiß er noch nicht, wie der Weg dieser Regierung sein wird, oder er will es noch nicht sagen. Er hat wohl einige Behauptungen dort aufgestellt, wo Schwachpunkte sozialistischer Politik sind. Man kann aber in einem Debattenbeitrag das eine oder das andere genauer herausgreifen und in Erinnerung rufen.

Auch Fragen, die doch jeder Österreicher stellt, wie zum Beispiel: Wie geht es jetzt weiter? Ist die „Talsohle“ schon zu Ende? Geht es noch weiter abwärts? Wird es noch mehr Arbeitslose geben? Werden die Schulden noch größer? Wird die Inflation noch größer? Das liegt ja alles in der Hand der Regierung. Sie kann die Zahl der Arbeitslosen von 30.000 auf 60.000 und – wie sie jetzt so leicht durchklingen lassen – auf 100.000 erhöhen. Sie hat die Preiserhöhungsraten von 4 Prozent auf 9 Prozent gesteigert. Das waren ja alles Entscheidungen der Sozialistischen Partei im Einvernehmen mit der Regierung.

Und der Mann auf der Straße, der arbeitet, zittert um seinen Arbeitsplatz. Er hat das Zittern erst unter der sozialistischen Regierung gelernt. Wir dürfen nicht vergessen: Kein Mensch hat in Österreich um seinen Arbeitsplatz gezittert, so lange, bis die absolute sozialistische Mehrheit gekommen ist. Solange Sie als Minderheitsregierung arbeiteten, Herr Kollege, möchte ich sagen, waren Sie keine schlechte Minderheitsregierung! Nur in dem Moment, wo Sie die absolute Mehrheit bekommen haben und – wie wir jetzt gehört haben –, sozialdemokratische ist

Zeillinger

gleich marxistische Politik gemacht haben, da fing der Arbeiter wieder an, um seinen Arbeitsplatz zu zittern. Gehen Sie doch in die Betriebe, Herr Kollege – Sie werden es genauso machen wie ich –, und fragen Sie den Arbeiter: Hast du 1970, als die Roten noch in der Minderheit waren, um deinen Arbeitsplatz gezittert? Er wird sagen: Nein. Und dann fragen Sie ihn, ob er jetzt zittert, er wird sagen: Ja. Darauf hat der Herr Bundeskanzler keine Antwort gegeben.

Darf ich zitieren? Ich habe mir die ganze Rede des Herrn Bundeskanzlers mitgenommen. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Herr Kollege, wenn Sie ruhig sind, lese ich Ihnen nochmals vor, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat. Sie waren vielleicht schon müde, es war die Seite 116, da waren einige schon etwas müde und haben Pause gemacht. Der Herr Bundeskanzler sagt über die gegenwärtige Situation: Sind wir schon unten, oder geht es noch weiter abwärts? (*Abg. Ing. Hobl: Das haben wir schon gehört!*)

Ich darf noch einmal sagen: Der Herr Bundeskanzler meinte: „Manche behaupten, daß die Talsohle durchschritten wäre.“ Also „manche“. Er hat dann noch aus dem Stegreif hinzugefügt: „Manche sind vorsichtiger und meinen, sie wäre nur erreicht.“ – Aus. Bitte, was sagt jetzt der Herr Bundeskanzler? Was ist jetzt der Fall? Er hat gesagt, was manche sagen. Dann hat er noch gesagt, was die anderen, die drüben in der Milchbar sitzen, sagen, aber was der Herr Bundeskanzler sagt, wissen wir nicht. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Herr Kollege, bitte, ich lade Sie ein – es werden doch noch Sozialisten sprechen –, beantworten Sie die Frage: Sind wir am Ende der Krise, oder geht es weiter abwärts? Werden Sie noch größere Schulden machen, werden Sie die Inflation weiter anheizen, werden Sie die Arbeitslosigkeit steigern?

Der Herr Bundeskanzler hat gesagt: „Manche“ – das sind die da draußen (*der Redner zeigt auf den Couloir hinaus*) – „behaupten, daß die Talsohle durchschritten wäre.“ Andere – das sind die in der Milchbar – sagen, wir haben sie nur erreicht. Entschuldigen Sie, Herr Vizekanzler, Sie sind jetzt das einzige Opfer, das auf der Bank sitzt: Was sagt jetzt die Regierung, was sagt die Sozialistische Partei? Herr Kollege, diese Frage würde die Leute interessieren, deswegen hören sie ja zu, das wollen die Massenmedien berichten. Aber Sie wissen es offenbar selbst nicht. (*Widerspruch bei der SPÖ.*) Wenn Sie es wissen, dann sagen Sie es! Wenn Sie es nicht sagen, ist es für mich ein Beweis, daß Sie es offenbar noch nicht wissen.

Eine Regierungserklärung ist ja keine Wahlrede, obwohl schon sehr viele Wahlreden darunter waren. Sie ist auch kein Parteipro-

gramm. Eine Regierungserklärung ist und war nach bisheriger parlamentarischer Tradition – ganz gleichgültig bei welcher Regierungsform, welcher Partei – immer eine Maßnahmenerklärung, nicht irgendwie das Aufzeigen von Überlegungen, von Absichten, sondern eine Maßnahmenerklärung. Es muß ein Zeitplan da sein, es muß ein Maßnahmenplan enthalten sein. Bitte sagen Sie etwas darüber. Ich lade die Regierungssprecher dazu ein.

Ich gebe offen zu, ich habe die Regierungserklärung des Kanzlers zwei Stunden hier angehört, ich habe sie zwei- oder dreimal durchgelesen, ich kann bis zur Stunde nicht sagen, welches sind die Maßnahmen, wie der Zeitplan ist, welches sind die Prioritäten, die vorgesehen sind. Ich lade Sie, Herr Klubobmann, ein, uns darüber Auskunft zu geben.

Wir haben gehofft, daß vielleicht der erste Sprecher der Regierungsfraktion, der sozialistische Sprecher, uns erklären wird, was der Kanzler nicht gesagt hat. Auch er hat es nicht gesagt. Wahrscheinlich, Herr Kollege, wissen Sie es selber noch nicht. Aber wenn Sie es wissen, dann gehen Sie heraus und sagen Sie, wie der Zeitplan sein wird, welche Maßnahmen Sie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergreifen werden, welche Maßnahmen Sie zur Bekämpfung der Inflation ergreifen werden, jener Inflation, die Sie eingeführt haben, angeblich zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Jetzt haben wir die Inflation und die Arbeitslosigkeit und eine sozialistische Mehrheit, was wir alle noch sehr teuer bezahlen werden müssen. Und nun sagen Sie, wie Sie das bekämpfen wollen, welche Prioritäten Sie setzen. Wenn Sie es weiterhin nicht sagen werden – wir debattieren jetzt vier Stunden –, dann nehme ich an, daß die sozialistische Fraktion es genauso wenig weiß, wie es die Regierung offenbar nicht weiß. Eine Regierungserklärung, ein Erklären des Regierens, geht eben nicht ohne eine Quantifizierung, es müssen halt in eine Regierungserklärung Ziffern hinein.

Wo werden wir zum Beispiel sparen? Wo steht das? Sagen Sie mir die Stelle, sagen Sie mir eine Stelle in der Regierungserklärung, wo der Kanzler festgestellt hat, wo er sparen wird, wo die Sozialistische Partei sparen wird. Oder wollen Sie nicht sparen? Dann sagen Sie auch das offen.

Oder: Wo wollen Sie auf mehr Einnahmen drängen? Die Formulierungen sind immer: man wird neue Einnahmequellen erschließen müssen. Das ist eine gefährliche Drohung für alle Staatsbürger. Wenn Sie das sagen, fallen einem die unmöglichsten Dinge ein. Der ÖVP sind dann Sondersteuern eingefallen, Ihnen fallen dann meistens Pickerln ein. Das ist der einzige Unterschied zwischen euch beiden.

Zeillinger

Aber sagen Sie doch, wo werden Sie neue Einnahmequellen erschließen? Bisher sind noch alle Erschließungen neuer Einnahmequellen auf Kosten des kleinen Mannes gegangen, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Solange Sie in der Minderheit waren, waren Sie gezwungen, die Inflation, die Preissteigerungen unter 4 Prozent zu halten. Hier unten stand noch ein Vizekanzler – jetzt sitzt er momentan oben – und hat, bevor Sie demonstrativ hinausgegangen sind, vor vier Jahren erklärt: Nehmen Sie zur Kenntnis: Solange Sozialisten in der Regierung sitzen, werden die Preise nie um 6,2 Prozent steigen. Herr Vizekanzler, das waren noch Zeiten vor vier Jahren! Aber nach vier Jahren Regierung kämpfen wir jetzt, daß sie nicht über 10 Prozent steigen. Denn die Preissteigerungen, Herr Vizekanzler, die treffen nicht Sie und nicht mich. Wenn das Brot teurer wird, kann ich mir auch das teure Brot kaufen. Aber die kleinen Leute, die mit 5000 S Rente oder mit weniger leben müssen, die trifft eine Preissteigerung beim Lichtstrom und beim Brot und die Verteuerung der Lebenshaltungskosten, nicht den Mautner-Markhof, denn der kann es sich leisten. Wir können es uns noch gerade leisten, aber die Masse der kleinen Leute nicht. Sie regieren doch jetzt schon vier Jahre lang mit absoluter Mehrheit gegen die kleinen Leute, wenn Sie künstlich die Preise von 4 auf 10 Prozent Steigerung hinauftreiben, nur um Ihre Schuldenwirtschaft finanzieren zu können.

Und jetzt sagen Sie mir eine Stelle in der Regierungserklärung, wo auf diese Frage Bezug genommen wird. Wo werden Sie die Mehreinnahmen herholen, und was wollen Sie wirklich aufnehmen, was wollen Sie durchführen? Erst dann bekommt doch das Reden von „Prioritäten“ einen Sinn.

Das Wort „Priorität“ liebt der Herr Bundeskanzler so wie viele andere Fremdwörter sehr. Ich darf Ihnen gleich sagen, Herr Kanzler, ich habe mit dem Duden arbeiten müssen. Sie verwenden Wörter, die nicht einmal der Duden kennt und die in keinem Lexikon stehen; ich werde dann eines bringen. Es war unerklärlich, was es bedeuten soll. Ich habe Verständnis für das Schöpfen neuer Worte, und ich muß sagen, es gefällt mir sogar selbst. Nur wenn man es nicht versteht, dann wird es immer gefährlich. Da kann man nämlich sagen, es bedeutet alles.

Ich möchte gleich sagen, es handelt sich um das Wort „rentierlich“. Im Duden steht nur, daß es „Rentiere“ gibt und daß es „rentieren“ gibt. Aber was „rentierlich“ heißt, konnte ich nicht finden. Das ist nämlich nicht „rentabel“, denn „rentabel“ ist wieder etwas ganz anderes. Das ist die berühmte Interpretation. Man kann auch hier sagen: Ich habe ja nicht gesagt, daß es rentabel ist; „rentierlich“ habe ich gesagt. Und

wer das nicht verstanden hat, ist dumm. Ich war so dumm, ich habe im Duden nachgeschaut: dort gibt es das Wort nicht; im Wörterbuch gibt es das, nebenbei gesagt, auch nicht.

Und dann spricht der Herr Bundeskanzler von Prioritäten. Darf ich kurz übersetzen: Unter „Prioritäten“ versteht man gemeinhin im bisherigen Parlamentarismus: Jetzt kommt eine Reihenfolge, eine Aufzählung, was die Regierung in welcher Reihenfolge machen wird.

Nun hat der Herr Bundeskanzler zwei Stunden lang auf 120 Seiten alles zur Priorität erklärt. Was ist jetzt wirklich die Priorität, Herr Bundeskanzler? Wenn man nämlich alles zur Priorität erklärt, dann gibt es keine Priorität mehr. Da haben Sie schon ein paar alte Ladenhüter, Prioritäten aus dem Jahre 1971, die Sie noch immer zu Prioritäten erklären und die Sie auch in diese Regierungsperiode weitererschleppen, obwohl Sie schon im Jahre 1971 erklärt haben, daß Sie sie lösen werden.

Aber darf ich zuerst, bevor ich eine solche Priorität bringe, über die Klarheit etwas sagen. Ich lese da Stellen wie: „Die kurzfristig ausgerichteten konjunkturpolitischen Überlegungen können aber nur dann erfolgreich sein, wenn sie mit den längerfristig zu erfüllenden strukturpolitischen Erfordernissen in Einklang gebracht werden.“

Als ich zugehört habe, habe ich es noch nicht verstanden. Dann habe ich es zwei- oder dreimal gelesen. Das ist ein Dissertationsthema, Herr Bundeskanzler! Ich hoffe nur, daß es die Kollegen alle verstanden haben. Von den Leuten am Fernsehapparat – das sage ich Ihnen ruhig – hat es kein Mensch verstanden. Ich habe länger nachgedacht und bin dann draufgekommen: Sie meinen offensichtlich, daß das Kurzfristige mit dem Längerfristigen in Einklang gebracht werden muß. Das ist eine Theorie, die man aufstellen kann.

Ich habe dann auf Seite 35 weitergelesen. Herr Bundeskanzler, auf Seite 35 sagen Sie genau das Gegenteil. Dort sagen Sie nämlich: „... die Aufgabe besteht dabei darin, im Rahmen mittelfristiger Budgetüberlegungen ... die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben zu verringern.“

Also zuerst erklären Sie kompliziert, daß das Kurzfristige auf das Langfristige Bedacht nehmen muß, um zwei Seiten später zu sagen: Ist ja alles nicht wahr, was ich vorhin gesagt habe, es kommt darauf an, daß die mittelfristige Budgetüberlegung die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben schließt. Also jetzt kann es sich jeder Theoretiker aussuchen: kurzfristig wird angeboten, längerfristig wird angeboten, mittelfristig wird angeboten. Aber was Sie wirklich

Zeillinger

machen wollen, was wirklich geschehen wird, Herr Bundeskanzler, das haben Sie uns nicht gesagt.

Sie verkünden im Jahre 1975 genauso wie im Jahr 1971 die permanente Verwaltungsreform. Es sind da einige Stellen, die gab es schon im Jahre 1971. Sie sprechen von der permanenten Verwaltungsreform seit dem Jahre 1971. Herr Bundeskanzler, permanent an dem ganzen ist nur eines: daß bisher nichts geschehen ist! Wobei ich gleich zu Ihrer Entlastung sage: Die Regierung der ÖVP vorher hat nichts getan, die Koalition hat nichts gemacht, alle reden sie von Verwaltungsreform, aber es ist nicht einmal noch zu Vorschlägen gekommen. Eine Kommission haben wir – ich weiß nicht, ob sie noch existiert –, aber von der permanenten Verwaltungsreform, die Sie ausgerufen haben, ist bisher nichts übrig geblieben.

Ja doch, etwas ist entstanden: ein Witzwort in Wien. Es gibt eine neue Kunstrichtung, man spricht bereits von der Wiener Schule des phantastischen Bürokratismus. Das ist aber das einzige, was bisher war. Vor fünf Jahren war die Verwaltungsreform eine Priorität der sozialistischen Regierung, und nach fünf Jahren erklärt der Kanzler: „Daher kommt einer permanenten Verwaltungsreform ... besondere Bedeutung zu.“ Vor fünf Jahren ist sie ihr offenbar noch nicht zugekommen, da war sie nur eine Priorität. Das sind so die Feinheiten, die man erst lernen muß: Vor fünf Jahren war sie eine Priorität, jetzt haben wir die permanente Verwaltungsreform.

Und dann, Herr Bundeskanzler, versprechen Sie uns hier im Hause Dinge, bei denen mich überrascht hat, daß Sie noch nicht wissen, daß Sie das eigentlich tun müssen, was Sie da versprechen.

Sie sagen: „Die Mitglieder der Bundesregierung halten sich aber bereit, jederzeit im Hohen Haus auf Anfragen, die an sie gerichtet werden, in der kommenden Debatte zu antworten.“ – Das freut uns sehr, und das klingt furchtbar freundlich vor der Öffentlichkeit, nur darf ich darauf aufmerksam machen, daß das ja in der Verfassung steht. Sie sind ja schon die dritte Regierung Klaus und sollten das eigentlich schon wissen ... (*Abg. Graf: Die dritte Regierung Klaus, das würde Sie noch härter treffen!*) Um Gottes willen: die dritte Regierung Kreisky! Bei der Regierung Klaus haben Sie selber schon dafür gesorgt, daß diese rechtzeitig abserviert wird. Dieses Problem hat uns ja die ÖVP abgenommen. Aber, Herr Bundeskanzler, wenn Sie sich jetzt bereit erklären, die Fragen der Abgeordneten zu beantworten, dann muß ich sagen, das steht in der Verfassung, das müssen Sie, und es steht auch in der Geschäftsordnung, das ist das dort verankerte Interpellationsrecht.

Was es sonst heißen soll, daß Sie sich bereithalten, die Fragen der Abgeordneten zu beantworten, ist nicht ganz klar.

Es ist heute schon anerkannt worden, daß über die Bäuerinnen, über die Landwirtschaft so viel gesagt wird. Ich freue mich im Namen der Bäuerinnen, daß so viel geschieht. „Der Aufgabenbereich und die Mitverantwortung der Bäuerin wird immer größer“ – das wissen wir – „und führt in mehrfacher Weise zu einer außerordentlichen Belastung.“ Jetzt kommt es: „Die Bundesregierung wird darum bemüht sein, durch ihre Aktivitäten die Lage der Bäuerin zu erleichtern.“ – Das hat eine Bäuerin aus Salzburg gehört, sie hat mir einen Brief geschrieben: Bitte, fragen Sie den Herrn Kreisky öffentlich, was er tun will. Was geschieht? Zumindest eine Bäuerin hat gefragt, was das heißt. Sie, Herr Dr. Kreisky, werden durch Ihre Aktivität und die Aktivität der Regierung die Lage der Bäuerin erleichtern. Was werden Sie tun? Haben Sie bisher nichts getan? Sie haben bisher nichts getan, und Sie werden auch in Zukunft nichts tun. Das ist meine persönliche Meinung. Aber darf ich gleich in aller Öffentlichkeit sagen: Das ist eine der konkretesten Aussagen in der ganzen Regierungserklärung, der Satz: „Die Regierung wird bemüht sein, durch ihre Aktivitäten die Lage der Bäuerin zu verbessern.“ Glaubt auch nur einer, daß nur ein Finger gerührt wird für eine Bäuerin? Vielleicht werden Sie ihr einen Polster sticken, ich weiß es nicht.

Sie kommen dann gleich im nächsten Satz zum Ziel der Forstpolitik. Ich weiß nicht, soll die Bäuerin in den Wald gehen? (*Heiterkeit.*) Dabei mache ich Sie aufmerksam: Das gehört zu den konkreten Aussagen in dieser Regierungserklärung.

Herr Bundeskanzler, es ist furchtbar schwer, Stellung zu nehmen. Ich soll zu einer Regierungserklärung Stellung nehmen, aber die Regierung hat nichts geklärt. Der Herr Bundeskanzler hat charmant geplaudert. Ich muß sagen, ich schätze ihn immer sehr. Er hat wirklich herrliche Wortschöpfungen gemacht, aber eine Regierungserklärung haben wir bis zur Minute eigentlich noch nicht vorliegen.

„Ein Hauptanliegen unserer Wirtschaftspolitik ist es, den Preisauftrieb zu bekämpfen.“ – Sehen Sie: Das ist eine klare Aussage. Jawohl: „Ein Hauptanliegen unserer Wirtschaftspolitik ist es, den Preisauftrieb zu bekämpfen.“ – Das ist der klarste Satz in der Regierungserklärung. Aber drinnen gestanden ist er 1971! Diesmal hat der Herr Bundeskanzler nichts mehr davon gesagt. Entschuldigen Sie, ich zitiere auch 1971, 1971 haben Sie sich noch mit dem Preisauftrieb befaßt, meine Herren von der sozialistischen

Zellinger

Regierung. Im Jahre 1971 bei 4 Prozent Preissteigerung und vorher, und Sie werden sich erinnern können – für die Neuen darf ich es wiederholen –, daß wir damals gesagt haben: „Wir können es nicht verhindern, Sie regieren, aber eine Mehrheit bekommen Sie nur, wenn Sie unter 4 Prozent bleiben. Wenn Sie glauben, bei höheren Preissteigerungen regieren zu wollen, dann werden Sie eben keine Mehrheit im Parlament haben.“ Und da haben Sie mit weniger als 4 Prozent regiert. Und kaum haben Sie die Mehrheit gehabt, haben Sie es angehoben auf 6,5, auf 7, auf 8, auf 9 und auf fast 10 Prozent.

Damals im Jahre 1971 bei 4 Prozent – ich darf daran erinnern – hat die Sozialistische Partei gesagt, und wir haben beigeipflichtet: Die ÖVP hat schlecht regiert, weil die Preissteigerungen 4 Prozent betragen. Und die ÖVP hat damals gesagt: Aber schuld ist das Ausland, und denen in Afrika geht es noch viel schlechter als uns. Damals haben die Sozialisten und wir Freiheitlichen gemeinsam der ÖVP gesagt: Uns interessiert nicht Afrika und Asien, sondern Österreich.

Ich muß das alles erzählen, denn jetzt ist genau dasselbe Ringelspiel, nur umgekehrt. Jetzt sagen Sie: In Afrika beneiden sie uns in Österreich, und die ÖVP und wir sagen jetzt: Uns geht nicht Afrika, sondern uns geht Österreich etwas an.

Aber im Jahr 1971 bei 4 Prozent Preissteigerung hat der Herr Bundeskanzler eine klare Aussage gemacht: „Ein Hauptanliegen unserer Wirtschaftspolitik ist es, den Preisauftrieb zu bekämpfen.“ Das war 1971. Und jetzt, bei 9 Prozent Preissteigerung, sagt der Herr Bundeskanzler: „Ausgabensteigerungen werden, so sie notwendig sind, so klein wie möglich zu halten sein.“

No na. Also gut, haben Sie das bisher nicht gemacht? Ich hoffe schon, denn sonst wäre es noch schlechter.

Oder der nächste Satz: „Wo ein Nachholbedarf schon weitgehend befriedigt werden konnte, werden sie nicht oder nicht wesentlich erhöht werden.“ No na.

„Subventionen werden auf ihre unbedingte Notwendigkeit zu überprüfen sein.“ Das haben Sie bisher nicht getan? Das ist die Erklärung für die nächsten vier Jahre. Ich hoffe, Sie haben es bisher auch getan. Wir hatten zumindest diesen Eindruck.

„Bei den Bundesbetrieben werden alle Rationalisierungsmöglichkeiten auszuschöpfen sein.“ Hoffentlich haben Sie das bisher getan. Das ist aber die Ankündigung für die nächsten vier Jahre.

„Für neue Aufgaben wird aber die entsprechende Bereitstellung zusätzlicher Mittel sicherzustellen sein.“ Das ist also die Aussage, wobei es eine Seite vorher heißt: „Die Politik ... muß aber in einem engen Zusammenhang mit den weiteren Bemühungen stehen, den Preisauftrieb zu bekämpfen.“ Das ist die einzige Feststellung.

Im Jahre 1971, bei 4 Prozent, war es noch ein Hauptanliegen der Sozialisten, die Preissteigerungen zu senken, und jetzt, nachdem Sie selber die Preissteigerung auf 9 Prozent hinaufgetrieben haben, sagen Sie nur mehr: „Die Politik ... muß in einem engen Zusammenhang mit den weiteren Bemühungen stehen, den Preisauftrieb zu bekämpfen.“

Herr Bundeskanzler! Ich darf vielleicht gleich jetzt zur Preis- und Kostenentwicklung kommen. Sie haben auf Seite 33 erklärt:

„Von der Preis- und Kostenentwicklung der nächsten Zeit wird in erster Linie unsere Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit und damit auch die Sicherung der Arbeitsplätze abhängen.“

Durchaus richtig. Unsere Konkurrenzfähigkeit hängt natürlich von der Preisentwicklung, die die Regierung betreibt, ab. Durchaus richtig. Das ist ja auch der Grund, warum die sozial-liberale Koalition in Deutschland die Preisentwicklung niedrig hält, weil die BRD dann, wenn die Rezession beendet ist, wenn die schlechten Zeiten vorbei sind, als erste auf dem Weltmarkt wieder mit den billigsten Preisen konkurrenzlos dastehen wird. Dann sind wir erledigt. Herr Bundeskanzler, das wissen Sie ganz genau.

Sie kennen doch die Zusammenhänge und erklären:

„Von der Preis- und Kostenentwicklung der nächsten Zeit wird in erster Linie unsere Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit und damit auch die Sicherung der Arbeitsplätze abhängen.“

Herr Bundeskanzler! Ich darf Sie dazu gleich etwas fragen. Sie sagen, die Arbeitsplätze seien nur sicher, wenn es uns gelinge, die Preise und Kosten niedrig zu halten. Richtig! Das haben wir Freiheitlichen immer gesagt. Sie haben allerdings bisher immer gesagt – damit sind Sie auch gescheitert –, Sie vermeiden die Arbeitslosigkeit und nehmen dafür Kostensteigerungen in Kauf. Das heißt, Sie haben nie bestritten, daß Sie selbst künstlich die Preise hinaufgetrieben haben.

Jetzt ist die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt weg, jetzt kommt der Rückschlag, jetzt kann die Ware nicht mehr verkauft werden. Das sind durchwegs wahnsinnig komplizierte Zusammenhänge.

Zeillinger

Aber mitten in der Situation, in der der Kanzler hier erklärt, wir müßten Preis- und Kostenerhöhungen vermeiden, hören wir erstens einmal von der Erhöhung der Umsatzsteuer von 16 auf 18 Prozent. Allein das wird uns das Leben erheblich verteuern.

Die Post soll teurer werden, das Telephon, das Telegramm soll teurer werden, die Bahntarife werden teurer, Strom wird teurer, das Benzin wird teurer. Das gleiche gilt für Brot, Semmeln, Bier, Zigaretten, die Kfz-Prämie. Ich will jetzt hier nicht alles aufzählen.

Herr Bundeskanzler! Und da sagen Sie, Arbeitsplätze können nur erhalten bleiben, wenn wir Preis- und Kostensteigerungen vermeiden.

Das heißt also: Wenn Sie die Posttarife hinaufsetzen, gefährden Sie damit Arbeitsplätze. Das haben wir Freiheitlichen immer behauptet. Das ist die einfache Logik, die sich aus Ihrer Erklärung ergibt. Sie sagen, von der Preis- und Kostenentwicklung werde die Sicherung der Arbeitsplätze abhängen. Gleichzeitig überlegen Sie, die Posttarife zu erhöhen. Es geht ja nicht nur um den Brief, der dann statt 2 S dann 3 S kostet. Das trifft interessanterweise auch besonders den kleinen Mann. Die Rentner treffen diese Preiserhöhungen, auf die ja die Sozialistische Partei, seitdem sie eine absolute Mehrheit hat, nie Rücksicht genommen hat.

Sie erhöhen hier um 50 Prozent! Ja, Sie haben bei der Wahl 50 Prozent bekommen, deswegen müssen Sie ja nicht in diesem Staate gleich alles um 50 Prozent teurer machen, nicht mit den Posttarifen gleich um 50 Prozent hinauffahren und nicht die Bahntarife um 20 Prozent, den Strompreis um 20 Prozent erhöhen und das Benzin nicht gleich um 50 Groschen verteuern.

Wissen Sie, was das bedeutet, Herr Bundeskanzler? Das bedeutet, daß Sie unter Umständen noch heuer in diesem Winter 100.000 Arbeitslose haben werden. *(Der Redner blickt zur Regierungsbank.)* Jetzt ist er hinausgegangen, schade!

Der Herr Vizekanzler hat gesagt: Solange Sozialisten in der Regierung sitzen, wird es in Österreich keine Preissteigerungen um 6,2 Prozent geben. – Jetzt haben wir 9 Prozent. Er sitzt noch immer in der Regierung.

Das heißt, Sie nehmen jetzt 100.000 Arbeitslose in Kauf, weil Sie Preissteigerungen herbeiführen. Sie fahren mit den staatlichen Tarifen hinauf, setzen Menschen arbeitslos, nur um Ihre Schuldenwirtschaft finanzieren zu können.

Das ist die Logik, Herr Bundeskanzler, zumal Sie selber den Zusammenhang herausstellen und sagen, die Sicherung der Arbeitsplätze hänge von der Preis- und der Kostenentwicklung

in diesem Staate ab. Eine Behauptung, der beizutreten wir durchaus bereit sind.

Sie sagen, wegen des hohen Nachholbedarfes bei der Anlagenerhaltung werden die Tarifeinnahmen und Zuschüsse aus allgemeinen Steuermitteln und zur Investitionsfinanzierung nicht ausreichen. Eine Regelung, die die Finanzierung der rentierlichen Investitionen der Bahn über den Kapitalmarkt ermöglicht, ist daher unerlässlich. Was „rentierlich“ bedeutet, habe ich schon gesagt. Das war niemandem erklärlich. Es gibt das Wort „rentabel“, ich muß aber gleich sagen: Wenn „rentierlich“ von „rentieren“ kommen sollte, ist es etwas anderes als „rentabel“. Da besteht ein großer Sinnunterschied.

Meine Herren von der Sozialistischen Partei! Die Möglichkeiten der Investitionen sind, soweit sie von der öffentlichen Hand beeinflußbar sind, ja begrenzt. Der Herr Verkehrsminister kann für die Bahn Lokomotiven kaufen, aber er kann ja nicht, wenn ein Fahrradwerk in Not gerät, Fahrräder für die Bahn kaufen. Daher sind die Möglichkeiten der Investition durch die öffentliche Hand weitgehend begrenzt. Deswegen wäre auch hier eine Klarheit in der Regierungserklärung notwendig gewesen. Sie ist leider ausgeblieben.

Herr Bundeskanzler! Sie haben schon Behauptungen aufgestellt, Behauptungen, die allerdings ebenfalls nichts sagen. Ich habe nur eine oder zwei durchleuchtet. Zum Beispiel: „Auf dem Gebiet der Selbstmordverhütung ist der eingeschlagene Weg weiterzuverfolgen.“ Ich darf gleich sagen: ein durchaus ernstes Problem.

Mir ist dann aufgefallen, daß die „Arbeiter-Zeitung“ im Gegensatz dazu geschrieben hat, daß Österreich noch immer eine der höchsten Selbstmordraten in Europa hat. Der Schwerpunkt hat sich nur von Wien nach Kärnten verlagert. Ich habe mich dann erinnert: Herr Bundeskanzler! Sie haben sich im Jahre 1971 in der Regierungserklärung damit sehr ausführlich beschäftigt, haben damals ausgeführt – ich möchte nicht alles vorlesen –, daß in den letzten zehn Jahren über 16.000 Menschen freiwillig aus dem Leben geschieden seien und daß man alles tun müsse, um insbesondere die Vereinsamung alter Menschen, die einer der häufigsten Selbstmordgründe sei, zu verhüten.

Nun haben Sie fünf Jahre das getan, was Sie wollten, und sagen jetzt als Abschluß: „Auf dem Gebiet der Selbstmordverhütung ist der eingeschlagene Weg weiterzuverfolgen.“ Das sind Ihre Worte.

Herr Bundeskanzler! Ich habe mir daraufhin die Ziffern der Statistik herausgeholt. Vom Jahre

Zeillinger

1969 bis jetzt sind alle Selbstmordziffern höher. Das heißt: Die Selbstmordziffer ist in Österreich gestiegen. Eine sehr ernste Sache!

Herr Bundeskanzler! Sie haben ja die Zahlen auch vor sich liegen, 1969 waren es 1645, im Jahre 1972 1745 Fälle. Aber es ist keine Ziffer mehr darunter, es ist nicht gelungen, die Zahl zu drücken. Dann sagen Sie: Den Weg wollen wir verfolgen. Das ist eine sehr ernste Sache! Sie haben damals gesagt: Wenn Menschen Selbstmord begangen haben, waren sie vereinsamt oder mit der Gesellschaft unzufrieden. Nun sagen Sie in der Regierungserklärung: Den Weg wollen Sie weiterverfolgen. Das heißt: weiterhin steigende Selbstmordzahlen! Die Ziffer ist ernst.

Wir sind im Westen der Staat mit der höchsten Selbstmordziffer. Es gibt nur zwei Oststaaten, die noch höhere Ziffern haben – dort sind es, glaube ich, andere Umstände –: das sind Ungarn und die Tschechoslowakei, über die zu sprechen ich hier nicht vorhabe. Dann kommt Österreich mit der höchsten Selbstmordziffer im ganzen freien Europa.

Ich will das nicht so sagen, Herr Bundeskanzler, wie Sie das damals dargestellt haben, nämlich als Ausdruck des Unglücks in der Gesellschaft, daß Menschen unglücklich sind, daß man ihnen helfen muß. Nun ist diese Ziffer gestiegen. Wir sind bereits auf 24,2 pro 100.000 im Jahr. Nun sagen Sie, diesen Weg wollen Sie weiterverfolgen.

Das klingt zunächst gut. Ich habe mir auch gedacht: Das ist schön, das ist also etwas Positives. Das heißt aber: Sie wollen den Weg, daß immer mehr Selbstmorde kommen, weiterverfolgen. Das halten wir für sehr bedenklich!

An einer anderen Stelle haben Sie sich mit dem Straßenbau beschäftigt und erklärt, daß man die Straßen so bauen müsse, daß es gelingt, den Straßentod zu bekämpfen, Sie haben also davon gesprochen, daß wir hier neue Wege gehen müssen. Sie haben im Jahre 1971 festgestellt, daß in fünf Jahren 10.467 Menschen auf der Straße gestorben sind, und erklärt, das müsse geändert werden. Das sind so viele Menschen, wie Eisenstadt Einwohner hat, haben Sie damals gesagt. Diese Tragik muß man sich vorstellen: So viele Menschen, wie in Eisenstadt leben, starben zum Teil wegen Mängel auf Österreichs Straßen. Sie haben damals versprochen, die sozialistische Regierung werde das ändern.

Jetzt habe ich nachgeschaut, was in den letzten fünf Jahren geschehen ist. 12.054 Menschen sind im gleichen Zeitraum gestorben! Diese Zahl entspricht der Einwohnerzahl – um mit Kreisky zu sprechen – von Bludenz oder St. Veit an der Glan oder Gmunden oder Hall in

Tirol oder Köflach oder von Stockerau bei Wien. So viele Menschen sind in fünf Jahren auf den Straßen eines unnatürlichen Todes gestorben.

Mit Recht, Herr Bundeskanzler, hat die sozialistische Regierung im Jahre 1971 das Versagen der Koalition und der ÖVP kritisiert. Wir Freiheitlichen haben sogar, glaube ich, damals applaudiert, und Sie haben versprochen, es zu bessern. Und jetzt haben wir statt zehntausend Toten zwölftausend Tote! (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Sehen Sie, da, Herr Bundeskanzler, muß man sich ernste Gedanken machen, ob das nicht ein Versagen war. Sie verlieren darüber kein Wort. Sie sagen nur, man muß sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß ein Ausbau des Bundesstraßennetzes nicht ohne Sicherstellung neuer finanzieller Mittel erfolgen kann. Ja, entschuldigen Sie, das weiß ein jeder, das weiß ein Volksschüler, das haben wir gewußt, daß hat die ÖVP gewußt.

Sie sagen auch nicht, wo Sie das Geld hernehmen wollen. Sie beschäftigen sich überhaupt nicht damit, daß der Straßentod noch zugenommen hat. Wir haben nur heute in der Zeitung gelesen, Pickerln wollen Sie einführen. Mit Pickerln werden Sie nicht einen Toten verhindern! Mit Pickerln werden Sie nur weiter Geld hereinbekommen, um die permanente Verwaltungsreform, die Sie nicht durchgeführt haben, weiterhin nicht durchzuführen, und das Geld für die Verwaltung ausgeben. Denn Sie haben zweckgebundene Mittel, und es sind die Straßen nicht im ausreichenden Maße gebaut worden. Auch hier hat die Sozialistische Partei, die sozialistische Fraktion, die sozialistische Regierung versagt.

Sie kommen zur persönlichen Sicherheit. Sie sagen erfreulicherweise, die persönliche Sicherheit jedes Mitbürgers soll durch den personellen und technischen Ausbau von Kriminalpolizei und Gendarmerie weiter – weiter – gewährleistet werden.

Sehen Sie, Herr Bundeskanzler, das ist die große Meinungsverschiedenheit, die wir schon immer haben. Sie halten die Sicherheit in Österreich für groß. Ihr Herr Innenminister sagt Ihnen sogar, wir sind sicherer als alle anderen Staaten. Die alte Frau auf der Straße aber, die sich nicht mehr allein ins Haus hineinzugehen traut und Leute anspricht, damit sie mit ihr in den zweiten Stock gehen, weil sie Angst hat, daß ihr das Handtascherl weggerissen wird oder ähnliches, die ist sicher anderer Meinung.

Aber gilt diese Erklärung, die Sie abgegeben haben, nicht auch für Polizisten und Gendarmen selbst? Ist ihnen nicht auch eine persönliche Sicherheit zu garantieren? Ich weiß, daß der

Zeillinger

Herr Bundesminister für Inneres, wann immer wir ihn gefragt haben, erklärt hat, er sei nicht zuständig. Auch wenn man ihn über den Verkehr gefragt hat, hat er das gesagt. Es gibt keinen Minister, der so oft antwortet, er sei nicht zuständig, wie der Herr Bundesminister für Inneres. Er hat das sogar einmal in einem Brief an unseren Klubobmann bestätigt.

Herr Bundesminister für Inneres, Sie sind jetzt hier, darf ich Sie fragen: Gilt diese persönliche Sicherheit nicht auch für Polizisten?

Darf ich erinnern an die tragischen Vorkommnisse im Zusammenhang mit der Demonstration am 2. Oktober? Am 2. Oktober haben politische Linksorganisationen eine Demonstration bei der spanischen Botschaft angekündigt. Es waren übrigens nicht nur Linksorganisationen, sondern auch die evangelische und katholische Jugend, die waren alle dabei. Zu dem gleichen Zeitpunkt, Herr Innenminister, ist ja bereits bekannt gewesen, daß man die Demonstration auch dort fortzusetzen beabsichtigt, wo sie nicht gemeldet war. Ich darf gleich als Beweis sagen: Vor Beginn einer Versammlung, die ich in Salzburg abgehalten habe, ist uns das telephonisch von Wien nach Salzburg durchgegeben worden. Um halb sechs, glaube ich, ist mit uns telephoniert worden über Absichten, die hier bekanntgeworden sind.

So, und nun stehen hier die Polizisten zum Schutze des spanischen Verkehrsbüros ohne Demonstrationshelme, ohne Demonstrationschilder. Über ausdrückliche Weisung sind diese Schutzausrüstungen gegen Demonstrationen nicht ausgegeben worden, um die Demonstranten nicht zu provozieren, wie Sie im Fernsehen erklärt haben. Meine Herren, obwohl geheime Berichte vorgelegt sind, daß die Demonstranten mit Nylonsackerln gekommen sind, in denen die Steine drinnen waren, daß sie diese viereckigen Pflastersteine eingesammelt haben, um sie auf die Polizisten zu werfen. Es ist der Befehl gekommen, die Polizisten dürfen nicht die Helme nehmen und nicht die Schutzschilder nehmen, die vorhanden sind, die um Steuergelder gekauft worden sind, die das Leben und die Gesundheit der Polizisten schützen sollten. Das heißt, man hat den Befehl gegeben, obwohl man wußte, daß die Demonstranten mit Steinen in den Taschen und Säcken anmarschieren, weil sie beobachtet worden sind – sie sind ja auch von Abgeordneten beobachtet worden, die dabei waren –, wie sie viereckige Pflastersteine aufgehoben und mitgenommen haben, um sie auf die dort stehenden Polizisten zu werfen. Da ist der Befehl gegeben worden: keine Schutzschilder.

Herr Bundeskanzler: Bitte, ich weiß, Sie haben das mit Empörung zurückgewiesen.

Meine volle Anerkennung! Aber hier muß ich dem Minister sagen – er ist zuständig –: Sie haben die Wasserwerfer gehabt, Herr Minister, und obwohl Sie aufmerksam gemacht worden sind: Es ist eine Demonstration, wir werden sie brauchen!, haben Sie die Wasserwerfer ins Waldviertel geschickt.

Und nun bitte ich Sie, Herr Minister, nicht böse zu sein, wenn ich Ihnen sage, es gibt Zuschriften – auch wenn Sie jetzt lachen –, die lauten: Die Wasserwerfer sind mit Absicht ins Waldviertel geschickt worden. Ein Polizist hat mir gesagt: Die haben das genau gewußt, die haben uns hingestellt, bloß, damit die Steine auf uns fliegen. Denn es sollte einmal die Macht der Straße demonstriert werden, Herr Bundesminister.

Es gibt keine Entschuldigung dafür, daß Sie untersagt haben, daß Helme und Schutzschilder verwendet werden; es gibt keine Entschuldigung, daß Sie die Wasserwerfer, mit denen die Demonstranten zurückgewiesen hätten werden können, ins Waldviertel geschickt haben, damit sie nicht eingesetzt werden können. Auch nicht, wenn ein paar Abgeordnete Ihrer Partei bei dieser Demonstration dabei waren. (*Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP*).

Sehen Sie, Herr Minister, das ist die Sicherheit. Und nun sagen Sie, die persönliche Sicherheit jedes Mitbürgers ist sicherzustellen. Für uns Freiheitliche sind Polizisten auch Mitbürger (*Beifall bei der FPÖ*), und es ist nicht möglich, daß man gegen spanische Polizisten demonstriert und dabei österreichische Polizisten töten will. Denn wenn ich Pflastersteine aus 50 Meter Entfernung auf dort schutzlos stehende Polizisten werfe, dann ist das Mordabsicht. Das muß man in aller Deutlichkeit sagen, egal, von welcher politischen Richtung die Steine geworfen werden. Wir brauchen nicht das Diktat der Straße.

Herr Minister, beantworten Sie folgendes: Es wird gesagt, Sie haben das gewußt – die Demonstration war ja gemeldet, daß die Steine gesammelt worden sind, war zwei Stunden vorher bekannt, das können Sie nicht abstreiten –, und trotzdem haben Sie die Verantwortung übernommen, daß keine Helme und keine Schilder ausgegeben werden. Sie sind aufmerksam gemacht worden, daß die Wasserwerfer zur Sicherung der Botschaft gebraucht werden, daß die Botschaft nicht mehr gesichert werden kann, und Sie haben trotzdem zugelassen, daß die Wasserwerfer – Sie sind schon vormittag verständigt worden – draußen im Waldviertel bleiben, Herr Minister.

Das ist nur eines von vielen Beispielen, die mir einfallen, wenn der Herr Bundeskanzler

Zeillinger

sagt: die persönliche Sicherheit der Mitbürger. Zu den Mitbürgern zählen alle.

Herr Innenminister! Der Weg, den Sie damit gegangen sind, ist das Diktat der Straße. Und wir wollen kein Diktat der Straße, weder von links noch von rechts. Wir wollen Ordnung in diesem Staate, und dafür sind Sie verantwortlich, auch wenn Sie sich für alles immer unzuständig erklären. *(Beifall bei der FPÖ.)* Die 66 verletzten Polizisten, Herr Minister, gehen auf Ihr Konto. Mit Schutzschildern wären sie nicht verletzt worden. Und die Herren Demonstranten – Sie kennen sie sehr gut, weil Ihre eigene Parteijugend dabei war – haben sich gar nicht abhalten lassen davon, daß die schutzlos dort gestanden sind, sondern wie die Entmenschten haben diese jungen Burschen – von Günther Nennung angefangen war ja alles dort – die Steine auf die schutzlos vor den Häusern stehenden Polizisten geworfen. Das ist die Erziehung, die Sie wollen? Das ist das, wo Sie sagen: keine Provokation?

Herr Minister! Bereinigen Sie zuerst einmal den Verdacht, daß Sie nicht absichtlich unterschlagen haben, daß die Schutzschilder ausgegeben werden, um gegen das Diktat der Straße eingesetzt zu werden. Nun, Herr Minister, Sie wissen doch selber, was die Polizisten sagen, und jetzt lachen Sie. *(Abg. Rösch: Weil alles falsch ist, was Sie sagen!)* Aber nichts, Herr Minister! Was – die 66 Verletzten sind falsch? Daß Ihre Parteijugend, daß sozialistische Abgeordnete unter den Steinewerfern waren, ist falsch? *(Abg. Rösch: Was Sie von den Befehlen sagen, ist alles falsch!)* Herr Minister! Wir haben die Schutzschilder, und sie sind nicht ausgegeben worden. Stimmt das? *(Abg. Rösch: Ja!)* Eben. Und dazu sind Sie da, Herr Minister. Daher haben Sie die Verantwortung für 66 verletzte Polizisten. Und ich behaupte, so wie es die Polizisten in Wien behaupten, Sie haben diese Entwicklung genau gekannt, denn Sie haben genauso wie ich in Salzburg zwei Stunden vorher gewußt, daß die Demonstranten Steine in den Taschen haben. Wenn Sie das nicht gewußt haben, Herr Minister, entschuldigen Sie, dann gehören Sie weg, weil Sie solche Dinge nicht wissen.

Ich darf Sie noch einmal einladen: Ihr Kollege, der Herr Trins, der die Versammlung in Salzburg beobachtet hat, kann das bestätigen. Wir haben eine Parallelversammlung in Salzburg gehabt, auch eine gemeinsame Veranstaltung der Linken, der Kommunisten und Sozialisten. Wir haben rechtzeitig gesagt: Wir stellen fest, in Wien sammeln sich Untermenschen, um Steine und andere Gegenstände auf Polizisten zu werfen. Da sind die noch lange nicht geflogen gewesen. *(Abg. Dr. Fischer: Haben Sie „Untermenschen“ gesagt? – Abg. Dr. Kreisky: Das haben wir schon einmal bei Hitler gehört!)*

Ja, Herr Kollege, ich bezeichne einen Menschen, der einen Vierkantstein auf einen unbewaffneten anderen Menschen wirft, als einen Untermenschen. Jawohl. Das sage ich Ihnen in aller Offenheit. Für mich ist die Menschenwürde etwas, was ich in allen Zeiten geachtet habe, Herr Kollege, und ich habe schwierige Zeiten in meinem Leben mitgemacht, wo es nicht leicht war, immer die Menschenwürde zu achten. Das möchte ich feststellen. In Friedenszeiten ohne Zwang sich vor Polizisten hinstellen und aus zweiter Linie heraus Vierkantsteine auf unbewaffnete Polizisten zu werfen, das ist in meinen Augen Untermenschentum – ob es nun rechts oder links ist, Herr Kollege, da gibt es gar nichts.

Bitte, wenn Sie Ihre Parteifreunde in Schutz nehmen wollen, ist das Ihre Sache, aber ich möchte das in aller Deutlichkeit sagen. *(Abg. Dr. Fischer: Ich weise nur das Wort „Untermenschen“ zurück!)* Herr Kollege, wer einen anderen Menschen schlägt, verstümmelt, ermordet will, das ist in meinen Augen ein Untermensch. Das will ich Ihnen offen sagen. Sie, Herr Kollege, sind offenbar anderer Meinung, denn Sie empfinden das nicht als Untermenschentum. *(Abg. Dr. Fischer: Ich bin der Meinung, daß das Wort „Untermenschen“ heute nichts mehr zu suchen hat!)*

Aber, Herr Kollege, wollen wir nicht ablenken. Die Frage bleibt offen: Die Schutzschilder sind über Weisung des Innenministers nicht ausgegeben worden. *(Abg. Rösch: Nein! Das ist falsch, was Sie sagen!)* Nein? Das wissen wir ja! Haben die Polizisten Schutzschilder gehabt? Nein! *(Abg. Rösch: Ich habe keine Weisung gegeben!)* Wer denn, Herr Minister? Seien Sie mir nicht böse: Wenn Sie nichts gewußt haben davon, wer denn?

Ich habe einleitend gesagt: Das ist der einzige Minister, der auf alles sagt: Ich bin nicht zuständig, ich weiß von nichts. *(Abg. Rösch: Ich habe nur gesagt: Ich habe keine Weisung gegeben!)* Entschuldigen Sie, aber Sie sind doch damit befaßt worden; schon vormittag. *(Abg. Rösch: Ich war gar nicht in Wien!)* Aber Ihr Ministerium war damit befaßt. *(Abg. Rösch: Ich war gar nicht in Wien!)* Ja, aber Ihr Ministerium war befaßt. Herr Minister, entschuldigen Sie einmal: das ist Ministerverantwortlichkeit. Beantworten Sie die Frage: Wenn Sie nicht in Wien waren, wen haben Sie hier mit Ihrer Vertretung betraut? Wir wollen Sie nicht zu Unrecht beschuldigen. Ich bin der erste, der den Polizisten sagt: Ihr tut dem Rösch unrecht, er ist nicht schuld! – Welchen Minister haben Sie – es muß ja eine Meldung an das Parlament gekommen sein –, welchen Minister haben Sie mit Ihrer Vertretung betraut? Wenn Sie es nicht haben, Herr Minister, dann sind Sie zuständig

Zeillinger

(Abg. Rösschlacht) – lachen Sie nicht, das ist eine sehr ernste Geschichte! –, wo immer Sie in Österreich waren. Der Innenminister ist zuständig, wo immer er ist. Das steht in der Verfassung. Darüber brauchen wir uns nicht lange zu unterhalten.

Kurz nun noch zur Regierungserklärung, zu zwei Ressorts, die aus meinem Bereich kommen.

Herr Justizminister! Ich darf also hier sagen: Wir haben – ich nehme an, es war ein Druckfehler – hier die Liste des Herrn Bundeskanzlers gehört. Ich nehme an, wir bleiben bei unserer Vereinbarung, daß wir über das, was verhandelt werden soll, noch gemeinsam einen Weg suchen werden, um soviel und so gut als möglich Lösungen zu treffen.

Wenn hier in der „Arbeiter-Zeitung“ steht: Das Gesetz Broda – ich halte es für einen Druckfehler – könnte in der zweiten Sitzung des Nationalrates verabschiedet werden, so glaube ich, ist das ein Druckfehler. Denn die zweite Sitzung war bereits vorige Woche. Es hätte also nicht verabschiedet werden können, wie es die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt. Ich nehme nur an, sie haben sich geirrt, oder man hat der „Arbeiter-Zeitung“ Versprechungen gemacht, die einfach unerfüllbar sind.

Herr Minister! Wir haben unter anderem auch gehört – und nur dazu möchte ich eine kurze Anmerkung machen –, daß das Mietrecht, das erst vor kurzem auf Grund einer Dreiparteienvereinbarung novelliert worden ist, schon wieder einer Novelle unterzogen werden soll. Darf ich bei dieser Gelegenheit in Erinnerung rufen – ich muß ehrlich sagen, ich war auch überrascht –, daß große Unzufriedenheit herrscht bei Besitzern von Doppelreihenhäusern, weil übersehen worden ist, daß das Reichsgesetzblatt, Jahrgang 40, noch immer in Kraft ist und damit die Besitzer dieser Wohnungen nicht jenen Begünstigungen unterliegen, die wir für die Wohnungseigentümer geschaffen haben.

Man könnte sagen: Jeder Jurist hätte das wissen müssen. Ich möchte aber sagen, das sind primäre Aufgaben des Ressorts, das uns hätte aufmerksam machen müssen.

Ich darf also jetzt zum Schutze dieser Inhaber von Reihenhäusern anmelden, daß diese natürlich noch immer unter den Hausverwalterbestimmungen und so weiter leiden, die wir für die Wohnungseigentümer erledigt haben. Es ist also wirklich kein Grund, daß man die Bestimmungen aus dem Reichsgesetzblatt über das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz aus Gründen, die mir momentan nicht bekannt sind, noch nicht geändert hat. Obwohl ich weiß, daß es ressortmäßig in den Bautenausschuß hineingeht. Aber wir können in der Mietenreform nicht

weitergehen, wenn wir nicht zuerst gleiche Rechte für die Staatsbürger untereinander herstellen.

Nun darf ich zur Landesverteidigung kurz sagen: Der Herr Bundeskanzler hat interessanterweise – ich möchte gleich sagen – erfreulich viel von der Verteidigung und von der „Territorialarmee“ gesprochen. Ich darf nun fragen, ob dieser Ausdruck im Sinne einer Abkehr vom Konzept der Landwehr zu verstehen ist, oder ob es mehr der Freude des Herrn Bundeskanzlers an Fremdwörtern entspringt. Denn wir haben also bisher auf der Basis der Landwehr relativ Klarheit gehabt. Ich weiß, daß es innerhalb des Offizierkorps verschiedene Strömungen gibt. Bisher gelang es aber immer – und ich darf die sozialistische Fraktion einladen –, irgendwie Klarheit zu schaffen, ob das ein Zufall ist, oder ob hinter dem Konzept eine Abkehr vom Bisherigen steckt.

Da ja der Herr Bundeskanzler statt „geheim“ schon „klandestine“ gesagt hat und statt „Reibung“ lieber „Friktion“ sagt, so will ich hoffen, daß er mit der „Territorialarmee“ ohnehin die Landwehr gemeint hat. Andernfalls würde es zwischen der Regierungsfraktion und den Freiheitlichen nicht zu einer klandestinen Friktion, sondern zu einer offenen Reiberei kommen, weil wir an einem Konzept, das wir gemeinsam erarbeitet haben und für richtig halten, weiterhin festhalten, solange nichts Besseres kommt.

Der Herr Bundeskanzler hat in seiner seinerzeitigen Regierungserklärung erklärt, daß er ein schweres budgetpolitisches Erbe übernehme. Er sagte es damals, und zwar war das am 27. April 1970, unter Hinweis auf das von Kanzler Klaus zurückgelassene Defizit von 8,9 Milliarden Schilling. 8,9 Milliarden war damals das Staatsdefizit. Damals hat der Klubobmann Koren einen Zwischenruf gemacht und gesagt: „ein blendend ausbalanciertes Budget“.

Obwohl 8,9 Milliarden nach Ansicht von uns Freiheitlichen sehr viel waren. Uns ist das damals schon sehr hoch erschienen. Wir haben daher Herrn Bundeskanzler Kreisky recht gegeben, als er von einem schweren Erbe gesprochen hatte.

Ich darf aber nun an das Kabinett Kreisky III die Frage richten: Teilen Sie die Auffassung von uns Freiheitlichen, daß das Kabinett Kreisky III vom Kabinett Kreisky II ein noch schwereres budgetpolitisches Erbe übernommen hat? – Denn jetzt sind es bereits 43 Milliarden Defizit, die der Bundeskanzler nicht vom Klaus der ÖVP, sondern von sich selber, von seiner vorigen Regierung übernommen hat.

Es könnte sein, daß die Regierung jetzt der

Zeillinger

Meinung ist, daß, wenn das Volkspartei-Budget mit 9 Milliarden Defizit „blendend ausbalanciert“ war, dann das Budget 1975 mit 43 Milliarden zwar nicht mehr gerade blendend, aber doch noch ausbalanciert ist.

Ich darf also den Herrn Bundeskanzler als zweites fragen: Ist nach Ihrer Meinung jetzt das Budget nicht ausbalanciert oder doch ausbalanciert oder gar vielleicht blendend ausbalanciert?

Im Vorjahr haben Sie ein Defizit von 16 Milliarden Schilling geplant. Ich darf nur kurz erinnern für jene, die vielleicht noch nicht im Haus waren: Wir Freiheitlichen haben uns dann einmal im Frühjahr auf Grund von Berechnungen, die wir angestellt haben, erlaubt, die Behauptung aufzustellen, daß wir auf 25 Milliarden kommen. Daraufhin hat der Herr Finanzminister unter dem Beifall der Sozialisten – Sie können es im Protokoll nachlesen, Sie haben alle applaudiert – gesagt: Das ist eine Gruselziffer, das stimmt gar nicht mit den 25 Milliarden!

Jetzt sind es 43 Milliarden. Das mit den 25 Milliarden hat wirklich nicht gestimmt – jetzt sind es 43 Milliarden geworden. Und für 1976 planen Sie bereits ein 35 plus 7, also 42 Milliarden.

Wir werden ja sehen, was Sie noch alles planen werden und wohin das führen soll. Darf ich erinnern: Sie haben im Jahre 1975 beim Defizit 16 Milliarden geplant; das sind 43 Millionen täglich. Und Sie erreichen jetzt ein Defizit von 115 Millionen Schilling täglich. Täglich! Täglich macht der Finanzminister 115 Millionen Schilling Schulden! Und jetzt sagt er als einzige konkrete Ziffer, die wir bisher kennen, im nächsten Jahr will er, so wie er zuerst gesagt hat 16, so sagt er jetzt: 35 Milliarden Schilling Schulden machen! Das sind 96 Millionen Schilling täglich. Wissen Sie, was das heißt, meine Damen und Herren? Das heißt also 4 Millionen Schilling pro Stunde! Auch wenn er schläft. Auch wenn der Herr Finanzminister Androsch schläft, macht er ununterbrochen 4 Millionen Schilling Schulden pro Stunde! Das ist die Wahrheit. Das ist der Plan, der in den nächsten Tagen hier vorgelegt wird. Heuer hat er sogar 115 Millionen täglich gemacht – nur weil die Sozialistische Partei nicht bereit ist, ihr eigenes Sparprogramm, das sie immer nur ankündigt, durchzuführen. Verstehen Sie nun, meine Herren von der sozialistischen Fraktion – insbesondere an die Neuen darf ich mich wenden –, warum wir eine Konkretisierung verlangen? Im Jahre 1971 ist so viel versprochen worden: von der Verwaltungsreform, von der Senkung der Staatsausgaben angefangen; von der Senkung der vierprozentigen Preiserhöhungen jährlich angefangen, das ist alles versprochen worden.

Und was davon übriggeblieben ist, das sehen Sie jetzt hier. Das ist eine neunprozentige Preissteigerung und ein Defizit von 115 Millionen Schilling täglich, und für das nächste Jahr sind pro Stunde 4 Millionen Schilling geplant! 4 Millionen Schilling stündlich gibt der Finanzminister Tag und Nacht mehr aus, als er einnimmt.

Meine Damen und Herren! Werden wir uns das, wird sich Österreich das leisten können? Sind sich die heute Dreißigjährigen darüber im klaren, daß sie nicht 40, sondern 80 Stunden werden arbeiten müssen? Trotzdem werden sie den Zusammenbruch – was wir alle nicht wollen, Sie auch nicht – nicht verhindern können. Geben Sie Antwort auf die Frage: Wie wollen Sie aus dem herauskommen? Das ist doch eine Frage, die jeder Österreicher stellt, der wissen möchte, was er tun soll. Was wollen Sie tun?

Sie kündigen nur an: Wir legen ein Budget vor, in dem wir 4 Millionen Schilling pro Stunde mehr ausgeben, als wir einnehmen. Und die nächste Generation oder die in zehn Jahren, die sollen sich dann den Kopf zerbrechen, wie sie diese Schulden bezahlen sollen.

Die Regierung behauptet, es sei alles in Ordnung. Ich dagegen muß sagen, daß das Budgetdefizit in der Größenordnung, wie es die derzeitige Bundesregierung als ihr finanzpolitisches Erbe von sich selber übernommen hat, nicht nur einmalig ist, in der Geschichte dieser Republik einmalig dasteht, sondern darüber hinaus jenseits jeder Finanzierbarkeit liegt.

Herr Bundeskanzler! Ich vermute, das ist auch der Grund, warum Sie keine konkreten Aussagen in der Regierungserklärung gemacht haben: weil das Budget nicht mehr finanzierbar ist; weil Sie einkalkulieren müssen, daß spätere Regierungen, daß die nächste Generation das bezahlen wird müssen. Sie legen das Budget vor, Herr Bundeskanzler: stündlich vier Millionen Schilling Defizit. Für heuer haben sie ein Budget mit 16 Milliarden vorgelegt, haben uns Freiheitliche niedergeschrien, als wir gesagt haben, es werden 25 Milliarden. Wir sind als die Dummen hingestellt worden. Und jetzt sind es 42 Milliarden Schilling. Meine Damen und Herren: 42 Milliarden! Das heißt, jetzt haben wir schon ein Defizit von ungefähr 100 Millionen Schilling täglich – und das ist die Antwort.

Dafür muß die Regierung doch eine Erklärung geben, denn, Herr Bundeskanzler, eines ist klar: Wenn Sie dieses Defizit aufrechterhalten, kommen Sie nicht unter 100.000 Arbeitslosen weg. Das heißt, Sie nehmen die Arbeitslosigkeit in Kauf. Das ist die Antwort, die die Menschen kennen. Sicher, man kann sich in den Betrieben – wir wissen und begrüßen es – eine Zeitlang helfen. Man kann Kurzarbeit einführen. Man

Zeillinger

kann in den verstaatlichten Betrieben Tausende umschulen. Aber wie lange kann man bei einem täglichen Staatsdefizit von über 100 Millionen Schilling noch Tausende Arbeitskräfte umschulen, nur um sie im Arbeitsprozeß zu halten und nicht als arbeitslos hinausstellen zu müssen? Das ist doch eine ernste Frage, die sich nicht Tausende, die sich heute schon Zehntausende Arbeiter stellen, und eine Frage, die beantwortet werden muß.

„Es ist ein Budget, das jenseits jeder Finanzierbarkeit und jenseits der ökonomischen Vertretbarkeit liegt.“ Herr Bundeskanzler, wissen Sie, wer das gesagt hat? Das hat der sozialistische Sprecher und heutige Landwirtschaftsminister Weihs bei einem Budgetdefizit von 8,9 Milliarden Schilling gesagt. Das habe nicht ich gesagt, ich habe es nur zitiert. Das habe ich vielleicht vergessen, vorher zu sagen. Der hat das gesagt. (*Abg. Wille: Ein Unsinn!*) Ich kann nichts dafür, wenn der Minister Weihs einen Unsinn sagt. Da kann ich doch nichts dafür. Am 29. April 1970 hat der Herr Abgeordnete Weihs – heutiger Landwirtschaftsminister – gesagt: „Nicht nur einmalig in der Geschichte der Republik steht das Defizit da, sondern darüber hinaus jenseits jeder Finanzierbarkeit“ – da haben Sie von der ÖVP das Budget übernommen – „und jenseits jeder ökonomischen Vertretbarkeit.“ Das sagte am 29. April 1970 der sozialistische Abgeordnete Weihs, heutiger Landwirtschaftsminister, bei einem Budgetdefizit von 8,9 Milliarden. Darf ich jetzt nur fragen: Was sagen Sie jetzt – Herr Minister Weihs ist nicht da –, meine Herren, was sagen Sie jetzt, Herr Kollege, bei 42 Milliarden Defizit? (*Abg. Wille: Messen Sie das am Bruttonationalprodukt!*) Ja, Herr Kollege. Ich weiß: Manche Gewerkschafter sind Künstler in Zahlenspielerien. Aber wissen Sie, was die Hausfrau und den Arbeiter interessiert: Ich will Arbeit, ich will für meine Arbeit Geld und: Was kann ich mir um das Geld leisten? Aber es interessiert sie nicht, wenn Sie jetzt mit Zahlenspielerien kommen, sondern sie sagen: Die Regierung Kreisky hat die Arbeitslosigkeit verdoppelt und hat die Lebenshaltungskosten von 4 Prozent auf 9 Prozent hinaufgesetzt. Das ist die Antwort, und die Antwort, die wir geben müssen, ist Klarheit. Wenn der Herr Abgeordnete Weihs gesagt hat, daß 8,9 Milliarden einmalig in der Republik dastehen und jenseits jeder Finanzierbarkeit stehen, darf ich dazu sagen: Damals haben wir es noch finanzieren können. Und wissen Sie, warum, Herr Kollege? Jetzt werden Sie lachen. Sie haben es vielleicht vergessen: Sie waren damals in Minderheit, und wir Freiheitlichen haben damals ermöglicht, daß Sie regieren. Wir haben Sie gezwungen, das Defizit zu senken. Es ist kleiner geworden, als es veranschlagt war.

Das war das letzte Mal. Beim nächsten Mal haben Sie die absolute Mehrheit bekommen, und seitdem haben Sie die Defizite ständig vergrößert. Das heißt, wenn Sie keine Mehrheit hätten, dann könnte man auch das Defizit verringern. Wir haben den Worten des Weihs völlig geglaubt, Herr Kollege. Wir haben in den Parteienverhandlungen, bei denen Sie nicht dabei waren, aber die Sie ja hier mit vertreten haben, damals gemeinsam eine Senkung des Budgetdefizits erreicht: Sozialisten und Freiheitliche, Herr Kollege. Ich möchte mich nicht einseitig mit Federn schmücken, aber Sie haben keine Mehrheit gehabt, Herr Kollege! Und damals hat der sozialistische Abgeordnete gesagt: 8,9 Milliarden ist ein Rekord – das hat gestimmt –, ist nicht mehr finanzierbar und liegt jenseits der ökonomischen Vertretbarkeit. Und jetzt könnten Sie für das nächste Jahr 35 Milliarden anschauen, nachdem Sie heuer 16 Milliarden angekündigt und in Wirklichkeit 42 Milliarden gemacht haben.

Das ist jene Situation, in der die österreichische Öffentlichkeit, in der die Bevölkerung mit Recht fragt: Was wird uns das Jahr 1976 bringen? Im Jahr 1976 wird in Konsequenz der Konjunktüreinschätzung für dieses Jahr ein expansiver Kurs fortgesetzt, und das Jahr 1975, sagt der Herr Kanzler, ist konjunkturpolitisch praktisch bewältigt.

Ich darf nur fragen, Herr Bundeskanzler: Das Jahr 1975 ist demnächst um, aber von einer Bewältigung kann doch keine Rede sein. Was haben Sie konjunkturpolitisch bewältigt? Sie haben doch Österreich in eine finanzielle Krise, über die wir ja hier im Haus in den nächsten Tagen offen sprechen werden, hineingeführt, aber davon, daß es konjunkturpolitisch bewältigt worden ist, kann doch keine Rede sein.

Die sozialistische Regierung hat es – wollen wir es doch offen aussprechen – versäumt, wie alle früheren Regierungen es auch versäumt haben, in guten Jahren, so wie in anderen Staaten, notwendige Reserven anzuschaffen. Wir reden so gerne vom Ausland. Warum hat man denn in der Schweiz kein solches Defizit? Warum sind die Schweden nicht in einer solchen Situation? Warum ist es Österreich als neutraler Staat?

Herr Bundeskanzler! Als Klaus und die ÖVP regiert haben, haben sie herausgebracht: 87 Prozent der Weltbevölkerung beneiden uns. Sie haben auch gesagt: Uns geht es nur so schlecht, weil das Ausland auf uns einwirkt; im übrigen beneidet uns die Mehrheit der Weltbevölkerung. – Das haben wir damals gemeinsam zurückgewiesen. Sie, die Sozialisten, und wir, die Freiheitlichen. Warum sollen wir Ihnen jetzt Spielregeln zubilligen, die Ihnen kein Österrei-

Zeillinger

cher abnimmt und die wir gemeinsam bei der ÖVP abgelehnt haben?

Wir Freiheitlichen sagen nur eines, Herr Bundeskanzler: Die sozialistische Fraktion soll das durchführen, was sie 1970 und 1971 den Österreichern versprochen hat! Dann wird der Österreicher auch weitgehend damit zufrieden sein. Darf ich in Erinnerung rufen: Damals haben Sie versprochen: keine preiserhöhenden Maßnahmen von seiten der Regierung und Preissteigerung unter 4 Prozent. Herr Bundeskanzler, ich lade Sie ein, jetzt konkret zu sagen, ob Sie bereit sind, dieses sozialistische Versprechen einzulösen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Pansi.

Abgeordneter **Pansi** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich verstehe meinen Vorredner nicht ganz. *(Heiterkeit und Zwischenrufe.)*

Seit ich im Parlament bin – und das ist eine verhältnismäßig lange Zeit –, höre ich vom Kollegen Zeillinger nichts anderes als ununterbrochen negative Kritik. Herr Abgeordneter Zeillinger! Sie müßten doch längst erkannt haben, daß die österreichische Bevölkerung eine dauernde Raunzerei nicht schätzt. *(Abg. Zeillinger: Herr Kollege, sagen Sie das dem Herrn Justizminister!)* Sie haben ja bei den letzten Wahlen und auch bei früheren Wahlen von der österreichischen Bevölkerung die entsprechende Antwort bekommen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Es wäre daher zweckmäßig, wenn Sie doch auch eine etwas sachlichere Politik betreiben würden. Das würde Ihnen und Ihrer Partei wahrscheinlich gut tun.

Der Herr Abgeordnete Dr. Taus, der Obmann der Österreichischen Volkspartei, hat sich darüber beklagt, daß in der Regierungserklärung zu wenig konkrete Aussagen enthalten sind.

Es ist nun einmal zwischen uns und der Österreichischen Volkspartei ein erheblicher Unterschied. *(Rufe bei der ÖVP: Wirklich? Gott sei Dank!)* Sie geben bei jeder Gelegenheit große Erklärungen ab, machen viele Versprechungen, erarbeiten große Konzepte und Pläne, aber in kurzer Zeit wird von dem allen nicht mehr gesprochen. Und das ist der Unterschied, meine Damen und Herren, zwischen Ihnen und uns, denn für uns sind die Regierungserklärungen ein Arbeitsprogramm, mit dem wir uns während der ganzen Zeit der Legislaturperiode beschäftigen und an das wir uns halten. *(Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.)*

Wir sind aber auch überzeugt, Herr Abgeordneter Gruber, daß die Mehrheit – und nicht nur

die Mehrheit, sondern die Masse der österreichischen Bevölkerung – mit unserer Vorgangsweise mehr einverstanden ist als mit der Ihrigen.

In der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers spielt vor allem die Vollbeschäftigungspolitik eine sehr zentrale Rolle. Die sozialistische Regierung hat schon in der Vergangenheit bewiesen, daß sie in der Zeit der stärksten und weltweiten Rezession nach dem Krieg in der Lage war, die Vollbeschäftigung durch rechtzeitige Maßnahmen auf einem sehr hohen Niveau zu halten wie kaum in einem anderen Industriestaat in der Welt.

Herr Abgeordneter Dr. Koren – er ist leider nicht hier –: Das muß doch einen Grund haben, das kommt doch nicht von selbst! Es gibt keine andere Erklärung dafür, als daß wir eben eine entsprechende Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in unserem Lande in der Vergangenheit betrieben haben. *(Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)*

Die Arbeitslosenrate ist Ende Oktober dieses Jahres mit 2 Prozent sogar etwas geringer als in den Jahren 1967 und 1968, wo es keinerlei wirtschaftliche Schwierigkeiten gegeben hat. Es hat sich deutlich gezeigt, daß die SPÖ nun einmal eine Partei ist, die nicht nur in guten Zeiten, sondern auch in schlechteren Zeiten die bessere Partei ist.

Daß die Österreichische Volkspartei der Vollbeschäftigungspolitik keine überragende Bedeutung beimißt, zeigen folgende Beispiele:

Bis 1965, also während der Zeit der großen Koalition, ist die Zahl der Beschäftigten ununterbrochen gestiegen und hat Ende Oktober des Jahres 1965 einen Stand von 2.426.000 erreicht. Ende Oktober 1966, also nach dem ersten Jahr der ÖVP-Alleinregierung, waren 21.000 weniger beschäftigt, 1967 waren 30.000 weniger beschäftigt, 1968 waren 42.000 weniger beschäftigt, und erst 1969 war es etwas günstiger, aber immer noch lag die Zahl der Beschäftigten um 16.000 unter der vom Oktober 1965.

Die Hauptleidtragenden dieser unbefriedigenden Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik waren vor allem die Frauen, denn zum einzigen Mal in der Zeit der Zweiten Republik ist während der ÖVP-Regierungszeit der Anteil der beschäftigten Frauen zurückgegangen.

Ab 1970 können wir wieder die gegenteilige Entwicklung feststellen. Ende Oktober 1974 waren um 294.000 Personen mehr in Beschäftigung, und Ende dieses Jahres sind es immer noch 283.000, die mehr in Beschäftigung stehen als im Jahre 1969. Dazu kommt noch, daß heuer Ende Oktober um 28.400 Österreicher mehr in Beschäftigung sind als voriges Jahr und die Verminderung der Beschäftigten ausschließlich

Pansi

auf die Verminderung der Zahl der Gastarbeiter zurückzuführen ist. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*)

Wir glauben, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß das eine großartige Leistung ist, und andere Industriestaaten wären froh, wenn sie ähnliche Verhältnisse aufzuweisen hätten, wie das bei uns in Österreich der Fall ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Sehr namhafte ÖVP-Funktionäre haben während des Wahlkampfes, aber auch heute erklärt, die Vollbeschäftigung sei für sie eine Frage der Moral. Leider müssen wir mit Bedauern feststellen, daß das auch nur eine Erklärung ist. Wenn es um die Aufbringung der Mittel geht, die notwendig sind, um die Vollbeschäftigung zu sichern, dann ist die ÖVP nicht bereit, mit uns gemeinsam den notwendigen Weg zu gehen, sondern es wird dann die Regierungspartei als die Schuldenmacherpartei bezeichnet, und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist eine Unaufrichtigkeit sondergleichen. (*Zustimmung bei der SPÖ. - Zwischenruf des Abg. Staudinger.*)

Ich kann dem Herrn Professor Koren nicht beipflichten, wenn er die Meinung vertritt, daß es nicht notwendig wäre - in den Zeiten der stärksten Rezession wäre es auch nicht notwendig -, daß durch die Regierung beziehungsweise durch die öffentliche Hand entsprechende Investitionen veranlaßt werden. Es muß ja die öffentliche Hand einspringen, damit die notwendigen Investitionen getätigt werden, und es muß daher die öffentliche Hand bereit sein, die notwendigen Mittel auch in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen! Wenn Sie sich dagegen aussprechen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, daß die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, dann sprechen Sie sich in Wirklichkeit für die Arbeitslosigkeit in Rezessionszeiten aus. (*Zustimmung bei der SPÖ. - Zwischenrufe.*) Eine Alternative, Herr Abgeordneter Blenk, gibt es in diesem Falle nicht: entweder die Zurverfügungstellung von Mitteln oder auf der anderen Seite die Inkaufnahme der Arbeitslosigkeit, und wir haben uns für den ersten Weg entschieden und sind der Meinung, daß er der richtige ist. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Die Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus wird aber auch in nächster Zeit eine große Rolle spielen, weil noch niemand voraussagen kann, wann in den Industriestaaten die Aufwärtsentwicklung eintreten wird.

Neben der Bereitstellung der notwendigen Mittel werden auch gesetzliche Maßnahmen notwendig sein. So sind wir der Meinung, daß das Arbeitsmarktförderungsgesetz in einigen

Punkten zu ändern sein wird. Es wird notwendig sein, daß die Arbeitsmarktverwaltung rechtzeitig über Freistellungen in den Betrieben Bescheid weiß, um die notwendigen Maßnahmen treffen zu können. Daher eine Änderung in der Form, daß größere Freistellungen der Arbeitsmarktverwaltung rechtzeitig zu melden sind.

Das gleiche gilt auch für die Erfassung der Lehrplätze, damit unsere Jugend weiß, wie sie dran ist.

Darüber hinaus sind die Förderungsmaßnahmen noch umfangreicher und flexibler zu gestalten, obwohl ohnehin in der Zeit der sozialistischen Regierung gerade auf diesem Gebiete ungeheuer viel geschehen ist.

Im letzten Jahr der ÖVP-Alleinregierung sind für die Arbeitsmarktförderung 99 Millionen Schilling ausgegeben worden, im Jahre 1975 steht für diesen Zweck 1 Milliarde Schilling zur Verfügung.

Es ist nicht zuletzt diesen Maßnahmen zuzuschreiben, daß die Vollbeschäftigung in einem so hohen Maße aufrechterhalten werden konnte. (*Abg. Dr. Blenk: Arbeitsmarktförderungsgesetz beschlossen!*)

Wir sind aber auch, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition - auch das sei deutlich festgestellt -, vorübergehend bereit, für die Vollbeschäftigung eine höhere Staatsverschuldung und, wenn notwendig, auch höhere Abgaben in Kauf zu nehmen. Ohne Geld gibt es keine Vollbeschäftigungspolitik, und wir sind uns sicher, daß wir auf diesem Wege das Verständnis der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung finden werden.

Die Vollbeschäftigung ist aber auch der Garant für unsere sozialen Errungenschaften. Wenn viele Menschen in Beschäftigung stehen, gibt es viele Steuer- und Beitragszahler. Wir haben uns in guter Zeit ein ausgezeichnetes sozialpolitisches Gebäude aufgebaut, mit dem wir uns in der Welt sehen lassen können und mit dem wir in der Welt eine Spitzenstellung einnehmen. Wir sind stolz auf das, was wir erreicht haben, und wir werden daher alles tun, daß dieses hohe Maß an sozialer Sicherheit auch in Zukunft aufrechterhalten werden kann, und wir werden selbstverständlich auch bei etwas ungünstigeren Zeiten weiterhin soziale Härten beseitigen und immer wieder dort versuchen, soziale Besserstellungen herbeizuführen, wo sie notwendig sind. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Unsere sozialen Leistungen - insbesondere gilt das für unsere Pensionen - sind aber auch seit eh und je gesetzlich abgesichert. Ich frage mich nur, wie Sozialsprecher der Österreichischen Volkspartei, zum Beispiel der ehemalige

Pansi

Generalsekretär Kohlmaier, überhaupt dazu kommen, Erklärungen abzugeben, daß die ÖVP dann, wenn sie bei der Wahl die Mehrheit bekommt, die Pensionen gesetzlich schützen wird. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist eine Unanständigkeit sondergleichen gegenüber unseren alten Menschen, die zeit ihres Lebens gearbeitet haben! *(Zustimmung bei der SPÖ. - Abg. Dr. Blenk: Jetzt ist aber Schluß!)*

Ich frage nur, wie es eine Partei, die sich sehr oft christlich nennt, fertig bringt, mit unseren alten Menschen so Schindluder zu treiben. *(Zustimmung bei der SPÖ. - Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Die nächsten wesentlichen Vorhaben auf sozialpolitischem Gebiete gehen in die Richtung, daß der Hilflosenzuschuß beziehungsweise die Untergrenze des Hilflosenzuschusses schrittweise angehoben wird. Wenn man glaubt, daß für den „Hiflosenzuschuß“ eine andere Bezeichnung zweckmäßiger wäre - er hat sich 20 Jahre hindurch recht gut bewährt und unsere Pensionisten, die einen Hilflosenzuschuß bekommen, haben sich nicht daran gestoßen -, so soll dem nichts im Wege stehen. Aber eine Verbesserung tritt mit einer Änderung der Bezeichnung nicht ein. Auch darüber soll man unsere Pensionisten nicht im unklaren lassen.

Verstärktes Augenmerk wird den Behinderten zu schenken sein. Ich möchte der Österreichischen Volkspartei diesbezüglich einen guten Rat geben: Sie wissen genauso gut wie ich, daß für die Behinderten nur zum Teil die Bundesgesetzgebung, zu einem erheblichen Teil aber die Landesgesetzgebung zuständig ist. Sie könnten für die Behinderten wesentlich mehr tun, würden Sie in den Landtagen verstärktes Augenmerk darauf verwenden, daß jenem Kreis von Behinderten, für den die Landtage zuständig sind, Hilfe zuteil wird. *(Zustimmung bei der SPÖ. - Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Es wird aber auch notwendig sein, die Härten bei den Zuschußrentnern zu beseitigen. Gerade uns Sozialisten wird von der Österreichischen Volkspartei der Vorwurf gemacht, daß wir auf diesem Gebiete zu wenig soziales Verständnis hätten.

Zunächst darf ich eine Feststellung treffen: Von der Österreichischen Volkspartei beziehungsweise ihren Sprechern wird in dieser Frage ununterbrochen die Unwahrheit gesagt. *(Abg. Graf: Hallo! Hallo!)* Ich werde es Ihnen beweisen! Ich werde es Ihnen sofort beweisen! *(Abg. Graf: Beweisen Sie das!)* Seien Sie vorsichtig!

Den Zuschußrentnern ist seit 1971 unter Anrechnung des Ausgedinges der Richtsatz

genauso wie allen anderen Pensionisten Österreichs gesichert. Das ist die eindeutige Klarstellung, und das unterschlagen Sie der Öffentlichkeit ununterbrochen, wenn Sie von den niedrigen Zuschußrenten reden! *(Zustimmung bei der SPÖ. - Widerspruch bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Dieser Richtsatz beträgt für einen Alleinstehenden 2354 S und für ein Ehepaar 3368 S. Wenn es nun eine unterschiedliche Anrechnung des Ausgedinges bei den Zuschußrentnern und bei den Bauernpensionisten gibt, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann klopfen Sie sich an die Brust, denn Sie haben das seinerzeit eingeführt. Ich habe nie verstanden, daß eine solche Regelung seinerzeit Gesetz geworden ist. *(Zustimmung bei der SPÖ. - Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Nun zu den Veränderungen bei den Zuschußrenten. Von 1966 bis 1970 hat die höchste Zuschußrente für einen Alleinstehenden 220 S und für ein Ehepaar 440 S betragen, wenn jemand 35 Versicherungsjahre beziehungsweise anrechenbare Jahre nachweisen konnte. Die Durchschnittsrente war natürlich wesentlich niedriger: 1969 hat sie 307 S betragen.

Während der vier Jahre ÖVP-Regierung ist diese Mindestzuschußrente von 220 S beziehungsweise 440 S um keinen einzigen Schilling erhöht worden. Um keinen einzigen Schilling, Herr Abgeordneter Dr. Haider. *(Abg. Dr. Haider: Um 70 Prozent haben wir erhöht! Sie sagen die Unwahrheit!)* Der Grundbetrag ist um keinen einzigen Schilling erhöht worden, Herr Abgeordneter Dr. Haider. Das müssen Sie als Obmann der Anstalt am besten wissen! *(Zustimmung bei der SPÖ. - Weitere Zwischenrufe des Abg. Dr. Haider.)*

Während der SPÖ-Regierung hingegen ist die durchschnittliche Zuschußrente von 307 S auf 747 S, also um 143 Prozent, gestiegen, einschließlich Ausgleichszulage ist sie auf 1093 S, also um 256 Prozent, gestiegen. Wenn nun bei den Zuschußrentnern teilweise keine Ausgleichszulage anfällt, dann deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil ein verhältnismäßig großer Betrieb übergeben worden ist. In einem solchen Fall ist es aber dem Betriebsübernehmer durchaus zumutbar, daß er für seine Eltern auch im Alter ein gewisses Verständnis zeigt. *(Abg. Helga Wieser: Er zahlt ja auch so viele Beiträge!)*

Ich darf aber auch noch die Globalsummen nennen: Im letzten Jahr der ÖVP-Alleinregierung ist für die bäuerliche Altersversorgung ein Betrag von 725,5 Millionen Schilling aufgewendet worden. Im letzten Jahr der SPÖ-Alleinregierung, also im Jahre 1975, werden dafür 3136 Millionen Schilling oder das Dreieinhalbfache

Pansi

für diese Zwecke ausgegeben. (*Abg. Dr. Leitner: Auf Grund welcher Gesetze?*)

Maßgebende Funktionäre der ÖVP, die lange Zeit überhaupt gegen jede bauerliche Altersversicherung waren, sagen, wir hätten kein soziales Gewissen. (*Zwischenruf des Abg. Kern.*) Ich überlasse der österreichischen Öffentlichkeit die Beurteilung Ihres Verhaltens, wenn Sie vier Jahre hindurch überhaupt keine einzige Erhöhung der Zuschußrenten durchgeführt haben! (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Haben Sie denn damals nicht gewußt, daß 220 S oder 440 S – diese Beträge wurden damals als Zuschußrenten ausbezahlt – ungeheuer niedrige Beträge gewesen sind? Das muß Ihnen doch damals zum Bewußtsein gekommen sein.

Es wäre aber auch viel leichter, die Probleme beziehungsweise die Härten der bauerlichen Altersversorgung zu lösen, wenn Sie gegenüber einer Beitragsgerechtigkeit mehr Aufgeschlossenheit zeigen würden. Sie werden doch nicht im Ernst behaupten – ich habe Ihnen das schon wiederholt gesagt –, daß es richtig ist, daß zum Beispiel ein Landarbeiter einen ungefähr sechsmal so hohen Pensionsversicherungsbeitrag zu leisten hat wie ein Bauernsohn, der zweifellos als eine vollwertige Arbeitskraft anzusehen ist. Das sind Schwierigkeiten, die eine Verbesserung bedeutend erschweren.

Auf arbeitsrechtlichem Gebiet hat es in den Jahren von 1970 bis 1975 ebenfalls große Fortschritte gegeben.

Ich darf auf einige wichtige Punkte verweisen: Arbeitsverfassungsgesetz, Entgeltfortzahlungsgesetz, Einführung der 40-Stunden-Woche – trotz der Katastrophenstimmung, die die Unternehmer zu verbreiten versuchten –, modernes Arbeitnehmerschutzgesetz, verbesserter Mutterschutz und Karenzurlaub und vieles andere mehr.

Aber auch dazu ein offenes Wort: Unserer Meinung nach darf auch in schlechteren Zeiten auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes kein Stillstand eintreten. Ich halte es für notwendig, das festzustellen, weil gerade gestern der Präsident der Wirtschaftskammer davor gewarnt hat, an weitere arbeitsrechtliche Verbesserungen zu denken. Er befindet sich dabei allerdings sehr stark im Widerspruch zum ÖAAB, aber wir sind ja von der ÖVP gewohnt, daß der eine Bund das eine sagt und der andere Bund das andere.

Es wird vordringlich sein, Freizeit für die Pflege von Erkrankten in der Familie einzuführen, den vierwöchigen Mindesturlaub, denn das Erholungsbedürfnis ist für alle gleich groß, egal, ob sie in einem oder in mehreren Betrieben ihre Arbeitszeit zurückgelegt haben. Niemand kann verstehen, daß er nur deswegen weniger Urlaub

kriegt, weil er auf Grund der wirtschaftlichen Veränderungen gezwungen war, sein Dienstverhältnis zeit seines Lebens mehrmals zu wechseln. Der ÖAAB versucht schon wieder, hier Lizitation zu betreiben. Aber ich sehe schon die Entwicklung voraus: Wenn es zu konkreten Verhandlungen mit der Unternehmenseite kommt, wird vom ÖAAB wieder weit und breit nichts zu sehen sein, die Sozialisten müssen dann mit der Wirtschaft allein die Verhandlungen führen, so wie es zum Beispiel beim Arbeitsverfassungsgesetz und beim Entgeltfortzahlungsgesetz der Fall gewesen ist.

Aber auch die Kodifikation ist fortzusetzen. Die Grenzen zwischen Arbeiter und Angestellten werden immer fließender, und die Arbeiter verstehen es nicht, daß sie auf arbeitsrechtlichem Gebiet schlechter behandelt werden als Angestellte, obwohl sie natürlich vielfach eine hochqualifizierte Arbeit leisten. Und bei diesen Änderungen sind selbstverständlich auch Härten aus dem Angestelltengesetz zu beseitigen.

Die Ausführungen des Obmannes Dr. Taus über die sozialistische Agrarpolitik habe ich als eine Kritik an der Agrarpolitik der ÖVP-Landwirtschaftsminister aufgefaßt; ich konnte sie nicht anders verstehen. (*Widerspruch bei der ÖVP.*)

Herr Dr. Taus hat gemeint, daß die Sozialisten das in der Agrarpolitik machen würden, was im Landwirtschaftsgesetz, welches vor allem über Betreiben der ÖVP zustande gekommen wäre, verankert ist. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren: Während der Zeit der sozialistischen Alleinregierung hat es fast für alle Agrarprodukte, ob Milch, ob Getreide, ob verschiedenes andere, Zuckerrüben und so weiter, mehrmalige Preiserhöhungen gegeben. (*Ruf bei der ÖVP: Es gab ja auch andere Preiserhöhungen!*)

Während der ÖVP-Alleinregierung ist der Milchpreis durch Erhöhung des Krisengroschens gesenkt worden, das gleiche gilt für den Weizenpreis, der während der ÖVP-Alleinregierung gesenkt worden ist. Sie haben also niemals den Zielvorstellungen des Landwirtschaftsgesetzes Rechnung getragen, aber die Sozialistische Partei hat es getan. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Sozialistische Partei hat den Bergbauernzuschuß eingeführt, und zwar aus dem Grunde, weil nun einmal die Produktionsbedingungen für unsere Bergbauern wesentlich ungünstiger sind als für die Talbauern. Auch Sie müßten das wissen. Sie haben auf diesem Gebiete überhaupt nichts getan! Aber die sozialistische Regierung hat das gemacht, um dadurch einigermaßen – wenn auch der Anfang noch bescheiden ist, aber es wird weiter aufgebaut werden – einen Ausgleich zu schaffen für die ungünstigeren

Pansi

Produktionsbedingungen. Auch hier haben wir eine wesentlich bessere Agrarpolitik betrieben, als das in Ihrer Zeit geschehen ist.

Wir haben die familienpolitischen Maßnahmen eingeführt. Ich habe in der Wahlzeit mit vielen Bauern Gespräche geführt. Und gerade von den kinderreichen Bauern – und dort finden wir noch sehr viele kinderreiche Familien (*Ruf bei der ÖVP: Gott sei Dank!*) – werden diese familienpolitischen Beihilfen wesentlich mehr geschätzt, als das bei Ihnen der Fall ist, denn sie haben mir vorgerechnet, was sie sich durch die freien Schulbücher, durch die freien Schulfahrten ersparen. Und wundern Sie sich nicht, daß wir gerade deswegen in ländlichen Gebieten einen erheblichen Stimmenzuwachs bekommen haben. Von den Leuten wurden die großen Leistungen der sozialistischen Regierung auf diesem Gebiet entsprechend anerkannt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich darf abschließend sagen, daß auf sozialpolitischem Gebiet, aber auch in allen anderen Bereichen des Lebens in den Jahren der sozialistischen Regierung eine Aufwärtsentwicklung eingetreten ist wie nie zuvor. Noch nie ist in einem Zeitraum von fünf Jahren so viel Positives geleistet worden wie von 1970 bis 1975. Die österreichischen Wähler haben das am 5. Oktober entsprechend gewürdigt und anerkannt. Und wir können als Sozialistische Partei die Versicherung abgeben: Die österreichische Bevölkerung wird auch über die nächsten vier Jahre sozialistischer Regierung nicht enttäuscht sein. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Busek. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Busek** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, man muß dem Herrn Abgeordneten Pansi sehr dankbar sein, daß er in seinen Ausführungen zwei Versuche unternommen hat: erstens, die Regierungserklärung dort zu ergänzen, wo offensichtlich nichts drinnen steht; es bleibt nur noch das Problem, warum der Herr Abgeordnete Pansi nicht in der Regierung sitzt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das zweite, wofür man ihm dankbar sein muß, ist die Stellungnahme, die er zu der detaillierten Kritik des Abgeordneten Zeillinger an der Regierungserklärung gebracht hat, weil er sich dagegen verwahrt hat, daß überhaupt in dieser Weise kritisiert wird. Ich bin dagegen dem Abgeordneten Zeillinger sehr dankbar, weil er eine Reihe von konkreten Fragen – von Detailfragen – an die Regierung und an die Regierungspartei gerichtet hat, die offensichtlich bestimmte Antworten schuldiggeblieben ist, die wieder seitens des Abgeordneten Pansi nicht

gekommen sind. Aber es ist ja noch nicht aller Tage Abend, auch noch nicht bei dieser Debatte, und wir werden ja vielleicht noch einiges dazu hören.

Abgeordneter Pansi hat sich auch bemüht gefühlt, zu kritisieren, daß die ÖVP Konzepte und Pläne vorgelegt hat. Ich bin Ihnen für diese Feststellung sehr dankbar, weil es immer wieder in der Wahlwerbung der SPÖ geheißsen hat, daß wir keine Konzepte und Pläne haben. Also was ist jetzt richtig: Haben wir zu viele Konzepte und Pläne vorgelegt oder keine? Vielleicht können Sie sich hier einmal mit Ihrer Partei abstimmen. (*Beifall bei der ÖVP. – Abg. Pansi: Herr Generalsekretär, wer hat denn die ärgste Kritik an Ihren eigenen Plänen geäußert? Sie, in Ihrer eigenen Partei!*) Das ist Diskussion in der Demokratie. Schauen Sie, die Chance habe ich, die haben Sie in Ihrer Partei nicht. (*Beifall bei der ÖVP. – Heiterkeit.*)

Überhaupt, Herr Abgeordneter, wir sollten uns einmal darauf einigen, welche dieser möglichen Kritiken und Interpretationen – und das gilt für die Stellungnahmen der Angehörigen der Regierungspartei überhaupt – hier angewandt werden. Sie haben zum Beispiel gesagt, der Wähler hat bestätigt, daß die Sozialistische Partei die bessere Partei für die schlechteren Zeiten ist. Ich habe aber in der Wahlwerbung gelesen, daß SPÖ vier weitere gute Jahre bedeutet. Leben wir also jetzt in den schlechteren Zeiten, oder haben wir vier weitere gute Jahre zu gewärtigen, was ja bedeutet, daß wir vier gute Jahre gehabt haben. Vielleicht kann man da die Linie genau so abstimmen wie etwa im Bereich der Regierungserklärung, wo im wirtschaftspolitischen Teil immer wieder gesagt wird, daß alles vom Ausland kommt, während wir bei den Verteidigungsreden der Abgeordneten der Regierungspartei immer wieder hören müssen, daß alles, was existiert, die Regierung gemacht hat. Entweder gibt es noch einen eigenen wirtschaftspolitischen Spielraum, dann hat ihn die Regierung entsprechend wahrzunehmen, oder aber es kommt alles ohnehin vom Ausland, dann gibt es eine erste Einsparungsmaßnahme: Wir könnten uns die Regierung ersparen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich habe noch eine weitere interessante Feststellung vom Herrn Abgeordneten vermittelt bekommen, und zwar die Erklärung, daß es eine Alternative zum gegenwärtigen Budget gar nicht gibt und daß das eine jener Vorlagen ist, wo einem außer Zustimmung gar nichts anderes übrig bleibt.

Ich glaube, da stellen Sie den Überlegungen in Ihren eigenen Reihen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik ein durchaus schlechtes Zeugnis aus, denn Sie haben ja Ihren Kurs in diesen

Dr. Busek

Fragen schon öfters geändert. Ich kann mich an eine Erklärung des Finanzministers Androsch, daß er keine Steuererhöhungen machen wird, erinnern. Plötzlich, im kommenden Budget, so können wir jedenfalls lesen und demnächst auch darüber diskutieren, gibt es Steuererhöhungen. Offensichtlich gibt es also auch Alternativen zu Ihrer eigenen Politik, und Sie haben sie selbst eingeschlagen und selbst vorgelegt. (*Zwischenruf des Abg. Sekanina.*) Herr Abgeordneter Sekanina, Sie können sich ruhig wieder zu Wort melden. (*Abg. Sekanina: Das ist meine Angelegenheit, Herr Busek!*) Das ist auch meine Angelegenheit, denn Sie reden hoffentlich zu mir und nicht zum Fenster hinaus. (*Abg. Sekanina: ... Herr Busek, da brauche ich nicht Ihren Auftrag dazu!*) Sie reden ja die ganze Zeit, bitte. (*Abg. Sekanina: Ich bin schon länger im Parlament als Sie, Ihre Belehrungen brauche ich nicht! Ihre Präpotenz können Sie sich ersparen! Nehmen Sie den Schnuller aus dem Mund, damit wir wissen, was los ist mit Ihnen!*) Herr Abgeordneter! Für meine Jugend kann ich nichts, das wird immer besser, von Tag zu Tag.

Herr Abgeordneter Sekanina, Sie werden mir hoffentlich zustimmen, daß es zu diesem Budget zweifellos Alternativen gibt, denn in der Wirtschafts- und Finanzpolitik gibt es sicher mehrere Möglichkeiten. (*Weiterer Zwischenruf des Abg. Sekanina.*)

Präsident **Probst** (*das Glockenzeichen gebend*): Bitte, sich in den Ausdrücken zu mäßigen. (*Abg. Sekanina: Gehen Sie in den Kindergarten, dort passen Sie hin! Ich lasse mir von Ihnen nichts vorschreiben!*)

Abg. Dr. **Busek** (*fortsetzend*): Herr Abgeordneter Sekanina, wo ich besser hinpasse, das überlassen Sie in der Beurteilung jemand anderem. Jedenfalls gehören Sie offensichtlich nicht hieher, wenn Sie nicht in der Lage sind, einen ausreden zu lassen. (*Beifall bei der ÖVP. - Abg. Sekanina: Ihre Belehrungen sind durchaus deplaciert!*)

Wirtschafts- und Finanzpolitik, meine Damen und Herren, ist nicht ein Schicksal, sondern zweifellos immer ein Entscheidungsmechanismus, bei dem es Alternativen, verschiedene Möglichkeiten gibt. Es kann einfach kein Gesetz geben, das zur Gänze und total ausweglos und nur in dieser einen Form möglich ist.

Ich glaube, daß wir überhaupt einmal verschiedene Erklärungen und verschiedene Interpretationen, die unzulässige Vereinfachungen darstellen, klären müssen.

Es wird hier immer wieder die Diskussion über die Pensionen und deren Sicherheit in dieser Debatte weitergeführt, die schon den

Wahlkampf beherrscht hat. Tatsächliches Problem, das existiert – das ist von niemandem noch bestritten worden –, daß die dazu notwendigen Mittel nicht in genügendem Ausmaß budgetansatzmäßig in den Bundesfinanzierungsgesetzen drinnen gestanden sind und daß es weiter notwendig war, durch Kreditoperationen die entsprechende Bedeckung sicherzustellen. Das ist in aller Deutlichkeit von unserer Seite gesagt worden.

Nicht aber etwa, wie hier unterstellt wurde, daß es keine Pensionen mehr gäbe oder ähnliches, denn wir wissen sehr wohl, daß es die entsprechenden Bestimmungen des ASVG und anderer Sozialversicherungsgesetze gibt. Daran denkt kein Mensch, im Gegenteil, es war und ist die Sorge um die finanzielle Sicherstellung für unsere Pensionisten, im Bereich unserer Rentner, die uns zu diesen Feststellungen geführt hat.

Ich glaube, daß es eine unzulässige Verschiebung ist. Aber Verschiebungen dieser Art gibt es ja jede Menge. Sie versuchen immer, eine Gleichung herzustellen, daß mehr Schulden sichere Arbeitsplätze bedeuten. Über die sichere Arbeit für diese Arbeitsplätze haben Sie aber in dieser Diskussion nicht geredet, und das ist die Voraussetzung. Denn wenn man den Gedanken weiter verfolgt, den Sie hier sagen, wenn wir nur mehr Schulden machen und keine Einnahmen im Budget haben, dann ist am besten die ganze Arbeitsplatzsicherheit gegeben. Wie es offensichtlich auch mit mehr Urlaub mehr Arbeitsplätze gibt, sodaß die Gleichung naheliegt, wenn wir nur mehr Urlaub machen, dann gibt es nur mehr Arbeitsplätze. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Abgeordneter Pansi hat es auch für notwendig befunden, sehr viel zu den Zuschußrenten zu sagen, und hat offensichtlich jenes reichlich verfügbare Zahlenmaterial hier genannt, das in der Regierungserklärung fehlt. Er hat eine Fülle von diesen Zahlen gebracht, nur eine einzige Zahl hat er nicht genannt; das ist nämlich die Inflationsrate in dieser Zeit, um was diese Beträge weniger geworden sind und warum in einer bestimmten Gruppe der Bevölkerung einfach zu wenig an sozialer Sicherheit existiert.

Das bestätigt die Regierungserklärung. Denn an sich muß man es ja sofort zurückweisen, daß eine bestimmte Gruppe der Bevölkerung in ihren pensionsrechtlichen Fragen, in ihrer sozialen Sicherheit an die Fürsorge verwiesen wird, sozusagen zu Fürsorgefällen in der Gesellschaft wird, statt eine rechtliche Regelung zu treffen, die eine entsprechende Sicherheit bringt.

Wenn sich der Herr Abgeordnete Pansi

Dr. Busek

bemüht sich, zu kritisieren, daß die ÖVP in ihrer Zeit hier nicht entsprechende Maßnahmen getroffen habe, dann kann ich nur sagen: Meine Damen und Herren, Sie hatten bereits fünf Jahre Zeit. Aber da konnten wir nicht feststellen, daß Sie auf diesem Sektor etwas geleistet haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein zweiter Punkt war noch da in der Aussage von Dr. Taus: die Passage zur Landwirtschaft, wo er davon gesprochen hat, daß wir froh sind, daß hier weitgehend die Regierung die Gesichtspunkte übernommen hat, die wir in der Landwirtschaftspolitik vertreten. Das wurde als eine Kritik interpretiert.

Ich erinnere mich aber, daß bis 1970 seitens der Sozialistischen Partei immer wieder Kritik an den Mitteln der Agrarpolitik und an den dort getroffenen Zuschüssen vorhanden war. Plötzlich ist es eher umgekehrt, und man behauptet, wenn wir darüber froh sind, daß Dinge seitens der Sozialistischen Partei akzeptiert werden und endlich nach diesen fünf Jahren etwas geschieht, dann ist das eine Kritik an unserer eigenen Politik.

In Wirklichkeit, meine Damen und Herren, ist es von Ihrer Seite ein Eingeständnis, daß Sie auf dem Sektor der Agrarpolitik überhaupt keine Vorstellungen anzubieten haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist ein Zeichen für eine gewisse Ausweglosigkeit, die diese Regierungserklärung kennzeichnet und die von dem, was hier von Rednern der Regierungspartei in die Diskussion nachgebracht werden muß, nur mühselig verdeckt wurde, in manchen Punkten sogar deutlicher zum Ausdruck kam.

Am Schluß der Regierungserklärung, in einer meines Erachtens sehr interessanten Passage, nimmt man das Ende der Gesetzgebungsperiode bereits voraus, man spricht davon, daß in vier Jahren diese Legislaturperiode ihren Abschluß finden wird und damit eine zehnjährige Epoche sozialdemokratischen Regierens hinter uns liegt.

Ich verwundere mich, warum in der Mitte dieser zehnjährigen Epoche – ob es eine Epoche wird, wird man ja noch sehen – bereits vom Schluß geredet wird. Ist das eine gewisse Sehnsucht, daß sie schon aus sein soll, weil offensichtlich noch eine so lange Strecke dorthin ist?

Das interessante an dieser Regierungserklärung ist auch, daß man auf 120 Seiten eine entsprechende Quantität an Vorstellungen vorzutauschen versucht, wobei man eigentlich mit dieser Ausnützung der Kapazität von 120 Seiten recht locker umgeht. Es sind immer so Absatzpatzerln pro Seite, die zwar ungeheuer die Lesbarkeit erhöhen, das will ich gar nicht

leugnen, aber bestimmt kein Zeichen von Sparsamkeit sind, denn das Wenige, das in der Regierungserklärung drinnen steht, hätte sich auf weniger Seiten auch abdrucken lassen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

So sollen also diese 120 Seiten Auskunft über vier Jahre geben, wohin die Reise geht, was diese Regierung vorhat. Aber man muß sich ganz nüchtern vorstellen, daß uns in weiten Bereichen – nicht zur Gänze, das wäre viel zu billig – diese Auskunft schuldig geblieben wurde. Es liest sich im Gegenteil so wie ein Warenhauskatalog. Das unangenehme ist nur, daß die Preise der Waren nicht dabei stehen. Man weiß nicht, was es kostet, man weiß auch nicht genau, wie es aussieht. Es gibt viele Themen, aber keine eigentliche Beschreibung. Viele Begriffe, die hier aneinandergereiht werden. Fast so wie bei einem Warenhaus: Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen. Aber in Wirklichkeit keine Sicht von den Dingen.

Manches aber, meine Damen und Herren, fehlt. Es fehlt zum Beispiel – das ist auch von anderen Herren des Hauses schon gesagt worden – im Vergleich zu den Regierungserklärungen der Jahre 1970 und 1971 das, was übernommen wurde. Damals hat man noch viel Platz dafür gehabt, um Zahlen zu nennen über Defizite, über Schulden, Preisentwicklungen und ähnliches, und man hat in diesem Zusammenhang auch davon gesprochen, daß es sich um eine schwerere Erbe handelt.

Ja rund um diese Diskussion hat es damals Sätze des Herrn Bundeskanzlers gegeben, daß Defizite von acht bis neun Milliarden Schilling doch ein Wahnsinn seien.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, drängt sich die Frage auf, was die Steigerungsstufe von Wahnsinn bei den Zahlen, mit denen wir jetzt zu hantieren haben, ist.

Es ist auch damals die Rede davon gewesen, daß es bei Inflationsraten von zwei bis drei Prozent einen Preisstopp geben müsse. Sozialistische Frauen haben nach diversen Naschmarktbesuchen ein Preisultimatum gestellt. Offensichtlich sind diese so selten geworden, denn ich höre weder etwas von einem Preisultimatum noch von sonstigem von dieser Seite.

Es fehlt also – und das ist neben der Beschreibung als Warenhauskatalog der zweite Gesichtspunkt – eine Übernahmebilanz. Ich gebe schon zu, wenn man sein eigenes Erbe übernimmt, und es sei Ihnen unbenommen, ist es schwer, das festzustellen.

Aber es fehlt noch ein zweites Wort in diesem Zusammenhang, nämlich das Wort von der Transparenz. Das ist in dem Zusammenhang

Dr. Busek

auch vergessen worden, denn transparent wäre es gewesen zu erklären, wie es um den Staat, um seine Finanzierung, wie es nun entsprechend um Defizite, Schulden und eingegangene Verpflichtungen steht.

Nur durch eine eigentümliche Fügung der Geschäftsordnung kommen die ausgeklammerten Dinge ohnehin morgen ins Parlament, sozusagen nachgeschossen, und sind eigentlich ein wesentlicher Bestandteil der Regierungserklärung unter einem anderen Tagesordnungspunkt.

Im Rahmen einer Demokratie, meine Damen und Herren, wäre es einer Partei, die zweifellos, und das anerkennen wir, zweimal die absolute Mehrheit gemacht hat, gar nicht schlecht angestanden, auch gewisse Korrekturen anzumelden. Diese fehlen aber offensichtlich aus einem gekränkten Ehrbewußtsein. Die Korrekturen existieren aber in der Öffentlichkeit, zum Beispiel gibt es die Kritik des Rechnungshofes an der Durchführung der Schulbuchaktion. Wir haben nie die Schulbuchaktion in Frage gestellt, wir sind dafür, die Familien in dieser wichtigen Frage zu unterstützen (*Abg. Dr. Tull: Seit wann?*), wir haben aber die Art der Durchführung von uns aus immer wieder kritisiert und gesagt, daß hier mit Mitteln Verschwendung betrieben wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Der Rechnungshof kritisiert auch. Der Abgeordnete Sekanina hat dazu gesagt, daß es das gute Recht des Rechnungshofes ist. Ich hoffe, es bleibt noch recht lange dabei, daß er die Chance hat. Es muß aber auch einer Regierung bekannt sein, daß man dann entsprechende Verbesserungen machen kann und machen muß.

Ich bedauere, daß in der Regierungserklärung – und irgendwie muß man es ja schon geahnt haben, daß der Rechnungshof das kritisieren wird – kein Wort über diese Verbesserungen gesagt wird.

Ein dritter Gesichtspunkt, der mir neben diesem Warenhauskatalog und neben dieser fehlenden Übernahmebilanz aufgefallen ist, ist, daß eine gewisse Vorausschau fehlt. Vorausschau vor allem für die Probleme, für die Fragen und für die Sorgen, die die Jugend in den verschiedensten Bereichen des Lebens haben wird, zum Beispiel im Bereich der Schulpolitik. Es ist nur ein Absatz drinnen über den forcierten Ausbau der berufsbildenden Schulen; der war übrigens schon vor vier Jahren drinnen. Das ist zweifellos richtig. Daß es aber nicht nur diese Probleme gibt, sondern daß wir uns überlegen müssen, wie und wo wir entsprechend investieren und finanzieren, um auch die richtigen Berufschancen zu garantieren, das wäre auch einen Absatz wert gewesen. Denn wir kommen

sicher im Bereich der Bildungspolitik in eine Situation, daß wir für viele, die wir ausbilden, nicht ihrer Ausbildung gemäße Arbeitsplätze anbieten können. Es ist, glaube ich, für junge Menschen eines der unangenehmsten Dinge, nicht zu wissen, ob sie die Möglichkeit haben werden, später das, was sie gelernt haben – mit viel Einsatz von Kraft durch ihre Seite und mit viel Einsatz von Mitteln im Wege der öffentlichen Hand –, diesem Einsatz entsprechend umsetzen zu können.

Der einzige Trost, der in der Regierungserklärung existiert, ist eine Erklärung darüber, daß man im Rahmen der Jugendkonfrontation darüber reden wird, welche Form der Konfrontation die wünschenswerteste ist.

Also das schönste, das es ja gibt, ist, überhaupt einmal in einem Kreis darüber zu reden, ob es den Kreis geben soll, ob er überhaupt wünschenswert ist. Ob man damit die Probleme klären kann, das möchte ich sehr in Frage stellen.

Oder wenn von Sicht der Dinge die Rede ist: Wir haben heute neue Formen gesellschaftlicher und sozialer Armut, gewisse Mängel, die entstanden sind durch technische Entwicklungen, durch soziale Entwicklungen, durch Umstrukturierungen, die auch einer entsprechenden Berücksichtigung bedürfen. Das sind sehr naheliegende Mängel, die sich im Wege der agrarischen und der wirtschaftlichen Entwicklung ergeben haben und neue soziale Gruppen erzeugen, die von besonderen Formen der Armut bedroht sind, weil sie eine schlechte Einkommenslage haben. Wir haben aber auch Gruppen, die in einer gewissen sozialen Armut leben, weil die Schichtung unserer Gesellschaft ihnen heute den Kontakt verweigert oder nicht entsprechend garantiert. Zu diesen Problemen ist aber eigentlich in der Regierungserklärung nichts drinnen, obwohl das auch neben den materiellen Dingen zu der Verantwortung einer Regierung und von Seite einer Regierung zu einer Verantwortung gegenüber dem Parlament gehört.

Interessanterweise ist in der Regierungserklärung nichts darüber enthalten, was die sicher drängenden Probleme der Bewohner unseres Landes an den toten Grenzen beinhaltet, was konkrete Vorschläge der Nahversorgung betrifft und ähnliches. Es sind hier genau umschriebene Gruppen und genau bestimmte Bevölkerungsgruppen von sozialen Fragen bedroht, die sehr drängend und sehr wichtig sind.

Und um noch einen letzten Punkt aufzuzeigen, wo auch keine Priorität, ja nicht einmal eine entsprechende Erörterung stattgefunden hat: die Probleme der Verkehrspolitik. Es ist zwar ein bisserl etwas über die Frage des

Dr. Busek

Individualverkehrs drinnen und ein bisserl was über die Frage des Massenverkehrs. Aber, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, in der Diskussion dieser Frage sind wir ja an sich schon weiter. Hier gibt es bestimmte Situationen, die Entscheidungen verlangen, wo eine Regierung Prioritäten setzen muß und wo man wirklich von mangelnder Bewältigung der Fragen reden kann, denn die Probleme des Verkehrs und der Kommunikation sind ja heute entscheidende Probleme unserer Gesellschaft.

Die Schwierigkeit, die die Regierungserklärung hat, nämlich über alle Probleme irgendeinen Absatz bringen zu müssen, hat ein Ergebnis, das man damit kennzeichnen könnte, daß der Mut zur Lücke fehlt und dazu, Schwerpunkte zu setzen. Es ist aber viel Mut zur Wiederholung in dieser Regierungserklärung. Man könnte fast sagen, sie ist eine Art Wiederverlautbarung von schon vorher gehaltenen Regierungserklärungen.

Ich habe mir die Mühe gemacht, eine ganze Aufstellung dazu zu machen, ich will Sie damit gar nicht entsprechend traktieren, denn das würde Ihnen noch stärker auf seiten der Regierungspartei ins Bewußtsein rufen, daß Sie hier etwas loben, was in vielen Fällen noch gar nicht gemacht ist. Aber die Formulierungen sind zum größten Teil gleich. In der Programmsprache der neuen Linken nennt man das „Fort-schreibung“. Ich werde es in Ihrer Sprache als „Abschreibung“ kennzeichnen, aber nicht als Erledigung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Darf ich Ihnen die Beispiele sagen:

1971: das individuelle Arbeitsrecht wird weiterbehandelt. 1975 genau dasselbe.

1971: Wohnungsverbesserung in Althäusern wirksamer gestalten. 1975: Verbesserung des erhaltungswürdigen Althausbestandes.

1971: für Spitäler muß ausgeglichene Finanzierung sichergestellt werden. 1975: Finanzierungsgesetz für Krankenanstalten.

1971: Schaffung organisatorischer und rechtlicher Grundlagen für Maßnahmen des Umweltschutzes. 1975: Umweltschutzgesetz.

Da ist eine Menge Zeit vergangen, und so geht die ganze Liste weiter. Es ist schon von den Problemen der Verwaltungsreform, von der Bildungspolitik, von der Jugendkonfrontation, von der Außenpolitik gesprochen worden. Das sind ständige Fort- oder Abschreibungen, wo eigentlich langsam eine gewisse Konzentrierung auf das Wesentliche notwendig wäre.

Oder, ich frage Sie, meine Damen und Herren, ist das der Erfahrungswert von fünf Jahren Regierungstätigkeit oder vielleicht die Erkenntnis gegebener wirtschaftlicher und sozialer Schwierigkeiten? Es muß so etwas Ähnliches

sein, denn man kann dann feststellen, daß eine Fülle von sprachlichen Verschleierungen stattgefunden hat.

Ich freue mich, daß Abgeordnete der SPÖ von Vollbeschäftigung gesprochen haben. Die Regierungserklärung tut das nämlich nicht. Sie hat da einen schönen Ausdruck dafür gefunden: „größtmögliches Beschäftigungsniveau“. Das ist so wie die relative Stabilität. Früher hat es die Stabilität und die Inflation gegeben, dann haben wir uns auf die relative Stabilität eingependelt. Sehr lange haben wir über Vollbeschäftigung geredet, jetzt wird es plötzlich das größtmögliche Beschäftigungsniveau.

Aber wir haben uns ja auch daran gewöhnt, daß wir die Schrumpfung unserer Wirtschaft als sogenanntes Minuswachstum bezeichnen, Schulden wahrscheinlich als Minusguthaben, und im Rahmen des Wahlkampfes hat uns der Finanzminister damit überrascht, daß er sogar aus einem Nullwachstum ein Pluswachstum gemacht hat. Meine Damen und Herren! Nicht einmal eine Null ist mehr davor sicher, politisch mißbraucht zu werden! *(Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)*

Diese Wiederholungen füllen zweifellos die Lücken, die bei der Problemlösung existieren, die eigentlich eine nahtlose Fortführung sind und zeigen, daß das, was hier in der Diskussion bisher Bilanz genannt wurde, eigentlich im Wahlkampf nicht gelegt wurde, sondern man hat auch hier die Fragestellungen verschleiert, wiewohl ich Ihnen zugebe, offensichtlich erfolgreich.

Nun ist es ja nicht nur so, daß es sich um ein Informationsproblem handelt, sondern Sie werden auch vor Entscheidungsprobleme kommen. Entscheidungen kann man eben nicht verschleiern, sondern man muß die eine oder andere Lösung treffen und versuchen, mit den Fragen fertig zu werden. Man kommt dann nicht damit aus, eben kein Programm in dieser Frage gehabt zu haben oder eine Entpolitisierung vorgenommen zu haben. Denn das Polsterl, meine Damen und Herren, das Sie mit dem Satz: Zu Hause ist es doch am schönsten!, plakatiert haben, das wird zweifellos nicht existieren, daß Sie sich in diesem Hause und in der Regierung ausruhen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich anerkenne aber, meine Damen und Herren, daß Ihnen der Erfolg recht gegeben hat. Es hat gar keinen Sinn, das zu leugnen, das ist die nüchterne Bilanz für eine Oppositionspartei. Nun haben Sie aber auch die Verantwortung dafür, daß Sie versucht haben, eine Situation darzustellen, die eben in Wirklichkeit ganz anders aussieht.

Und da meine ich, daß es doch eine Frage der Demokratie ist, in einer Wahl Menschen davon

Dr. Busek

zu informieren, vor welchen Wirklichkeiten wir stehen. Denn nach der Wahl kommen sie, und sie kommen gegenwärtig knüppeldick. An jedem Tag kann man in der Zeitung lesen, wo noch etwas teurer wird und wo noch etwas seitens dieser Regierung kommt, was eine Belastung der Bevölkerung darstellt.

Und damit bekommt für mich die Diskussion zum Thema der Zusammenarbeit in dem Haus einen ganz anderen Akzent. Sie erinnern sich sicher: Im Rahmen der Wahlauseinandersetzung hat der Parteivorsitzende der SPÖ damit begonnen, daß er den Begriff eigentlich ablehnt hat. Dann hat er sich eigentlich so durchentwickelt, fast möchte ich sagen durchgemendelt, bis er dann am Schluß doch auch bei der Zusammenarbeit als einem sehr positiven Begriff gelandet ist, für den er eigentlich auch ist.

In der Regierungserklärung und dann in einigen Debattenbeiträgen haben wir sehr deutlich gehört, daß offensichtlich die anderen Parteien des Hauses bei der Bewältigung der Wirklichkeit – von der ja nie die Rede war – in Wirklichkeit helfen sollen. Und da bekommen wir eine Vorlesung über Verantwortung und ähnliches.

Sie aber, meine Damen und Herren, haben unsere Warnungen in den Wind geschlagen und von Schwarzmalerei geredet. Man darf das Wort „Krise“ nicht verwenden und ähnliches, und sogar der Abgeordnete Zeillinger ist hier nicht verstanden worden vom Abgeordneten Pansi, obwohl er eigentlich sehr verständliche Fragen gestellt hat.

Meine Damen und Herren! Zusammenarbeit kann aber nicht bedeuten – und das versuchen Sie, uns darzustellen –, daß die Regierung entscheidet und daß dann für dieses schlechte Ergebnis die Opposition die Verantwortung trägt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Zusammenarbeit kann nur bedeuten, daß man versucht, aus den verschiedensten Positionen, aus den verschiedensten Überlegungen eine mögliche – eine hoffentlich mögliche – Synthese, ein mögliches Ergebnis herauszubilden, oder aber erkennt, daß man hier nicht zusammenkommen kann und eben dann verschiedene Wege geht. Dann ist es aber auch Ihre Verantwortung, wenn Sie den Weg jeweils allein gehen wollen. Sie sind ihn in wesentlichen Dingen in den vergangenen vier Jahren gegangen, und ich bin überzeugt, Sie werden es auch in den nächsten vier Jahren tun.

Zusammenarbeit ist aber nicht, meine Damen und Herren, das Auflösen von Problemen – wenn man nur recht viel darüber redet, dann finden sie in Wirklichkeit gar nicht statt.

Wir sind sehr gespannt darauf, was der Außenpolitische Rat bringen wird. Wenn ich

aber lese, wie der Herr Bundeskanzler den Landesverteidigungsrat in der Regierungserklärung interpretiert, habe ich etwas Sorge. Dort steht nämlich, der Landesverteidigungsrat war der Platz, wo Probleme ihre Ankündigung fanden. Ja, wenn das ein Verkündigungsforum ist, dann ist es, glaube ich, nicht der beste Weg.

Meine Damen und Herren! Zusammenarbeit bedeutet nicht, daß man die Republik in Kaffeehausrunden auflöst, wo alle bestellen können, aber dann nur einer bestimmt, wer die Rechnung bezahlt. Da gibt es dann eine gemeinsame Verantwortung, und das kann man mit dem Verkommissionieren eines Landes eigentlich nicht entsprechend bewältigen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Damit erlaube ich mir aber auch, einige Bemerkungen zu machen zu dem, was der Herr Abgeordnete Fischer zum Demokratiebild gesagt hat. Ich glaube, es war eine sehr wichtige Passage. Er hat eine Unterscheidung getroffen für seine Partei, die mich sehr interessiert hat und wo ich annehme, daß sie etwas mißverständlich in der Gegenüberstellung war. Er hat nämlich davon gesprochen, daß die SPÖ als Regierungspartei auch ein bißchen Parlamentspartei bleiben muß.

Also nach meinem Demokratieverständnis ist eine Partei zuallererst Parlamentspartei, und dann werden Mehrheiten gebildet für eine Regierung. Denn wenn es die Unterscheidung in verschiedene Arten von Parteien gibt, dann ist wirklich die Frage nach der Kontrolle berechtigt, und damit ist eigentlich bewiesen, daß wir hier vor einem entscheidenden Problem stehen.

Aber das haben Sie ja auch in einigen Aufsätzen gesagt, nur leider heute nicht in der Diskussion, daß die Kontrolle durch das gesamte Parlament eine Fiktion der Gewaltenteilung ist, während eben Sie, verständlich durch Mehrheitsbildung des Hauses, als Regierungspartei, als Mehrheitspartei, dazu veranlaßt sind, auf allen Schritten und Tritten der Regierung zu folgen.

Da ist das Kontrollproblem, und da, glaube ich, haben Sie einseitig die Diskussion über die Kontrolle, die während des Wahlkampfes existiert hat, weitergeführt. Das Problem der Kontrolle hat zur Voraussetzung, daß Sie auch die Möglichkeit der Information und den Zugang haben. Sie werden mir als längerdienender Angehöriger des Hauses in verschiedenen Funktionen, Herr Klubobmann Fischer, nicht bestreiten, daß der Zugang zur Information, die Information durch die Verwaltung und ähnliches, für eine Oppositionspartei ganz unterschiedlich ist von einer Regierungspartei. Darum werden wir uns unterhalten müssen über die Formen der Kontrolle, weil nämlich die

Dr. Busek

Information die Voraussetzung dafür ist, daß man überhaupt die Möglichkeit hat, die Voraussetzungen für jede Entscheidung zu kennen, danach zu beurteilen, welche Möglichkeiten es gibt, und dann zu sehen, was der beste Weg ist. Denn das Problem, das dahintersteht, ist nicht, aus einer Minderheit eine Mehrheit zu machen, das ist außer Frage, sondern einfach das Problem, daß die Formen der Demokratie Schritt halten müssen mit der Entwicklung aller menschlichen Möglichkeiten.

Da können wir heute ruhig sagen, daß die Möglichkeiten der Kontrolle, wie sie gegenwärtig in der parlamentarischen Demokratie in Österreich vorzufinden sind, einfach nicht Schritt halten. Es war schon von Datenverarbeitung und ähnlichem die Rede. Allein der Zugang zu den Daten – das Parlament hat zum Beispiel keinen Zugang zum bundeseigenen Datenträger – ist bereits eine entscheidende Frage. Man kann ja gar nicht überprüfen, ob die Zahlen stimmen. Noch dazu wird dann immer wieder der Versuch gemacht, die Zahlen so hinzudrehen, daß sie ein ganz anderes Bild geben, als es in Wirklichkeit der Fall ist.

Wenn Sie davon gesprochen haben, Herr Klubobmann Fischer, daß es eigentlich in der Oppositionszeit der SPÖ keine Diskussion über Kontrolle gegeben hat, würde es mich wundern, feststellen zu müssen, daß Sie die Broschüre der damaligen Abgeordneten Broda und Gratz nicht gelesen hätten. Die haben ein ganzes Buch zu diesem Thema veröffentlicht, über das zu diskutieren wir miteinander die Freude hatten. Aber so verdrängt eben die Zugehörigkeit zu einer Regierungspartei auch solche Gesichtspunkte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die Regierungserklärung hat auch eine beachtliche Einleitungspassage zu den Problemen der Demokratisierung, mehr eigentlich in der Form eines Berichtes als einer Absichtserklärung. Da habe ich beim Durchlesen als eines dieser Argumente, was an Demokratisierung geleistet wurde, auch das Rundfunkgesetz gefunden, und hier gesondert angeführt die Hörer- und Sehervertretung.

Herr Bundeskanzler Kreisky hat irgendwo einmal erklärt, daß er eigentlich über den Rundfunk, was dort jetzt vorginge, nicht genau Bescheid wisse. Ich bin gerne bereit, diesem Informationsdefizit etwas nachzuhelfen.

Die Chancen der Hörer- und Sehervertretung im Rahmen der Demokratisierung sind teils durch Gesetz, teils durch Handhabung der Geschäftsführung, die mit den Stimmen der Sozialisten gewählt wurde, nicht sehr groß. Was ist ihr bisher gelungen? Sie durfte die Pilot-Sendung der Kindergartensendung „Am, dam, des“

ansehen. Wesentliche Mitwirkung! Ein zweites: Sie hat eine Reihe von Empfehlungen gefaßt, denen sich die Geschäftsführung bis jetzt noch nie angeschlossen hat, und daher blieben sie unerledigt liegen. Dann ein drittes ist uns gelungen: Die Hörer- und Sehervertretung darf zu den strittigen Programmrichtlinien ihre Meinung abgeben. Aber bitte nicht im Wege der entsprechenden Sicherung demokratischer Mitwirkung, sondern – das sei durchaus anerkannt, der Herr Abgeordnete Blecha und ich sind dafür eingetreten – daß man die Hörer- und Sehervertretung überhaupt dazu hört. Denn die von Ihnen gewählte Geschäftsführung wollte bestenfalls ein paar Mitglieder im Programmunterausschuß mitwirken lassen.

Ob das eine Demokratisierung ist, möchte ich in Frage stellen. Aber das ist die Wirklichkeit des Rundfunkgesetzes, und das ist die Wirklichkeit des gegenwärtigen ORF, der in seiner Struktur und in seinen Leistungen offensichtlich an den Rand der Leistungsfähigkeit gebracht werden soll, weil man ja gar nicht interessiert ist, entsprechend gutes Programm zu bieten, sonst wären nicht – aber das liegt auf der Linie der Regierungserklärungen – die Wiederholungen häufiger als die Produktionen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist auch weiter angeführt in der Regierungserklärung das Arbeitsverfassungsgesetz, wobei in einem eigentümlichen Widerspruch die Ankündigung steht, die schon 1971 drinnen war, daß das individuelle Arbeitsrecht hier noch nachgereicht wird. Ja, warum man das hier nicht gemeinsam besprechen kann und warum man das schon wieder als Ankündigung bekommt, wirft auch die Frage nach der Demokratisierung auf.

Oder, dankenswerterweise aus dem Wahlprogramm der Österreichischen Volkspartei übernommen, zerbricht man sich den Kopf über die Beratung des Bürgers im Umgang mit der Verwaltung und spricht sich für ein verbessertes Verwaltungsservice aus. *(Abg. Dr. Fischer: Das haben Sie aus unserem Programm übernommen!)*

Das haben wir in unserem Wahlprogramm genauso drinnen, nur ein Problem sollte uns gemeinsam bewegen, Herr Klubobmann. Welche Gesetze machen wir, daß wir dem Bürger beibringen müssen, wie er überhaupt mit dem fertig wird? Ist das nicht ein grundsätzliches Problem, daß wir dem Bürger bei den Einrichtungen, die in der Demokratie für den Bürger geschaffen werden, die im Dienste des Bürgers stehen sollen, bereits Beratungen in die Hand geben müssen, damit er überhaupt damit fertig wird? Oder gar im Falle des Ombudsmans Einrichtungen der Verwaltung schaffen müssen,

Dr. Busek

damit man sich über die Verwaltung beschweren kann? Wäre es nicht vernünftiger, sich zu überlegen, ob wir nicht eine solche Gesetzgebung machen sollen, die die Übersichtlichkeit oder die Lesbarkeit für den einzelnen Bürger entsprechend sicherstellt?

Ich glaube, daß man das nicht nur von dem Gesichtspunkt – Schlagwort „Ombudsman“ oder „Bürgerservice“ wirkt ja sehr gut – sehen sollte, sondern von der grundsätzlichen Seite, denn eine Demokratie lebt davon, daß sich die Bürger mit ihren Einrichtungen, und dazu gehört auch die Verwaltung, identifizieren und sich nicht davon bedroht fühlen. Aber manchmal, wenn man hört oder wenn man sich erinnert, daß „ministerium“ „Dienst“ heißt und das verschreckte Antlitz der Bürger beobachtet, wenn sie über die Gänge huschen, hat man den Eindruck, daß der Begriff des Dienstes vergessen ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum Bild der Demokratie in dieser Regierungserklärung gehört auch eine wesentliche Passage über den Föderalismus. Da steht der für mich etwas kryptische Satz: „Über die Frage, was den Ländern und was dem Bund zustehen soll, wird es immer Meinungsverschiedenheiten geben.“ – Fein! „Es ist bisher noch kein Maßstab gefunden worden, anhand dessen diese Fragen entschieden werden könnten.“ Na ja, es gibt formale Maßstäbe, die die Verfassung festlegt. Zunächst einmal überhaupt, wenn es Verfassungsgesetze sind, die über die Zuständigkeiten entscheiden. Das zweite aber sind sicher einfachgesetzliche Regelungen, die den Stellenwert des Föderalismus, den Stellenwert der Subsidiarität der kleineren Einheiten in unserem Staat bestimmen, bestimmen, was man ihnen zutraut, was sie selbst lösen können. Und da müssen wir leider feststellen, daß die Diskussionen der letzten Zeit gegen den Föderalismus gehen.

Ich verfolge mit Interesse in der „Arbeiter-Zeitung“ eine Serie, in der man die Zuständigkeit der Länder für die Frage der Bauordnung einfach aufheben will. Also offensichtlich hat man einen Maßstab gefunden, an Hand dessen diese Frage entschieden werden kann – offensichtlich gegen die Länder.

Oder man hat seinerzeit beim Rundfunk bei der Beteiligung der Länder einen entsprechenden Maßstab gefunden und es für notwendig befunden, die Länderanteile am Rundfunk im Wege des neuen Rundfunkgesetzes zu enteignen. Also das traut man ihnen offensichtlich auch nicht zu.

Wir werden in dieser Periode den Finanzausgleich erleben, der ja eine Voraussetzung dafür ist, daß Länder Aufgaben wahrnehmen können.

Dann werden wir sehen, was diese Regierung den Ländern zutraut.

Oder wir haben Probleme der Erwachsenenbildung bis hinein in die ORF-Akademie. Da habe ich sehr oft den Eindruck, daß man hier den Ländern nicht Leistungen zutraut, die sie ohne weiteres erbringen könnten, weil sie es auch bisher schon erbracht haben.

Wir werden also die Entwicklung auf diesem Sektor sehr, sehr aufmerksam beobachten.

Dann noch ein letzter Punkt zum Problem der Demokratisierung, der, glaube ich, auch einer entsprechenden Erwähnung bedarf. Es ist eine Absage an den Proporz und an Vereinbarungen bei Postenbesetzungen enthalten, und bei der Verlesung der Regierungserklärung hat dazu die SPÖ zweifellos demonstrativ geklatscht.

Man wird sich aber die Durchführung dieser Gesichtspunkte genau ansehen müssen, man wird sich ansehen müssen, nach welchen Kriterien entschieden wird. Man wird sich ansehen müssen, welche Chancen gute Leute haben, die zum Beispiel nicht von der SPÖ, bei keiner oder vielleicht gar bei einer anderen Partei sind.

Ich bin dafür, daß eine Parteizugehörigkeit nicht die Voraussetzung sein soll, eine Position zu erlangen, aber eines – und das gilt für die Angehörigen der anderen Partei, die nicht die Regierungspartei dieses Hauses sind –: Wir werden genau schauen, ob das ein Hindernis ist, bestimmte Positionen in diesem Land zu erreichen. *(Abg. Dr. Maderner: Niederösterreich!)* Und Wien! Das können wir beliebig austauschen. Machen wir's beide besser. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Fischer hat auch davon gesprochen, daß sich die Sozialistische Partei bemühen wird, noch mehr Leute zu gewinnen – ein gutes und wichtiges Recht in der Demokratie. Hier werden wir in Konkurrenz liegen. Sie haben im Moment die bessere Ausgangsposition, wir werden aber alles daransetzen, um dementsprechend gleichzuziehen.

Nur eines, glaube ich, sollte man bei dieser Gelegenheit, wenn von Postenbesetzungen die Rede ist, nicht tun: dem einen oder anderen, der was werden will und der was kann, auch ein bestimmtes Arrangement nahelegen, so wie man der Landwirtschaft seitens des Bundeskanzlers – noch in Opposition – nahegelegt hat, einen Kuhhandel zu machen, dann könne man ja über die Dinge reden.

Mir liegt zum Beispiel ein Schreiben des „Bundes sozialistischer Akademiker“ im Bereich der Landesverteidigung vor, wo man jemandem, der dort etwas werden will, ein

Dr. Busek

aufklärendes Gespräch mit jemand Bestimmtem empfiehlt. Aufklärend worüber? Die Vorrückungsrichtlinien existieren, die Personalvertretung existiert, die entsprechenden Posten existieren – was soll da aufgeklärt werden?

Oder ein mir bekannter Hochschulprofessor ist vom Ministerium im Rahmen eines Besetzungsverfahrens befragt worden, warum er mit mir gemeinsam im Vorstand eines freien Vereines sitzt. Eine Frage, der ich zweifellos noch nachgehen werde. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Von wem ist er gefragt worden? Von mir sicher nicht!*) Frau Minister, ich werde Ihnen das gerne nachher persönlich sagen; von Ihnen nicht, das habe ich auch nie gesagt. (*Abg. Dr. Gruber: Sie selber werden es machen!* – *Bundeskanzler Dr. Kreisky: Nur keine Debatten über private Gespräche außerhalb des Hauses!*) Sie haben sicher auch schon private Gespräche geführt.

Aber da der Herr Bundeskanzler mir gerade souffliert, erlaube ich mir, ihn daran zu erinnern, daß er ja von diesem Platz davon gesprochen hat, daß er Listen verlesen werde und wenn es Stunden dauert. In unserer Zeit, Herr Bundeskanzler, haben Sie es nicht notwendig gehabt, hier Listen zu verlesen. Ich hoffe, daß wir nicht in diese Lage kommen. (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Weil Sie gewarnt waren! – Heiterkeit.*) Dann bitte ich den Herrn Bundeskanzler, meine Worte als Warnung zu nehmen. (*Abg. Dr. Blenk: Aber wir könnten schon Listen verlesen!*)

Wir werden uns aber, Herr Bundeskanzler, um jeden einzelnen Fall, bei dem wir das Gefühl haben oder wo der Betroffene das Gefühl hat, übergangen zu werden, annehmen, daran werden Sie uns nicht hindern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen: Es ist hier einiges Wesentliche schon zur Rolle von Regierung und Opposition gesagt worden, und ich möchte nur das wiederholen, was Josef Taus bereits gesagt hat: daß wir jederzeit zu konstruktiven Lösungen bereit sind. Und wenn uns Herr Abgeordneter Fischer empfohlen hat, die eine oder andere Position zu überdenken, so ist das, glaube ich, eine nette, mahnende Mitteilung, aber ich glaube, gegenseitige pädagogische Hinweise sollten wir nach Tunlichkeit vermeiden.

Nur muß aber bitte auch die Regierungspartei überlegen, wie sie es anlegt. Zum Teil haben Sie versucht, und das hat mir auch Ihre Reaktion auf die entsprechende Aussage von Dr. Taus bewiesen, uns in die Richtung, daß wir die Neinsager-Partei seien, zu drängen. Und als wir begannen, über ein Modell der Zusammenarbeit zu diskutieren, hat mir Abgeordneter Fischer in

einer Rundfunkdiskussion erklärt: Was wollen Sie, über 85 Prozent der Gesetze sind ohnehin gemeinsam beschlossen. Also nach dem wären wir faktisch eine Jasager-Partei, so ist es mir damals jedenfalls unterlegt worden. Wenn Sie das Wort von Ja und Nein, also von der differenzierten Entscheidung zu jeder Frage, gestört hat, warum wechseln Sie immer wieder die Argumentation, so wie es Ihnen einfach paßt?

Ein zweiter Punkt: Bei der Feststellung von Dr. Taus, daß die Regierung regieren soll, hat das in den Kreisen der Regierungspartei Gelächter erregt. Offensichtlich als Ausdruck einer gewissen Ausweglosigkeit oder ähnliches; ich möchte es jedenfalls klarstellen als das, was es ist: Es kann nicht Aufgabe der Opposition sein, Ihnen, meine Damen und Herren, in der Regierung oder von der Regierungspartei, die Aufgabe der Erstellung detaillierter Vorstellungen abzunehmen, sondern wir werden dort, wo wir glauben, alternative Möglichkeiten anbieten zu müssen, wo wir eigene entsprechende Vorschläge mit aller Härte vertreten wollen, versuchen, mit Ihnen einen Weg zu finden. Dort, wo die Möglichkeit besteht, werden wir versuchen, mitzugehen. Aber darf man es einmal umdrehen? Es sind die Angehörigen der Regierungspartei auch herzlichst eingeladen, dort mitzugehen, wo sie über ihren Schatten, Regierungspartei zu sein, springen können, wenn es eine gute Lösung für dieses Land ist.

Es sind die Wahrheiten nicht so verteilt, daß Sie alles wissen und bei uns alles falsch ist, wie Sie auch sicher mit Recht sagen können, daß wir nicht sagen sollen, daß bei Ihnen alles falsch ist und wir in der Weisheit sind. Nur: gehen Sie mit, Sie sind herzlichst eingeladen. Wir werden Ihnen entsprechende Möglichkeiten bieten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es sind auch eine Reihe von wohlwollenden Ratschlägen gemacht worden, was wir als Opposition tun sollen. Seien Sie sicher, wir wissen es und wir haben konkrete Vorstellungen. Wenn wir es Ihnen im Moment nicht sagen, sind S' bitte nicht böse, den taktischen Spielraum wollen wir uns ein bißerl erhalten.

Wir sind auch nicht dafür, daß hier Korrekturen angebracht werden, etwa in der Richtung, daß, wenn Dr. Taus davon spricht, daß Leistungen erbracht werden müssen, der Abgeordnete Sekanina glaubt daraus eine Unterstellung machen zu müssen, daß wir nicht anerkennen, daß Leistungen erbracht werden. Aber bitte auch die Feststellung: Das meiste, was in diesem Land passiert, ist nicht ein Ergebnis Ihrer Regierungsentscheidung, keiner Regierung, sondern auf jeden Fall das Ergebnis aller jener, die im Dienste dieses Landes arbeiten, zusam-

Dr. Busek

menarbeiten und beste Lösungen suchen. Da kann sich niemand ein Sonderfederl auf den Hut stecken, sondern das sind lauter Dinge, die Gott sei Dank auf der Basis eines demokratischen Staates gemeinsam geleistet werden.

So liegt für mich ein erstes Ergebnis dieser Regierungserklärung und damit dieser Regierung Kreisky vor, nämlich erstens, daß wir eine Regierungserklärung haben, die Ähnlichkeit mit einem politischen Telefonbuch hat, wo man viele Adressen findet, aber noch nicht genau weiß, wer sich unter der angegebenen Nummer meldet.

So finden wir eine Regierungserklärung vor, eine Erklärung der unerklärten Absichten, wo wir sehr neugierig sind, wie die Durchführung aussieht.

So liegt eine Regierungserklärung vor mit einer Fülle von offenen Belastungen, wo offensichtlich jene Reformen, die nichts kosten, die österreichische Bevölkerung eine Menge kosten werden.

Und so liegt schließlich eine Regierung vor, die eigentlich nur auf Abruf existiert, denn es hat sich ein Kabinett vorgestellt, dessen Vorsitzender von Anfang an schon erklärt hat, daß er nach einer gewissen Zeit bestimmte Auswechslungen vorhat. Wir wissen nicht, was dann sein wird, ob das das schon einmal angekündigte Kabinett der Persönlichkeiten ist ... (*Abg. Dr. Fischer: Alles müssen Sie ja nicht wissen, Kollege Busek!*) – Ich bin aber gespannt darauf und weise Sie darauf hin, eine Warnung im Sinne Ihres Herrn Bundeskanzlers. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*)

Aber, Herr Abgeordneter Fischer, wenn wir schon beim Wissen sind, eines würde ich furchtbar gern wissen: Wenn der Herr Bundeskanzler davon gesprochen hat, daß er ein Kabinett der Persönlichkeiten bilden wird, wundert mich der Begriff. Ich habe bisher immer angenommen, daß in der Regierung jetzt schon Persönlichkeiten sitzen. (*Neuerliche Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP. – Bundeskanzler Dr. Kreisky: Da haben Sie auch recht gehabt!*) Das haben wir aber leider nicht während des Wahlkampfes gehört. Nur erhebt sich dann die Frage: Warum wechseln Sie aus, Herr Bundeskanzler? (*Heiterkeit.*)

Meine Damen und Herren! Es ist nicht Aufgabe dieser Debatte, am Beginn der Verantwortung einer Regierung und einer Legislaturperiode vorschnell zu verurteilen.

Wir werden sicher erleben, was auf dieses Haus, was auf die Bürger dieses Landes, was auf Österreich selbst zukommt. Wir als Österreichische Volkspartei werden versuchen, mit den Möglichkeiten, die uns der Wähler gegeben hat,

mit der Kraft, die wir haben, das Beste für dieses Land zu tun. Ich glaube, wir sollten alles dazu tun, um aus der Ebene der Wahlreden herauszukommen, vielleicht nach dem Gesichtspunkt, daß der Worte genug gewechselt sind und daß jetzt alle Taten sehen wollen.

Ich habe nur ein bißchen Sorge: Wenn ich die letzten fünf Jahre sozialistischer Regierung hochrechne auf die am Schluß der Regierungserklärung angekündigten zehn Jahre, dann ist das eine Zukunft, der wir mit einiger Skepsis entgegensetzen müssen. Sie können versichert sein, wir werden uns anstrengen, uns darauf vorzubereiten, es besser zu machen. (*Anhalten der Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Probst**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich zum Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Haider. Fünf Minuten Redezeit.

Abgeordneter Dr. **Haider** (ÖVP): Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Pansi hat behauptet, daß während der ganzen Zeit der ÖVP-Regierung von 1966 bis 1970 keine Verbesserung bei den Zuschußrenten eingetreten sei, und hat dann über Zwischenruf diese Behauptung darauf eingeschränkt, daß in der Zeit von 1966 bis 1970 keine Erhöhung des Grundbetrages der Zuschußrente eingetreten sei.

Hohes Haus! Bei beiden Behauptungen handelt es sich um eine Unwahrheit, und zwar um die reine und volle Unwahrheit. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Zunächst zur generellen Behauptung, daß in dieser Zeit der ÖVP-Regierung keine Verbesserungen eingetreten seien: Ich darf bemerken, daß im Jahr 1967 als sehr wichtige Verbesserung der Hilfflosenzuschuß im Bereich der Zuschußrente eingeführt werden konnte. Wer damals dabei war, weiß, daß dies im Hinblick auf die Finanzierung dieses Problems sehr schwierig war und zum Vorteil der Zuschußrentner gelöst werden konnte.

Aber was seine zweite, eingeschränkte Behauptung betrifft, darf ich den Herrn Abgeordneten Pansi, seines Zeichens Sozialexperte der Sozialistischen Partei und Obmann des Sozialausschusses in diesem Hause, auf eine grobe Unwissenheit aufmerksam machen. Hier im Bundesgesetzblatt ist zu lesen, daß im Herbst 1969 dieses Hohe Haus eine sehr wesentliche Verbesserung im Grundbetrag der Zuschußrenten vorgenommen hat und mit der Einführung der 14. Pension, aber auch der wesentlichen Erhöhung der Zuschußrente im Endeffekt eine mehr als 60prozentige Erhöhung des Grundbetrages der Jahreszuschußrente eingetreten ist. (*Abg. Libal: Aber 1971 erstmals!*)

Dr. Haider

Es ist im Hinblick darauf, daß es der Herr Sozialexperte Pansi war, die Darbringung dieser Unwahrheiten mit einem qualifizierten Merkmal versehen.

Zu unserem größten Bedauern ist seither im Bereiche der Zuschußrentenversicherung von den sozialistischen Regierungen ein totaler Sozialstopp verhängt worden. Ich darf die Mehrheit des Hauses wirklich auffordern, durch unsere nächsten Aktivitäten zur Beseitigung des schweren Unrechtes beizutragen, das seit fünf Jahren nunmehr den Zuschußrentnern zugefügt wird, damit endlich der Verbesserung und der Angleichung der Zuschußrenten an die Bauernpensionen Rechnung getragen wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Marsch.

Abgeordneter **Marsch** (SPÖ): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Natürlich ist das Parlament die große Möglichkeit für die Opposition, die Leitlinien der Regierung, also das Regierungsprogramm, zu kritisieren. Davon Gebrauch zu machen ist das gute Recht der Oppositionsparteien. Ich möchte aber doch zu meinem Vorredner sagen – nachdem er sich bemüht hat, auch auf die Konzepte und Pläne der ÖVP hinzuweisen –: Wir werden diese Gelegenheit im Laufe dieser Periode auch nicht versäumen, Sie daran zu erinnern, allein wenn ich an Ihren Wirtschaftsplan denke, in dem Sie zum Beispiel die Abschaffung der verstaatlichten Industrie bis nahezu zur Hälfte fordern; das mag Ihnen vielleicht da und dort unangenehm sein, aber das steht ja so in Ihrem Wirtschaftsplan drinnen.

Aber nun vielleicht zu dem, was mein Vorredner, aber nicht nur er, sondern auch die anderen gesagt haben: Keine Aussagen in der Regierungserklärung. Ich habe da einen unverdächtigen Zeugen dafür, wie diese Aussagen der Regierungserklärung bewertet werden. Nicht zuletzt deshalb, weil der ÖVP-Obmann ja sofort nach dieser Erklärung meinte, sie sei noch unpräziser als die zwei vergangenen, möchte ich doch feststellen: Diese Regierungserklärung – und ich kann mich an keine vorhergehende erinnern, in der das so deutlich war – war so klar, daß man auch bei Änderungen, die man vorschlägt, ja selbst bei Gesetzesänderungen, Hinweise auf Paragrafen macht. Es schreiben also die „Vorarlberger Nachrichten“ vom 6. November sehr deutlich, daß diese Regierungserklärung sich ganz wesentlich von den beiden früheren unterscheidet. Und die Verfasserin des Kommentars, Frau Sassadeck, sagt weiter, daß die Regierungserklärung für die nächsten vier Jahre daher viel detaillierter und zielbewußter

abgefaßt ist. Ich möchte Ihnen das nur in Erinnerung rufen; im übrigen können Sie sich selbst davon überzeugen.

Wir haben in der Wahlplattform, die Sie als leere Versprechung oder inhaltslos aufgezeigt haben, klar festgestellt, daß erstens die Entwicklung in der Weltpolitik Anlaß zur Sorge bietet, daß wir es zweitens ablehnen, ein falsches Bild der Lage zu vermitteln, und daß wir drittens uns damit gegen jede Panikmache wehren, weil sie unbegründet ist.

Wir haben daher eine realistische Politik ohne leere Versprechungen gemacht und betont, daß es oberstes Ziel der österreichischen Sozialdemokratie ist, in dieser schwankenden Wirtschaftssituation ein möglichst hohes Beschäftigungsniveau, verbunden mit Maßnahmen gegen die ständigen Tendenzen der Preissteigerungen, erhalten zu wollen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ja, meine Damen und Herren, genau das ist geschehen nach einem Maßnahmenkatalog, den wir Ihnen klar und deutlich schon im Juli aufgezählt haben, wozu auch die Beschlüsse des Nationalrates beigetragen haben und in dem unser Bundeskanzler gesagt hat, daß im binnenstaatlichen Bereich

erstens eine Kürzung der öffentlichen Ausgaben trotz der Einnahmehausfälle vermieden werden muß;

zweitens eine Politik wachsender Defizite zugunsten öffentlicher Aufträge in Erwägung gezogen wird – das haben wir ausdrücklich am 1. Juli gesagt –;

drittens die Konjunkturabschwächung zur Beseitigung überalterter Wirtschaftsstrukturen genützt werden muß;

viertens eine großzügige Förderungspolitik zur Erhaltung bestehender und zur Erschließung neuer Märkte betrieben werden muß.

Wir haben schließlich und endlich nachweisen können, daß es in diesen vergangenen fünfzehn Jahren gelungen ist, die österreichische Wirtschaft auf einen Stand zu bringen, sodaß wir nicht nur den Europastandard erreicht, sondern in dieser Zeit auch den geltenden Lebensstandard weit überschritten haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich sage Ihnen – und der Herr Finanzminister wird morgen noch Gelegenheit haben, dazu zu sprechen, aber weil er es ja so deutlich gesagt hat und weil Sie nach konkreten Maßnahmen gefragt haben –: Das Budget hat viel zur Arbeitsplatzsicherung beitragen können. Seit 1970 ist der budgetpolitische Entscheidungsspielraum vergrößert worden. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ja natürlich, meine Herren, das läßt sich ja zahlenmäßig nachweisen. Die Defizite

Marsch

sind anteilmäßig verkleinert worden. (*Abg. Dr. Gruber: Woran anteilmäßig?*) Jawohl, meine Herren! Ich habe Ihre Zwischenrufe erwartet. Wie schaut es denn in Wirklichkeit aus?

Die Entwicklung der Gesamtschulden seit 1962 zeigt – und das muß man halt Ihrem Klubobmann, der auch einige Jahre Finanzminister war, sagen – vielleicht in der kurzen Zeit doch zu lange, weil man ja weiß, was da geschehen ist –, daß in seiner Zeit die Schulden im Vergleich – man muß es ja vergleichen können – zum Bruttonationalprodukt eine Höhe erreicht haben, die es bisher noch nie gegeben hat. Das war Ihre Politik in der Zeit, in der Sie die Möglichkeit gehabt haben. (*Abg. Dr. Gruber: 1975?*) In den Jahren 1968 und 1969 hat es erstens die größte Staatsverschuldung gegeben im Vergleich zum Bruttonationalprodukt (*Abg. Dr. Gruber: Und 1975? – Beifall bei der SPÖ*) und zweitens hat es die größten Steuererfindungen gegeben. Sie haben fünf Steuern erhöht und zwei neue eingeführt. Meine Herren, das wissen Sie doch genau! (*Abg. Dr. Gruber: Und drei haben Sie weiter behalten!*) Das ist eine Tatsache. Die zwei neuen haben wir abgeschafft. Und heute regen Sie sich über die Politik, insbesondere über diese Budgetpolitik auf.

Diese Kritik, die Sie und Ihr Klubobmann daran üben, kann doch nur einen Sinn haben: daß man eine andere Budgetpolitik macht. Das ist doch die Alternative. Das kann ja nur bedeuten, daß es eben nur eine deflationistische sein kann. Und das bedeutet Arbeitslosigkeit. Daher lehnen wir diese Politik ab. (*Abg. Dr. Gruber: Das ist eine Milchmädchenrechnung!*) Meine Herren, Milchmädchenrechnung hin oder her. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Meine Herren von der ÖVP, sagen Sie mir ein Land, in dem in den letzten Jahren eine wirtschaftspolitisch bessere Entwicklung stattgefunden hat als in Österreich. Sagen sie mir ein solches Land. (*Beifall bei der SPÖ. – Ruf: Deutschland!*) Wo gibt es weniger Arbeitslosigkeit, wo gibt es mehr Vollbeschäftigung, wo gibt es eine stärkere Währung?

Schließlich und endlich können gerade wir sagen, daß wir mit diesen konzertierten Maßnahmen erreicht haben, daß man gerade im Jubiläumsjahr des dreißigjährigen Bestandes der Republik Österreich und 20 Jahre nach dem Staatsvertrag heute sagen kann, daß diese Politik, diese Wirtschaftspolitik, die Österreich betreibt, ein Beispiel für Europa und die ganze Welt ist. Das haben nicht wir, das hat vor einigen Wochen erst die „New York Times“ gesagt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Daher glaube ich, daß wir in dieser Zeit, von der wir ganz ausdrücklich gesagt haben, daß es eine sehr ernste Zeit ist, auch das alles brauchen,

um in Österreich Probleme nicht in dem Maße spürbar zu machen, wie es in anderen Ländern der Fall ist.

Meine Herren! Gleich zu den Preisen. Wenn für Preiserhöhungen die Bundesregierung verantwortlich gemacht wird, dann müssen Sie uns doch auch zugestehen, wie es der Handelsminister vor einigen Tagen mitgeteilt hat, daß wir dafür eben ein besseres Gesetz brauchen. Aber da haben Sie von der ÖVP Bedenken. Und darin zeigt sich ja Ihre Widersprüchlichkeit. Allein in den letzten Wochen nach der Wahlentscheidung vom 5. Oktober war Ihre ganze Argumentation in Wirklichkeit eine Fortsetzung des Wahlkampfes, und das zeigt sich auch im Falle des Preisgesetzes.

Sie bringen als Beispiel die Bundesrepublik Deutschland, so tut es die Bundeswirtschaftskammer, und das sind ja Ihre Herren in erster Linie, sie sprechen von einer sachgerechten Politik in Deutschland. Gleichzeitig aber gibt Ihr Parteiohmann dem gleichen Deutschland die Schuld, daß sich in den betroffenen Ländern, also auch in Deutschland, sozialistische Exekutiven etabliert hätten. Da hat das „Salzburger Volksblatt“ doch richtig festgestellt, irgendwo sollte auch im Parteienstreit der Verwendung von Unlogik Grenzen gesetzt sein.

Wenn Sie sich, wie mein Vorredner gesagt hat, in der Oppositionspolitik bessern wollen – es ist nicht unsere Aufgabe, dafür zu sorgen –, dann müssen Sie doch diese Widersprüchlichkeiten, die sich allein in den letzten Wochen gezeigt haben, auch ein bisserl einschränken oder gar unterlassen.

In der Tat schaut es heute so aus, daß wir in allen Fragen, bei allem Einsatz im Rahmen des Budgets, in allen wirtschaftspolitischen Fragen heute nachweisen können, daß wir allein in den letzten Monaten einen relativ großen Erfolg hatten. (*Abg. Kraft: Alles relativ!*) Er kann nur relativ sein, weil man ja vergleichen muß, wie die Situation in den anderen Staaten aussieht. Wir können feststellen, daß wir damit allein in den letzten acht Monaten – und so sagen es Experten der Arbeiterkammer – hunderttausend Arbeitsplätze gesichert haben.

Das meinen wir, wenn wir sagen, das Beschäftigungsniveau müsse möglichst hoch gehalten werden.

Sie können über Experten der Arbeiterkammer denken, wie Sie wollen, das überlasse ich Ihnen. (*Abg. Kraft: Aha, die Arbeiterkammer ist unpolitisch, und die Bundeskammer ist ÖVP!*) Herr Kollege! Wenn Sie solche Erklärungen abgeben – ich stehe schon dazu –, dann müssen Sie überlegen, was gilt. Das, was die Bundeswirtschaftskammer sagt, die die deutsche Bun-

Marsch

despolitik lobt, oder das, was Ihr Bundesparteiobmann sagt, der in Wirklichkeit diese Politik als schlecht bezeichnet. Schlecht oder gut, da müssen Sie sich dann entscheiden. *(Beifall bei der SPÖ. – Ruf bei der ÖVP: So einfach ist das wirklich nicht!)* So schaut es doch in Wirklichkeit bei Ihnen auch aus. *(Abg. Dr. Gruber: Das ist zu billig!)*

Als die vorige Periode begonnen hat, hat Ihr Klubobmann nichts anderes zu tun gehabt – und das muß man heute im Lichte der Erfahrungen betrachten, die ja Sie gemacht haben, und jetzt zitiere ich Ihren Pressedienst am Anfang dieser Periode 1971 –, als zu sagen: „Es ist grotesk, daß die SPÖ zum Thema Konjunkturpolitik nichts anderes zu sagen hat, als unpassende Warnungen vor nichtgegebenen Arbeitsplatzgefährdungen zu verkünden.“ – Das sagte Koren. So steht es in Ihrem ÖVP-Pressedienst. In Wirklichkeit war es die Aufgabe und die Tat dieser Bundesregierung, mit Unterstützung der Regierungspartei, daß sie von Anfang an, als die Probleme nicht so sichtbar waren, dafür gesorgt hat, daß wir diese Vollbeschäftigung möglichst erhalten. Das haben wir auch erreicht. *(Beifall bei der SPÖ. – Ruf bei der ÖVP: Sind sie in Vollbeschäftigung oder in optimaler Beschäftigung?)* Meine Herren! Es wird um jeden Arbeitsplatz gekämpft werden. Jedenfalls ist mit dieser Frage ein Vergleich auch berechtigt, nämlich der, wie es damals bei Ihnen aussah hat und wie es heute aussieht. Wir wissen, daß die Sorgen groß sind, und wir wissen, daß es noch manche Probleme geben wird, weil wir ja in der Entwicklung des ganzen Welthandels nicht klar sehen können. Aber wenn Sie damals mehr als doppelt soviel Arbeitslose gehabt haben als es heute gibt, meine Herren, ich glaube, dann ist Ihnen eigentlich nicht das Recht gegeben, daß Sie hier diese kritischen Feststellungen machen. Das möchte ich Ihnen auch nur am Rande sagen.

Ich darf in dem Zusammenhang auch bemerken, weil es im Rahmen der Wirtschaftspolitik dazu gehört: Ein wesentlicher Teil unserer Wirtschaft ist im Rahmen des Gewerbes tätig, und ich möchte sagen: Österreich braucht das Gewerbe! Daher haben wir alle Maßnahmen der Strukturverbesserung ins Auge genommen und werden das auch in Zukunft umso mehr tun, als wir wissen, daß wir auf diesem Gebiet eine große Aufgabe zu erfüllen haben.

Wir haben diese neue Gewerbeordnung gebracht, auf die so mancher der Parteiangehörigen der ÖVP und so mancher Unternehmer jahre- und jahrzehntelang gewartet haben. Es ist dann dem Handelsminister gelungen, im Laufe der letzten Periode das zu erreichen.

Wir haben zum Beispiel – um nur noch eines hinzuzufügen – auch die Anerkennung der

Stellung der mitarbeitenden Ehefrau erreicht. Ihre Nichtanerkennung war ja in Wirklichkeit ein Unrecht gegenüber anderen. Das ist in der letzten Periode nun endlich vollzogen worden.

All das ist mit dafür ein Beweis, daß es uns um so manche Gruppe im Rahmen der Wirtschaft geht, wobei wir wissen, daß es eben die Sorge dieser Bundesregierung sein muß, hier zu helfen, Maßnahmen zu setzen. *(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Aber ich möchte mich noch mit einem anderen Teil befassen, weil ich glaube, daß dies notwendig ist, zunächst vielleicht im Rahmen der Wirtschaft, was die Rationalisierung der landwirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen betrifft, um sie für die Bauern wirksamer zu machen. Die Landwirtschaftspolitik interessiert ja die gesamte Bevölkerung. Die Landwirtschaft ist in unseren Augen nicht nur für die Ernährung, sondern auch für die Erhaltung der Landschaft zuständig.

Ich möchte sagen – und das ist mit dieser Regierungserklärung angekündigt –, daß alles gegen den Bürokratismus, wie er vom Bauernbund in den Landwirtschaftskammern betrieben wird, getan werden muß. Ich sage das jetzt auf Grund meiner Erfahrungen aus meiner politischen Heimat in Niederösterreich. Da gibt es allein in Niederösterreich 65 – Sie hören nicht falsch: 65 – Bezirkslandwirtschaftskammern. Nicht einmal in ganz Österreich gibt es so viele wie allein in Niederösterreich. Dabei gibt es Bezirke, wo es für nicht einmal 40 Vollbetriebe und 40 Nebenerwerbsbetriebe – das stimmt, in Klosterneuburg ist das zum Beispiel der Fall – eine Bezirkslandwirtschaftskammer gibt. Ähnliches gilt für andere Bezirke Niederösterreichs, wie zum Beispiel für Ybbs-Persenbeug und so weiter. An solchen Stellen sind ein oder zwei Sekretäre, Sekretärinnen, ja bis zu elf oder mehr Angestellte tätig. Das führt zum Beispiel dazu, daß allein die niederösterreichischen Landwirtschaftskammern mit 452 Mitarbeitern mehr Bedienstete haben als das ganze Landwirtschaftsministerium. So schaut es in der Tat aus.

Daher glauben wir – das sage ich jetzt den Bauern von der ÖVP-Seite, vom Bauernbund, die sich aus dem Saal begeben haben –, daß es ein sehr schreiendes Unrecht ist, wenn man eine Förderungsmaßnahme des Bundes heute nur dann bekommt, wenn man gute Beziehung zu jenem Mandatar hat, der diese Ansuchen gerade in der Hand hält und sie nach Gutdünken, wie es in niederösterreichischen Bezirken passiert ist, einfach weitergibt, wie er es glaubt.

Daher meinen wir – das an die Adresse aller, die sich als Vertreter der Bauernschaft fühlen –, daß man eine Vereinfachung auch mit dem Ziel durchführen muß, daß der Bauer so, wie er es

Marsch

fühlt, und in gerechter Behandlung, aber nicht nach dem Gutdünken irgendeines ÖVP-Mandatars seine Förderung bekommt. Daher ist der direkte Weg der bessere. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich zitiere in diesem Zusammenhang aus den „Vorarlberger Nachrichten“ ein Gespräch, in dem Ihr Vertreter, ein Vertreter des ÖVP-Bauernbundes, ja ganz klar sagt, daß es sich hier um eine gesteuerte administrative Überlastung der Kammern handelt, deren eigener Spielraum dadurch immer stärker eingeengt werde. Das steht in den „Vorarlberger Nachrichten“ vom 9. 9. 1975. Wir werden sie daher entlasten. Aber ich sage gleich: Das ist nicht der Hauptgrund. Der Hauptgrund ist: Schluß mit der Bevormundung der Bauern! Das ist ein wesentlicher Punkt der Gleichberechtigung der Staatsbürger in Österreich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte Ihnen noch ein Beispiel bringen, damit Sie sehen – vielleicht ist das nicht einmal der ÖVP bekannt –, zu welchen Exzessen das bei den Bauern unter anderem führt. Wissen Sie, daß es heute einfach schon üblich ist, daß bei der landwirtschaftlichen Genossenschaft im Ennstal in der Steiermark ein Bauer mit der Abrechnung seiner Milch auch schon den ÖVP-Beitrag für den Wahlfonds dazugerechnet bekommt? Ja, meine Herren, ich stelle Ihnen das *(der Redner zeigt einige Blätter)* gerne zur Verfügung. Ich habe das auch mit einer eidesstattlichen Erklärung, in der jener Bauer sagt, daß ihm von der Landgenossenschaft Ennstal ohne sein Wissen und seinen Auftrag von der Milchabrechnung eine Wahlfondsspende für die ÖVP abgezogen wurde. Er erklärte weiter: Ich habe mich deshalb auch bei der Bezirksparteileitung der ÖVP energisch beschwert.

Das ist aber der landwirtschaftlichen Genossenschaft in Stainach völlig gleichgültig.

Ich weiß schon, man kann das mit der Bemerkung abtun: Na so viel Geld ist das nicht! – Aber, meine Herren, hier geht es um das Prinzip, um das Prinzip, daß landwirtschaftliche Genossenschaften nicht dafür da sind, ÖVP-Beiträge einzusammeln. Das werden wir nicht mehr dulden. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Zittmayr: Nicht verallgemeinern!)* Meine Herren! Ich stelle Ihnen das gerne zur Verfügung. *(Abg. Dr. Zittmayr: Bitte, das wäre sehr nett!)* Und ob man da jetzt verallgemeinert oder nicht, muß ich sagen: Allein dann, wenn das der einzige Fall wäre – ich glaube es nicht –, würde das eine Anklage rechtfertigen. *(Abg. Dr. Zittmayr: Keine Verdächtigungen aussprechen!)* Das ist keine Verdächtigung! Ich weise das energisch zurück! Hier habe ich die Photokopie mit eidesstattlicher Unterschrift und den Abrechnungsbogen der Stainacher Landwirtschaftsgenossenschaft. *(Abg. Dr. Gruber:*

Sie sind ein Spezialist für Verdächtigungen!) Da können Sie sagen, was Sie wollen: Das ist die Wahrheit! *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Gruber: Sie sind doch ein Spezialist für Verdächtigungen! – Abg. A. Schlager: Sie haben schon einige Male die Unwahrheit gesagt!)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich jetzt noch einem anderen Problem zuwenden. In letzter Zeit nahm man insbesondere in kirchlichen Kreisen Anstoß an einer Formulierung, die dem Hainfelder Programm der österreichischen Sozialisten entnommen ist und die von Bundeskanzler Kreisky wiederaufgenommen wurde.

Ich glaube, daß in Österreich weder der Staat noch die Regierung noch die Regierungspartei auch nur ein leises Interesse an einem Konflikt mit der Kirche hat.

Mit Recht hat der Chefredakteur der „Kathpress“, Professor Barta, am 7. November dieses Jahres, also vor einigen Tagen, in der „Kleinen Zeitung“ geschrieben:

„Österreich stehen andere Sorgen ins Haus als ein aus Mißverständnissen geborener Streit zwischen Staat und Kirche. Aber Mißverständnisse können die Atmosphäre vergiften, wenn man nicht versucht, sie auszuräumen.“

Ich glaube, bei der Diskussion um die Formulierung „natürliches Rechtsbewußtsein des Volkes“ handelt es sich um ein solches Mißverständnis, ein Mißverständnis, das mir deshalb so besonders bedauerlich erscheint, weil mir gerade hier ein wichtiger Ansatzpunkt für das Einverständnis, für das Zusammenklingen in Grundsätzen zwischen der Kirche und der Arbeiterbewegung zu liegen scheint. *(Abg. Dr. Gruber: Vorher haben Sie vom Staat gesprochen! Staat und Arbeiterbewegung ist nicht dasselbe!)*

Das „natürliche Rechtsbewußtsein des Volkes“ ist doch nichts anderes als die Berufung auf menschliche Grundwerte und Grundrechte, die nach unserer Ansicht ebenso wie nach Ansicht der Kirche zum Wesentlichen des menschlichen Lebens gehören.

Wenn die Kirche von einem „natürlichen Sittengesetz“ spricht, so ist das vielleicht gar nicht so weit davon entfernt. Man könnte sich auf viele große Geister berufen, wollte man in Erinnerung rufen, daß die Gleichheit des Menschen vor dem Gesetz, wie sie Ausdruck der Demokratie ist, geistesgeschichtlich nicht denkbar wäre ohne die Gleichheit des Menschen vor Gott, auch wenn im Kampf der gesellschaftlichen Kräfte die Fronten oft anders verlaufen.

Das Mißverständnis beruht auch darauf, daß kirchliche Kreise im Hinblick auf das Volksbe-

Marsch

gehen der Aktion Leben die Formulierung vom „natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes“ auf die Frage der Fristenlösung einengen wollen.

Hier gibt es gleich eine Anhäufung von Mißverständnissen: Erstens jenes, daß die gesetzliche Regelung der Fristenlösung, wie das von uns schon wiederholt betont wurde, keineswegs eine Befürwortung der Schwangerschaftsunterbrechung darstellt, sondern daß sie lediglich – aus den bekannten medizinischen, rechtspolitischen und sozialen Gründen – die Straffreiheit festlegt. Das zweite Mißverständnis: das Rechtsbewußtsein des Volkes hat sich gerade dadurch, daß es in diesem Bereich die vom früheren Gesetz gelegte Strafdrohung nicht anerkannte – man erinnere sich der hohen „Dunkelziffern“ –, sich als menschlicher und gerechter erwiesen als ein hartes, wirklichkeitsfernes Gesetz. *(Beifall bei der SPÖ.)* Drittes Mißverständnis: Hier hat nicht eine Mehrheit einer Minderheit etwas aufgezwungen, sondern die Freiheit der Entscheidung des einzelnen und damit ein grundlegendes Menschenrecht wird durch die befristete Straffreiheit in keiner Weise berührt, ja im Gegenteil erst ermöglicht.

Ich möchte hier keineswegs eine Fristenlösungsdebatte vom Zaun brechen. Aber ich muß darauf hinweisen, daß es meiner Meinung nach eben nicht grundsätzliche Anschauungsunterschiede, sondern Mißverständnisse sind, die die Haltung der Kirche in dieser Frage bestimmen. Eben deshalb sehe ich keinen Anlaß, daß Österreich einen neuen Kulturkampf befürchten muß, und ich begrüße in diesem Sinne die Erklärung der Bundesregierung über die strikte Einhaltung aller im Konkordat beschlossenen Punkte, wie sie das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in Österreich nun zum allgemeinen Nutzen schon seit Jahren friedvoll regeln.

Ein humanistischer Gehalt – und das möchte ich in dem Zusammenhang noch erwähnen – steckt auch in der Forderung, die Demokratie permanent zu erweitern und zu verlebendigen. Es ist ja kein Zufall, daß der Gedanke der Volksanwaltschaft gerade unter einer sozialdemokratischen Regierung zum ersten Mal Gesetzesreife erlangt hat und zunächst leider an dem Nein der ÖVP gescheitert ist. Man stelle sich das einmal in seiner ganzen Unwahrscheinlichkeit vor: Eine Regierung schafft ein Gesetz, durch das eine Einrichtung entstehen soll, die es jedem Staatsbürger ermöglichen würde, gegen Entscheidungen von Regierungsämtern Beschwerde einzulegen – und die Opposition lehnt das ab! Es ist beinahe eine spiegelverkehrte Welt, die in dieser mir unverständlichen Haltung der ÖVP liegt, die ich mir durch die sture Absicht, einen Erfolg der Regierungspolitik um jeden Preis zu verhindern, nur ungenügend erklären kann. Um so wichtiger scheint

mir, daß nun ein neuer Anlauf unternommen wird – und das ist notwendig –, diese Einrichtung der Volksanwaltschaft, der mit der wachsenden Verwaltungstätigkeit wachsende Bedeutung zukommen wird, zu schaffen, und sei es ohne die Zustimmung der ÖVP. Das ist eine tatsächliche Erweiterung der Demokratie – darüber werden sie nicht hinwegdiskutieren können, und beim Volk, das schon jetzt bei den Ombudsmännern der Zeitungen Zuflucht sucht, mit Ihren Ablehnungen keinen Anklang finden. *(Beifall bei der SPÖ.)* Meine Damen und Herren! Ich möchte abschließend vielleicht nur noch einen Satz zur Außenpolitik und zur Neutralitätspolitik sagen, weil es ja so ist, daß die Staatsbürger – ich hoffe und glaube, daß es uns gelungen ist, daß der Österreicher hier eine Ausnahme gegenüber den anderen Völkern bildet –, die Durchschnittsbürger, je weiter ein Problem, eine Frage entfernt ist, geographisch oder zeitlich, desto weniger beeinflußt werden. Ich hoffe, daß uns das in den letzten fünfzehn Jahren doch mehr gelungen ist; diese leidvolle Feststellung hat der Außenminister der Vereinigten Staaten, Kissinger, in der „New York Times“ vor einem Jahr getroffen, oder ist es noch länger her.

Aber ich möchte dazu sagen: Entscheidend ist, daß wir es verstanden haben, diese Neutralitätspolitik, die hier einstimmig in diesem Hause festgelegt wurde, als aktive Neutralitätspolitik auszulegen. Das, glaube ich, ist nicht zu unterschätzen gerade für die Anerkennung Österreichs in der gesamten Welt. Ich glaube, wenn die Bundesregierung auf diesem Wege fortfährt, dann kann es für Österreich und seine Stellung in der Welt nur gut sein. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben in der Wahlpolitik die realistische Politik ohne leere Versprechungen angekündigt, und so hat es der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung getan. Er hat auf die Härte der Zeit hingewiesen, und ich glaube, daß wir das mit aller Deutlichkeit vor den Wahlen der österreichischen Bevölkerung gesagt haben. Wir sagten auch damals, daß wir ein so hohes Maß an Vertrauen brauchen, daß wir das Werk des Aufbaues weiterführen können. Eindeutige politische Verhältnisse sind notwendig. Besonders in diesen Zeiten braucht man eine Regierung der Klarheit und Festigkeit. Heute können wir feststellen, daß die Österreicher der Regierungspartei dieses Vertrauen verstärkt gegeben haben. Wir sind stolz darauf, aber es ist nicht notwendig, das heute hier auszusagen, sondern ich möchte feststellen, daß uns verstärktes Vertrauen nicht überheblich macht, sondern verpflichtet, verpflichtet, für Österreich und seine fleißige Bevölkerung weiterzuarbeiten! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Stix.

Abgeordneter Dr. **Stix** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die glanzlose Regierungserklärung, die wir letzte Woche hier in diesem Saal anhören mußten, scheint mit der passende Auftakt zu sein für eine Regierungsperiode, in welcher der bisherige Glanz der Regierungen Kreisky I und II nach und nach verlöschen wird. Konnte sich der Herr Bundeskanzler in den zurückliegenden Jahren gewissermaßen im Glanz einer hellstrahlenden Konjunktursonne bewegen, konnte er jedes und alles versprechen und vieles auch finanzieren, so wird sich die weitere Tätigkeit der sozialistischen Alleinregierung im Schatten der weltweiten Konjunkturfalte bewegen müssen. Und aus dieser Einschätzung der Lage heraus erscheint es verständlich, daß die Regierungserklärung vorsichtig gehalten ist, daß sie unsicher wirkt, daß sie sich zum Teil in nebulösen Andeutungen erschöpft.

Wenn man sich an Hand der Regierungserklärung die Frage stellt: Was wird denn diese Regierung Kreisky III tun?, dann fällt es schwer, aus der Regierungserklärung heraus die Antwort auf diese Frage zu erhalten. Nur wenige Ziele, wenige Detailmaßnahmen sind genau dargestellt oder wenigstens in ein, zwei Sätzen benannt, darunter auch einige durchaus positive Punkte. Aber über die wirklich bewegenden Fragen, über die großen Probleme der Sanierung der Staatsfinanzen, der Bewältigung der schwieriger werdenden wirtschaftlichen Lage, da findet sich so gut wie nichts. Um alle diese Probleme wird in der Regierungserklärung herumgeredet wie um einen heißen Brei. Es ist also sehr schwer, sich zu beantworten, was die Regierung tun wird, wenn man diese Regierungserklärung liest.

Und doch wird eine Linie sichtbar: die Linie nämlich, daß auch in Zukunft die Tätigkeit der sozialistischen Alleinregierung mehr Staat bringen wird, mehr Bürokratie und mehr Verwaltungsaufwand. Ich werde das an Hand herausgegriffener Beispiele nachweisen. Die Fortsetzung der Linie: Mehr Staat, mehr Bürokratie, mehr Verwaltungsaufwand, paßt doch in Wahrheit überhaupt nicht mehr zu der Situation der radikal leergefegten Staatskassen mit einem Defizit, wo es nur mehr eine Frage der Zeit ist, bis es sich auf 50 Milliarden Schilling hinbewegt.

Angesichts einer solchen Entwicklung müßte doch eigentlich ein Innehalten erfolgen, eine Besinnung darauf, ob der bisher gegangene Regierungsweg richtig ist. Aber davon findet sich in der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers nichts. Ganz im Gegenteil: Es zeigt sich eben

auch bei dieser Regierungserklärung wiederum, daß sozialistische Politik nahezu zwangsläufig zu immer mehr ausgeweiteter Staatstätigkeit führt.

Lassen Sie mich einige Beispiele bringen: Wir haben gerade in den letzten Jahren eine nie dagewesene Verbürokratisierung der Schulen erlebt. Die Lehrer, anstatt Zeit zu haben, ihren Erziehungsaufgaben umfassend nachzukommen, stöhnen unter einem gigantischen ihnen aufgebürdeten Verwaltungsaufwand. Ganz das gleiche an den Hochschulen: Dort ist durch das UOG eine Verbürokratisierung eingeleitet worden, daß man jetzt schon sieht, wieviel wertvolle Kraft, anstatt in Forschung und Lehre tätig und wirksam werden zu können, benötigt wird, um schlicht und einfach Verwaltungsapparatismus zu betreiben. Das geht so weit, daß diese Verbürokratisierung an den Hochschulen heute schon mit Sicherheit sagen läßt, daß dieses erst neu eingeführte Universitäts-Organisationsgesetz über weite Teile praktisch überhaupt nicht durchführbar ist.

Ich möchte aber jetzt einem Mißverständnis vorbeugen, dem Mißverständnis nämlich, daß man die Schuld auf die Beamten schiebt. Ganz zu Unrecht wird in der Bevölkerung der Eindruck erweckt, es seien die Beamten schuld an dieser Entwicklung. Tatsache ist, daß die Schuld daran die verantwortlichen Politiker tragen. Denn die Beamten erfüllen ja nur die Pflicht, die ihnen die Politiker in Gesetzen, Verordnungen und Regierungsmaßnahmen aufbürden. Und die sozialistische Politik bürdet ihnen eben immer mehr Verwaltung auf.

Ein weiteres Beispiel – Schulen und Hochschulen habe ich schon genannt – ist die Sozialversicherung. Österreich steht in der Welt nahezu an der Spitze, was den Ausbau seines Sozialversicherungswesens betrifft. Das ist schön, das ist gut. Was sagt nun der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung dazu? Es steht da wörtlich drin zu lesen, daß auch die Regierung Kreisky III eine „Ausweitung der Kranken- und Pensionsversicherungen“ beabsichtigt.

Frage: Ist das die richtige Absicht, ist das die richtige Marschrichtung, wenn heute schon die Auszahlung der fällig werdenden Pensionen ein immer schwieriger zu lösendes finanzielles Problem darstellt? Ich möchte nur eine Zahl in den Raum stellen, um die Größenordnung zu veranschaulichen. Allein der Bundesbeitrag zur Sozialversicherung betrug 1975 15 Milliarden Schilling. Das ist die Hälfte – die Hälfte! – aller Einnahmen aus der Lohnsteuer.

Müßte man nicht angesichts dieser Entwicklung vielmehr die Frage stellen und Überlegungen anstellen, was können und müssen wir tun,

Dr. Stix

um dieses stattliche Gebäude unserer Sozialversicherung vor dem Einsturz zu bewahren? Müssen wir uns nicht Überlegungen durch den Kopf gehen lassen, unser derzeit hochentwickeltes Sozialversicherungssystem rechtzeitig zu sanieren, bevor wir nicht mehr in der Lage sein werden, diesen Turmbau zu stützen?

Halten wir uns doch bitte vor Augen, daß sich eine dramatische Verringerung unserer Geburten ankündigt, ja sie ist im Gange. Noch vor zwei Jahren gab es über 100.000 Geburten in Österreich; innerhalb weniger Jahre werden wir bei 70.000 Geburten herunter sein.

Es taucht die große Frage auf, wer in Zukunft diese sozialen Lasten, die heute noch ständig erweitert werden, bezahlen soll. Ich möchte gerne die Antwort von den Regierungsverantwortlichen hören, die sie den nachrückenden Generationen geben, wenn diese fragen: Wie sollen wir das noch bezahlen, was ihr uns da aufgebürdet habt?

Aber über diese Sorge, die eigentlich eine gemeinsame Sorge sein muß, die auch unsere freiheitliche Sorge ist, weil wir ganz selbstverständlich die soziale Sicherheit erhalten möchten, über diese Sorge findet sich in der Regierungserklärung des Herrn Dr. Kreisky nichts. Ganz im Gegenteil: Es soll ausgeweitet werden, es soll mehr werden, und damit ist ein Weg eingeschlagen, der unweigerlich zu einer finanziellen Überforderung des Staates führt.

Ein weiteres Beispiel: Wohnungswesen. Ich weiß, das ist ein heißes Eisen, und daher greife ich es ganz bewußt hier heraus aus der Regierungserklärung. Ich pflichte dem Herrn Bundeskanzler zu, wenn er in seiner Regierungserklärung ausführt: „Die Übersichtlichkeit des Wohnungsangebotes ist vor allem in Großstädten schlecht. Es gilt daher die Information über das Wohnungsangebot, aber auch über die Probleme der Wohnungsbeschaffung zu intensivieren“. Einverstanden, in Ordnung. Aber welchen Weg schlägt er vor?

Es heißt dann: „Diese Aufgabe kann sicherlich am besten von den Kommunalvertretungen bewältigt werden.“ – Also wieder die gleiche Tour: eine neue Aufgabe für den Staat, noch mehr Bürokratie, noch mehr Verwaltung und selbstverständlich, eine logische Folge, noch mehr Beamte. Dabei würde es doch völlig ausreichen, anstatt einer neuen Verwaltung diesbezüglich bessere Regeln für den sicherlich nicht idealen Vermittlungsmarkt zu schaffen.

Ich halte gerade diese Frage für ein sehr gutes Beispiel, um bei gleicher Problemstellung die Unterschiede aufzuzeigen zwischen sozialistischer Politik und zwischen freiheitlicher Politik. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn ein Markt schlecht funktioniert, sagen wir Freiheitlichen, dann müssen die Marktregeln verbessert werden, dann müssen für das Marktgeschehen bessere Spielregeln vorgeschrieben werden mit der Absicht, den Markt funktionsfähig zu machen und zu verbessern.

Ganz anders die Sozialisten. Die Sozialisten sagen: Da müssen wir halt den Markt abschaffen und durch Verwaltung und Bürokratie ersetzen.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, das halten wir Freiheitlichen für den falschen Weg. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dabei ist gerade das Wohnungswesen ein eklatantes Beispiel für das Versagen der öffentlichen Hand. Warum verfällt denn in Österreich der Althausbestand? Wieso stehen denn Wohnungen leer? Wieso kosten Wohnungen im sogenannten sozialen Wohnungsbau kaum mehr weniger als frei finanzierte Wohnungen? In Innsbruck etwa: städtisch geförderte Sozialwohnung, 100 Quadratmeter, Miete an die 3000 S. Warum ist das so beim Wohnungsbau der öffentlichen Hand? Und warum, bitte, steht Österreich in einer Statistik unter 22 europäischen Ländern an vorvorletzter Stelle bezüglich der neu erbauten Wohnungen pro 1000 der Bevölkerung? Hinter Österreich stehen unter diesen 22 europäischen Ländern nur noch England und die DDR.

Man kann also den Schluß ziehen, daß der heutige Zustand des Wohnungswesens in Österreich nicht nur kein überzeugender Beweis für die Überlegenheit einer staatlich verordneten Verwaltungswirtschaft ist, sondern ganz im Gegenteil ein abschreckendes Beispiel.

Nun hat der Herr Bundeskanzler nicht nur in seiner diesmaligen Regierungserklärung, sondern auch schon früher zu der im Gang befindlichen Aufblähung der Verwaltung eine Korrekturkur verordnet: die Verwaltungsreform. Alle Jahre wieder, bei jeder Regierungserklärung wieder, in jeder Budgetdebatte wieder: die Verwaltungsreform. Nur weiter geht nichts. Die Verwaltungsreform ist nach wie vor ein leeres Lippenbekenntnis.

Mir kommt die Entwicklung der Verwaltungsaufblähung in Verbindung mit einer ständig nur im Mund geführten Verwaltungsreform ungefähr so vor, wie wenn ein beliebter Mensch ständig kräftig weiterrißt, daneben aber alle Augenblicke auf die Waage steigt, um zu schauen, ob er nicht doch abnimmt. Genau das ist die Situation der Verwaltungsreform, die ja in Wahrheit um kein Stück weitergekommen ist. Hier hören wir wohl die Worte des Herrn Bundeskanzlers, allein es fehlt der Glaube.

Alle diese Beispiele zeigen, daß die künftige Regierungspolitik der sozialistischen Alleinre-

Dr. Stix

gierung allen schlechten Erfahrungen zum Trotz weiter auf dem Kurs bleibt: mehr Staat, mehr Bürokratie und daher mehr Verwaltungsaufwand.

Dieser führt aber sehr rasch zu einem finanziell unlösbaren Problem. Wir werden das in der nächsten Woche sicherlich in aller Ausführlichkeit hier dargelegt erhalten und diskutieren können. Inzwischen pfeifen es ja schon die Spatzen vom Dach, daß Androsch nicht mehr in der Lage ist, seine Staatsfinanzen in Ordnung zu halten. Aber es tut eben not zu erkennen, daß diese Entwicklung das Fazit sozialistischer Regierungspolitik ist.

Ich sage Ihnen: Ihre sozialistische Politik ist auf die Dauer einfach nicht finanzierbar! Damit tritt aber eine entscheidende Schwächung des Staates für jene Aufgaben ein, wo er die finanzielle Kraft braucht. Bei der Bewältigung seiner wahren Aufgaben nämlich! Etwa auf dem Gebiet der Sicherheit oder bei der Landesverteidigung, die ja finanziell chronisch unterversorgt ist.

Beim Stichwort Sicherheit erlauben Sie mir, daß ich, wie auch schon einige meiner Vorredner, kurz auf jene Passagen der Regierungserklärung eingehe, wo vom Rechtsbewußtsein die Rede ist.

Kreisky sagte: Wonach die Sozialdemokratie ihre Ziele in Übereinstimmung mit dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes zu erreichen trachtet.

Wenn er meint, daß das eine rein sozialistische Maxime ist, dann darf ich den Herrn Bundeskanzler darauf hinweisen, daß es sich keineswegs um ein Monopol handelt.

Auch im Freiheitlichen Manifest zur Gesellschaftspolitik steht der Satz: „Die Rechtsordnung hat die Aufgabe, das Zusammenleben der Menschen zu regeln. Sie muß vom Rechtsbewußtsein der Bevölkerung getragen sein.“ – Hier also kein Widerspruch.

Herr Abgeordneter Marsch! Sie haben in Ihren Ausführungen auch diesen Punkt behandelt. In diesem Punkt gibt es also keinen Widerspruch. Ich bezweifle aber, ob der theoretische Anspruch der Sozialisten, mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes im Einklang zu handeln, in der Praxis Platz greift.

Ich stelle die These auf, daß die Wirklichkeit eine ganz andere ist und daß die Wirklichkeit sozialistischer Gesellschaftspolitik eben nicht in Einklang mit der Rechtsüberzeugung der Bevölkerung steht.

Die Diskussion zum Strafrecht und Strafvollzug scheint mir das schlüssig zu beweisen.

Ich persönlich bin der Überzeugung, daß die Bevölkerung in einem Strafvollzug, der Verbre-

cher vorzeitig entläßt, damit sie dann, kaum freigelassen, wieder neue Straftaten begehen können, vielleicht sozialistische Gesellschaftspolitik sieht, dies aber ganz gewiß nicht mit der Rechtsüberzeugung der Bevölkerung in Einklang steht. Von einem so heißen Thema wie der Todesstrafe will ich gar nicht sprechen, weil das nicht der Platz ist, um eine Debatte darüber anzuzünden. Aber ich bleibe bei meiner Behauptung, daß der Anspruch der Sozialisten, Gesellschaftspolitik in Übereinstimmung mit der Rechtsüberzeugung der Bevölkerung zu machen, ein theoretischer ist, der in der Praxis nicht vorhanden ist.

Lassen Sie mich zum Schluß einen Gedanken aufgreifen und behandeln, den der Herr Klubobmann Dr. Fischer gebracht hat. Ich hoffe, ihn sinngemäß richtig zu zitieren. Ich habe es mir jedenfalls so notiert. Er hat gesagt: Uns Sozialdemokraten geht es immer um den konkreten Menschen, und das unterscheidet uns von den anderen – er meinte offensichtlich beide Oppositionsparteien, und er sagte dann wörtlich – „die den Menschen in das Prokrustesbett ihrer Ideologien zwingen“.

Herr Dr. Fischer! Genau umgekehrt ist es, ganz genau umgekehrt.

Ich darf noch einmal das Freiheitliche Manifest zur Gesellschaftspolitik zitieren, und zwar jene Stellen, wo vom Menschenbild die Rede ist. Es heißt hier:

„Die Vorkämpfer der persönlichen Freiheit hatten im Gegensatz zu den Utopisten aller Schattierungen nicht von einem neuen Menschen geträumt, sondern sind vom Menschen ausgegangen, wie er von Natur vorgegeben ist.“

Und weiter: „Wir“ – und das sind in diesem Fall wir Freiheitlichen – „träumen nicht von einem neuen Menschen. Wir wollen dem Menschen, so wie er ist, helfen, sich zu vervollkommen. Der Mensch ist in jeder Generation aufs neue von Geburt aus unvollkommen und gerade dadurch für eine selbstbestimmte Entwicklung ausersehen. Weder die These, der Mensch ist gut, noch die Antithese, der Mensch ist böse, halten vor der Wirklichkeit stand. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß der Mensch mit Anlagen und Fähigkeiten ausgestattet ist, die es ihm erlauben, sowohl den Weg zum Guten wie auch den Weg zum Bösen zu gehen.“

Und jetzt genau der Unterschied gerade zu den sozialistischen Denkern aller Spielarten! Sie „betrachten den Menschen als Produkt der Umwelt und der Produktionsverhältnisse. Damit verneinen sie letztlich die Freiheit des Menschen, denn der Mensch als Produkt der Verhältnisse hätte keine Freiheit“.

Es ist ja das Anliegen sozialistischer Gesell-

Dr. Stix

schaftspolitik, die Gesellschaft zu verändern, um den Menschen zu verändern, das heißt, die Sozialisten sind es, die den Menschen in das Prokrustesbett ihrer Ideologie zwingen.

Genau umgekehrt, Herr Dr. Fischer, als Sie es hier von diesem Pult aus dargestellt haben.

Es ist das ein Thema, das uns noch oft beschäftigen wird, nicht geeignet, in einem kurzen Debattenbeitrag zu einer Regierungserklärung ausdebattiert zu werden. Aber eines ist auch heute sichtbar geworden: daß das Menschenbild, von dem eine politische Anschauung ausgeht, sehr wohl maßgeblich ihre Gesellschaftspolitik beeinflusst.

Unsere freiheitliche Gesellschaftspolitik will eben den Staatsbürger vor einer totalen Manipulation durch eine immer üppiger wuchernde Bürokratie schützen. Daß dies notwendig ist, wurde durch die Regierungserklärung Bruno Kreisky III erneut deutlich gemacht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Brandstätter gemeldet.

Herr Abgeordneter! Sie wissen, nicht über fünf Minuten. Bitte.

Abgeordneter **Brandstätter** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Marsch hat es wieder einmal für notwendig gehalten, die niederösterreichischen Landwirtschaftskammern anzugreifen. Es war – man könnte sagen, wieder einmal – echt eine Unwahrheit, die er gebracht hat, wenn er nämlich gesagt hat ... *(Rufe bei der SPÖ: Berichtigung!)* Bitte, ich bin bei der Berichtigung. Ich habe leider nicht mehr als fünf Minuten Zeit, ich kann also darauf nicht eingehen.

Er hat gesagt, in Niederösterreich gibt es Kammern – er hat Klosterneuburg genannt –, wo 40 Voll- und 40 Nebenerwerbsbetriebe zu betreuen seien, und hat dann – das haben Sie allerdings sehr geschickt gemacht, Herr Abgeordneter – gesagt: Andererseits gibt es Kammern, die bis zu elf und noch mehr Angestellte beschäftigen. Das hat so ausgesehen: Es gibt 80 Bauern dort in der Bauernkammer und elf Angestellte.

Wie schaut die Tatsache aus? Es gibt in Klosterneuburg 458 landwirtschaftliche Betriebe und einen Angestellten. Das ist die Tatsache, Herr Abgeordneter, ich habe mich soeben telephonisch erkundigt. *(Abg. Marsch: Das ist falsch!)* Das ist richtig! Bitte kommen Sie und berichtigen Sie meine Berichtigung, wenn Sie sagen, das ist falsch.

Und dann haben Sie auch Persenbeug

genannt. Dort sind wohl zwei Angestellte, aber da sind 1239 landwirtschaftliche Betriebe. Ich kann jetzt von hier aus nicht behaupten, wieviel dieser Betriebe Vollerwerbs- und Nebenerwerbsbetriebe sind. Das war in der kurzen Zeit nicht möglich. Aber eine Tatsache ist, daß wir in Niederösterreich einen Schnitt von 52 Prozent Vollerwerbsbetrieben haben. Ob das in diesen beiden Kammern genauso ist, kann ich nicht sagen. Aber auf jeden Fall Tatsache: 458 Betriebe. *(Abg. Marsch: Und wie ist das in Vorarlberg, in Tirol, in Salzburg? Sagen Sie das!)* Sie haben von Niederösterreich gesprochen, und ich antworte Ihnen als Niederösterreicher. Und ich sage Ihnen, daß Sie hier die Unwahrheit gesprochen haben, Herr Abgeordneter! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Außerdem haben Sie behauptet, daß man eine Förderungsmaßnahme oder Förderungsmittel des Bundes nur bekommt, wenn man mit einem ÖVP-Abgeordneten ganz besonders gute Beziehungen hat.

Daraufhin darf ich Ihnen auch etwas sagen: Es hat hier der Herr Minister Weihs schon einmal diese Behauptung von der Regierungsbank aus aufgestellt. Es wurde alles entkräftet, nur konnte man den Minister Weihs und auch den Abgeordneten Marsch nicht klagen, weil eben hier der Schutz der parlamentarischen Immunität herrscht. Aber es hat die Zeitschrift des Arbeitsbauernbundes dasselbe, was der Minister Weihs hier gesagt hat, abgedruckt; die sind natürlich nicht unter parlamentarischer Immunität, und die sind auch verurteilt worden, Herr Abgeordneter. *(Abg. Marsch: Nicht deshalb!)* Deshalb, weil sie das abgeschrieben hat, was der Minister Weihs hier behauptet hat, ist die Zeitschrift des Arbeitsbauernbundes verurteilt worden. Genauso würde es Ihnen ergehen, wenn Sie eine Möglichkeit geben würden, diese Behauptungen, die Sie hier aufgestellt haben, auch zu klagen. Aber wenn Sie hier unter dem Schutz der parlamentarischen Immunität Behauptungen aufstellen, die einfach Unwahrheiten sind, dann muß man Ihnen das hier sagen. *(Abg. Marsch: Machen Sie es sich nicht so leicht!)*

Ich bitte Sie, lassen Sie diese Angriffe bleiben *(Abg. Marsch: Kein Jota nehme ich zurück!)*, denn das sind gezielte Angriffe, die nichts anderes als Unwahrheiten darstellen. Gehen Sie hinaus vor ein Gericht und beweisen Sie das. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Gruber: Lauter Unwahrheiten! Zweimal nachgewiesen! – Abg. Marsch: Nicht einmal! – Abg. Dr. Gruber: So gehen Sie um mit Ihrer parlamentarischen Verantwortung!)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Blecha.

Abgeordneter **Blecha** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, daß der Vorwurf der Unwahrheit, der jetzt so lautstark erhoben worden ist, sicher noch im Verlauf dieser Debatte zurückgewiesen werden kann und daß das ganze Problem dann gelöst sein wird, wenn man dem Wunsch eines Landwirtschaftskammerfunktionärs Rechnung getragen und die Kammern von der Arbeitsüberlastung befreit haben wird, die die vielfältigen Verwaltungsaufgaben, nämlich das Verteilen der Förderungsmittel, mit sich bringen. *(Abg. Dr. Gruber: Wer war denn der Funktionär?)* Sie haben davon in der Regierungserklärung gehört, und es ist in den Tageszeitungen gestanden. *(Abg. Dr. Gruber: Wer hat den Wunsch geäußert?)* Hätten Sie dem Herrn Abgeordneten Marsch zugehört, der ja das Zitat gebracht hat. *(Abg. Dr. Gruber: Dem Marsch kann man ja nicht glauben! - Rufe bei der ÖVP: Wer war denn das?)*

Meine Damen und Herren! Diese Aufregung hat Ihre Parallele in der Debatte über die Regierungserklärung *(Abg. Dr. Haider: Wer war denn das?)* - hätten Sie doch aufgepaßt, Sie haben es doch schon zitiert gehört, Herr Abgeordneter Haider -, sie hat also ihre Parallelen in den Debatten zu den Regierungserklärungen 1970 und 1971. *(Abg. Dr. Gruber und Abg. Graf: Wer war denn das, Herr Blecha?)* Sie können durch dieses Geschrei nicht von der Tatsache ablenken *(Abg. Graf: Nein, wir wollen den Namen wissen!)*, daß eine Reihe Ihrer Herren, die heute in der Debatte das Wort ergriffen haben, offensichtlich 1970 oder 1971 konzipierte Teile von Manuskripten ungeprüft übernommen haben. *(Abg. Dr. Gruber: Keine Antwort auf eine Frage! So wie beim Herrn Bundeskanzler!)*

Es hat damals, 1970, in der Debatte der Herr Professor Dr. Koren die Regierungserklärung als einen Tarnungsplan bezeichnet, es hat damals Dr. Withalm uns als Gefangene einer veralteten Ideologie des Sozialismus bezeichnet und damit jenes Phantom beschworen, das heute so lautstark vom Herrn Abgeordneten Dr. Taus attackiert worden ist. Es hat damals in der Debatte zur Regierungserklärung Dr. Schleinzner dem Herrn Bundeskanzler den Vorwurf gemacht, einen Nebelvorhang eines humanen, liberalen Sozialismus zu verbreiten, und auch vier Jahre später haben Taus und Busek von Vernebelungserklärungen, von Tarnung und Verpackungen gesprochen. *(Abg. Graf: Der Nebel hat sich nicht gelichtet, der Nebel ist ja dichter geworden!)*

1971 hat Dr. Schleinzner davon gesprochen, daß in der Regierungserklärung dieses Jahres nur beschönigt wird, daß abgelenkt wird, daß vertuscht wird, daß angekündigt wird oder

abgeschrieben wurde. Auch heute haben wir das gleiche wieder gehört. Herr Dr. Taus hat von einer Ankündigungsdemokratie, Herr Dr. Busek hat von einer Abschreibebüßung gesprochen. Also sehr originell, muß ich feststellen, ist ja die neue Führung der Österreichischen Volkspartei wirklich nicht. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Graf: Das Programm ist nicht originell, Herr Blecha, nicht der Redner! - Abg. Dr. Koren: Es hat sich nicht viel geändert!)* Herr Professor Koren! Es hat sich viel geändert: Wir sind nur schwächer und Sie... *(Heiterkeit bei der ÖVP)*, wir sind stärker geworden, und Sie sind seither eben schwächer geworden. Das war es.

Aber der Wählerentscheid, der dieser Zusammensetzung des Nationalrates zugrunde liegt, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nicht wie 1970 durch die Mißerfolge und die Versäumnisse einer vierjährigen ÖVP-Alleinregierung zustande gekommen. Ihm lag nicht wie 1971 eine große imposante Erfolgsliste einer sozialistischen Minderheitsregierung zugrunde, sondern er ist zustande gekommen durch die Identität des Wahlprogramms, der von Ihnen 1971 so diffamierten Regierungserklärung und einer vierjährigen Regierungsleistung. *(Ironische Heiterkeit bei der ÖVP. - Abg. Graf: Abschreibidentität!)*

Die von Ihnen als Abschreibepapier, als Vertuschungspapier, als Versprechungskatalog diffamierte Regierungserklärung 1971 ist jedenfalls von dieser Bundesregierung - das können Sie auch nicht durch Ihre Zwischenrufe jetzt leugnen, Herr Dr. Gruber - Punkt für Punkt erfüllt worden. *(Abg. Dr. Gruber: Wo?)* Den Prüfungsbericht hat jedenfalls das österreichische Volk geschrieben - am 5. Oktober 1975! *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Gruber: Wo sind die 5000 Wohnungen mehr geblieben? Wo ist das Punkt für Punkt erfüllt?)*

Dem Abgeordneten Dr. Stix möchte ich sagen, daß eine Regierungserklärung eben eine Absichtserklärung ist, daß man sie nicht sehen kann als eine Aneinanderreihung erläuternder Bemerkungen zu Regierungsvorlagen, die im Verlauf von vier Jahren in dieses Haus kommen werden. Es handelt sich um eine Absichtserklärung, um eine Richtschnur für das politische Handeln von Regierung und Parlamentsfraktion.

Wenn hier einzelne Formulierungen von Ihnen wegen eines vermeintlichen Mangels an Präzision kritisiert worden sind, so möchte ich Ihnen doch entgegenhalten, daß die moderne Erkenntnistheorie den Nachweis erbringt, daß die Wirklichkeit in ihrer Komplexität durch die Sprache nicht exakt abbildbar ist und daß gerade im Bereich des sozialen Lebens eine Entwicklung nicht durch randscharfe Begriffe *(Zwischenruf bei der ÖVP)* - das können Sie

Blecha

jederzeit in der modernen Erkenntnistheorie nachprüfen – aufgezeigt werden kann. *(Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Die Männer und Frauen Österreichs, die am 5. Oktober 1975 ihre Stimme abgegeben haben, haben das für eine Regierung Kreisky getan, für eine fünfeinhalbjährige Reformpolitik, für die Erfüllung von in den Regierungserklärungen 1970 und 1971 enthaltenen Forderungspunkten. Sie haben ihre Stimme abgegeben für einen Bundeskanzler, der eine Mehrheit, eine klare Mehrheit für eine sozialdemokratische Regierung gefordert hat und für eine Partei, die für das zentrale Anliegen unserer Zeit, nämlich für die Erhaltung der Vollbeschäftigung, für die Aufrechterhaltung des hohen Beschäftigungsniveaus ein Programm in der Vorwahlzeit und im Intensivwahlkampf vorgelegt hat, das diametral den konservativen Auffassungen entgegengesetzt worden ist. Und Österreichs Wähler haben sich mit einer Mehrheit entschieden, die derzeit in Europa keine einzige Partei hinter sich weiß. *(Abg. Dr. Gruber: Das ist nicht wahr! Das ist schon wieder nicht wahr!)* Eine absolute Stimmenmehrheit hat in Europa, eine absolute Mehrheit der Stimmen ... *(Abg. Dr. Gruber: Die CSU hat viel mehr in Bayern!)* In einem Gesamtstaat. Wenn wir Teilstaaten oder einzelne Bundesländer hernehmen, Herr Abgeordneter Dr. Gruber, dann werden wir auch in Österreich solche finden. Aber es geht halt beim Vergleich mit Österreich um Nationalstaaten, und ich habe bis jetzt noch nicht gewußt, daß Bayern bereits aus dem Verband der Bundesrepublik Deutschland ausgeschieden ist. *(Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Die österreichischen Wähler haben ein Bekenntnis zu einer Sozialistischen Partei abgegeben, die sich lange vor den Wahlen – das ist ebenfalls heute in Zweifel gezogen worden – sehr eindeutig als eine antikapitalistische Reformpartei deklariert hat, die sich zur Veränderung der Gesellschaft bekannt hat. Das nicht zuletzt in einer sehr großen, offenen Diskussion auf dem Villacher Parteitag 1972, wo der Bundeskanzler und Parteiobmann der SPÖ in seinem Grundsatzreferat ausgeführt hat: „Es handelt sich also bei der Verwirklichung des demokratischen Sozialismus um einen ununterbrochenen, wenn ich so sagen darf – dialektischen Prozeß... Die kommende Gesellschaft wird – und hier scheue ich mich nicht, ein Wort Marxens zu gebrauchen – das Ergebnis einer ganzen Reihe geschichtlicher Prozesse sein, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden.“ Der im heutigen Europa außergewöhnliche Wahlerfolg der SPÖ ist gerade auch wegen einer sehr sauberen ideologischen Profilierung, die mit einer unveröhnlichen Haltung gegenüber dem Kommunismus

jeder Spielart verbunden war, erzielt worden. Und was uns ganz besonders freut, ist auch der Umstand, daß er bei einer hohen Wahlbeteiligung erreicht worden ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dazu möchte ich auch eines sagen: daß immerhin in Österreich die Wahlbeteiligung zwischen 1971 und 1975 von 92,4 auf 92,8 Prozent gestiegen ist *(Abg. Dr. Busek: Wieder ein Erfolg der SPÖ!)*, immerhin in Österreich gestiegen ist. Aber drei Wochen nach dem 5. Oktober, als die Schweizer Stimmbürger aufgerufen worden sind, ihre National- und Ständeräte zu wählen, haben sie nur zu 45 Prozent ihrer demokratischen Verpflichtung entsprochen. Und ich glaube auch, daß dahinter etwas steht, was Sie Österreich im Wahlkampf verordnen wollten: nämlich das Schweizer Konzentrationsregierungsmodell. In Österreich jedenfalls haben bei der von Ihnen so sehr bekämpften Alleinregierung mehr als doppelt so viele Stimmbürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht als in der Schweiz. *(Abg. Dr. Gruber: Belehren Sie nicht die Schweizer!)*

Ich möchte das nur deshalb hier sagen, weil uns das Modell der Konzentrationsregierung als Allheilmittel zur Bekämpfung einer Krise der Wirtschaft oder einer Krise der Demokratie von der ÖVP verordnet werden sollte. *(Abg. Dr. Blenk: Da gibt es aber schlechtere Beispiele als die Schweiz!)*

Untersucht man nun, welche Wählergruppe an den Veränderungen der Stimmenanteile den größten Anteil gehabt hat, so kommt man unschwer auf die größte Wählergruppe der österreichischen Bevölkerung, auf die Frauen. Wenn Sie genaue Wahlanalysen durchführen – und es gibt solche von Ihnen nahestehenden Kreisen –, so werden Sie immer wieder feststellen müssen, daß eindrucksvoll der Trend zur SPÖ hin bei jüngeren Frauen, bei jungen Müttern war. Es ist Ihrer Phantasie überlassen, festzustellen, welche Reformvorhaben und welche familienpolitischen Maßnahmen der sozialistischen Regierung zu diesem vermehrten Vertrauen geführt haben.

Ebenso bedeutsam für den Ausgang dieser Wahl aber war das durch die Wahlanalysen bestätigte Überwechseln älterer Frauen von der ÖVP zur SPÖ, denen Ihre Skandalplakate, daß die Pensionen und Renten nicht mehr gesichert wären, jedenfalls das Wählen der SPÖ leichter gemacht haben und nicht das Gegenteil. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ebenso unbestritten waren weitere Stimmenzuwächse in den Landwirtschaftsgemeinden und alle anderen Trends, die heute schon zitiert worden sind, die mir ein schlüssiger Beweis dafür zu sein scheinen, daß die wichtigsten

Blecha

Punkte der Regierungserklärungen 1970 und 1971, die erfüllt worden sind, auch von den betroffenen Bevölkerungsgruppen honoriert worden sind. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Gruber: Herr Kollege Blecha, wer ist denn von Ihnen weggegangen?)* Die Sozialistische Partei hat jetzt um 44.000 Stimmen mehr als 1971, Herr Dr. Gruber! *(Abg. Dr. Gruber: Das sind alle Frauen Österreichs?)*

Daß die Zuwächse auch in Industriegemeinden stattgefunden haben, wissen Sie ebenfalls, meine sehr verehrten Damen und Herren von der ÖVP! *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.)* Hinter saldierten Werten, Herr Dr. Gruber - wenn ich Ihnen das hier erklären darf -, verbirgt sich eine gewisse Wählerfluktuation. Auch wenn es einen Wählerabtausch gegeben hat, so war er halt im Verhältnis 2 zu 1 zugunsten der SPÖ; wenn also doppelt so viele Stimmen von der ÖVP zur SPÖ gewandert sind, als von der SPÖ an die ÖVP verloren wurden, dann sind wir mit dieser Wählerfluktuation höchst zufrieden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Für die Zuwächse in den Industriegemeinden hat zweifellos auch der Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Noch niemals haben so viele Arbeiter und Angestellte die Sozialistische Partei gewählt wie an diesem Oktobersonntag 1975. Sie haben das auf Grund ihrer Interessenlage als Lohn- und Gehaltsabhängige getan. Sie haben eben jener Partei den Vorzug gegeben, die durch ihre Investitionspolitik, die durch ihre antizyklische Budgetpolitik, die durch ihre Modernisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen in der Lage war, das Gespenst der Arbeitslosigkeit von Österreich abzuhalten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ist es nicht grotesk, daß gerade heute vor einem verpackten Sozialismus gewarnt wird, daß man hier und heute in der Regierungserklärung wiederum sozialistische Experimente in der Wirtschaft vermutet, daß hier gewarnt wird vor sozialistischer Wirtschaftspolitik, daß hier Konzepte urgiert werden, wo doch gerade dieses Österreich neben Norwegen und Schweden das dritte Land der Industrieland ist, in dem die Vollbeschäftigung noch aufrechterhalten werden kann? *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Auch dem Dr. Taus möchte ich nur in Erinnerung rufen, daß gerade diese drei Länder, nämlich Norwegen, Schweden und Österreich, die die Vollbeschäftigung aufrechterhalten haben, drei Länder sind, in denen sozialdemokratische Alleinregierungen die Regierungsgeschäfte führen. *(Abg. Dr. Busek: Wo ist der Willy Brandt? - Abg. Dr. Gruber: Wo ist der Helmut Schmidt?)*

Und ist es nicht grotesk, daß die Kritik an einer Wirtschaftsordnung vom Obmann der ÖVP zurückgewiesen wird, deren Doktrinen soeben in einer so dramatischen Weise durch die Wirklichkeit widerlegt werden?

Wir Sozialisten hängen jedenfalls - auch das sei dem Abgeordneten Dr. Stix in Erinnerung gerufen - an keinen blutleeren Theorien. Für uns ist die „Pädagogik der Tatsachen“ noch immer der beste Lehrmeister gewesen. *(Abg. Dr. Busek: Was heißt das?)*

Schon Karl Kautsky hat gesagt, daß das Ziel der Sozialisten nicht die Überwindung des Privateigentums und eine daraus definierte sozialistische Gesellschaft ist, sondern daß es die Überwindung der Ausbeutung des Menschen, daß es die Herstellung und Sicherung der Würde des Menschen in einer Gesellschaft der Freiheit ist *(Abg. Dr. Blenk: Im Geiste von Marx und Engels!)* und daß er die Überwindung des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln nur als einen Weg aufgefaßt hat.

Er hat damals zu Beginn des Jahrhunderts erklärt: Wenn ein anderer Weg dieses Ziel - die Herstellung und die Sicherung der Würde des Menschen in einer Gesellschaft der Freiheit - besser zu erreichen helfe, so werden wir gerade um unserer eigentlichen Zielvorstellungen willen auch unsere Vorstellungen über den Weg ändern.

An diese Grundüberzeugung, Hohes Haus, haben sich die Sozialisten in den vergangenen Jahrzehnten gehalten und halten sie sich erst recht in den siebziger Jahren dieses Jahrhunderts. Sie haben ihre Vorstellungen an der Wirklichkeit geprüft und sie haben geduldig von der Wirklichkeit gelernt.

Aber dieser Weg wäre auch den Vertretern konservativer Wirtschaftsideologien herzlich zu empfehlen, jenen Vertretern, die bei der praktischen Anwendung ihrer Theorien jetzt schon seit Jahrzehnten Schiffbruch erleiden und, statt etwas daraus gelernt zu haben, notfalls Sozialisten und Gewerkschaften anklagen.

Gerade jetzt wäre es für den Herrn Dr. Taus gut, er wäre gut beraten, sich jener christlichen Soziallehre und der antikapitalistischen Tradition seiner Partei zu erinnern, die er bei früheren Gelegenheiten so oft beschworen hat. Es wäre jedenfalls besser für ihn, als sich hier, wie er das heute früh getan hat, als ein Anwalt spätkapitalistischer Ideologien zu profilieren und uns wieder Feuerwehr- und Fangnetzaktionen vorzuschreiben, die letztlich nur darauf hinauslaufen, daß in Österreich in einer kritischen Situation die Verluste sozialisiert werden sollen, das heißt, daß die Allgemeinheit die Verluste der Unternehmer tragen soll, aber daß die

Blecha

Gewinne, wenn sie wieder erzielt werden können, privatisiert werden, sozusagen von den Kapitaleignern allein unter Ausschluß der österreichischen Gemeinschaft verbraucht werden. (*Abg. Graf: Das ist geistiger Nulltarif, Herr Blecha! – Heiterkeit bei der ÖVP.*) Ich kann nichts dafür, wenn Sie das nicht verstehen, Herr Abgeordneter Graf. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*) Aber vielleicht verstehen Sie es, wenn ich Ihnen jetzt den Herrn Wimmer zitieren darf (*Abg. Graf: Ich werde mich bemühen!*), der in der katholischen „Kleinen Zeitung“, die Sie in dem Teil Burgenlands, in dem Sie wohnen, ja auch regelmäßig erhalten, geschrieben hat:

„Christlichsoziale Tradition, was heißt das? Das heißt zum Beispiel antikapitalistische Tradition.“

Herr Graf, verstehen Sie es jetzt, oder ist das noch immer Nulltarif? (*Beifall bei der SPÖ.*) „Das heißt sozialreformatrische Tradition“, schreibt Herr Wimmer weiter. „Das heißt auch Tradition im Sinne der Weiterentwicklung der Demokratie.“ Und er führt in diesem Artikel aus:

„Ein Karl Freiherr von Vogelsang ... zum Beispiel bezeichnete es als Unrecht, daß die Kapitalisten über die Produktionsmittel nach Gutdünken verfügen, daß sie die Konsumenten durch hohe Preise, die Arbeiter durch niedrige Löhne schädigen. Der Besitz an Produktionsmitteln müsse mit Pflichten gegenüber der Gemeinschaft verbunden sein. Zum christlichen Prinzip der Liebe zählt Vogelsang zwei ... christliche Prinzipien: Gerechtigkeit und Selbstbestimmung ...“ (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Gruber: Sie tun so, als ob wir noch im vorigen Jahrhundert wären!*) Ich habe nur auf Ihre Traditionen hingewiesen. Sie wären gut beraten, sich ein bißchen dieser Traditionen bewußt zu werden, denn dann hätten Sie vielleicht Chancen, mit uns in einen Wettstreit der Ideen eintreten zu können. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Koren: Mit Ihnen schon!*)

Herr Abgeordneter Professor Koren, ein letztes Zitat. Die „Kleine Zeitung“ sagt Ihnen auch, warum die ÖVP und ihre Schwesterparteien so schlecht sind: „Weil diese Parteien heute weder christlich noch sozial sind, weil sie die Glaubwürdigkeit verloren haben, die ihnen nach 1945 in vielen Ländern das Vertrauen eines Großteils der Bevölkerung sicherte. Weil die Kluft zwischen Anspruch und politischer Wirklichkeit immer deutlicher sichtbar geworden ist.“

Wir Sozialdemokraten haben versucht, die Interessen der Gesamtgesellschaft in den Vordergrund der Politik zu stellen. Wir haben versucht, das Vertrauen der Menschen zu rechtfertigen durch ständige Arbeit für diese Menschen, und so haben wir eben auch Männer

und Frauen bei dieser Wahl wiedergewonnen, die ihrem engeren traditionellen Rahmen entflohen sind, die progressive Lebensformen gesucht haben, die mobil und auch leistungsbereit waren. Und die Regierungserklärungen 1970 und 1971, die am Beginn dieser Erfolge standen, wirkten lebensnah und pragmatisch, und sie haben jene kulturellen und ideologischen Schranken beseitigt, die lange Zeit hindurch unüberwindlich erschienen sind.

Wir haben – da lassen Sie mich auch noch einen Punkt zum Wahlsystem kurz sagen – diese Mehrheit ohne ein mehrheitsförderndes Wahlrecht erreicht, welches erst vor ganz kurzer Zeit, vor diesen Wahlen, in einer Diskussion in Österreich wieder verlangt worden ist. Wir werden auch in Zukunft kein Wahlrecht für richtig halten, welches einer Partei eine Mehrheit im Nationalrat verschafft auch dann, wenn sie weniger Stimmen als die anderen im Nationalrat vertretenen Parteien auf sich vereinigt hat.

Aber den Vorwurf, eine hauchdünne Mehrheit einzusetzen, möchte ich ganz scharf zurückweisen. Ich weiß schon, daß Sie oder manche Sprecher der Österreichischen Volkspartei früher der Auffassung waren, daß es für das Funktionieren der Demokratie das Wichtigste wäre, wenn ein Wahlsystem einer großen Partei zumindest eine parlamentarische Mehrheit, auch dann, wenn sie keine Stimmenmehrheit hat, sichert. Sie haben auch damit begründet, daß 1966 mit bloß 48 Prozent der Wählerstimmen die Österreichische Volkspartei 86 von 165 Mandaten erhalten hat, und Sie haben diese Mehrheit als eine große Mehrheit bezeichnet. Aber als jetzt 1975 die Sozialistische Partei mit 50,4 Prozent der Wählerstimmen 93 von 183 Mandaten erhalten hat, ist das auf einmal nur eine hauchdünne Mehrheit. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Auffassung, daß 48 Prozent eine große Mehrheit, 50,4 Prozent aber nur eine hauchdünne Mehrheit bedeuten, befindet sich in Widerspruch zum gesunden Rechtsbewußtsein, zum gesunden Rechtsempfinden des österreichischen Volkes. (*Beifall bei der SPÖ. – Rufe bei der ÖVP.*) Diesem Rechtsbewußtsein entspricht es eben – Sie haben dieses Rechtsbewußtsein heute sehr abschätzig kommentiert –, daß der Wille der Menschen dieses Landes in diesem höchsten Forum möglichst klar und auch zahlenmäßig richtig zum Ausdruck kommen möge: zum Ausdruck kommen möge durch frei gewählte Abgeordnete, die die Meinungen des Volkes widerspiegeln.

Dem Dr. Taus, der heute schon wieder ein bißchen die „Rote Katze“ eingesetzt hat, sei mit

Blecha

aller Deutlichkeit eines gesagt: Eine Bewegung, die die Achtung vor den Menschenrechten in Theorie und Praxis nun viele Jahrzehnte hindurch bezeugt hat und deren Anhänger Not, Verfolgung, ja in einer sehr kritischen Epoche in unserer Geschichte sogar den Tod für die Durchsetzung der Menschenrechte in Kauf genommen haben, braucht sich der Verwendung richtiger Begriffe wahrlich nicht zu schämen, auch wenn Diktatoren sie benützen. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Wir schämen uns auch nicht, uns „Sozialisten“ und „Sozialdemokraten“ zu nennen, auch wenn gerade der Bolschewismus diese Begriffe mißbraucht und ihnen unmenschliche Inhalte unterschoben hat.

Genauso meinen wir, daß auch das Bekenntnis zum Rechtsbewußtsein des Volkes deshalb nicht unrichtiger wird, wenn es von Diktatoren oder von totalitären Strömungen für Verbrechen, die sie begangen haben mögen, mißbraucht worden ist.

Die moderne Industriegesellschaft, Hohes Haus, bedarf eines Prozesses permanenter Reform. Aber diese soll eben in Übereinstimmung mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes abrollen.

Herr Dr. Stix! Sie haben gemeint, daß gerade unsere Rechtsreformen dem nicht entsprechen. Ich möchte ein Wort des ehemaligen deutschen Bundespräsidenten Dr. Gustav Heinemann zitieren, der, bezogen auf Rechtsreformen, gesagt hat:

„Wenn man einen Schritt hinter der öffentlichen Meinung zurück ist, ist das sehr schlecht. Wenn man der öffentlichen Meinung einen Schritt voraus ist, ist das sehr gut. Wenn man der öffentlichen Meinung zwei Schritte voraus ist, ist es eine Katastrophe.“

Wir waren der öffentlichen Meinung bestenfalls einen Schritt voraus; und das war sehr gut! (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Reformen haben, Herr Abgeordneter Dr. Stix, eben ihre bestimmte Stunde, und sie bedürfen ganz bestimmter sachlicher Voraussetzungen. Sie gedeihen immer dann am besten, wenn sie eben der großen Mehrheit der Bürger als notwendig und als hilfreich erscheinen. Also kommt es uns eben auf das Bewußtsein der Menschen an, auf den Grad ihrer Informiertheit, auf den Grad der Aufklärung, die erreicht worden ist, über Zu- und Mißstände, die der Änderung oder der Überwindung bedürfen, und über die Richtung, in die diese Überwindung zu gehen hat.

Gerade auf dem Gebiete des Rechts haben wir noch zahlreiche Reformen als Nachziehverfahren durchzuführen. Diese Regierungserklärung

widmet ihnen daher einen relativ großen Abschnitt.

Getragen von der Vision der Menschenrechte, getragen von einem nüchternen Realismus und von den Zielvorstellungen einer besseren, einer gerechteren, einer freiheitlicheren Ordnung wurden im Bereich der österreichischen Rechts- und Justizpolitik in den vergangenen fünfzehn Jahren große Fortschritte erzielt. Diese Arbeit – das beweist die Regierungserklärung – wird genau in diesem Sinne weitergeführt werden.

Ich möchte Dr. Christian Broda zitieren, der gemeint hat:

„Zu lange aufgeschobene Rechtsreformen sind der Anlaß für gefährlichen Autoritätsverlust in der Gesellschaft. Die Gesellschaft, die immer wieder Fragen stellt, ohne die Kraft zur Beantwortung zu finden, verliert ihre Glaubwürdigkeit und stellt sich schließlich selbst in Frage.“

Dieser Gefahr, meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus, müssen wir durch die Rechtsreform rechtzeitig entgegenreten.

Wir haben auf dem Gebiet der Familienrechtsreform noch gewaltige Vorhaben. Ich möchte nur das Unterhaltsvorschußgesetz erwähnen, welches Tausende und Abertausende Mütter, die die Unterhaltsbeträge für ihre minderjährigen Kinder nicht einbringen können, finanziell entlasten wird und welches die Eintreibung dieser Gelder von den zahlungsunwilligen Vätern von der schwachen Mutter auf den wesentlich stärkeren Staat überträgt. Es geht um die Neuordnung des Kindschaftsrechtes, es geht um die Neuordnung der vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten, es geht um die Durchsetzung des Grundsatzes, daß mit der Gleichberechtigung auch die Erkenntnis verbunden ist, daß es zwischen Mann und Frau gleiche Rechte und gleiche Pflichten geben wird.

Im Scheidungs- und Scheidungsfolgerecht soll die unterhaltsrechtliche, die versorgungsrechtliche und die pensionsrechtliche Stellung der schutzbedürftigen Ehefrau entgegen Meinungen, die hier geäußert worden sind, verbessert, verstärkt werden. Aber es sollen auch die bekannten Bestimmungen des § 55 Ehegesetz dem Rechtsbewußtsein unserer Zeit angepaßt werden, einem Rechtsbewußtsein, das 1938, als man diese Bestimmungen oktroyiert hatte und durchsetzen wollte, noch nicht im gleichen Ausmaß vorhanden war.

Angesichts der Entwicklung der modernen Gesellschaft müssen die individuellen Freiheitsrechte der Person und die politischen Mitwirkungsrechte des Staatsbürgers gegenüber staat-

Blecha

licher und gesellschaftlicher Macht wirksamer geschützt werden. Bedrohungen der Privatsphäre des einzelnen Bürgers durch die Massenmedien sind heute ebenso aktuell wie die Beschränkungen der Freiheit journalistischer Berufsausübung durch überholte gesetzliche Bestimmungen, die die journalistische Berufsfreiheit einengen, und durch die Möglichkeiten, wirtschaftliche Macht in publizistische Macht umzusetzen. Alle Versuche, eine Gesamtreform des Presserechtes durchzusetzen, sind in den vergangenen Jahrzehnten gescheitert. Aber sofort nach der Erringung der absoluten Mehrheit durch die SPÖ 1971 wurde mit den Arbeiten an der Neufassung des österreichischen Medienrechtes begonnen, welches nun die Informationsfreiheit in Österreich sichern, die persönliche Sphäre des Staatsbürgers schützen und die innere Medienfreiheit in den Medienunternehmen garantieren soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Aktualität dieser Bestimmungen, dieser Schutzbestimmungen wird Woche für Woche bestätigt.

Zum Schluß kommend vielleicht nur ein Beispiel, wo es um die Berichterstattung der Medien in Strafsachen geht und wo es letztlich schon so oft passiert ist, daß in der Öffentlichkeit die Grenze zwischen Verdacht und Beweis verwischt wurde und jemand, über den berichtet wurde, er sei einer Straftat verdächtigt oder es sei gegen ihn ein Strafverfahren geführt, bereits als schuldig und als verurteilt angesehen worden ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine große Tageszeitung hat geschrieben: „Richter ließ vielfachen Sex-Attentäter laufen“, und zwar in diesen Lettern: *(Der Redner zeigt den Zeitungsartikel vor.)* In dem Artikel heißt es: „Unfaßbar! Trotz Warnung vor neuen Taten:“

Die „Vereinigung der österreichischen Richter“ mußte dann feststellen:

„Unter lediglich auf Publikumswirksamkeit abzielender Aufmachung setzt sich der Artikel über die auf Grund der Aktenlage bisher hervorgekommenen Tatsachen völlig hinweg.“

„Die angeblich vom Täter eingestandenen 20 bis 30 Sexualattentate stellen sich“ – nach dem Brief der „Vereinigung der österreichischen Richter“ – „in Wahrheit als mehrfache erfolglos gebliebene und keinesfalls etwa unter Gewaltanwendung vorgenommene Versuche, Frauen anzusprechen, um mit ihnen in Kontakt zu kommen, dar.“

In diesem Protest wird weiter ausgeführt:

„Besonders bedenklich ist jedoch, daß durch eine derartig entstellte Berichterstattung in einem Massenmedium ein bisher unbescholte-

ner Mensch durch die Bezeichnung wie ‚vielfacher Sex-Attentäter, abnormaler und gemeingefährlicher Sittlichkeitsattentäter und so weiter‘ unter gleichzeitiger voller Namensnennung und Veröffentlichung eines Fotos von vornherein als Verbrecher abgestempelt und damit gleichsam ein bisher noch nicht ergangenes Gerichtsurteil vorweggenommen wird. Dabei werden fundamentale Grundsätze des Rechtsstaates, wie sie etwa im Artikel 6 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten niedergelegt sind, um der puren Sensationslust willen mit Füßen getreten.“

So ein Anlaß zeigt Ihnen mit aller Deutlichkeit und Aktualität, daß es eigentlich beim Schutz der privaten Sphäre der Bürger dieses Staates um Anliegen geht, die viele von uns betreffen und die bei der Übermacht der modernen Massenmedien auch einer zeitgemäßen gesetzlichen Regelung zugeführt werden müssen.

So lassen Sie mich zum Schluß, ohne auf andere große heiße Eisen der Rechtsreform hier eingehen zu können, einige Worte zum Mietrecht sagen, weil dieses Thema mein Vorredner angeschnitten hat und weil der Abgeordnete Dr. Busek erklärt hat, daß dabei einfach Forderungen angeschrieben worden sind, die schon in der Regierungserklärung 1971 enthalten waren. – Nein! Was die Regierungserklärung 1971 enthalten hat, ist erfüllt worden mit der Mietengesetznovelle 1974. *(Abg. Dr. Gruber: Nein!)* Die schlimmsten sozialen Härten im Mietrecht haben wir beseitigt, Herr Dr. Gruber.

Es gibt durch diese Mietengesetznovelle 1974 keine Abbruchspekulation mehr, es gibt einen Rechtsanspruch auf Mietzinsbeihilfen für bedürftige Mieter, es gibt einen gesetzlichen Mietzins für Substandardwohnungen. Aber man hat damals angekündigt – und Sie waren ja bei den Verhandlungen maßgeblich beteiligt –, daß eine Gesamtreform des Miet- und des Wohnungsrechts erarbeitet werden soll, die über das, was hier geschaffen worden ist, in Erfüllung eines Punktes der Regierungserklärung noch hinausgeht.

Im Vordergrund werden dabei die Erhaltung des erhaltungswürdigen Hausbestandes, die Verhinderung der Umwandlung von Wohnungen in Geschäftslokale, die Schaffung eines sozialgerechten Zinses für alle Wohnungen und Maßnahmen zur Verhinderung des unerwünschten Leerstehens von Wohnungen stehen.

Daß es heute bereits einen exorbitanten Widerspruch zwischen den Kosten einer Wohnung, einer Wohnung in ein und demselben Haus gibt, das bleibt völlig unwidersprochen. Wir wissen, daß eine Wohnung in ein und demselben Haus 200 S im Monat Mietzins kosten kann und eine andere 3000 oder 4000 S,

Blecha

je nachdem, ob es sich um eine mietergeschützte Wohnung mit Friedenskronenzins handelt oder um eine, die auf Grund der freien Vereinbarung gehandelt wird. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.*)

Dieser Zustand muß reformiert werden. Das aber schließt ein, daß auch auf die soziale Leistungsfähigkeit der Mieter durch eine verstärkte Subjektförderung und durch die Gewährung einer individuellen Wohnbeihilfe Rücksicht zu nehmen sein wird. (*Abg. Dr. Gruber: Sehr gut, ÖVP-Programm!*) Es wird auch alles geschehen müssen, damit man den leerstehenden Wohnungen den Kampf ansagt. Denn wenn man weiß, daß allein in Wien 70.000 Wohnungen zurzeit leer stehen, dann muß ich sagen, ist das eine Zahl, die wir uns weder wirtschaftlich noch sozial leisten können.

Im Zusammenhang mit dieser großen Reform werden auch die Rechte der Mieter und der sonstigen Nutzungsberechtigten verstärkt werden müssen, wird der lückenlose Mieterschutz nicht nur unverändert aufrecht zu bleiben haben, sondern weiter ausgebaut werden müssen.

So wird auch in den nächsten vier Jahren, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Rechtspolitik betrieben werden als ein untrennbarer Bestandteil einer funktionierenden demokratischen Gesellschaft, als eine Rechtspolitik, die aufbaut auf den Erkenntnissen der modernen Wissenschaft, als eine Rechtspolitik, die auch ihre Bedeutung haben wird für ein neues freies geistiges Klima, für eine demokratische Atmosphäre unserer Gesellschaft.

Mit dieser Rechtspolitik untrennbar verbunden werden auch in den nächsten vier Jahren Konsensbereitschaft und Toleranz bleiben. Beide, Konsens- und Toleranzbereitschaft, werden auch in den anderen Bereichen unserer Gesellschaftspolitik, über die die Regierungserklärung Auskunft erteilt, notwendig sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Regierungserklärung zeigt, und es wäre ja über viele andere Punkte noch ausführlich zu diskutieren, Konflikte auf, die es auszutragen gilt. Sie zeigt aber auch, daß es in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre viel Unrecht in unserer Gemeinschaft gemeinsam zu überwinden gilt, und sie zeigt, daß beim Austragen der notwendigen Konflikte, der Konflikte, die einfach nicht ausbleiben können in der pluralistischen Gesellschaft, jedenfalls die Parteien alle Voraussetzungen vorfinden, um in einen Wettbewerb der Fairneß und der Toleranz einzutreten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Lanner.

Abgeordneter Dr. Lanner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir diskutieren jetzt seit mehr als sieben Stunden über die Regierungserklärung des Bundeskanzlers. Es wurden Fragen gestellt, Fragen, die beantwortet werden sollten. Die Antworten würden die Abgeordneten des Hohen Hauses interessieren. Aber wir sind nicht nur hier, Fragen zu stellen, die uns interessieren, wir stellen sie stellvertretend für Tausende Österreicher. Ich stelle fest, daß nach siebeneinhalb Stunden Diskussion es der Bundeskanzler nicht der Mühe wert gefunden hat, auf Fragen, die gestellt wurden, eine Antwort zu geben. Offenbar eine neue Form Ihres Demokratieverständnisses.

Sie haben sicher noch Gelegenheit dazu, die Debatte geht ja noch weiter. Nur wissen Sie so gut wie ich, daß die Fernsehberichterstattung gegen sechs Uhr eingestellt werden wird, und ich glaube, die Österreicher hätten ein Recht zu hören, was Sie auf konkrete Fragen, die hier an Sie gerichtet wurden, antworten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Mit den Unterstellungen des Abgeordneten Marsch werde ich mich später an passender Stelle auseinandersetzen. Lassen Sie mich zunächst einige ... (*Zwischenruf bei der ÖVP: Da ist es schade um die Zeit!*) Daher habe ich auch die Beantwortung etwas weiter nach hinten gereiht, um dem nicht zu viel Gewicht beizumessen.

Lassen Sie mich einige generelle Bemerkungen zur Regierungserklärung machen. Die Kommentare waren ja in den letzten Tagen nicht allzu schmeichelhaft. Man hörte Ausdrücke wie „unpräzise“, „vage“, den „Realitäten ausweichen“, „versteckte Drohungen“, „wichtige Fragen kaum angeschnitten“ – in dieser Richtung bewegte sich die Berichterstattung der unabhängigen Zeitungen.

Darf ich noch einige Kostproben dazu beibringen.

In dieser Regierungserklärung fehlen konkrete Hinweise zum Fremdenverkehr. Mit fünfeinhalb Zeilen wird der österreichische Fremdenverkehr, unser Devisenbringer Nummer eins, abgetan. Kein Wort von einer Vereinfachung der Betriebsführung, von einer Vereinfachung der Steueraufzeichnung, damit mehr Zeit für die Betreuung der Gäste verbleibt.

Raumordnung. Keine konkrete Aussage darüber in einer Zeit, in der die Umweltfrage eine immer wichtigere Rolle einnimmt.

Das Abkommen zwischen Österreich und der EWG, das Wirtschaftsabkommen mit unserem größten Handelspartner, von dem Tausende, ja ich würde sagen Hunderttausende Arbeitsplätze abhängen, kaum erwähnt. Auf Seite 93 finden

Dr. Lanner

sich vier kümmerliche Zeilen mit einer bemerkenswerten Aussage: „Man wird alle Möglichkeiten wahrnehmen.“

Meine Damen und Herren! Mit dieser Generalklausel hätten wir uns eigentlich die ganze Regierungserklärung sparen können.

Und letztlich, um die Reihe der Beispiele, die man fortsetzen könnte, nicht zu sehr auszudehnen, wird in richtiger Einschätzung der Lage festgestellt, daß die Weltagrarmärkte „instabiler“, „unsicherer“ geworden sind. Aber die Konsequenz daraus, die Schlußfolgerung wird nicht gezogen, daß es nämlich notwendig wäre, auch bei Grundnahrungsmitteln eine Krisenvorsorge zu tätigen. Was passiert denn, wenn wir auf dem Weltmarkt Schwierigkeiten kriegen?

Ich glaube, wir sollten den Österreichern eines sagen: Heute kann die heimische Landwirtschaft den Bedarf an Nahrungsmitteln noch zum überwiegenden Teil aus der eigenen Produktion decken. Nicht überall. Bei pflanzlichen Ölen und Fetten sind wir zu 95 Prozent vom Ausland abhängig. Was es heißt, vom Ausland abhängig zu sein, haben wir erlebt. Der Ölschock war das erste Warnsignal. Als sich abzeichnete, daß vielleicht Getreide auf dem Weltmarkt knapp werden könnte, hat die große Europäische Wirtschaftsgemeinschaft sofort den Beschluß gefaßt, für den Fall, daß es notwendig ist, die Ausfuhren zu sperren. Als es mit dem Futtermittel Eiweiß-Soja in den Vereinigten Staaten knapp wurde – die Voraussetzung für die Fleischproduktion –, hat man sofort eine Ausfuhrsperrre verfügt. Ich glaube, die Lehre und die richtige Konsequenz daraus wäre, daß wir uns immer vor Augen halten, daß gerade bei Grundnahrungsmitteln, wenn es Schwierigkeiten gibt, jedes Land sich selbst der nächste ist und daß man auch auf noch so traditionelle Handelsbeziehungen dann wenig Rücksicht nehmen wird.

Herr Bundeskanzler! Ich glaube, daß es nicht damit getan ist, daß man die wirtschaftliche Landesverteidigung, und das ist nun vor allem die Krisenvorsorge, mit einer Erinnerungspost von 2000 S im Budget 1975 abtut und man diese Frage in der jüngsten Regierungserklärung einfach verschweigt.

Ich glaube und wir glauben, daß die Frage der Krisenvorsorge bei Grundnahrungsmitteln ein wichtiges Anliegen der gesamten österreichischen Bevölkerung ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und nun zur Frage der Agrarpolitik: Sie haben hier einen interessanten Wandel durchgemacht. Im Jahre 1970/71 konnten Sie überhaupt nichts in der Regierungserklärung präsentieren. Es waren – ich erinnere mich dunkel – kümmerliche zehn Zeilen in dieser Größenord-

nung. „Die Bauern sind Opfer einer falschen Agrarpolitik“ war der eine Kernsatz; und das zweite: Man hat die Alternative Mansholt, die Mansholt in der Zwischenzeit selbst aufgegeben hat, angeboten. Nun sind Sie, Herr Bundeskanzler, in der Theorie weitergekommen, in der Theorie haben Sie aufgeholt, das möchte ich gerne zugeben. Sie haben weite Teile unseres Konzeptes für den ländlichen Raum übernommen. Nur, Herr Bundeskanzler, ist es zuwenig, daß Sie unsere Konzepte übernehmen, Sie müssen sie jetzt auch umsetzen; Sie regieren ja, Sie haben ja eine Verpflichtung gegenüber dem österreichischen Volk.

Ich darf Ihnen drei Kostproben liefern. Programm des Bauernbundes: Die Verbesserung der Infrastruktur ist eine zentrale Frage für den ländlichen Raum. Regierungserklärung 1975: Schwerpunkt der Agrarpolitik der Bundesregierung in den nächsten Jahren ist der Aufbau der ländlichen Infrastruktur. – Und jetzt Ihre Praxis in den letzten Jahren. Wir haben zur Verbesserung der Infrastruktur bereits im Jahre 1972 einen Antrag auf Beschleunigung und Verbilligung des Telefonausbaues für alle im Parlament eingebracht. Was haben Sie getan? Sie blockierten diesen Antrag, weil er von uns kam. Das ist keine konstruktive Politik.

Nächstes Beispiel: Wegebau, ein entscheidender Beitrag für die Infrastruktur. Die Wegebauleistungen sind von 1970 bis 1975 pro Jahr um 130 km zurückgegangen.

Weiter: Programm des Bauernbundes: Voraussetzung für eine leistungsfähige Land- und Forstwirtschaft ist die Verbesserung der Einkommenslage der bäuerlichen Familien. Regierungserklärung 1975: Schwerpunkt der Agrarpolitik ist eine weitere Verbesserung der Einkommen für die bäuerlichen Familien durch eine ausgewogene Produktions-, Markt- und Preispolitik.

Und nun die Praxis, die Praxis für jene, die sie erleben konnten – ich würde fast sagen, erleben mußten –, die Praxis bei den Preisverhandlungen: Handelsminister Staribacher: Kalkulation hin, Kalkulation her, mir ist lieber, eine Gruppe, nämlich die Bauern, sind auf mich böse als alle anderen. Ich stehe zu dieser Aussage, ich war Zeuge dieses Gespräches, Herr Handelsminister. *(Bundesminister Dr. Staribacher: Das stimmt nicht, Herr Abgeordneter!)*

Zweite Aussage. Herr Kollege Staribacher, werden wir ganz konkret. *(Bundesminister Dr. Staribacher: Ich bemühe mich, einen Konsens zu erreichen, und Sie haben zugestimmt!)* Sie versuchen immer, sich mit den Kleinen anzulegen. Das wird Ihnen auf die Dauer nicht guttun. Sie werden gleich sehen.

Staribacher, 1. Juli 1975: Man kann halt einen

Dr. Lanner

Landwirtschaftsbetrieb bei bestem Willen nicht so sehen wie andere Betriebe. Die Verzinsung des Kapitals ist in der Landwirtschaft nicht drinnen. Herr Handelsminister, ich frage Sie, wie wollen Sie Wirtschaft führen, wie wollen Sie investieren? Das war Ihre konkrete Aussage. Ich habe sie mitstenographiert, ich war Zeuge dieses Gespräches. (*Bundesminister Dr. Staribacher: Waren Sie beim Herrn Minister Schleinzer drinnen?*) Am 1. Juli 1975 war ich Zeuge dieses Gesprächs in einer größeren Runde anlässlich von Preisverhandlungen. (*Bundesminister Dr. Staribacher: Waren Sie beim Herrn Minister Schleinzer drinnen, Herr Abgeordneter?*)

Und nun kommt der Herr Bundeskanzler. Ich nenne ja nicht Sie allein bei diesen Beispielen. Herr Bundeskanzler, erinnern Sie sich noch an Ihr Wort seinerzeit, als es um den Milchpreis ging: „Keinen Groschen für die Bauern.“ (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Auf der Straße, habe ich gesagt!*) Herr Bundeskanzler, unwidersprochen bis heute und ohne Korrektur in der „Kleinen Zeitung“ abgedruckt. (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: In welcher Zeitung?*) In der „Kleinen Zeitung“. Sie haben das nie berichtet. Keinen Groschen für die Bauern, das war Ihre Äußerung. (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Aber doch auf der Straße!*) Das ist die Praxis der Einkommenspolitik. Schöne Worte auf der einen Seite, diese Praxis auf der anderen Seite.

Ein drittes Beispiel: Programm des Bauernbundes: Der Ausbau der überbetrieblichen Zusammenarbeit ist eine Voraussetzung für Kostensenkung und Arbeitserleichterung. Dazu haben wir auch ein ganz konkretes Programm vorgelegt mit konkreten Modellen, wie man das macht. Darauf kam jetzt – und wir freuen uns darüber, ich gehe hier völlig konform mit unserem Bundesparteiobermann, der gesagt hat, wenn wir etwas Gutes bieten und die Regierung übernimmt es, sollten wir uns darüber freuen – die Regierungserklärung 1975: Schwerpunkt der Agrarpolitik ist die Förderung der zwischen- und überbetrieblichen Zusammenarbeit in allen Bereichen.

Jetzt kommt die Praxis: Voraussetzung für Zusammenarbeit ist, daß man sich verständigen kann. Verständigen, meine Damen und Herren, kann man sich heute nicht so, daß man von Haus zu Haus geht und an die Türe klopft, ob jemand eine Maschine gerade frei hat oder jemand gerade eine Maschine braucht. Dazu ist die Arbeitskraft zu teuer, dazu braucht man ein Telefon. Die Erschließung ganzer Gebiete mit einem billigen, kostengünstigen Telephonanschluß haben Sie von der SPÖ im Parlament blockiert. Das ist die Praxis.

Wenn man eine Maschine im Wege eines Maschinenringes ausborgt, muß man diese

Maschine transportieren. Zum Transport braucht man eine Straße. 27.000 bäuerliche Betriebe in Österreich haben heute noch keine Straße. Und Sie bauen weniger Kilometer an Güterwegen, als wir das seinerzeit unter der ÖVP-Regierung getan haben. Das ist die Praxis.

Und sehen Sie, wir haben noch etwas gemacht: Wir haben bei der überbetrieblichen Zusammenarbeit ganz deutlich gesagt: In jenen Bereichen und Regionen, wo ein leistungsfähiges Genossenschaftssystem vorhanden ist, wäre es gerade im Zeitalter der zunehmenden Konzentration nicht sinnvoll, die Schlagkraft bäuerlicher Selbsthilfeeinrichtungen durch ein unnötiges Nebeneinander gleicher Einrichtungen zu schwächen. Das Ziel müßte vielmehr darin liegen, vorhandene Einrichtungen so gut wie möglich zu nutzen, über eine bestmögliche Auslastung möglichst niedrige Kosten und günstige Preise zu erzielen. Ein kurzsichtiges Gegeneinander brächte dem Landwirt auf Dauer keinen Nutzen.“ Wir halten, Herr Bundeskanzler, nichts von einem Gegeneinanderausspielen in der Politik.

Zwei Auslassungen in Ihrem Programm im Abschnitt Agrarpolitik sind interessant: Die Unterstützung der Agrarfabriken, die die Jungsozialisten in ihrem kommunalpolitischen Programm zu ihrem Credo erhoben haben, fehlt. Es wird sehr interessant sein, wie diese Entwicklung weitergeht, denn hier trennen sich unsere Wege auch ideologisch. Wir stellen uns nicht vor, daß es in Österreich 10 oder 20 Großagrарfabriken gibt, die dieses Land versorgen und gleichzeitig entsiedeln, sondern wir stellen uns vor, daß wir einen leistungsfähigen, gesunden Bauernstand im ganzen Bundesgebiet haben. (*Beifall bei der ÖVP.*) Hier werden wir die Entwicklung sehr aufmerksam verfolgen.

Und ein zweites: Es ist interessant, daß in der ganzen Regierungserklärung von den Nebenerwerbsbauern mit keinem Wort die Rede ist. Es sind ja auch nur 150.000, nicht? Wir meinen es ernst mit diesen Menschen, wir schätzen sie, wir brauchen sie, wir nehmen uns ihrer an, und wir haben auch, Herr Staatssekretär Haiden, ein ganz konkretes Programm dazu erstellt. (*Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Haiden.*)

Das hätten Sie tun sollen, von der Regierung aus hätten Sie ein Programm erstellen sollen für die Nebenerwerbsbauern! Sie haben das nicht getan, vielleicht schreiben Sie es wenigstens ab. Wir haben ein Programm für die Nebenerwerbsbauern. Wir haben ihre Aufgaben, ihre Leistungen, ihre Probleme und auch Vorschläge, wie man ihnen helfen kann, zusammengestellt und der Öffentlichkeit präsentiert. Wenn Sie es schon nicht selbst erstellen, schreiben Sie es wenigstens ab. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dr. Lanner

Sie haben also, Herr Bundeskanzler, wichtige Bereiche, wie wir glauben, sehr wichtige Bereiche, vernachlässigt. Dafür hielten Sie es für richtig, in Ihrer Regierungserklärung ein, ich würde sagen, eigenartiges Demokratieverständnis zu praktizieren. Ich glaube, man soll die Dinge hier beim Namen nennen. Was man nämlich heute bei den Landwirtschaftskammern versucht, kann schon morgen jeder anderen Berufsgruppe passieren. Demokratie heißt nicht nur, die Mehrheit entscheidet, Demokratie heißt auch, Respektierung von Minderheiten. Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Grundsatz. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler, was ist denn dieses Land, dieses Österreich anderes als eine große Gemeinschaft von Minderheiten, die sich respektieren müssen, die aufeinander Rücksicht zu nehmen haben, um gemeinsam die Anliegen zu lösen?

Nehmen wir verschiedene Gruppen: die Ärzte sind nur 2 Promille der Bevölkerung. Aber niemand würde wagen, Forderungen der Ärzte, weil sie nur 2 Promille umfassen, in Frage zu stellen. Wir brauchen sie für die Gesundheit unseres Landes.

Die Exekutive: 4 Promille der Bevölkerung, aber mit Recht würde niemand wagen, die Leistungen der Exekutive anzuzweifeln, weil sie nur 4 Promille sind. Wir brauchen sie für die Sicherheit dieses Landes.

Die Lehrerschaft: 8,5 Promille der Bevölkerung, aber niemand würde ihre Anliegen, ihre Forderungen deshalb anzweifeln, weil sie nur 8,5 Promille sind. Man wird sich ernstlich mit ihren Anliegen auseinandersetzen, mit Recht, denn auf ihren Schultern ruht das Erziehungswesen, die Bildung in diesem Land. Auch die Landwirtschaft ist eine kleinere Gruppe geworden, obwohl wir immer noch einen Bevölkerungsteil von 12 Prozent haben.

Ich glaube, diese wenigen Beispiele zeigen deutlich, daß es nicht allein auf die Zahl ankommt, die eine Gruppe repräsentiert, sondern sehr wesentlich auch auf ihre Aufgaben.

Herr Bundeskanzler! Die letzten Entwicklungen, die Sie auch in der Regierungserklärung antönen ließen, deuten in eine problematische Richtung. Dort, wo Sie auf demokratischem Wege keine Mehrheit erzielen, wird demokratisiert. Wo Sie die Mehrheit haben, wird sozialisiert. Und das Ganze nennen Sie dann Demokratieverständnis. Ich glaube, das sollte man einmal ganz klar aussprechen.

Verdächtigungen und Unterstellungen kann man nicht einfach im Raum stehen lassen, hier muß man die Beweise auf den Tisch legen und sich mit jedem Fall – jeder Mensch kann sich

irren, ich stehe dazu – auseinandersetzen. Denn wenn sich kein Mensch in diesem Lande irren könnte, dann bräuchten wir zum Beispiel auch keinen Rechnungshof, der gelegentlich auch Irrtümer in der Verwaltung aufzeigt. Damit muß man sich auseinandersetzen.

Wie war es denn, Herr Bundeskanzler? Man hat die Landwirtschaftskammern einer unkorrekten und parteipolitischen Vorgangsweise bei der Vergabe der Förderungsmittel beschuldigt, eine Pauschalverdächtigung, eine Unterstellung. Wie wurde das motiviert? Ich zitiere die „Arbeiter-Zeitung“ vom 12. April 1972: „Die Regierung habe die Einsetzung dieser Kreditprüfungskommission versprochen, um einen vom ÖVP-Bauernbund in den Landwirtschaftskammern praktizierten Mißbrauch der Macht einzuschränken.“ – Dann haben Sie eine Bundesprüfungskommission eingesetzt. Und was hat diese Bundesprüfungskommission festgestellt? Am 18. März 1974 – halten wir uns hier genau an das Datum – mußte Landwirtschaftsminister Weihs dem Parlament folgende Auskunft geben: Von 8372 Anträgen wurden von der Bundesprüfungskommission lediglich 9 Anträge beanstandet. – Ein Tausendstel! Und in keinem Fall konnte eine unkorrekte oder parteipolitische Vergabe von Förderungsmitteln nachgewiesen werden. Aber die Diffamierung der Landwirtschaftskammern geht weiter. Ich möchte Ihnen, Herr Abgeordneter Marsch, daher von dieser Stelle eines sehr deutlich sagen: Wir werden uns vor jeden stellen – vor jeden –, der von irgendeiner Seite politischem Druck ausgesetzt wird! *(Beifall bei der ÖVP.)* Herr Abgeordneter Marsch, mit diesen Pauschalverdächtigungen muß endlich Schluß gemacht werden. Daher müssen wir die Dinge deutlich aussprechen, sonst wird nicht Schluß gemacht. Haben es denn die Beamten in den Landwirtschaftskammern notwendig, daß sie pauschal einer unkorrekten Vorgangsweise verdächtigt werden? Sie leisten ihr Bestes. Und ich sage noch einmal: Sollte jemand einen Fehler machen, dann legen Sie die Fakten auf den Tisch. Ist es ein wirklicher Fehler, dann bekennen wir uns dazu. Aber räumen wir auf mit diesen Pauschalverdächtigungen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Sie reden in der Regierungserklärung vom „Klima“. Sie reden von der Demokratie und sagen, daß in der Demokratie zwar die Mehrheit entscheidet, aber es sehr wesentlich darauf ankommt, in welchem Klima eine Mehrheit entscheidet; das ist richtig. Nur glaube ich, Herr Bundeskanzler, sollte man das Klima nicht überstrapazieren.

Ich hoffe nicht, daß Sie eine Aussage wiederholen, die Sie vor dem Niederösterreichischen Parteitag der Sozialisten im Jahre 1970 gemacht haben. Ich zitiere wörtlich: „Meine

Dr. Lanner

Regierung wird den Vorteil, daß sie jetzt Brotgeber der Agrarier ist, politisch zu nützen wissen und den Subventionskorb der Bauern je nach Widerstand der ÖVP höher oder niedriger hängen." Herr Bundeskanzler, Sie verteilen nicht Ihr Privatvermögen, Sie tragen hier eine Verantwortung für uns alle, und wir werden uns das nicht bieten lassen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe das Gefühl, es gibt eine gewisse Unruhe, woher dieses Zitat stammt. Es ist das letztmal in der „Kleinen Zeitung“ am 21. September 1975 wiedergegeben worden. Aber, Herr Bundeskanzler, Sie können ja dementieren, wenn Sie glauben, daß Sie das nicht gesagt haben. *(Bundeskanzler Dr. Kreisky: Ich werde gar nicht dementieren, ich lese keine Zeitungen!)* Ach, Sie lesen keine Zeitung, das ist ja noch tragischer. *(Bundeskanzler Dr. Kreisky: Da könnte ich ja keine Arbeit mehr machen, wenn ich so viele Zeitungen lese!)*

Herr Bundeskanzler! Vielleicht haben Sie das nie gesagt. Oder vielleicht gehen Sie noch einen Schritt weiter und sagen, daß es Ihnen leid tut, denn das ist ja wirklich, gestatten Sie den Ausdruck, eine unqualifizierte Äußerung.

Gehen wir zurück zur Entwicklung des Weltmarktes, gehen wir zurück zu den Leistungen des Berufsstandes der Bauern in diesem Land, und gehen wir zurück zu den Aufgaben, die ihnen in dieser Gesellschaft zukommen.

Der Weltmarkt für Nahrungsmittel ist unsicherer geworden. Horst Knapp, der bekannte Wirtschaftspublizist, hat einmal sehr treffend gesagt: Weltmarktpreise sind weniger Marktpreise als Marktpreise. Marktpreise dieser Art können sich aber, wie das Beispiel Erdöl zeigt, drastisch ändern.

Seien wir froh, daß wir eine leistungsfähige heimische Landwirtschaft haben. Sie leistet viel. Einige Beispiele: Während in Österreich ein Kilogramm Rindsschnitzel 85 S kostet, muß man dafür in der Bundesrepublik umgerechnet 128 S zahlen – stellen Sie sich das einmal vor! *(Abg. Marsch: Das ist unsere Förderungspolitik!)* –, in Frankreich 271 S. Was sagen Sie? *(Abg. Marsch: Unsere Belangsendung hat das vorgestern gebracht!)* In der Schweiz muß man 287 S, in Dänemark 305 S für ein Kilogramm Schnitzel bezahlen, bei uns 85 S. *(Abg. Marsch: So lebt man in Österreich!)*

Und dann geht es weiter. Für 9,30 S bekommt man in Österreich ein Kilogramm Kristallzucker. In England könnte man um den gleichen Betrag nicht einmal 50 Dekagramm Zucker kaufen.

Die Liste dieser Vergleiche ließe sich noch lange fortsetzen. Nicht wir sagen das, sondern die SPÖ-Belangsendung vom 27. Oktober 1975. *(Abg. Marsch: Das habe ich Ihnen ja gerade*

gesagt!) Wenigstens in der Belangsendung bekommen unsere Bauern eine Anerkennung, nur ist das zuwenig, davon können sie nicht leben. Aber wenigstens hier haben Sie gesagt, was ein leistungsfähiger heimischer Bauernstand wert ist. Mit unserer Rückendeckung, das kann ich Ihnen versprechen, wird dieser Bauernstand überleben, auch wenn schwierige Zeiten in der nächsten Zeit auf ihn zukommen. Denn die Situation ist schwierig.

Nach einer jüngsten Meinungsumfrage stehen 80.000 land- und forstwirtschaftliche Betriebe in Österreich vor einer unsicheren Betriebsnachfolge. Ein Viertel aller Betriebe wissen nicht, ob sie einen Betriebsnachfolger haben werden. In den Grünlandgebieten liegen bereits 90.000 ha Boden brach, sie werden nicht mehr bewirtschaftet.

Bei der Einkommensentwicklung entnehme ich einer Anfragebeantwortung des Herrn Landwirtschaftsministers, daß die Bauern im Durchschnitt des Jahres 1974 pro Jahr 50.262 S verdient haben. Wenn Sie das auf die Arbeitszeit von durchschnittlich 60 und mehr Stunden umrechnen, kommen Sie auf einen Stundenbruttolohn – brutto! – von 17 S, und davon muß der Bauer noch investieren.

Wenn man Agrarpolitik ernst nehmen will für dieses Land, für diese Bevölkerung, muß man nicht nur bei den Worten, sondern muß man bei den Taten ansetzen, und dazu gehört letztlich, aber nicht zuletzt eine Änderung der Haltung des Sozialministers in der Frage der bäuerlichen Zuschußrentner, denn das, was hier geschieht, ist eines Sozialministers unwürdig. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun ein paar Gedanken zur Marktordnung, weil ich das Gefühl habe, daß diese Frage wieder vorzeitig in Diskussion geworfen wird, um ja Verunsicherungen in der Öffentlichkeit, in der Bevölkerung, bei den Bauern hervorzurufen.

Ich glaube, wenn wir von der Marktordnung reden, sollten wir über einige Grundsätze nachdenken.

Erstens scheint es mir notwendig und wichtig, diese Marktordnung zu einer umfassenden Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung auszubauen, in der auch eine vernünftige Krisenvorsorge für Grundnahrungsmittel eingebaut wird.

Zweitens sollte man sich ernstlich überlegen, wie man die Preispolitik für Grundnahrungsmittel versachlichen und besser den Realitäten anpassen könnte.

Drittens wird ernstlich zu überlegen sein, wie man die Entscheidungsgrundlagen verbessern und ausbauen kann.

Dr. Lanner

Und viertens scheint es mir wichtig und notwendig, in Zeiten eines zunehmend unsicheren Weltmarktes eine längerfristige Regelung anzustreben.

Damit würden wir mehr Sicherheit bringen, mehr Sicherheit für das Land, mehr Sicherheit für diese Bevölkerung, mehr Sicherheit in der Versorgung mit Nahrungsmitteln bei einem zunehmend unsicheren Weltmarkt. Ich glaube, wir wären der österreichischen Öffentlichkeit eine sachliche Politik in dieser Frage schuldig.

Meine Damen und Herren! Die Nahrungsmittelversorgung ist die eine Seite der Agrarpolitik. Der funktionsfähige ländliche Raum, die Besiedlungsfunktion, die Kulturfunktion, die Voraussetzungen für die Erholungsfunktion, die Voraussetzungen für den Fremdenverkehr sind die zweite Basis einer leistungsfähigen Landwirtschaft.

Ich glaube, daß man nur dann diesen bäuerlichen Berufsstand auch für morgen leistungsfähig erhalten und sichern wird, wenn man die Lebensbedingungen im ländlichen Raum verbessert. Dazu gehören Straßen, Schulen, Kindergärten, Telephonanlagen, ärztliche Versorgung, Sportplätze, all das, was man unter dem Begriff Infrastruktur zusammenfaßt. In der Frage des Ausbaues der Infrastruktur stehen viele Gemeinden vor einem großen Dilemma – sie können es finanziell nicht verkraften. Warum? Weil ihnen aus dem Finanzausgleich nicht die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Es hat heute auch schon Generalsekretär Busek die Frage des Finanzausgleiches angeschnitten. Ich glaube, die Frage des Finanzausgleiches wird ein zentrales Problem der nächsten Jahre werden. Hier müssen wir auch im Interesse der kleineren und mittleren Gemeinden eine vernünftige, eine tragbare finanzielle Lösung finden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte denen sagen, die vielleicht glauben, diese kleinen und mittleren Gemeinden, dieser ländliche Raum wäre es ja nicht wert, daß man sich seiner so annehme, dort leben ja nur wenige Menschen: Darf ich Ihnen sagen, daß von den 7,4 Millionen Österreichern 3,4 Millionen allein in Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern leben. Das sind die Dauersiedler. Wenn Sie dazu noch die Erholungssuchenden zählen, könnte man eigentlich sagen, daß in der überwiegenden Zeit eines Jahres die Mehrheit des österreichischen Volkes im ländlichen Raum lebt. Das ist ein statistisches Faktum.

Ich glaube, wem es schwerfällt, aus einer positiven inneren Einstellung für diesen Raum mehr zu tun, der sollte sich wenigstens dieser Bevölkerungskapazität entsinnen.

Nicht zuletzt sollte man aus den Erfahrungen des Auslandes lernen. In Schweden hat man die Erfahrung gemacht, daß diese Räume, wenn man sie vernachlässigt, wenn man ihnen nicht die Mittel zur Verfügung stellt, die die Voraussetzung und Basis für die Erschließung sind, entsiedelt werden.

Herr Bundeskanzler, Sie wissen es sicher von Ihrem Parteifreund Palme. Was haben die Schweden gemacht? Sie mußten im Jahre 1971 einen Reichstagsbeschluß fassen, einen sogenannten Dezentralisierungsbeschluß: Zwangsweise Aussiedlung von rund 40 staatlichen Behörden, um neue Kristallisationskerne im ländlichen Bereich zu schaffen, um eine Wiederbesiedlung einzuleiten. Sollten wir nicht den vernünftigeren Weg gehen und in unser aller Interesse die Entsiedlung verhindern?

Ich würde Ihnen vorschlagen, daß Sie hier nicht zu sehr zu Ihren Parteifreunden in der Bundesrepublik Deutschland schielen, denn dort steht im Konzept für ein neues sozialistisches Programm, daß man daran denke, künftig nur mehr Gebiete mit einer Einwohnerkapazität ab 40.000 Menschen öffentlich zu fördern. Das wäre ein problematischer Weg. In diesem Fall sollten wir von den Schweden lernen, damit wir nicht die bittere Erfahrung machen, später einmal Dezentralisierungsbeschlüsse in diesem Haus fassen zu müssen, weil wir diese Räume vernachlässigt haben.

In diesem Zusammenhang, Herr Bundeskanzler, eine Überlegung zur Regionalpolitik. Ich werde oft gefragt, warum eigentlich das Umweltministerium bei uns nicht aktiver wird, wenn es um Fragen der Berggebiete, der Grenzgebiete, des ländlichen Raumes geht. Das wäre doch Umwelt, so sagen die Leute. Ich werde immer wieder gefragt, ob es denn nicht richtiger wäre, in der Regionalpolitik nicht nur das Landwirtschaftsressort zu strapazieren, sondern auch Aktivitäten anderer Ressorts zu integrieren. Unter „Integration“ würde ich verstehen, daß man die Maßnahmen abstimmt – nicht daß Sie, Herr Handelsminister, ein Fremdenverkehrsförderungskonzept machen, von dem der Landwirtschaftsminister nichts weiß, der macht wieder ein Regionalkonzept, von dem Sie wieder nichts wissen –, daß man die Maßnahmen also abstimmt und sich auch überlegt, ob es nicht sinnvoller und billiger wäre, wenn sich das Umweltressort mehr vorbeugend und nicht nur als Reparaturfaktor um diese Umwelt kümmern würde.

Meine Damen und Herren! Darf ich noch zu einem Punkt Stellung nehmen, der in dieser Regierungserklärung ebenfalls sehr stiefmütterlich behandelt wurde, zur Integrationspolitik. Sie wurde mit einer Erinnerungspost von vier

Dr. Lanner

Zeilen bedacht, und das scheint mir doch etwas zu wenig, nachdem es sich hier um den bedeutendsten Handelspartner Österreichs handelt.

Am 1. Jänner werden die Zölle gegenüber der Wirtschaftsgemeinschaft auf dem industriell-gewerblichen Sektor neuerdings um 20 Prozent gesenkt. Mitte 1977 folgt die letzte Zollsenkungsetappe. Damit wäre der Handels- und Warenverkehr auf dem industriell-gewerblichen Sektor mit der Wirtschaftsgemeinschaft frei – mit wichtigen Ausnahmen. Eine dieser wichtigen Ausnahmen sind die sogenannten „sensiblen Produkte“, ist der Sektor Stahl, ist der Sektor Papier, wo wir uns mit einem verzögerten Zollabbau abfinden mußten bis zum Jahre 1980, ja sogar bis 1984.

Wir haben uns oft in diesem Hause an den zuständigen Minister mit dem Ersuchen gewandt – und, Herr Bundeskanzler, ich darf dieses Ersuchen heute Ihnen vortragen –, sich in Brüssel zu bemühen, zur Sicherung unserer Arbeitsplätze einen möglichst raschen Zollabbau auch bei Stahl, auch bei Papier zu erreichen.

Herr Bundeskanzler! In der Regierungserklärung ist diesbezüglich nichts zu finden. Die Aktivitäten der letzten Monate sind enttäuschend. Ich glaube, wenn die Integration schon nicht in der Regierungserklärung verankert ist, daß Sie sich wenigstens nachträglich bemühen und Ihrem Integrationsminister sagen, er solle sich anstrengen, um ein besseres, ein vernünftigeres Arrangement zu erreichen.

Im Bereich der Landwirtschaft haben wir den sogenannten Agrarbriefwechsel. Wir haben ein gegenseitiges Geschäft vereinbart. Wir beziehen aus dem EWG-Raum Obst, Gemüse, Wein und Zierpflanzen, die EWG übernimmt von uns Produkte der Viehwirtschaft. Wir beziehen weiter brav, bieder und treuherzig. Die EWG bezieht nicht. Die EWG hat die Schranken geschlossen, und wir finden uns damit ab. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Auch daran hängen Tausende von Einkommen, Tausende von Familien und Tausende von Arbeitsplätzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte hier unterstützen, was Bundesparteiobmann Dr. Taus gesagt hat: Hier muß man energischer, klarer, mit mehr Überzeugung und Stoßkraft vorgehen. Es ist ja bedrückend, wenn man sich von einem EWG-Beamten folgendes sagen lassen muß: Ja mit euch Österreichern ist doch leicht verhandeln. Ich brauche ja nur die Zeitungen zu lesen, sagte mir dieser, dort steht, daß sich die Regierung bemüht, der Landwirtschaftsminister pilgert vierzigmal nach Brüssel, aber man kann eben nichts machen, und damit muß man sich abfinden.

Das ist keine Politik. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache. Das Außenhandelspassivum hat sich von 1972 bis 1974 allein auf dem Agrarsektor vervierfacht, von 794 Millionen auf 3,1 Milliarden. Das sind die Fakten, und diese Fakten sollten uns zu denken geben.

Schließlich, Herr Bundeskanzler, der dritte Bereich im Rahmen der Integration. Im Artikel 32 ist eine Evolutionsklausel vorgesehen. Wir nützen sie nicht. Ich verstehe nicht, warum wir sie nicht nützen. Wir könnten sie nützen, deshalb ist sie ja im Vertrag vorgesehen. Im Ausbau der gegenseitigen Beziehungen gäbe es vieles zu tun: Die Erarbeitung einheitlicher Umweltschutznormen, die Erarbeitung von Normen für die Kennzeichnung von Lebensmitteln, die Vereinfachung und Verbilligung der Zollverfahren, die Beseitigung technischer Handelshemmnisse, alles das wären Beispiele dafür, wie man diese Evolutionsklausel für uns, für unsere Wirtschaft, für die Einkommenslage unserer Bevölkerung nutzen könnte.

Ich glaube, Herr Bundeskanzler, man müßte schlußfolgernd zumindest eines sagen: Es ist höchste Zeit, daß Sie mit mehr Nachdruck in Brüssel verhandeln, daß Sie sich nicht einfach mit den Dingen abfinden, daß Sie sich vielleicht an der Schweiz – auch ein kleines Land – ein Beispiel nehmen, daß wir endlich auch auf diesem Sektor Erfolge erzielen, Erfolge, die wir dringend brauchen, Erfolge, die uns zustehen, denn wir bezahlen ja ständig dafür, und daß Sie, wenn sie diese Frage schon in der Regierungserklärung nicht verankert haben, zumindest diesen Problembereich in der Praxis in der nächsten Zeit konkret und intensiv angehen. *(Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Meine Damen und Herren! Zum Schluß noch einige Gedanken zur Familienpolitik, weil ich glaube, daß auch diese Frage in dieser Regierungserklärung zu stiefmütterlich behandelt wurde. Man prüft, man trachtet, man widmet besondere Aufmerksamkeit. Das sind ungefähr die Formulierungen. Wenig Konkretes.

Wir glauben, Familienpolitik sollte den Familien helfen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Wir sind nicht der Meinung, daß die Familie ein Überbleibsel einer veralteten Gesellschaftsordnung ist und daß man sie einfach damit abtun kann. Die Familie leistet für die Erziehung, für die Gesellschaft und für die Kultur, was der Staat niemals so billig und vor allem niemals so gut leisten kann.

Die Familie ist durch den Staat – das sollte man immer wieder unterstreichen – nicht zu ersetzen. Aber, Herr Bundeskanzler, wenn wir Ihre Regierungserklärung durchgehen, so stellen wir eines fest: In keinem anderen Ressort als

Dr. Lanner

im Kapitel Familie – in keinem anderen Ressort – kommt der Name Familie auch nur mit einem Wort vor. Beim Wohnbau sprechen Sie von qualitativen Verbesserungen, aber kein Wort von familiengerechten Wohnungen. Sie sprechen von Mietern und sonstigen Nutzungsberechtigten; von der Familie ist nicht die Rede. Im Bildungsbereich wollen Sie die Eltern lediglich über Ihr Bildungssystem aufklären, Sie sagen aber nichts darüber, daß die Familie selbst einer der wichtigsten Bildungsfaktoren ist und wie man sie auf diese Funktion vorbereiten kann.

Wir glauben, daß eine zukunftsweisende Familienpolitik nicht von einem schwedischen Modell ausgehen kann, das die Familien zur gesellschaftspolitischen Bedeutungslosigkeit abdrängen will. Wir bekennen uns zu einer aktiven Familienpolitik, und wir glauben, daß die Frage der Familienpolitik nicht Aufgabe eines einzigen Ressorts ist und nicht sein kann, sondern daß eine Abstimmung familiengerechter Maßnahmen in allen Ressorts notwendig ist.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, eine zusammenfassende grundsätzliche Bemerkung.

In der Regierungserklärung als Absichtserklärung für die nächsten vier Jahre interessiert uns als Opposition besonders zweierlei:

Erstens: Welche Absichten der Regierung stehen mit unseren Grundsätzen in Widerspruch, welchen Vorhaben können wir zustimmen?

Zweitens: Wie, auf welche Weise und mit welchen Methoden wird die Regierung ihre Vorhaben verwirklichen?

Sie, Herr Bundeskanzler, haben am 5. Oktober nach der Nationalratswahl erklärt –: „Ich betrachte es als die Aufgabe der Bundesregierung, eine Regierung für alle Österreicher zu sein und nicht nur für diejenigen, die sie gewählt haben.“

Als Opposition, Herr Bundeskanzler, vertreten wir die Hälfte der österreichischen Bevölkerung und werden dafür sorgen, daß die Anliegen dieser Bevölkerung nicht unter den Tisch fallen. Die ÖVP ist zu einer konstruktiven Opposition bereit, das heißt, bei aller Kritik und Distanz besteht der Wille zu sachlichen und modernen Lösungen.

Unter drei Voraussetzungen:

Erstens, die Verantwortung muß klargestellt sein, zweitens, die Partner müssen einander respektieren, das heißt, Verdächtigungen, Diffamierungen und Unterstellungen können keine Basis für eine sachliche Arbeit sein, und drittens, die Demokratie muß ernstgenommen werden.

Herr Bundeskanzler! Sie haben einmal gesagt – ich beziehe mich hier auf die „Presse“ vom 30. November 1973 –, die Mehrheit hat immer recht.

(Bundeskanzler Dr. Kreisky: Nein, das habe ich nicht gesagt!) Herr Bundeskanzler! Ich glaube Ihnen, daß Sie das nie gesagt haben. Schauen Sie, ich bin da ein leichtgläubiger Mensch. *(Bundeskanzler Dr. Kreisky: Lesen Sie weiter! Lesen Sie das Protokoll ganz genau!)* Ich zitiere nur die „Presse“ vom 30. November 1973. Ich wollte Ihnen ja eine goldene Brücke bauen, wenn Sie mich hier nicht unterbrochen hätten. Ich darf nur zitieren, was die „Presse“ schreibt, was Sie bisher nicht dementiert haben. „Die Mehrheit“, meine Damen und Herren – Sie waren auch sehr höflich in der Formulierung –, „hat in der Demokratie immer recht.“ „Presse“ vom 30. November 1973.

Ich glaube, Herr Bundeskanzler, man sollte hier offen zugeben: Auch die Mehrheit kann irren. Aber wenn die Mehrheit in diesem Hause die Spielregeln der Demokratie, nämlich Verantwortung, Respekt und Fairneß, einhält, dann können wir auch sachlich weiterkommen. Davon bin ich überzeugt.

Nur eines möchte ich mit aller Klarheit sagen: Wir werden diese Regierung nicht nur an ihren Absichtserklärungen messen, wir werden sie an ihren Handlungen, an ihren Taten für das österreichische Volk messen und danach urteilen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Bundesminister Dr. Staribacher. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. **Staribacher**: Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Lanner hat mich zitiert, aber, wie er das ja gerne macht, nicht vollständig. Ich habe ihn zwar zwischenrufmäßig gefragt, wie das beim Herrn Minister Schleinzer war. Darauf hat er nicht geantwortet – verständlicherweise.

Ich darf also festhalten: In den Preiskalkulationsverhandlungen war immer strittig, ob die Verzinsung anerkannt wird oder nicht. Auch in der Zeit der ÖVP-Regierung ist sie nicht anerkannt worden. Das möchte ich mit aller Deutlichkeit hier festhalten.

Niedergeschlagen hat sich das in den Preisen. Ich darf einige erwähnen: Es wurde in der ÖVP-Zeit der Weizenpreis bekanntlicherweise um 7 Groschen gesenkt. Wir haben ihn immerhin um 45 Groschen in der Zeit erhöht, obwohl die Verzinsung damals nicht anerkannt wurde und bei uns nicht anerkannt wurde. Ich darf festhalten, daß beim Milchpreis damals, obwohl der Verbraucherpreis um einen Schilling erhöht wurde, der Bauer keinen einzigen Groschen bekommen hat, wir aber sehr wohl den Milcherzeugerpreis um zirka einen Schilling erhöht haben.

Bundesminister Dr. Staribacher

Ich kann daher festhalten, daß wir in der Preispolitik objektiver gewesen sind und für die Bauern mehr geleistet haben, als das seinerzeit in der ÖVP-Regierung der Fall gewesen ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte weiters festhalten, wenn der Herr Abgeordnete Lanner sagt, die Preispolitik gehört versachlicht: Noch niemals ist mit den Bauern so einvernehmlich vorgegangen worden, noch niemals ist mit den Bauern so eingehend diskutiert worden, noch niemals ist mit den Bauern in der Preispolitik so verhandelt worden wie in der vorhergehenden Regierung und wie es auch in der jetzigen Regierung sein wird. Bezüglich einer Versachlichung brauchen wir uns nichts vorwerfen zu lassen. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Glaser: Es wurde auch noch niemals von der Regierungsbank so viel polemisiert wie von Ihnen!)* Ja, Herr Abgeordneter, Ihnen ist es unangenehm, wenn hier die Wahrheit gesagt wird. Das hat mit Polemik gar nichts zu tun, sondern das ist eine sachliche Feststellung, und das wissen Sie sehr, sehr genau. *(Beifall bei der SPÖ. - Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Bitte, Sie können sofort mehr Zwischenrufe machen, und ich werde Ihnen, wenn Sie wollen, dann die Ergänzung noch sagen. Ich will mich nur kurz fassen, damit Sie mit Ihrer Debatte nicht beschränkt werden. *(Abg. Kern: Die halbe Wahrheit!)* Nein, das ist die ganze Wahrheit, das wissen Sie ganz genau. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Was nun die Frage der Versorgung betrifft, so weiß das Hohe Haus ganz genau, daß wir derzeit keinerlei Versorgungsschwierigkeiten haben, sondern daß wir ganz im Gegenteil ... *(Abg. Kraft: Die Betonung liegt auf „derzeit“!)* In den letzten Jahren haben wir sie nur dann gehabt, wenn - ich will mich sehr vorsichtig ausdrücken - nichtwirtschaftsgerechte Exporte bei gewissen Produkten, siehe Zucker, gemacht wurden. Sonst haben wir die ganze Zeit keinerlei Versorgungsschwierigkeiten gehabt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich darf also festhalten, daß wir keine Schwierigkeit haben in der Versorgung, sondern ganz im Gegenteil, daß wir große Schwierigkeit haben, die Überschüsse, die - und das sage ich hier ausdrücklich - unsere sehr leistungsfähige, sehr arbeitsfreudige Bauernschaft produziert, abzusetzen. Das weiß der Herr Abgeordnete Lanner genauso gut. Wir wissen heute nicht, wo wir mit dem Überschuß an Weizen hinsollen, wir wissen nicht, wo wir mit dem Überschuß an Milch hinsollen, wir wissen nicht, wo wir mit dem Überschuß an Fleisch hinsollen, und wir wissen jetzt nicht einmal, wo wir mit dem Überschuß an Zucker hinsollen. Und da können wir im Parlament nicht sagen, die Versorgung muß gesichert werden.

Der Herr Abgeordnete Lanner weiß auch ganz genau, meine Damen und Herren, welche Schwierigkeiten es bereitet und welche Anstrengung wir machen, diese Überschüsse wegzubringen, und zwar mit ihm gemeinsam wegzubringen. Man kann also beim besten Willen, Herr Abgeordneter Lanner, das hier nicht so sagen. Der Herr Abgeordnete weiß ja viel besser, wie wir uns bemühen, hier die Überschüsse wegzubringen, und zwar unter beträchtlichem Aufwand von Staatsmitteln. Wir wollen das System auch ändern, denn wir wollen diese Zuschüsse - die Bauern beklagten sich, daß diese vielzusehr in andere Kanäle kommen - jetzt direkt den Bauern zuwenden, damit also eben zum Beispiel diese Hunderte Millionen Schilling für den Viehexport, die wir aufwenden, dann tatsächlich den Viehproduzenten zugute kommen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und, nebenbei bemerkt, weil Sie gefragt haben, wer denn das gewesen sei, der erklärt hat, die Landwirtschaftskammern seien zu sehr belastet: Es war der Herr Abgeordnete Lanner, der gesagt hat, man solle die Landwirtschaftskammern nicht so kritisieren, denn sie müßten so viele Aufgaben übernehmen, die ihnen der Staat überträgt. Wir werden sie entlasten, Herr Abgeordneter Lanner, wir werden die Zuschüsse direkt den Bauern zuwenden. *(Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Halder: Richtig zitieren!)* Meine Herren, Sie müssen entschuldigen, daß ich jetzt das Zitat nicht ganz genau im Kopf habe. Aber der Herr Abgeordnete Lanner wird bestätigen, daß er in Tirol bei einer Diskussion erklärt hat, daß der Staat die Landwirtschaftskammern stärker belastet. *(Abg. Dr. Halder: Er war ja gar nicht in Tirol! Das wissen Sie auch nicht einmal!)* Aber Ihr Kollege beruhigt sich schon. Fragen Sie doch den Kollegen Lanner, er wird es Ihnen bestätigen.

Was nun die Frage der Fettversorgung betrifft, ist es richtig, daß wir hier nur fünf Prozent haben. Das steht also fest. Und ich will gar nicht abstreiten ... *(Abg. Pansi überreicht dem Minister einen Zettel.)* - Sehen Sie, ich bekomme schon das Zitat; das ist herrlich. „VN-Gespräch mit Bauernbunddirektor Sixtus Lanner“ - ich habe ja keine Ahnung gehabt, daß ich heute hier dem Herrn Lanner antworten muß, darum habe ich es nicht mitgenommen.

VN-Gespräch mit Bauernbunddirektor Sixtus Lanner in den „Vorarlberger Nachrichten“ vom 9. 9. 1975: Daß die Landwirtschaftskammern heute in Österreich wenig agrarpolitische Akzente setzen, begründet Sixtus Lanner in einer von oben, sprich dem Ministerium, gesteuerten administrativen Überlastung der Kammern, deren eigener Spielraum dadurch immer stärker eingeengt werde. *(Abg. Dr. Halder: Das ist etwas anderes, als Sie gesagt*

Bundesminister Dr. Staribacher

haben!) Das ist genau dasselbe. Wenn der Spielraum eingeschränkt wird, werden wir den Spielraum der Landwirtschaftskammern vergrößern, indem die Subventionen den Bauern direkt vom Staat gegeben werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Was nun die Frage der Fettversorgung betrifft, meine Damen und Herren, so weiß der Herr Abgeordnete Lanner ganz genau, wie schwierig dieses Problem zu lösen ist. Und ich kann mit Stolz sagen, daß es unsere Regierung war – der Herr Landwirtschaftsminister und ich –, die in der letzten Legislaturperiode dieses Problem in Angriff genommen hat, und daß wir – und das weiß der Herr Abgeordnete Lanner auch sehr genau – in Verhandlungen sind, in sehr konkreten Verhandlungen, daß wir also – ich kann die Firmen jetzt nicht nennen, aber sie sind auch der Landwirtschaftskammer nahestehend – sehr wohl hier gemeinsam eine Lösung suchen wollen, um die Fettversorgung aus der inländischen Produktion zu fördern und ebenso die Verarbeitung. Wenn das Hohe Haus es wünscht, bin ich gerne bereit, Details zu nennen, insbesondere in einem Ausschuß, weil natürlich solch delikate Verhandlungen beim besten Willen hier nicht ausgebreitet werden können. Wir sind mitten drinnen, und ich hoffe, daß es uns gelingen wird. Auf alle Fälle sind wir einen Schritt weiter als die von Ihnen hier nicht zitierte, aber sonst häufig erwähnte Schweiz, wo bekanntlicherweise die Verhandlungen gescheitert sind. Wir versuchen also jetzt, hier eine entsprechende Lösung zu finden.

Herr Abgeordneter Lanner, Sie meinen, daß wir den ländlichen Raum vernachlässigen. Ich behaupte sogar, daß den ländlichen Raum in der Oppositionszeit wir in der Arbeiterkammer gefunden haben, denn damals – das wissen Sie auch ganz genau – hat der Dr. Wanke als erster in der Arbeiterkammer – gar nicht ich, ich will mich gar nicht rühmen – diesen Begriff geprägt. Wir haben ihn also damals definiert, wir haben ihn analysiert, wir haben ihn zur Diskussion ausgebreitet. Ich war erfreut, daß Sie ihn übernommen haben, denn es ist sicherlich eine ganz neue Agrarpolitik damit kreiert worden, auch von Ihnen kreiert worden, die ich für richtig halte: daß nämlich der Bauer und die ganze Bevölkerung im ländlichen Raum gesehen werden soll und daß es dadurch möglich ist, eine wesentlich bessere Lösung zu finden. Und wir vernachlässigen den ländlichen Raum nicht, wir vernachlässigen die Grenzgebiete nicht, sondern wir bemühen uns, hier auch wieder gemeinsam mit den Kammern entsprechende Lösungen zu finden.

Wo nehmen Sie das her, daß ich mich mit dem Landwirtschaftsminister nicht abstimme? Das ist mir ganz neu, aber bitte, vielleicht müssen Sie

irgend etwas behaupten, was Sie meiner Meinung nach nicht beweisen können. Denn Sie wissen ganz genau, daß der Kollege Weihs und ich in ständigem und engstem Einvernehmen die Probleme besprechen, nicht nur was den ländlichen Raum betrifft, sondern alle Fragen.

Sie haben mich dann als Integrationsminister zitiert, haben den Bundeskanzler ersucht, er solle also doch hier ein bißchen mehr darauf drängen, was hier gemacht werden soll.

Ja, Herr Dr. Lanner, alles können Sie uns vorwerfen, nur eines nicht: daß wir ein schlechtes Arrangement gemacht haben. Sie selbst waren doch mit dabei. Ihre vorhergehenden Regierungen waren ja leider nicht imstande, ein Arrangement zustandezubringen. Wir haben gemeinsam dieses Arrangement zustandegebracht, daher war es auf alle Fälle einmal ein Arrangement. Sie meinen, man hätte ein besseres machen können, das aber erst, seitdem Sie, Herr Abgeordneter Lanner, verständlicherweise in der Opposition kritisieren müssen. Sie wissen es aber ganz genau, Sie sind bestens informiert, weil ja wir die Landwirtschaftskammern sehr genau informieren. Früher einmal war es umgekehrt, das wissen Sie. Früher sind wir gar nicht informiert worden. Aber wir haben als Arbeiterkammer eben eine andere Politik als seinerzeit, als ich noch tätig war. Wir haben eben eine andere Politik. Wir haben gemeinsam das Arrangement zustandegebracht, und Sie wissen daher, daß wir die Verbesserung natürlich anwenden wollen und daß wir ja Teilerfolge erreicht haben. Wir haben ja in der Frage der entsprechenden Vereinfachungen, wir haben in der Frage der Ursprungszeugnisse, wir haben in Detailfragen Erfolge erzielt. Wir konnten nur natürlich nicht über den Vertrag hinaus. Wir sind vertraglich gebunden, auch die EG ist vertraglich gebunden. Und Sie wissen ganz genau, daß, auch wenn sich der Herr Bundeskanzler bemüht, wir hier nur ganz kleine Erfolge erreichen könnten. Die haben wir erreicht, und wir werden uns daher auch weiterhin bemühen.

Wenn Sie dann die Ziffern anführen, die im Agrargebiet zutreffend sind: Wir haben hier leider nicht Exportsteigerungen erreichen können, weil eben die Agrarfrage aus dem Vertrag ausgeklammert wurde, nicht weil wir es wollten, sondern weil die EG es seit eh und je abgelehnt hat. Es war also daher trotzdem ein schöner Vertrag und ein guter Vertrag, denn die anderen Ziffern sprechen ja für sich. Wir haben immerhin von 26 Milliarden Schilling auf 42 Milliarden Schilling – immer von Jänner bis September, weil diese Ziffern liegen für 1975 erst vor – die Exporte in diese Länder steigern können, und wir haben sogar gegenüber Deutschland unsere Exporte von 12,9 Milliarden auf 20,9 Milliarden steigern können. Heuer ist es uns sogar

Bundesminister Dr. Staribacher

gelingen, eine 7prozentige Steigerung zu erreichen, sodaß ich also sagen würde, Herr Abgeordneter Lanner: Volles Verständnis, daß Sie, die Opposition vertretend, uns auffordern, die Regierung solle mehr tun. Einverstanden! Aber dann bitte vielleicht auf Gebieten, wo Sie wirklich nicht informiert sind, auf Gebieten vielleicht, wo Sie die Details nicht so gut kennen, aber nicht dort, wo Sie genau wissen, wie die Situation ist, in der Hoffnung, daß vielleicht hier nicht geantwortet wird.

Ich kann Ihnen nur sagen: In der Preispolitik, in der Politik des ländlichen Raumes, in der Integrationspolitik, für die ich mich verantwortlich fühle, haben wir in der Vergangenheit bisher viel gemacht, wesentlich mehr als die vorhergehenden Regierungen, und wir haben auch schöne Erfolge erzielt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Schmidt. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Schmidt (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich glaube, ich muß dem Herrn Abgeordneten Blecha recht geben. Denn wenn wir die beiden Regierungserklärungen, die vom 5. November 1971 und die vom 5. November 1975, vergleichen, dann hat der Abgeordnete Blecha recht, wenn er – allerdings offenbar unter Einwirkung einer Freudschen Fehlleistung – von seiner Regierung sagt: Wir sind schwächer geworden. Denn diese Regierungserklärung ist tatsächlich schwächer geworden.

Wenn ich mir nur das Kapitel ansehe, in dem sich der Herr Bundeskanzler mit den Problemen der öffentlichen Verwaltung, des öffentlichen Dienstes beschäftigt, kann man nur sagen: Im Vergleich zum Jahr 1971 am besten nichts Neues.

Es wäre nun sicherlich falsch und ungerecht, meine Damen und Herren, wenn wir sagen würden, daß in den vergangenen vier Jahren überhaupt nichts geschehen sei und von den damals angekündigten legislativen Vorhaben nichts realisiert worden sei. Immerhin wurden ein Ausschreibungsgesetz, ein Gesetz über die Verwaltungsakademie und schließlich das Bundesministeriengesetz geschaffen, die Entwicklung der Elektronischen Datenverarbeitung wurde vorangetrieben.

Die angekündigte Neugestaltung des Dienst- und Besoldungsrechtes ist allerdings ausgeblieben; es liegt lediglich ein umstrittenes Konzept vor.

Die damals angekündigte Neugestaltung des Reisegebührenrechtes ist auf der Strecke geblie-

ben. Das ist auch ein Punkt, der das widerlegt, was Herr Kollege Blecha gesagt hat, daß die damalige Regierungserklärung Punkt für Punkt erfüllt worden ist. Ein kleiner Punkt, wenn ich von den größeren unerfüllten Punkten, etwa: 5000 Wohnungen im Jahr mehr, absehen möchte.

Aber so wichtig diese Einzelmaßnahmen, die ich jetzt aufgezählt habe, auch gewesen sein mögen – es hat ja hier im Hause eine unterschiedliche Beurteilung ihrer Bedeutung gegeben –, muß man, wie ich glaube, doch etwas sagen, was von meinen Parteifreunden ebenfalls schon gesagt worden ist: Auf dem Gebiete der Verwaltungsreform ist diese Regierung keinen Schritt weitergekommen. Wir alle haben noch den kümmerlichen Bericht in Erinnerung, den uns die seinerzeitige Bundesregierung – es ist ja dieselbe mit allen ihren Schwachstellen geblieben – im Frühjahr dieses Jahres vorgelegt hat. Das Resultat dieses Berichtes, Hohes Haus, war bekanntlich erschütternd.

Als die Regierung Kreisky II vor vier Jahren auf dem Gebiete der Verwaltungsreform große Ankündigungen gemacht hat, hat die freiheitliche Fraktion bzw. ich als deren Sprecher dazu Stellung nehmen dürfen. Ich habe am 10. November 1971 folgendes ausgeführt:

„Diese Verwaltungsreform müßte, so paradox es klingt, bei der Gesetzgebung beginnen. Sie müßte hier im Hohen Hause den Anfang nehmen mit der Schaffung klarer, übersichtlicher und verständlicher Gesetze, und das müßte natürlich schon bei den Regierungsvorlagen beginnen. Die Verwaltung leidet unter nichts mehr als unter der Last der ihr aufgebürdeten Aufgaben, einer Last, die natürlich noch größer wird, wenn die gesetzlichen Vorschriften, die zu vollziehen sind, nicht gut durchdacht, unverständlich, veraltet, der modernen Entwicklung nicht angepaßt sind. Die Folgen sind dann klar: schleppende Verwaltungstätigkeit, Häufung der Aktenrückstände, Vergrößerung des Beamtenapparates und schließlich Kopflastigkeit der Staatsfinanzen durch Beamtenbesoldung.“

Ich freue mich, daß vier Jahre später die Bundesregierung offensichtlich diese unsere Ansicht teilt, wenn der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung meint:

„Ansatzpunkt jeder Verwaltungsreform ist die Rechtsreform. Daher muß jeweils schon bei der Gesetzgebung bedacht werden, daß das Bestreben, möglichst jedem Einzelanliegen eine sachgerechte Lösung zu bieten, mit immer komplizierteren und zahlreicheren Rechtsvorschriften und damit mit einer immer aufwendigeren Vollziehung bezahlt werden muß.“

Auch das, meine Damen und Herren, gehörte vielleicht in das Kapitel der geistigen freiheitli-

Dr. Schmidt

chen Kinder, die in dieser Regierungserklärung zu finden sind. Allerdings muß ich bedauernd sagen: Es handelt sich um spätgeborene Kinder – vier Jahre zu spät!

Wir Freiheitlichen haben in der Zwischenzeit, in den vergangenen vier Jahren, immer wieder verlangt – das hat auch unser Klubobmann heute festgestellt –, daß bei jeder Gesetzwerdung zu prüfen sein werde, ob der Verwaltungsaufwand, der mit einem künftigen Gesetz verbunden ist, auch mit der Wichtigkeit, sozusagen mit dem Nutzen dieses Gesetzes im Einklang steht. Wir haben also bei jedem Gesetzesvorhaben immer die Erstellung einer Art wirtschaftlicher Kosten-Nutzen-Rechnung verlangt, und wir werden dies auch künftig, mit noch mehr Nachdruck, tun.

In der Zwischenzeit erfuhren wir alle, daß sich die Verwaltung zu einem Bleigewicht des Staatshaushaltes entwickelt hat. Sie ist in den vier Jahren der Regierung Kreisky nicht rationeller, sondern schwerfälliger geworden. Sie wird nicht sparsamer, sondern aufwendiger geführt.

Was wurde denn in der Regierungserklärung 1971 nicht alles versprochen? Eine Blütenlese: „Modernisierung der Verwaltungsorganisation.“ „Die Struktur der öffentlichen Verwaltung ist auf die Erfordernisse eines modernen Industriestaates auszurichten.“

Meine Damen und Herren! Was ist geschehen? Der Personalstand ist in den letzten fünf Jahren um 13.354 Bedienstete angewachsen. Natürlich steigen dann auch die Personalkosten. Denn – das muß doch auch klar ausgesprochen werden – wenn sich die öffentliche Hand immer mehr Aufgaben arrogiert, dann wird sie immer mehr Kräfte benötigen, die diese Aufgaben bewältigen müssen.

Gerade in dieser Regierungserklärung wird zwar von einer effektiveren, rationelleren Verwaltung gesprochen, gleichzeitig aber werden schon wieder neue Aufgabengebiete angekündigt, die die öffentliche Hand übernehmen wird, zum Beispiel auf dem Gebiete des Wohnungswesens, wo uns offenbar die Besteuerung leerstehenden Wohnraumes und die kommunale Wohnungsvermittlung bevorstehen. Also es wird hier wieder neuer Verwaltungsaufwand erzeugt.

Wenn eine ganze Reihe steuerpolitischer Schritte überlegt wird, so bedeutet das doch mit Sicherheit mehr öffentlich Bedienstete auf dem Finanzsektor, da die bisherigen mit der bisherigen Tätigkeit bereits bis zur Erschöpfung ausgelastet sind.

Hohes Haus! Ich glaube, es ist eine Illusion zu meinen, daß zusätzliche Arbeitskräfte in dem einen Sektor durch Einsparung in anderen Bereichen ausgeglichen werden könnten. Meine

Damen und Herren! Wir erleben doch Jahr für Jahr bei der Debatte über den Rechnungshofbericht, wie dieses Kontrollorgan des Parlaments aufzeigt, wo Einsparungen möglich sind, wo zu viele Bedienstete vorhanden sind, wo sie offenbar nicht ausgelastet sind, und ich frage Sie: Was geschieht eigentlich in dieser Richtung?

Ich meine, es ist auch eine Illusion, sich von der Verminderung der Personalstände in den Zentralstellen etwas Entscheidendes zu versprechen, wie dies offenbar der Herr Bundeskanzler tut. Weiß man überhaupt, wieviel Beamte dort sitzen? Wieviel Schreibtischbeamte gibt es denn wirklich?

Von den 350.000 Bundesbediensteten in Österreich gehören 14,3 Prozent der allgemeinen Verwaltung an, das sind rund 50.000, und davon sitzt nur ein kleiner Teil in den Zentralstellen.

Es ist vielleicht interessant, sich zu vergegenwärtigen, wie die Prozentsätze hier ausschauen: Von den rund 350.000 Bundesbediensteten entfallen 24,8 Prozent auf Lehrer, 21,8 Prozent auf die Eisenbahner, 16,2 Prozent auf die Post- und Telegraphenbediensteten, 12,9 Prozent auf die Exekutive, also Polizei, Bundesheer, Gendarmerie, Zollwache, 0,5 Prozent auf Richter und Staatsanwälte, 6 Prozent auf Förster, Saisonarbeiter und Teilzeitbeschäftigte.

Die große Masse der öffentlich Bediensteten sitzt also gar nicht hinter dem Schreibtisch und schon gar nicht in Zentralstellen. Das ist eine verschwindende Minderheit. Und wenn man diese Minderheit noch vermindert, so soll man das tun, wir haben nichts dagegen, vielleicht sitzen wirklich da und dort zu viele. Aber das Kraut wird dadurch nicht fetter, meine Damen und Herren. Eine Verwaltungsreform kann man damit nicht beginnen; dadurch erreicht man nichts Entscheidendes.

Nochmals: Wir sind nicht gegen eine Verminderung von Personal in Zentralstellen, aber es bringt fast nichts. Und diese Absicht in einer Regierungserklärung zu erwähnen, hat lediglich den Charakter eines psychologischen Gags. Mehr ist da nicht drin. Hohes Haus! Sicher ist eines: Wir stimmen mit der Regierungserklärung überein, insoweit die Absicht besteht, die gesamte Personalverwaltung des Bundes zu straffen und jede vermeidbare Personalvermehrung hintanzuhalten. Aber eines muß doch auch gesagt werden: Die öffentlich Bediensteten können nichts dafür, daß sie da sind, daß sie existieren und daß sie in dieser großen Zahl vom Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben herangezogen werden. Das klingt banal, werden Sie vielleicht sagen, aber man muß es so sagen, weil man manchmal als öffentlich Bediensteter eine

Dr. Schmidt

Art Schuldkomplex kriegen könnte, wenn man die Überschriften in den Zeitungen liest oder wenn man die Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers hört. Da heißt es in einer Zeitung: „Die Beamten fressen den Staat auf.“ Also sie sind schuld, daß die Staatsfinanzen so belastet sind. Und der Bundeskanzler spricht davon, daß es in Zukunft keine Bevorzugungen mit höheren Bezügen geben werde.

Die beiden Besoldungsübereinkommen wurden vom Bundeskanzler als ein fundamentaler Fehler der damaligen Regierung bezeichnet. Ich möchte fragen: Bitte, welche Bevorzugungen? War es eine Bevorzugung, daß die öffentlich Bediensteten endlich mit einer mehrjährig voraussehbaren wertgesicherten Besoldung rechnen konnten, nachdem sie jahrelang von einem Nachziehverfahren zum anderen weit hinter den Bezügen der Privatwirtschaft nachgestolpert sind? War es eine Bevorzugung, daß die öffentlich Bediensteten auch einen vereinbarten Anteil am realen Wirtschaftswachstum zugesichert erhielten? War es eine Bevorzugung, daß die öffentlich Bediensteten eine gewisse Wertsicherung ihrer eher bescheidenen Bezüge zugesagt erhielten? Eine Wertsicherung, die sie ohnehin erst im nachhinein erhalten haben, nachdem ihnen die Teuerung längst davongaloppiert ist.

Es soll keineswegs bestritten werden, meine Damen und Herren, daß die beiden Besoldungsübereinkommen zwischen den Gebietskörperschaften und den vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes den öffentlich Bediensteten im Vergleich zu der Zeit davor Vorteile gebracht haben. Aber nicht Vorteile gegenüber den anderen vergleichbaren Arbeitnehmern, sondern Vorteile gegenüber ihrer eigenen schlechteren Besoldungssituation vor Abschluß der beiden Übereinkommen oder des ersten Übereinkommens, präziser gesagt. Denn trotz dieser beiden Besoldungsübereinkommen sind die öffentlich Bediensteten noch immer um ein bis zwei ausgiebige Lohnrunden hinter den Berufsgruppen der Privatwirtschaft zurück.

Das österreichische Institut für Wirtschaftsforschung hat in seinen Monatsberichten festgestellt, daß in den Jahren 1971 und 1972 die Gehaltssumme im Sektor „Öffentlicher Dienst“ wieder merklich weniger als die Lohneinkommen in der übrigen Wirtschaft angestiegen ist, obwohl die Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst stärker zugenommen hatte als in der Privatwirtschaft. Hieraus ergibt sich zwangsläufig, daß das Pro-Kopf-Einkommen je Beschäftigten im öffentlichen Sektor wesentlich geringer anstieg als im privaten Sektor. Lediglich im Jahre 1973 hat sich die Steigerungsrate des Pro-Kopf-Einkommens der öffentlich Bediensteten dem vergleichbaren Einkommen

der Privatbeschäftigten angenähert. 1974 war wieder ein deutlicher Rückgang im Zuwachs des Pro-Kopf-Einkommens der öffentlich Bediensteten festzustellen.

Ich sage das deswegen so ausführlich, um eine von der höchsten Regierungsspitze genährte Legendenbildung, die öffentlich Bediensteten seien besoldungsmäßig sozusagen privilegiert, hintanzuhalten.

Ich weiß schon, daß 1 Prozent Gehaltserhöhung im öffentlichen Dienst rund 720 Millionen Schilling kostet und daß bei der katastrophalen Lage der Staatsfinanzen nach fünf Jahren sozialistischer Regierung dies eine unerhörte Belastung für den Staatshaushalt darstellt. Aber bitte, ich möchte doch ganz bescheiden fragen: Was kann der einzelne Bedienstete dafür, daß die sozialistische Regierung die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme dieses Staates nicht in den Griff bekommen hat?

Ich möchte doch sagen, daß auch der öffentlich Bedienstete mit seiner Familie die gleichen Sorgen hat und die gleiche Teuerung zu tragen hat wie die anderen Arbeitnehmer. Und so einfach kann man es sich doch da nicht machen, daß man sagt: Dein Dienstgeber hat eben kein Geld, und bei dir muß man halt sparen.

Hohes Haus! Es ist völlig klar, und alle wissen es, daß sich Österreich heute in einer wirtschaftlichen Lage befindet, die zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Erhaltung der Stabilität in jeder Hinsicht und von jedem einzelnen nicht nur Verständnis, sondern auch Opfer verlangt. Es gehört, glaube ich, zur Tradition des österreichischen Berufsbeamten, daß er für die Freiheit, den Bestand und die wirtschaftliche Lage seines Vaterlandes größte Opfer zu bringen bereit und auch willens ist, einen entsprechenden Anteil zur Sicherung der Zukunft dieses Landes beizutragen.

Die öffentlich Bediensteten dürfen aber nicht die einzige Dienstnehmergruppe bleiben, die zur Kasse gebeten wird. Die öffentlich Bediensteten haben durch ihre gewerkschaftlichen Vertretungen mit den Gebietskörperschaften einen Vertrag geschlossen, nämlich das Besoldungsübereinkommen, das am 31. Dezember 1975 ausläuft. Offen ist hier immer noch die Endabrechnung des laufenden Übereinkommens, das heißt, die Abrechnung der Teuerung, die im Zeitraum zwischen dem 1. Oktober 1974 und dem 31. Dezember 1975 entstanden ist.

Ich weiß, daß es eine ungeheure Belastung für den Staat ist, aber dennoch, glaube ich, ist das ein Vertrag gewesen, und die öffentlich Bediensteten haben ein Recht darauf, daß dieser Vertrag erfüllt wird. Das kann man nicht einfach

Dr. Schmidt

mit einer Handbewegung abtun und mit dem Schlagwort von der Bevorzugung diskriminieren.

Bei dieser Gelegenheit muß man auch einen Gedanken zum Thema Teuerungsabgeltung hier deponieren. Der Herr Bundeskanzler hat dieses Thema gleich zu Beginn seiner Erklärung angeschnitten und es mit der Frage der Bezüge der Obersten Organe und der Volksvertreter verknüpft. Ich glaube, daß das nicht gut war. Denn das sieht so aus, als ob die Frage nach einer starren oder einer perzentuellen Teuerungsabgeltung nur die Nationalratsabgeordneten oder höchste Funktionäre dieses Staates berühren würde und niemand anderen. In Wirklichkeit ist das eine Frage, die weite Bereiche des öffentlichen Dienstes berührt.

Meine Damen und Herren! Es ist natürlich sehr populär und psychologisch und von einiger Wirkung, wenn man verkündet, daß die Teuerung für den mehr Verdienenden genauso groß ist wie für den weniger Verdienenden. Es heißt dann immer so schön: Das Brot, die Butter, die Milch, die Erdäpfel sind für alle gleich teuer, und daher müsse die Teuerungsabgeltung für alle gleich groß sein, wie wenn die Teuerung nur die Grundnahrungsmittel erfassen würde und nicht auch die übrigen Verbrauchsabgaben. Und diese sind ja wohl sehr unterschiedlich bei den einzelnen Einkommensbezieher.

Aber das Wesentliche bei dieser Gleichmachereiargumentation, meine Damen und Herren, wird nie erwähnt, und daher muß es hier auch einmal gesagt werden: Die Teuerung mag für alle gleich sein. Nicht gleich ist die Lohnsteuerbelastung durch den Herrn Finanzminister. Diese Steuerprogression frißt von denen, die etwas mehr verdienen, ungleich mehr von einer starren Teuerungszulage weg, als wenn einer weniger verdient. Das heißt also, bei gleichen starren Teuerungszulagen sind die Nettobeträge, die herauskommen, sehr unterschiedlich, und hier kann es vorkommen, daß derjenige, der etwas mehr verdient, netto weniger herausbekommt als jener, der weniger verdient. Das dürfte ja wohl auch nicht Sinn der Sache sein, nach dem Motto: Die Teuerung ist für alle gleich hoch.

Im übrigen – muß man auch sagen – kann sich so etwas, nämlich starre Teuerungszulagen, nur die öffentliche Hand unter dem Hinweis auf die Budgetlage erlauben. Ich habe noch von keinen Kollektivvertragsverhandlungen gehört, in denen von starren Teuerungszulagen die Rede gewesen wäre. Die Unternehmer, zum Beispiel im Baugewerbe, würden bei der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter ganz schön einfahren, würden sie für Baggerführer oder andere Facharbeiterspezialisten in diesem Berufe vor-

schlagen, starre Teuerungszulagen zu geben, weil die Teuerung für alle gleich hoch sei. Selbstverständlich werden dort perzentuelle Teuerungszuschläge gewährt, wenn auch abgestufte. Nur beim öffentlichen Dienst, bei den öffentlich Bediensteten und bei den Pensionisten, redet man von diesen starren Teuerungszulagen, weil man eben weniger Geld hat.

Aber bitte, wir werden uns dem Gedanken, der in der Regierungserklärung angedeutet wird, nicht verschließen, ein Mischsystem zu schaffen. Wir werden das prüfen. Ich wollte nur einmal deponieren, daß die Steuerfrage eine sehr wesentliche Frage bei dieser Überlegung hinsichtlich der starren Teuerungszulagen ist.

Hohes Haus! Alles in allem ist diese Regierungserklärung, was den öffentlichen Dienst, was die Verwaltung betrifft, eher enttäuschend. Eine Regierungserklärung, die sich vielfach im Detail mit geringfügigen Problemen beschäftigt, wie etwa mit der Sanierung der Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft, findet zum Beispiel kein Wort für die Frage des Dienstnehmerschutzes im öffentlichen Dienst. Sie findet kein Wort darüber, wie dem abgeholfen werden kann, daß sich öffentlich Bedienstete heute noch sehr oft in menschenunwürdigen Gebäuden, Amtsstuben, Unterkünften befinden. Ich denke an Ämter, an Bezirke, an Kasernen. Gehen Sie hinaus und schauen Sie sich an, unter welchen sehr schlechten Bedingungen öffentlich Bedienstete hier arbeiten müssen. Während es auf dem privaten Sektor ein Arbeitnehmerschutzgesetz gibt, während auf dem privaten Sektor Arbeitsinspektorate darüber wachen, daß keine gesundheitsschädlichen, sondern daß menschenwürdige Arbeitsstätten vorhanden sind, hat der Dienstgeber Staat offenbar dafür keine Zeit oder kein Geld. Er ist nicht einmal willens, hier eine gesetzliche Regelung zu schaffen.

In der Frage des Dienstnehmerschutzgesetzes wollen die öffentlich Bediensteten – ich glaube, das kann man sagen – von einer sozialistischen Regierung endlich die Initiative entwickelt sehen, die die sozialistische Fraktion dieses Hauses in den Jahren 1966 und 1967 von einer ÖVP-Regierung gefordert hat, als sie nämlich verlangte, die Bestimmungen des Arbeitnehmerschutzgesetzes in analoger Weise auf den öffentlichen Dienst zu erstrecken. Seither sind fast zehn Jahre vergangen. Davon fallen fünf Jahre unter die Tätigkeit dieser alten und auch wieder neuen Regierung.

Glauben Sie nicht, Herr Bundeskanzler, daß es Zeit wäre, auf dem Sektor des Dienstnehmerschutzes endlich etwas zu tun? Leider finden wir nicht einmal eine Andeutung in dieser Regierungserklärung. Und wenn der Herr Bundes-

Dr. Schmidt

kanzler zum Schluß seiner Regierungserklärung gesagt hat, es wird am Ende dieser vier Jahre „ein Österreich mit mehr Gerechtigkeit“ geben, dann möchte ich sagen, Herr Bundeskanzler: Der Dank an die öffentlich Bediensteten allein ist zuwenig. Der öffentliche Dienst erwartet sich von dieser Regierung mehr Gerechtigkeit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Kittl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Kittl** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! In der Vorwahlzeit haben wir von der Österreichischen Volkspartei gehört, daß sie diesen Wahlkampf zur Nationalratswahl 1975 mit sieben jungen Löwen beziehungsweise mit sieben Nothelfern führen werde. Mit der Wahl des neuen Führungsteams haben wir nichts mehr von den jungen Löwen vernommen. Es ist schon der Verdacht aufgekommen, daß ihnen alle Zähne gezogen worden seien, aber heute hat sich einer von den jungen Löwen gemeldet. Es hat sich jedoch nach der Wortmeldung unseres Handelsministers Dr. Staribacher gezeigt, daß jener junge Löwe in die Reihe der zahmen Löwen eingereiht worden ist, daß er offenbar durch diese Nationalratswahl einen gewissen Reifungsprozeß mitmachen mußte. Ich glaube, es ist also . . . *(Zwischenruf bei der ÖVP: Die 1400 Fachleute, die haben sich aufgelöst!)* Die haben sich aufgelöst. Und so weiter. So.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die dritte Erklärung der Bundesregierung, die der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky vor dem österreichischen Parlament abgegeben hat, löste bei den Abgeordneten dieser Oppositionspartei wieder die Feststellungen aus, daß zu wenig konkrete Zahlen ausgewiesen werden, daß nach dem Inhalt sozialdemokratischer Politik gesucht werden müsse und daß vor allem die Probleme der Zukunft viel zuwenig behandelt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich mache gleich darauf aufmerksam, daß diese Aussagen auch den Stenographischen Protokollen über die Regierungserklärungen vom April 1970 beziehungsweise vom November 1971 entnommen werden können. Von allen Abgeordneten wurde versucht, zwischen den Programmen der Parteien und der Regierungserklärung einen Zusammenhang herzustellen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Kohlmaier fragte in seiner damaligen Eigenschaft als Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei den Herrn Bundeskanzler, welchen Maßstab der Bundeskanzler eigentlich bei der Beurteilung der Frage anwendet, ob ein Programm ein Monsterprogramm ist oder nicht. Er traf dann die Feststellung: „Weil ich schon bei den 107

Vorschlägen“ der ÖVP „bin. Wenn wir Ihr Regierungsprogramm“, Herr Bundeskanzler, „lesen, kann ich nur sagen: Wiedersehen macht Freude.“

Hohes Haus! Nach der neuerlichen Bestätigung der absoluten Mehrheit der Sozialistischen Partei Österreichs in diesem Haus kann ich nur sagen: Die Freude des Wiedersehens liegt wohl hier mehrheitlich bei den Abgeordneten der Sozialistischen Partei. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Gleich eine weitere Feststellung, die auch aus der bisherigen Diskussion hervorgeht. Nach der Wahlentscheidung im März 1970 erklärten Sprecher der ÖVP, daß sich die erste SPÖ-Regierung wohl nur auf Programme berufen könne, während ihr in der Durchführung des Regierungsprogramms wohl kaum ein Erfolg gelingen werde. Nach der Nationalratswahl 1971 sprachen Abgeordnete der ÖVP von einer Überrumpelung der Wählerinnen und Wähler, sie sprachen auch von einer Übertölpelung der Wähler, und der Sprecher der ÖVP erklärte damals, bei der nächsten Wahl wird es auch einem Dr. Kreisky nicht mehr möglich sein, die Wähler zu täuschen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die ersten Stellungnahmen nach der Wahlentscheidung vom 5. Oktober 1975 waren schon wesentlich realistischer. So wurde von der Schwierigkeit des neuen Führungsteams gesprochen beziehungsweise von der nicht immer einheitlichen Linie der Partei oder aber auch von der Vernachlässigung der Aufgabe, die Oppositionspolitik im Parlament in effektiverer Form an den Wähler heranzubringen.

Ich möchte dabei jetzt an einen Gedankengang erinnern, und zwar aus einem Beitrag des Herrn Abgeordneten Peter, der den Herrn Bundeskanzler daran erinnerte, daß er offenbar bei der Regierungserklärung 1971 den richtigen Titel vergessen habe, nämlich „Die Thesen der Sozialistischen Partei für die nächsten 30 Jahre“. Bitte dem Herrn Abgeordneten Peter das auszurichten. Am Ende der XIV. Gesetzgebungsperiode werden wir ein Drittel des Zeitraumes hinter uns haben, den der Herr Abgeordnete Peter angesprochen hat. Und wir sind überzeugt, daß auch diese Tätigkeit in der XIV. Gesetzgebungsperiode wieder eine gute Regierungstätigkeit sein wird, daß wir hoffen, von den Wählerinnen und Wählern dann die Thesen der Sozialistischen Partei neuerlich bestätigt zu bekommen. Das ist unser Ziel, und darauf ist auch die Regierungserklärung ausgerichtet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Nun eine Erwiderung zu einem Beitrag des Herrn Abgeordneten Busek, der gemeint hat, daß man diese Regierungserklärung mit einem Warenkorb

Kittl

vergleichen kann. Es hat also doch irgendwie herausgeklungen, als ob das irgendwie abschätzig wäre, na ja, die Regierungserklärung ist halt so beiläufig ein Warenkorb. Wir waren eigentlich immer der Meinung, daß der Herr Abgeordnete Busek aus der Wirtschaft kommt, und wir sind eigentlich erstaunt darüber, daß er über das, was die Industrie und was das Gewerbe erzeugt, so abfällig urteilt. Wir dürfen vielleicht für unseren Teil feststellen, auch wenn er jetzt diese Regierungserklärung mit einem Warenkorb versinnbildlicht: Wenn es uns wieder möglich sein wird, auf Grund dieses Warenkorbes die absolute Mehrheit bei den Wählerinnen und Wählern zu erreichen, dann ist es uns auch wieder sehr, sehr recht.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mit dem Herrn Parteiboss und Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky ist es uns nun zweimal gelungen - der Kollege Klubobmann Heinz Fischer hat schon darauf hingewiesen -, die politische Schallmauer zu durchbrechen; zum zweiten Mal erreichte die Sozialistische Partei Österreichs mehr als 50 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. Und wie groß dieser Erfolg wirklich ist, beweist der Umstand, daß es der Österreichischen Volkspartei nie möglich war, auch nicht in den Jahren 1955 und 1966, als sie zwar die absolute Mehrheit an Mandaten, nämlich 85 von 165, erreichen konnte, an diese Prozentzahl von mehr als 50 Prozent heranzukommen. Und es ist daher dem Bundeskanzler beizupflichten, der davon gesprochen hat, daß es ein großer Erfolg einer demokratischen Partei in einer demokratischen Wahl ist.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Regierungserklärung skizziert in großen Umrissen die sozialistische Politik in den nächsten vier Jahren. Es wird wieder eine Politik für die Österreicherinnen und Österreicher sein. Sowohl vor als auch nach Durchführung von Reformen wird es ein ständiges Gespräch mit den Wählerinnen und Wählern, mit der österreichischen Bevölkerung geben, und es wird auch eine ständig sich erneuernde Information geben.

Wenn der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky im Sinne seiner Publikation der Gespräche mit Willy Brandt und Olof Palme gesagt hat, daß wir nunmehr daran gehen, das Parteiprogramm 1958 zu überarbeiten, so sehen wir das nur als einen logischen Schritt der Tätigkeit der Reformpolitik der sozialistischen Bundesregierung an. Wie sehr aber die Politik der sozialistischen Bundesregierung mit dem Parteiprogramm aus dem Jahr 1958 übereinstimmt, das beweist nicht nur der Artikel in den „Salzburger Nachrichten“ vom 8. 11. 1975, sondern auch die Publikation des Kulturlandesrates Josef Kaut aus dem Jahre 1960. Und ich zitiere nun mit Genehmigung des Herrn Präsidenten aus dieser Publikation:

„Wir Sozialisten glauben nicht mehr an eine Entwicklung, die sich automatisch und naturnotwendig so und nicht anders vollziehen muß, aber wir dürfen überzeugt sein, daß unserem Willen, die neue Gesellschaft zu formen, gewaltige Kräfte zu Hilfe kommen, die aus der modernen Technik, den Erkenntnissen der Wissenschaft und den Notwendigkeiten strömen, die erfüllt werden müssen, wenn das wachsende Menschengeschlecht seinen Planeten noch bewohnen will. Aber gerade darum muß der Sozialist stets bestrebt sein, immer wieder die wirtschaftliche, soziale und geistige Lage des Volkes zu untersuchen und zu studieren. Gerade er ist verpflichtet, jene Erkenntnisse zu erarbeiten, die ihn befähigen, die richtigen Handlungen zu setzen, den Mitmenschen Wege zu weisen, um ihre Umwelt zu verstehen, er muß alle Kraft aufwenden, um den Gang der Entwicklung zu beeinflussen. Keine noch so lieb gewonnene Überzeugung darf den Sozialisten hindern, Fragen zu stellen und immer wieder von Grund auf zu prüfen, was in der sich rasch wandelnden Welt haltbar bleibt.“

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich weiß schon, daß es aus der politischen Konfrontation heraus den Abgeordneten der Oppositionsparteien nicht möglich ist, aus dieser breit angelegten Regierungserklärung die richtigen Erkenntnisse zu gewinnen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.*) Dazu vielleicht nur zwei - Herr Abgeordneter Mussil - typische Beispiele, und damit will ich gleich auch dem Herrn Abgeordneten Zeillinger eine Antwort geben, der meinte, zwei Stunden Rede, aber es sei nichts drinnen, es sei in dieser Rede kein Inhalt.

Verehrte Damen und Herren! In der Regierungserklärung 1971 kündigte der Herr Bundeskanzler unter dem Titel „Reformen des Rechtswesens“ ein Bundesgesetz über das Eigentum an Wohnungen und Geschäftsräumen, Wohnungseigentumsgesetz, an. Der Herr Bundesminister für Justiz hat in der XIII. Gesetzgebungsperiode zahlreiche wichtige Reformgesetze über die Parlamentsbühne gebracht. Er zählt ja zu den reformfreudigsten Justizministern in der Ersten und Zweiten Republik.

Und nun die Feststellung: Eineinhalb Zeilen in der Regierungserklärung haben eine Fachdebatte vom Jänner 1975 bis zum Sommer 1975 ausgelöst. Wenn wir das alles inhaltlich in der Materie in einer Regierungserklärung unterbringen wollten, dann müßten wir erkennen, daß das einfach völlig unmöglich ist. Eineinhalb Zeilen die Ankündigung, daß dieses neue Wohnungseigentumsgesetz geschaffen wird. (*Abg. Dr. Hauser: Wie lange wollen Sie regieren?*) Mindestens noch 30 Jahre, Herr Abgeordneter Hauser. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Kittl

Das gleiche, sehr geehrte Damen und Herren, gilt auch für die Regierungsvorlage über die Grundsätze für neue Wege der Wohnbauförderung und für das Stadterneuerungs- und Bodenbeschaffungsgesetz. Ich habe schon im Sommer 1975 erklärt, daß der Herr Bautenminister bereit war, in jeder Phase der wirtschaftlichen Entwicklung von 1971 bis 1975 die entsprechenden Gesetze den Entwicklungen anzupassen. Wir haben ja eine Reihe von Novellen des Wohnbauförderungsgesetzes beschlossen, auch Novellen zum Wohnungsverbesserungsgesetz und daneben auch, sehr geehrte Damen und Herren, das große Stadterneuerungsgesetz und das Bodenbeschaffungsgesetz. Mit Recht konnte der Herr Bundeskanzler darauf hinweisen, daß es in keiner anderen Gesetzgebungsperiode der Zweiten Republik so viel Wohnungseigentum gegeben hat, so viel Wohnungseigentum geschaffen werden konnte, und wir sind auch bereit, diese Arbeit fortzusetzen.

Es ist ganz klar, und wer in der praktischen Politik auch die Entwicklung in den Bundesländern sieht, der kann das ganz genau feststellen, daß etwa von den Wohnbaumitteln in den Ballungsräumen 40 Prozent ausgegeben werden, während 60 Prozent hinausgehen in den ländlichen Raum. Daher auch die Feststellung zum Herrn Abgeordneten Lanner, daß wir bewußt auch festlegen, daß diese Eigentumsentwicklung ihre gesunde und richtungsweisende Fortsetzung findet im ländlichen Raum.

Der Herr Abgeordnete Taus hat darauf hingewiesen, daß ein Punkt dieser Aufgabenstellung nicht erfüllt ist, nämlich das sogenannte Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz. Ich glaube aber, daß wir im Bautenausschuß sehr, sehr lange verhandeln mußten um das Stadterneuerungsgesetz, um das Bodenbeschaffungsgesetz, um die entsprechenden Novellen, und gleichzeitig war gekoppeelt die Frage des sogenannten Wohnungseigentumsgesetzes. Der Herr Bundesminister für Bauten und Technik hat erklärt, daß er in dieser kommenden Gesetzgebungsperiode alles unternimmt, auch die Frage des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes in Ordnung zu bringen.

Hohes Haus! Zur Frage der Wohnungspolitik hat der Bundeskanzler festgestellt: „Die Bundesregierung wird die Mietrechtsreform weiterführen. Alle Maßnahmen in diesem Bereich müssen dem Grundsatz Rechnung tragen, daß die Wohnung zur Lebensgrundlage jedes Menschen gehört. Bei der weiteren Ausgestaltung eines sozialen Miet- und Wohnungsrechtes haben die Erhaltung des erhaltungswürdigen Hausbestandes und die Verhinderung der unsere Stadtkerne entvölkernden Umwandlung von Wohnungen in Geschäftslokale und Büros, die Stärkung der

Rechte der Mieter und sonstigen Nutzungsberechtigten von Wohnungen sowie die Schaffung eines sozial gerechten Preises für alle Wohnungen eine besondere Bedeutung. Durch entsprechende Maßnahmen ist dem unerwünschten Leerstehen von Wohnungen entgegenzutreten.“

Hohes Haus! Wir haben in der Wohnungspolitik Verhältnisse, die nicht ohne Widerspruch bleiben können. In Österreich – das beweist die letzte Publikation, die auf diesem Gebiet von der Frau Dr. Dorfwrith herausgegeben wurde: „Zur Wohnungspolitik“ – haben wir allein 230.000 leerstehende Wohnungen. Wir stellen in den Ballungsräumen auf der einen Seite erdrückende Wohnungsnot fest und auf der anderen Seite leerstehende Altwohnungen und auch leerstehende frei finanzierte Wohnungen. Und darauf, sehr geehrte Damen und Herren, mache ich jetzt schon aufmerksam. Diese Entwicklung geht offenbar ununterbrochen weiter, daß Wohnbauvorhaben in Österreich, in allen europäischen Staaten als Kapitalanlage zum Kauf angeboten werden, während auf der anderen Seite die Österreicher zusehen müssen und keine Wohnungen bekommen. Ich glaube, daß diese Frage im Wege der Länderkonferenzen auch wieder besprochen werden soll und daß man hier Wege sucht, diese Entwicklung, die ja auch vom Standpunkt der Baupreise nicht ungefährlich ist, einer genauen Prüfung zu unterziehen.

Eines macht uns ganz besonders Sorgen: Es gibt jetzt eine ganz neue Wohnbauentwicklung, die ich aufzeigen möchte. Es werden Wohnungsbewohner aufgefordert, die gesamten Kosten für die Wohnung zu erlegen, sie müssen laufend Baurechtszins für den Grundkostenanteil zahlen und sind nicht Eigentümer dieser Wohnung. Ich glaube daher, daß es notwendig sein wird, auch diese Entwicklung zu sehen und mit den Bausparkassen enger zusammenzuarbeiten, weil es auch hier möglich sein wird, mehr und bessere Wohnungen zu errichten.

Hohes Haus! In der Wahlwerbung hat ein kleiner Salzburger Bauer – wir haben ja viel, viel Zustimmungen erfahren – den Herrn Bundeskanzler direkt angesprochen und gesagt: Herr Bundeskanzler, ich weiß, daß keine Regierung bisher so viel für die Kleinbauern und für die kleinen, für die finanzschwachen Familien getan hat. – Das ist durch alle Dörfer gegangen, und heute wissen wir, sehr geehrte Damen und Herren, daß vier Wochen nach der Wahl alles wirklich schon wieder in eine richtige Bahn gekommen ist. Wir hören heute noch vom Abgeordneten Schmidt die Vorwürfe: Wieder 13.000 Beamte eingestellt!, obwohl das 2000 Sicherheitsbeamte und 11.000 Lehrer sind. Herr Abgeordneter Schmidt, Sie müssen einmal hinauskommen und das miterleben. Wir haben

Kittl

am vergangenen Wochenende in Salzburg das dritte Bundesgymnasium eröffnet. Alles, auch die Vertreter der Österreichischen Volkspartei, war eitel Wonne über die herrliche Einrichtung der Schule, über diese Bautätigkeit. Die Eltern waren zufrieden, die Lehrer waren zufrieden. Also ich muß schon sagen, daß vier Wochen nach der Wahl die Leistungen der sozialistischen Bundesregierung wieder voll anerkannt werden.

Hohes Haus! Der Rahmen der sozialistischen Regierungspolitik ist so konzipiert, daß die Wählergemeinschaft mit der Sozialistischen Partei auch im Jahr 1979 wieder größer wird. Wir bemühen uns um eine gerechte sozialistische Politik, und dafür gibt auch die Regierungserklärung in Form und Inhalt Gewähr. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Lanner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Lanner** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es soll keine lange Rede werden, aber ich glaube, es ist notwendig, daß man ... *(Abg. Dr. Broda: Keine tatsächliche Berichtigung?)* Nein, keine tatsächliche Berichtigung, das schränkt den Spielraum der Rede zu sehr ein, Herr Minister. *(Abg. Dr. Broda: Sehr richtig!)* Man muß wenigstens versuchen, eine gewisse Chancengerechtigkeit in diesem Hause herzustellen. Ein Minister ist sowieso immer im Vorteil. Sie wissen das. Nach der Geschäftsordnung ist ja mein Spielraum sowieso jetzt zu Ende. Wir werden ja sehen, wie weit wir kommen.

Zunächst zur ersten Sache. Ich glaube, das sollte man nicht im Raum stehen lassen. Ich freue mich eigentlich, meine Herren von der Regierungsbank, daß Sie meine Aussagen sehr ernst nehmen. *(Bundesminister Dr. Staribacher: Immer getan!)* Ich hoffe und wünsche nur, daß Sie das in allen Fragen tun.

Ich könnte nun vom Herrn Bundeskanzler lernen, der sagt, wenn er irgendwo zitiert wird: Das habe ich nicht gesagt! – Das ist seine Stärke. Ich mache das nicht so, ich bleibe bei der Wahrheit. Ich sage: Ich habe mit den „Vorarlberger Nachrichten“ gesprochen. Die Wiedergabe dieses Interviews ist kein wörtliches Zitat. Davon kann sich jeder überzeugen. Aber eines möchte ich deutlich feststellen: So, wie Sie es auslegen – hier von der Regierungsbank oder wer immer –, war das nicht der Sinn meiner Erklärung.

Ich stelle fest, daß der Herr Staatssekretär Haiden laut „Tagblatt“ – vielleicht hat er das auch nicht gesagt: ich weiß es nicht; ich zitiere

das „Tagblatt“, also eine Ihrer Zeitungen, vom 3. November 1975 – gesagt hat:

„Heute klagen die Landwirtschaftskammern nicht zu Unrecht“, so sagen sie, offenbar aus der Kenntnis der Situation darüber, „daß sie mit Aufgaben überlastet sind, die vom Ministerium kommen.“

Das ist schon etwas bedeutungsvoller. Der Staatssekretär berichtet aus dem Ministerium, daß die Kammern nicht zu Unrecht darüber klagen, daß sie vom Ministerium viele Aufgaben bekommen. *(Abg. Dipl.-Ing. Haiden: Es soll ihnen ja geholfen werden!)*

Ich will das nur zur Klarstellung sagen.

Ich möchte zweitens, um das Bild zu vervollständigen, feststellen, daß Sie auf der anderen Seite versuchen, ja vielleicht durchsetzen, die Bezahlung der Personalkosten der Kammern einzuschränken. Also: Der Herr Staatssekretär sagt aus der Kenntnis der ministeriellen Zusammenhänge, daß die Kammern mehr Aufgaben vom Ministerium bekommen – Zitat –, und auf der anderen Seite wird die Bezahlung der Personalkosten aus dem Ministerium an die Förderungsbeamten eingeschränkt.

Das scheint mir eine sehr zielstrebige Politik zu sein mit dem einen Ziel, die landwirtschaftlichen Strukturen zu verändern! Sprechen wir die Dinge aus, nennen wir sie beim Namen. Es geht Ihnen hier um eine Machtfrage! Damit Sie irgendwann vor einer Wahl einen Brief schreiben können: Lieber Herr Sowieso! Ich, der große Bruno Kreisky, schicke dir jetzt unmittelbar vor der Wahl einen Kredit oder einen Zuschuß; und bitte vergiß nicht darauf, wenn du die Wahlzelle betrittst.

Darum geht es Ihnen und um gar nichts anderes! Das muß man hier einmal aussprechen. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Marsch: Herr Kollege! Wer schreibt denn jetzt Briefe? – Abg. Dipl.-Ing. Haiden: Sie scheinen das System sehr genau zu kennen!)* Herr Staatssekretär! Ja, sehr richtig. Es wäre ja bedauerlich, wenn ich das System nicht kennen würde. Ich kenne solche Briefe, die Mitglieder Ihrer Fraktion aus der Bundesprüfungskommission schreiben: Lieber Herr Soundso! Ich darf Ihnen mitteilen, daß Sie den Kredit soundso und so weiter dann bekommen werden. – Und dann kommt der Kredit überhaupt nicht oder war schon lange da. Ich kenne nämlich solche Briefe. Daher habe ich gewisse Vorstellungen, was Sie sich hier wahrscheinlich vorstellen.

Übrigens – nur am Rande bemerkt –: Es geht das Gerücht um – eine parlamentarische Anfrage wurde bereits eingebracht –, daß die Auszahlung der Treibstoffverbilligung über die Postsparkasse 5 Millionen Schilling kosten soll.

Dr. Lanner

Das wird man klären können, denn spätestens in zwei Monaten werden Sie auf diese Anfrage antworten müssen.

Zweitens, Herr Minister Staribacher – „Integrationsminister“ lieben Sie nicht (*Bundesminister Dr. Staribacher: Aber ja!*); ich habe geglaubt, Sie waren früher auch sehr elastisch mit „Ackerbauminister“ bei Schleinzner; ich habe gedacht, wir machen es mit „Integration“; aber bitte, es kommt mir nicht darauf an: in der Form bin ich hier elastisch –, zur Krisenvorsorge bei Nahrungsmitteln. Davon habe ich nicht gesprochen und nicht vom gegenwärtigen Zustand.

Ich habe Ihnen gesagt, daß wir den überwiegenden Bedarf an Nahrungsmitteln derzeit aus der heimischen Produktion decken. Und ich habe dann von der Krisenvorsorge, von möglichen anderen Zuständen in der Zukunft gesprochen. So wie die Schweiz. Das Beispiel der Schweiz sollten wir uns vor Augen führen! Auch in der Schweiz gibt es keine Not. Auch in der Schweiz gibt es keine Probleme in der Versorgung. Aber die Schweizer haben eine systematische Krisenvorsorge bei Grundnahrungsmitteln aufgebaut.

Und nur davon, Herr Minister Staribacher – nur davon! –, habe ich gesprochen. Ich habe dazu schon einmal eine parlamentarische Anfrage – mündlich – an Sie gerichtet. Damals war die Möglichkeit der Zusatzfrage noch nicht so gegeben wie heute. Was haben Sie gemacht? – Ich habe die Frage gestellt: Wie steht es mit der Krisenvorsorge bei Grundnahrungsmitteln? – Sie haben mir mit der Krisenvorsorge bei Energie geantwortet. – So haben wir dreimal hin- und hergespielt. Dann war die geschäftsordnungsmäßige Möglichkeit beendet, und damit war die Diskussion zu Ende.

Ich möchte präzisieren, worum es geht. Ich stelle fest: In dieser Regierungserklärung ist kein Wort über eine Krisenvorsorge bei landwirtschaftlichen Grundnahrungsmitteln ausgesagt worden.

Ich stelle zweitens fest, daß ich es im Interesse aller Österreicher für richtig hielte, im Rahmen einer umfassenden Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung eine vernünftige – ich betone: vernünftige – Krisenvorsorge für wichtige Grundnahrungsmittel einzubauen.

Vor zwei Jahren hat noch niemand von einer Energiekrise gesprochen. Heute versuchen wir hier, Krisenvorsorge zu treffen. Wir und Sie wissen ganz genau, daß gerade die landwirtschaftliche Produktion unerhört witterungsabhängig ist, daß der Verlauf der Witterung eine Ernte oft in ganz erheblichem Maß beeinflusst und daß Umweltbedingungen, wie etwa große

Geschäfte zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland, die Versorgungslage mit einem Mal ganz wesentlich verändern können. Beispiele dafür hat es doch gegeben: Zuckerpreis 30 S pro Kilogramm auf dem Weltmarkt vor einem halben Jahr noch; Weizenpreis in der doppelten Höhe der österreichischen Preise.

Herr Minister, wenn Sie schon von Überschüssen reden bei Weizen, dann sage ich Ihnen eines auch ganz nüchtern: Hätten Sie uns die Möglichkeit gegeben, unseren Weizen vor etwa zwei Monaten zu exportieren, so hätten wir es mit Gewinn tun können. Wer hat uns denn den Weizenexport vor einem halben Jahr, vor einem Jahr und noch vor kurzer Zeit unmöglich gemacht? – Sie wissen das ganz genau! (*Bundesminister Dr. Staribacher: Aber doch nicht das Handelsministerium!*)

Ich stelle noch einmal fest – und darauf kommt es an –: Die Krisenvorsorge bei Grundnahrungsmitteln – und diesbezüglich sollten wir uns an der Schweiz ein Beispiel nehmen – ist ein essentieller Bestandteil des Verteidigungswillens, der wirtschaftlichen Landesverteidigung eines neutralen Staates.

Drittens der EWG-Vertrag. Sie haben sich gewundert, warum ich nicht eine tatsächliche Berichtigung gemacht habe. Herr Minister Staribacher! Sie haben das sehr geschickt gemacht. Das muß ich Ihnen konzedieren. Sie sind so „herumgeschlängelt“ um die Dinge, daß man zu einer Berichtigung nicht herankam. Daher mußte ich im Rhythmus warten, bis die Redemeldung wieder möglich war.

Sie haben vom Vertragsabschluß mit der EWG gesprochen. Ich habe von der Weiterentwicklung dieses Vertrages gesprochen. Und das sind zwei verschiedene Dinge. Ich bekenne mich zum Abkommen; im Protokoll kann man ja nachlesen, daß die Österreichische Volkspartei dem Abkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zugestimmt hat. Ich habe das nie in Frage gestellt!

Ich habe davon gesprochen, welche Möglichkeiten es gäbe, dieses Abkommen weiterzuentwickeln. Ich habe kritisiert, daß man diese Möglichkeiten nicht nutzt. Und darauf kommt es an! Die Weiterentwicklung habe ich ganz klar aufgezeigt im Bereich der Evolutivklausel. Sie selbst haben zum Teil zugegeben, daß dort Möglichkeiten gegeben sind. Ich habe die Weiterentwicklung ganz klar aufgezeigt im Bereich der sensiblen Produkte. Diesbezüglich haben Sie hier in diesem Hohen Haus eine Aussage getroffen vor nicht allzu langer Zeit, daß Sie sich bemühen werden, einen rascheren Marktzugang als ursprünglich vorgesehen zu erreichen.

Dr. Lanner

Also ein Mangel besteht. Und was den landwirtschaftlichen Bereich anlangt, habe ich hier den „Kurier“ vom 5. August 1975, wo die Befragung der drei Landwirtschaftsexperten mit Landwirtschaftsminister Weihs abgedruckt wurde. Die zweite Frage hieß: Wo gab es Ihrer Meinung nach Mängel und Schwachstellen im Ressort? – Auf diese Frage hat selbst Minister Weihs frank und frei geantwortet, was auf der Hand liegt: im Bereich der Exporte landwirtschaftlicher Produkte in den EWG-Raum.

Warum bestreiten Sie denn das? Ihr Kollege Weihs gibt es zu. Das ist sein Originalinterview, das er der Zeitung übermittelt hat. Stellen wir also die Dinge nicht anders dar, als sie sind.

Der Vertrag ist abgeschlossen. Dem Vertrag wurde zugestimmt. In der Weiterentwicklung sind Sie nicht so aktiv, wie Sie sein müßten. Das haben Sie zum Teil zugegeben. Daß diese Frage in der Regierungserklärung überhaupt keinen Niederschlag findet, ist ein eklatanter Mangel. Darum kommen wir nicht herum.

Der letzte Punkt. Sie kamen dann auf irgend einem Umweg – ich weiß nicht, warum, und ich weiß auch nicht, wie – auf die Entwicklung der Agrarpreise zu sprechen, haben festgestellt, daß die Agrarpreise in der Ära Kreisky mehrmals angehoben wurden, und haben daraus das große Verständnis für die Bauernschaft abgeleitet.

Nun bitte, lassen wir die Fakten sprechen. Zunächst werden Sie mir bestätigen, daß es keine Regierungsperiode in Österreich gegeben hat, in der die Bauern gezwungen waren, so oft auf die Straße zu gehen, wie unter der Regierung Kreisky.

Wir mußten – ich sage buchstäblich: wir mußten – solche Preiskorrekturen leider teilweise mit Unterstützungsmaßnahmen auf der Straße – das haben wir nicht gerne getan, das sage ich Ihnen hier – erkämpfen. Das ist die wahre Situation. Nicht das Verständnis hat hier gesprochen, sondern so war die Situation tatsächlich.

Aber das zweite, und darauf kommt es entscheidend an: Was hat sich in diesen vier, fünf Jahren SPÖ-Regierung getan? Was hat sich im Bereich der Teuerungswelle getan? Was hat sich im Bereich der Kaufkraft getan? Zwei Beispiele:

Im Jahre 1970 – und ich beziehe mich hier auf Grundlagen des Paritätsspiegels, eine offizielle Quelle – konnte sich ein Bauer einen Traktor mit 50 PS mit 43.700 Kilogramm Weizen kaufen. Im Juli 1975 mußte der Bauer für den gleichen Traktor trotz mehrmaliger Erhöhung des Weizenpreises 56.300 Kilogramm Weizen auf den Tisch legen. 30 Prozent mehr mußte er auf den Tisch legen – trotz Preiserhöhung. Das ist die Auswirkung der Teuerung!

Zweites Beispiel: Heuerntemaschine. Für eine Heuerntemaschine einer bestimmten fixierten Type mußte der Bauer im Jahre 1970 6.750 Liter Milch „hinlegen“. Für die gleiche Heuerntemaschine mußte er im Tauschwert im Juli 1975 13.800 Liter Milch ausgeben – eine Verdoppelung. Trotz mehrfacher Erhöhung der Weizen- und Milchpreise ist die Kaufkraft, ist der Tauschwert der landwirtschaftlichen Produkte erheblich zurückgegangen.

Herr Minister Staribacher, damit wir dieses Kapitel endlich einmal abschließen: Alle diese Zahlen, die ich hier zitiert habe, haben wir Ihnen von dieser Stelle aus schon dutzendmal gesagt. Ich sage noch einmal: Wir beziehen uns hier auf den landwirtschaftlichen Paritätsspiegel, eine offizielle Quelle. Überprüfen Sie die Quelle. Wenn Sie zur Auffassung gelangen, die Zahlen stimmen, dann sollten Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen, daß man nicht nur von der Preiserhöhung reden darf, sondern auch vom Tauschwert der Produkte, denn davon lebt der Bauer. Der Bauer lebt von dem, was ihm nach Abzug der Kosten übrigbleibt. Von den Preisen allein kann er nicht leben. Und hier hat sich in den letzten Jahren in der Teuerung soviel getan, daß er trotz mehrmaliger Preiserhöhungen mit einem ungünstigeren Tauschwert für seine Produkte rechnen muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Meißl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Meißl** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als der Agrarsprecher der freiheitlichen Fraktion möchte ich zu den aufgeworfenen Fragen doch noch Stellung nehmen, weil ich meine, daß die Landwirtschaft in der heutigen Debatte über die Regierungserklärung der Regierungserklärung Kreisky III eine verhältnismäßig große Rolle gespielt hat. Das mag mehrere Ursachen haben, Ursachen im positiven und im negativen Sinn, weil auch der Wahlausgang hier verschiedene Richtungen angezeigt hat, das heißt, die eine Seite, die Sozialisten, Erfolge buchen konnte, die sie im Grunde genommen nicht verdient haben auf diesem Gebiet, und die Österreichische Volkspartei in ihrem ureigensten Gebiete empfindliche Verluste hinnehmen mußte, wo sie sich halt eben sagen muß: Sind das nicht vielleicht die Versäumnisse schon von früher?

Morgen wird der Herr Finanzminister das Budget vorlegen, aus dem wir ersehen können, wie nun die einzelnen Ressorts bedacht sind und wie die Politik in den einzelnen Ressorts mit Hilfe des Bundesfinanzgesetzes in die Tat umgesetzt wird. Darüber wird es ausführliche Beratungen geben, und wir werden hier noch im

Meißl

besonderen zu Fragen der Land- und Forstwirtschaft Stellung nehmen.

Es ist aber trotzdem notwendig, wie ich schon erwähnte, auch heute zur Regierungserklärung Kreisky III einige Anmerkungen zu machen. Gestatten Sie mir aber zuerst noch – und das ist der Vorteil, wenn man als vorletzter oder letzter zum Wort kommt, aber ich glaube nicht einmal, der letzte zu sein, daß man replizieren kann – auf Äußerungen von Vorrednern einzugehen, die man nicht unwidersprochen im Raum stehenlassen kann.

Es tut mir leid, daß der Herr Generalsekretär Dr. Busek im Augenblick nicht hier ist. Seine rhetorisch sehr gute Rede – das darf durchaus gesagt werden – hatte einen großen Schönheitsfehler. Er hat mit Recht die Verschwendung bei der Schulbuchaktion kritisiert. Er hat gesagt, die Sozialisten sind bei der Handhabung dieses Gesetzes verschwenderisch umgegangen. Er hat aber nicht gesagt, daß die Österreichische Volkspartei diesem Gesetz, so wie es gehandhabt wird, in dritter Lesung die Zustimmung gegeben hat. (*Abg. Kern: Die Sozialisten sagen, wir waren dagegen!*) Ja, aber wir wissen es. Wir sind sehr aufmerksame Beobachter der parlamentarischen Tätigkeiten. Wir wissen es und haben es auch selbstverständlich dort, wo wir im Wahlkampf angesprochen wurden, gesagt und richtiggestellt, wenn die Volkspartei, wie ich durchaus sagen möchte, richtigerweise kritisiert hat, aber nicht gesagt hat, daß sie diesem Gesetz in dritter Lesung zugestimmt hat. (*Abg. Staudinger: Doch!*) Das hat sie nicht gesagt, Herr Staudinger. Erst als sie darauf aufmerksam gemacht wurde, hat man sehr, sehr rasch den Rückzug angetreten.

Das zu Dr. Busek. Er hat auch davon gesprochen, daß die Sozialisten auf Grund der guten Konzepte, die die Österreichische Volkspartei und der Bauernbund im besonderen immer gehabt haben, eben eine Landwirtschaftspolitik betreiben konnten, weil sie auf guten Vorbildern aufbauen konnte.

Meine Damen und Herren! Wie schauen diese Konzepte aus? Es gibt heute noch kein einheitliches Agrarprogramm der Österreichischen Volkspartei oder des Bauernbundes. Es gibt immer nur Teilkonzepte. Eines hat heute der Dr. Lanner wieder dem Parlament beziehungsweise der Öffentlichkeit vorgestellt in der Frage der Nebenerwerbsbauern.

Also hier können wir ruhig in Anspruch nehmen, daß die Freiheitlichen und die freiheitliche Bauernschaft seit längerer Zeit ein umfassendes Konzept vorgelegt haben, wie wir meinen, als Diskussionsgrundlage. Wir sind nicht so überheblich, daß wir glauben, alles ist richtig, was wir darin sagen, sondern es ist eine

echte Diskussionsgrundlage, um auf diesem Gebiet wirklich einmal zielführende Maßnahmen zu setzen.

Ich glaube – ich habe das wiederholt im Haus gesagt –, daß im Grunde genommen die sozialistische Regierung und die Verantwortlichen – der Herr Bundesminister ist ja jetzt hier (*Bundesminister Dr. Weihs: Ich bin schon lange da!*), Dr. Weihs ist ja hier – sicherlich zum Teil die Politik nur fortgesetzt haben, weil es eben anscheinend doch sehr, sehr einfach war, auf den an und für sich ausgefahrenen Geleisen weiterzufahren. Sie haben dann einige Verbesserungen gemacht, das mag durchaus anerkannt werden. Sie haben vor allem in der Frage der Bergbauernförderung ein Sonderprogramm vorgelegt. Sie haben sich bemüht, auch andere Maßnahmen anlaufen zu lassen, aber über die Ansätze zum Anlaufen ist es nie hinausgekommen, sodaß das Ergebnis dieser fünfeinhalb Jahre sozialistischer Landwirtschaftspolitik – so sagen wir es – nicht schlechter ist als das Ergebnis von vier Jahren ÖVP-Politik mit absoluter Mehrheit auf diesem Gebiet.

Dr. Taus hat in seiner Rede auch die Landwirtschaft angezogen und hat davon gesprochen, daß die Landwirtschaft fünfeinhalb Jahre schlecht behandelt wurde. Hier muß man natürlich auf Grund des Wahlausganges die Frage stellen: Wie war es dann möglich, daß die Sozialisten in den ländlichen Bereichen relativ gut abgeschnitten haben? Also muß die Politik vorher auch nicht gut gewesen sein, und die Alternativen, die man auf diesem Gebiet angeboten hat, konnten die Wähler halt nicht überzeugen, daß der Bauernbund und im besonderen ... (*Abg. Dr. Gruber: Die freiheitliche Alternative hat überhaupt nicht gezogen!*). Die hat schon in den ländlichen Bereichen gezogen. Lesen Sie die Wahlergebnisse nach! Es ist durchaus so, daß wir in den ländlichen Bereichen auch eine Zunahme zu verzeichnen hatten. Man muß halt analysieren, Dr. Gruber, dann kann man keine solchen Zwischenrufe machen! (*Abg. Dr. Gruber: Ihr habt verloren, 40 Stimmen, Kollege Josseck!*)

Zu den Ausführungen des Abgeordneten Pansi ist natürlich auch etwas zu sagen: Er hat sich natürlich im besonderen – es war eine Verteidigungsrede – mit der Frage der Zuschußrentner auseinandergesetzt. Ich verstehe das schon, weil eben nichts geschehen ist auf diesem Gebiet. Es wurde nur versprochen, ohne konkret das endlich zu tun, was der Öffentlichkeit versprochen wurde, nämlich einmal ein Programm, ein konkretes Programm festzulegen, um die Benachteiligung auf diesem Gebiet zu beseitigen. Nur hat er auch wieder versucht, sich auf die ÖVP in diesem Fall auszureden, die auch nichts gemacht hätte. Das ist für uns Freiheitli-

Meißl

che kein Argument. Wir meinen – ich komme noch darauf –, daß hier ein Versäumnis vorliegt, das zu den ärgsten gehört, was die SPÖ, die Regierung Kreisky II, uns hinterläßt.

Wenn ich noch rasch zu der Wortmeldung des Abgeordneten Marsch Stellung nehme, so war nur folgendes interessant: Er hat eine Attacke geritten für das Gewerbe. Mich hätte es weit mehr interessiert, wenn er etwas über das Versprechen, das die Sozialistische Partei durch den Freien Wirtschaftsverband abgegeben hat: Abschaffung der Gewerbesteuer für die kleineren Betriebe, gesagt hätte, aber davon redet man jetzt nicht mehr. Es war nur ein Wahlversprechen wie so viele andere, es ist nachzulesen gewesen in der Zeitung des Sozialistischen Freien Wirtschaftsverbandes. Ich habe meinen Augen nicht getraut, als ich das gelesen habe; die alte Forderung von uns Freiheitlichen wird hier der Bevölkerung vorgelegt: Abschaffung der Gewerbesteuer. Ich gebe durchaus zu, es stand dabei: für die kleineren Betriebe. Davon wird nicht mehr geredet, aber man sagt: Für das Gewerbe muß man etwas tun.

In der Auseinandersetzung zwischen dem Herrn Handelsminister und dem Abgeordneten Dr. Lanner waren ja doch wieder in der Frage der Europäischen Gemeinschaften die Schwierigkeiten auf dem Agrarmarkt interessant. Hier müssen wir Freiheitlichen schon eines feststellen: Hätte man nicht so lange gewartet, und das trifft ja beide Fraktionen dieses Hauses – Dr. Mussil schaut schon her, denn er war sicherlich darüber auch informiert –, um den notwendigen Vertragsabschluß zu erreichen, hätte man auf diesem Gebiet weit bessere Bedingungen von Haus aus konzediert bekommen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.)* Dr. Gruber, nachlesen, was freiheitliche Abgeordnete in dieser Sache wiederholt im Haus gesagt haben! *(Abg. Dr. Gruber: Das weiß ich! Gesagt habt ihr es schon, aber gewartet hat niemand auf uns!)* Ja, es hat eben leider nichts geholfen, das müssen wir feststellen. *(Abg. Graf: Das ist eine Ohrfeigen-Theorie! Wir beide haben schuld, weil Sie nicht dabei waren!)* Das gegenseitige Hin- und Herschieben, die Schuldfrage, das gefällt uns Freiheitlichen ja auch nicht besonders. *(Zwischenrufe des Abg. Dr. Gruber und des Abg. Graf.)*

Sicherlich! Beide sind schuld! Die einen, die Sozialisten, haben gesagt: Wir sind grundsätzlich dagegen!, weil noch konservative Regierungen in Europa waren. Die ÖVP hat gesagt: Ja wir möchten ganz gern!, sie hat aber dann auch nein gesagt. Hier haben es beide versäumt, den Zug rechtzeitig zu erreichen. Das muß auch bei dieser Gelegenheit wieder festgestellt werden.

Die Frage des Urheberrechtes in bezug auf

den ländlichen Raum ist ein Streit, der wahrscheinlich nie ganz zu klären sein wird. Eines ist sicher: daß die Österreichische Volkspartei und der Bauernbund auf lange Strecken hier die falsche Politik gemacht haben, die der Bauernbund auch heute mit den Verlusten in diesen Gebieten bezahlen muß. Hätte man sich frühzeitig zu einer Politik des gesamten ländlichen Raumes entschlossen, so wäre manches – in diesem Fall für die Österreichische Volkspartei – nicht passiert. Das möchte ich nur als Anmerkung zu den Ausführungen meiner Vorredner noch gesagt haben.

Und nun konkret zu der Regierungserklärung einige Anmerkungen. Es ist vielleicht ganz interessant, wenn man in den stenographischen Protokollen nachschaut. Es wurde heute wiederholt zitiert, welche Aussagen die sozialistische Regierung zur Agrarpolitik gemacht hat.

Wenn ich mir die Regierungserklärung vom 27. April 1970 anschau, so heißt es: „Das Ziel der Agrarpolitik der österreichischen Bundesregierung ist es, den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Standard der bäuerlichen Menschen an jenen der anderen Bevölkerungsgruppen heranzuführen und jede Benachteiligung zu beseitigen. Das gilt vor allem auch für die schulische und außerschulische Ausbildung sowie für die noch offenen sozialpolitischen Probleme.“

Die gleiche Aussage, ich will sie nicht neuerlich verlesen, 1971, nur der Schlußsatz lautet etwas anders. Das waren die Aussagen der sozialistischen Alleinregierung, es war dann schon die Aussage der sozialistischen Alleinregierung zur Agrarpolitik. Und im Jahre 1975 auf den schon wiederholt zitierten 120 Seiten der Regierungserklärung im Grunde genommen die gleichen Aussagen, nur mit anderen Worten, und vor allem mit viel mehr Worten. Denn es sind fast sieben Seiten, die der Landwirtschaft gewidmet sind, um darüber hinwegzutäuschen, daß es im Grunde genommen ja doch eine Liste der Versäumnisse ist. Denn es wird damit aufgezeigt, was alles noch nicht gemacht wurde oder gemacht werden konnte. Es wurde heute gesagt, eine Regierungserklärung ist nur eine Absichtserklärung. Darüber kann man streiten. Aber es sind nur Absichtserklärungen, die in den meisten Fragen in keiner Weise konkret werden.

Per Saldo ist festzustellen, die Regierung Kreisky I und II ist uns auf dem Gebiet der Agrarpolitik vieles schuldig geblieben. *(Abg. Dr. Gruber: Alles!)* Nein, ich bin gar nicht so! Denn wir Freiheitlichen, Dr. Gruber, haben uns immer dadurch ausgezeichnet, daß wir seriös in allen unseren Wortmeldungen waren, und Erfolge, soweit sie überhaupt vorhanden sind, durchaus zu würdigen in der Lage waren.

Meißl

Es mag auch so sein, daß die Verantwortlichen für das Agrarressort durchaus tüchtige Leute sind, wie der Herr Bundesminister, aber es ist halt die Frage zu stellen, ob er die Politik, die er gern machen möchte, auch immer machen kann. Es hat sich in der letzten Zeit wiederholt gezeigt, daß er mit seinen Ansichten nicht immer den Beifall des Bundeskanzlers gefunden hat. Es ist in den letzten fünf Jahren eben das nicht erreicht worden, was sich die Regierung Kreisky I und II auf diesem Gebiet vorgenommen hat.

Meine Damen und Herren! Das betrüblichste ist, daß die vorhandene Disparität, die ja zweifelsohne in weiten Bereichen des ländlichen Raumes gegeben ist, in keiner Weise abgebaut werden konnte, daß es immer noch die Notstandsgebiete, wenn ich sie so bezeichne, vor allem an der Grenze gibt. Die Gebiete, die durch eine bessere Struktur von Haus aus bessere Möglichkeiten haben, waren gegenüber den anderen im Vorteil. Also die Solidarität, die auch hier wirksam werden sollte, war in keiner Weise zu erreichen, und das ist auch im Grunde genommen geblieben. Ich muß in diesem Zusammenhang nur noch einmal und wieder einmal feststellen, daß das natürlich auch Versäumnisse der ÖVP sind, die die Sozialisten übernommen haben und in keiner Weise besser lösen konnten.

Meine Damen und Herren! Wenn es ein Eingeständnis für das Nichterreichen der gesetzten Ziele gibt, so ist es doch in der Regierungserklärung schon in den ersten Sätzen festzustellen. Denn was soll es sonst heißen, wenn hier steht: „Die Land- und Forstwirtschaft steht noch immer in einem umfassenden Anpassungs- und Veränderungsprozeß“ – also noch nichts in dieser Richtung gelungen –, „zu dessen Bewältigung wirtschaftliche, soziale und regionalpolitische Maßnahmen erforderlich sind. Das in der Regierungserklärung 1971 bereits entwickelte und seither bewährte agrarpolitische Instrumentarium soll weiter ausgebaut werden.“ – Es ist das agrarpolitische Instrumentarium, das man zum Teil von der ÖVP übernommen hat. Das muß festgestellt werden. Dazu kamen eben nur ein paar neue Dinge, wie das Bergbauern-Sonderprogramm und Ansätze in bestimmten Richtungen, ich komme noch darauf, die nicht zum Ziel geführt haben. – „Den spezifischen Funktionen der einzelnen Produktionsgebiete sowie der Voll-, Zu- oder Nebenerwerbsbetriebe wird die Bundesregierung durch eine differenzierte Land- und Forstwirtschaftspolitik Rechnung tragen.“ Also im Grunde genommen die Feststellung: Es ist nicht viel geschehen, wir wollen es erst machen, wir wollen es eben in der künftigen Periode tun.

Und da gibt es dann noch viele Passagen, die wir schon von früher her kennen, vom Jahr 1970

und 1971: Verbesserung der Lebensbedingungen, Verbesserung der Einkommen, Verbesserung der Agrarstruktur, Rationalisierung und Modernisierung der Betriebe, Ausbau der ländlichen Infrastruktur, Modernisierung der Agrarmarktordnung und dergleichen mehr. Diese Fragen, diese Passagen findet man immer wieder in der Regierungserklärung. Ich will darauf nicht näher eingehen.

Interessant wird es nur dann, wenn man in der Regierungserklärung andere Passagen vorfindet. Man kann meinen, hier wird vielleicht doch etwas angekündigt, wenn es heißt: „... für die in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Menschen Lebensbedingungen zu schaffen, die es ihnen attraktiv erscheinen lassen, weiterhin im ländlichen Raum zu bleiben.“ Das ist schon das einzige: „attraktiv“. Aber was hier konkret geschehen soll, wird nicht einmal angedeutet.

Dann ist wieder von der „Pflege und Erhaltung der Kulturlandschaft“ die Rede, ein Stehsatz, der sich wieder überall findet, wobei wir meinen: Gott sei Dank für die Landwirtschaft und für den ländlichen Raum ist man darauf gekommen, daß die Industrie, im Grunde genommen die Industriegesellschaft, daranging, die Lebensgrundlagen zu zerstören. Man erkannte noch rechtzeitig, daß hier bestimmte Gegenmaßnahmen zu setzen sind.

Dann wird es noch interessanter: „Die Bundesregierung wird die Bergbauern- und Grenzlandpolitik verstärkt fortsetzen, mit dem Ziel, die bestehenden regionalen Einkommensdisparitäten zu überwinden.“ Sehr lobenswert, gefällt uns ausgezeichnet. Nur, was ist geschehen? In einzelnen Ländern ist etwas geschehen.

Herr Bundesminister – jetzt ist er wieder weg, aber der Herr Staatssekretär ist da –, ich hätte wirklich eine konkrete Frage – Sie wissen, ein altes Steckenpferd von mir –: Was geschieht für die strukturell schwachen Gebiete in der Steiermark? Es gibt bekanntlich ein Grenzlandsonderprogramm. Ich habe deswegen wiederholt hier im Haus den Bundesminister, auch andere Minister, befragt, aber nur unvollkommene Antworten bekommen. Im Wahlkampf in der Steiermark, wo dieses Thema auch eine gewisse Rolle gespielt hat, gab es dann eine Gegenerklärung der Kammer, die gesagt hat: Schuld ist die Bundesregierung.

Meine konkrete Frage, Herr Staatssekretär – bitte, das dem Herrn Bundesminister zu übermitteln –: Wie schaut es jetzt wirklich aus? Wer ist daran schuld, daß in der Steiermark seit zwei Jahren, zumindest seit einem Jahr, kein Grenzlandsonderprogramm durchgeführt werden kann. Hier würde ja die Möglichkeit einer gemeinsamen Aktion bestehen, das ist ja bekannt. Bund-Land könnten zusätzliche Mittel

Meißl

für die strukturell schwachen Gebiete an der Grenze einzusetzen. Ich würde bitten, daß diese Frage einmal beantwortet wird.

Das zweite ist natürlich die heute wiederholt aufgeworfene und auch kritisierte Frage: Was versteht man unter „Änderung des agrarischen Förderungssystems“? Herr Staatssekretär, Sie wissen das auch. Wir haben hier wiederholt urgiert, daß im ganzen Förderungssystem, im ganzen Förderungswesen unserer Meinung nach durchaus berechtigt Fragen zu überprüfen sind. Nur, mit der bloßen Ankündigung ist es unserer Meinung nach nicht getan, denn die Ankündigung stand auch 1970, 1971 drinnen, und geschehen ist im Grunde genommen nichts.

Die schon zitierte Bundesprüfungskommission ist unserer Meinung nach keine Lösung, denn sie kann diese Aufgabe – die wir für notwendig und richtig erachten, das möchte ich ausdrücklich feststellen – schon allein von der Konstruktion her nicht durchführen. Hier wird zu überlegen sein, und das ist die Aufforderung und die Bitte an das Agrarressort, was hier in dieser Richtung wirklich in nächster Zeit – nicht in den nächsten Jahren – geschehen soll.

Der Herr Handelsminister hat heute auch schon in einem anderen Zusammenhang darüber gesprochen, hat hier auch in agrarischen Fragen eine Aussage gemacht, denn er ist ja bekanntlich auch mit Agrarproblemen vertraut. Er hat ja seinerzeit die Minister immer als „Agrarminister“ bezeichnet, wie Ihnen ja sicherlich noch bekannt sein wird. Also das ist eine konkrete Frage, die wir Freiheitlichen beantwortet wissen wollen. Zur Agrarmarktordnung habe ich schon zitiert.

Dann gibt es noch Passagen über die überbetriebliche Zusammenarbeit und die Maschinenringe. Das sind doch im Grunde genommen alte Hüte, meine Damen und Herren. Wir Freiheitlichen nehmen für uns in Anspruch, daß auf diesem Gebiet freiheitliche bäuerliche Funktionäre bahnbrechend waren, daß in Kärnten in bestimmten Gebieten die Frage der Maschinenringe und der überbetrieblichen Zusammenarbeit längst schon in die Praxis umgesetzt wurde. Durchaus einverstanden, nur das heute wieder zu strapazieren, scheint uns etwas spät.

Jetzt zu einer Frage, die mich besonders interessiert, weil ich die Probleme auf diesem Gebiet kenne. Es wird davon gesprochen, der Herr Bundeskanzler meint, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften, wie aus Meinungsumfragen hervorgeht, nicht immer ihre Aufgabe der Beschaffung von billigen Betriebsmitteln erfüllen.

Meine Damen und Herren! Wir haben immer

schon den Vorschlag gemacht – hier gibt es ein ganz einfaches Mittel; hier wird der Herr Generalsekretär Dr. Mussil eine Freude mit mir haben –, die Wettbewerbsbedingungen zwischen Handel und Genossenschaften gleichzustellen, das heißt, die Chancengleichheit herzustellen. Da wird sich sehr rasch herausstellen, daß wegen der Konkurrenzsituation die Preise der landwirtschaftlichen Betriebsmittel sicherlich eine Korrektur nach unten erfahren werden. *(Abg. Dr. Mussil: Das ist vor vier Jahren geschehen! Das haben Sie übersehen!)* Ja, aber Sie haben ja nichts dagegen getan, Herr Generalsekretär. *(Abg. Dr. Mussil: Wir haben es gemacht in Ihrem Sinn!)* Ja, da ist ja nichts geschehen. Sie sind ja angeblich der oberste Vertreter dieser Gruppe, der Stabschef, kann man sagen. *(Abg. Dr. Mussil: Was wollen Sie denn noch?)*

Die Praxis schaut aber anders aus, Herr Generalsekretär. Die Praxis schaut so aus, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften auf diesem Gebiet schön langsam den Handel auffressen, so schaut es aus, und damit die natürliche Konkurrenz ausgeschaltet wird – schauen Sie in der Steiermark, schauen Sie in der Oststeiermark, ich sehe sogar einen Kollegen oben aus meinem Bezirk, der wird das auch wissen –, daß der Handel auf diesem Gebiet langsam den Genossenschaften weichen muß. Ob das für den Betroffenen, für den Bauern gut ist, ist eine andere Frage. Wir meinen, daß die Konkurrenzsituation hier das beste Mittel wäre, um zu regulieren.

Es haben verschiedene Redner, auch unser Parteiohmann, die Stelle der Regierungserklärung zitiert, die sich mit der von allen zugegebenen und immer wieder strapazierten Frage der Benachteiligung der Bäuerin im ländlichen Raum befaßt. Diese kann wegen ihrer Arbeitsaufgabe den sozialen Schutz, den andere genießen können, nicht genießen.

Hier wird angekündigt: „Die Bundesregierung wird darum bemüht sein, durch ihre Aktivitäten die Lage der Bäuerin zu erleichtern.“ Hier wird es darum gehen, konkret zu sagen – und das geht jetzt wirklich an die Regierung, an den Herrn Bundeskanzler, es ist ja seine Regierungserklärung –, was für Aktivitäten das sind. Hier wird man in Kürze vorzulegen haben, was hier geschieht. Es darf nicht nur bei schönen Worten, die sich sehr schön lesen, allein bleiben.

Die letzten Worte der Regierungserklärung zum Kapitel Landwirtschaft sind dann dem Forstwesen gewidmet. Ich möchte mir ersparen, etwas dazu zu sagen. Wir haben gemeinsam – das ist ja auch ein Beispiel für die Kooperationsbereitschaft aller drei Fraktionen – ein Forstge-

Meißl

setz verabschiedet, das am 1. 1. 1976 in Kraft treten wird. Wir hoffen – ich habe das auch damals in meiner Wortmeldung gesagt –, daß der Geist dieses Gesetzes richtig in die Tat umgesetzt wird, damit für alle Beteiligten, für den Konsumenten, für den Erholungssuchenden, für den Waldbesitzer oder für den, der aus beruflichen Gründen den Wald aufzusuchen hat, die entsprechenden Schutzmaßnahmen, der entsprechende Erholungswert sichergestellt wird. Hier wird es darauf ankommen, daß dieses Gesetz, das, wie ich glaube, im Grunde genommen ein gutes Gesetz ist, weil es gegenüber der Regierungsvorlage in den Verhandlungen durch die Mitwirkung der beiden Oppositionsparteien doch in bestimmten Punkten wesentlich verändert werden konnte, ein brauchbares Gesetz wird.

Die Sorgen der Forstwirtschaft liegen momentan natürlich auf dem Holzsektor, im konkreten bei den Holzpreisen. Hier wird man darüber nachdenken müssen, wie man eine ausgewogene Preispolitik auf diesem Gebiet in Zukunft vielleicht sicherstellen oder initiieren kann, damit nicht so riesige Preisschwankungen eintreten, wie zum Beispiel durch den Verfall des Holzpreises, was natürlich für viele Sägewerksbetriebe und natürlich auch für den Verkäufer, für den Bauern, der, weil er eben verkaufen muß, weil er das Geld braucht, zu diesen niedrigen Preisen verkaufen muß, zu einer Existenzfrage geworden ist.

Meine Damen und Herren! In die Regierungserklärung zur Frage der Land- und Forstwirtschaft gehört ja auch das soziale Gebiet; es wurde heute schon wiederholt angezogen. Meine Damen und Herren, das ist wirklich das betrüblichste Kapitel. Ich möchte es sehr kurz fassen. Der schon zitierte Kampf gegen die Armut auf diesem Gebiet (*Abg. Dr. Gruber: ... hat nicht stattgefunden!*) – hat sicherlich nicht stattgefunden – ist im Grunde genommen – ich möchte kein stärkeres Wort gebrauchen – für eine sozialdemokratische Regierung wirklich keine Empfehlung. Denn wenn man nachliest: „Sozialpolitik in der heutigen Zeit ist nicht mehr nur Arbeitnehmerschutzpolitik, sondern ein dringendes Anliegen aller Berufstätigen und ihrer Familien. Sozialpolitische Verbesserungen beruhen auf dem Bekenntnis zur solidarischen Riskengemeinschaft und der Bereitschaft zu sozialer Hilfe durch die Allgemeinheit.“ – In Ordnung, ist zu unterstreichen. Aber wie sieht es wirklich aus, meine Damen und Herren?

Dann heißt es weiter: „Schrittweise Leistungsverbesserungen im Pensionsrecht, wie beim Hilflosenzuschuß und im bäuerlichen Zuschußrentenrecht.“

Zwei Ziffern, sie wurden noch nicht genannt,

glaube ich, möchte ich heute nur nennen: Seit dem Jahre 1970 sind 30.000 Zuschußrentner verstorben. Jetzt sind es noch rund 55.000. Es wäre höchst an der Zeit, daß hier die Wahlversprechen, die nämlich konkret abgegeben wurden in diesem Punkt, mit einem schrittweisen Plan, aber mit 1. 1. 1976 ihre Erfüllung finden, damit die Ärmsten in unserem Lande auch zu ihrem Recht kommen. Es kann sonst so sein, daß es ein neues Proletariat gibt; ich habe das schon einmal hier im Hause gesagt. Mit Erfolg ist das Proletariat der Arbeiterklasse überwunden worden. Wir begrüßen das. Aber es droht ein neues Proletariat im ländlichen Raum, im strukturschwachen Raum und auch im Kleingewerbe, dort, wo die Rolläden runtergehen und der Erlös eines langen Lebens voll Arbeit im Grunde genommen eine dürftige Pension ist, ohne noch mit irgendwelchen Rücklagen einen verdienten Lebensabend sicherstellen zu können.

Hier die Frage an den Sozialminister, im besonderen aber auch an den Herrn Bundeskanzler: Was geschieht in der Frage der Zuschußrentner konkret? Seit vier Jahren wird versprochen. Hier ist es keine Frage, daß man diese Zuschußrentner – es wurde heute schon gesagt – letzten Endes der Fürsorge überantwortet. Das ist ein echtes Armutszeugnis.

Hohes Haus! 120 Seiten Regierungserklärung von Dr. Kreisky sagten – das wurde heute wiederholt gesagt – im allgemeinen für jeden etwas. Sogar das von Dr. Taus zitierte Datenschutzgesetz fand sich dann auch noch in der Regierungserklärung, wie man nachlesen konnte. Also für jeden etwas, meistens nur Unverbindliches. Aber diese nächsten vier Jahre werden ja sicher, meine Damen und Herren, von der Diktatur der leeren Kassen bestimmt. So sieht es in Wirklichkeit aus, weil man eben ein Sprichwort, das ich etwas modifizieren möchte, nicht befolgt hat, das eben sagt: Spare in der guten Zeit – und es waren gute Jahre –, dann hast du, wenn du es notwendig brauchst – und jetzt bräuchte man es –, etwas zuzusetzen. Das hat diese Regierung nicht gemacht, darum ist sie auch an dem finanzpolitischen Dilemma schuld. Hier kann man nur sagen, es ist Eigenverschulden. Herr Bundeskanzler, jetzt sind Sie am Wort, diese Probleme zu lösen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Mock. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Mock** (ÖVP): Meine Damen und Herren! Die Besetzung der Regierungsbank, bei allem Respekt vor dem Herrn Außenminister, war in den letzten eineinhalb Stunden so, als ob wir die zweite Novelle des Visa-Abkom-

Dr. Mock

mens mit Obervolta zu behandeln hätten und nicht eine Regierungserklärung.

Auch darin, Herr Bundeskanzler, kommt ein gewisser Respekt vor dem Parlament zum Ausdruck: Ob man sich vor der wichtigsten Erklärung der Bundesregierung am Beginn einer Legislaturperiode dem Parlament stellt, vielleicht auch reagiert auf das, was die Abgeordneten hier sagen oder fragen, oder ob man das großzügig in einem königlichen Stil negligiert. Das nur an den Anfang gestellt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die Regierungserklärung möchte ich unter der doppelten Aufgabenstellung einer parlamentarischen Opposition behandeln, nämlich einerseits eine kritische Kontrolle der Bundesregierung sicherzustellen und natürlich auch jene Schwerpunkte unserer Politik darzustellen, wo wir glauben, daß im Interesse des wirtschaftlichen, sozialen und bildungspolitischen Fortschritts politische Entscheidungen in den kommenden vier Jahren herbeigeführt werden sollen.

Wenn ich die Regierungserklärung differenziert beurteile, so gibt es hier Aussagen, die für uns nicht akzeptabel sind, weil sie einfach vom sozialistischen Gedankengut geprägt sind. Das ist sicher sehr oft versteckt. Es ist auch gar nicht so attraktiv, sich offen zum Sozialismus zu bekennen; man macht es daher in einer etwas versteckten Art und Weise.

Hier auch gleich eine Bemerkung zu meiner Feststellung, auf die der Abgeordnete Fischer heute Bezug genommen hat, dem Herrn Bundeskanzler sei es gelungen, am 5. Oktober und in den Monaten vorher die politische Mitte zu besetzen. Es war richtig zitiert. Ich anerkenne die taktische Leistung des Herrn Bundeskanzlers, die ihm hiebei gelungen ist. Ich habe bewußt gesagt, es ist Dr. Kreisky gelungen, und nicht: dem Sozialismus. Der Sozialismus hat nämlich noch nie die politische Mitte gefunden! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Von Dr. Kreisky war es Taktik, in einem gewissen Sinn Täuschung der Öffentlichkeit. Er hat eine ganze Reihe von entscheidenden gesetzlichen Projekten ja nicht in der letzten Regierungserklärung bekanntgegeben: Die Umwandlung des Rundfunks in einen Regierungsrundfunk, die Fristenlösung, die dann beschlossen wurde. Ihm ist die Täuschung sicher auch gelegentlich dadurch gelungen, daß er einfach sozialistische Grundsätze beiseite gelassen hat. Denn auch sozialistische Grundsätze bedeuten, wenn es eine Mehrheitsbildung erfordert, für den Bundeskanzler nicht sehr viel. Auch das möchte ich hier unterstreichen.

Es gibt einen zweiten Bereich der Regierungs-

erklärung, wo Diskussionswerte, Vorstellungen enthalten sind, zum Beispiel die Bildung eines außenpolitischen Rates, ein Vorschlag, den der Abgeordnete Scrinzi ja vor vier Jahren hier im Nationalrat gemacht hat.

Und es gibt letztlich Bereiche, meine Damen und Herren, die nichts aussagen, Schönfärberei sind und die höchstens Gegenstand von Spekulationen, aber nicht von Diskussionen sein können.

Ein Charakterzug zieht sich durch die ganze Regierungserklärung: Die Regierungserklärung ist genauso wie die Politik des Bundeskanzlers von einem Höchstausmaß an Opportunismus gekennzeichnet, ja sehr oft auch von Grundsatzlosigkeit; vielleicht ist dieses Wort besser am Platz.

Da zitiert der Bundeskanzler das Hainfelder Programm, um seine etwas dubiose und zweifelhafte Formel vom natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes zu stützen. Zu dieser Formel ist ja einiges gesagt worden. Wir haben unter anderen ungünstigen Zeiten sehr ähnliche mißbräuchliche Formulierungen gehört, Herr Bundeskanzler, hier sollte man etwas vorsichtiger sein!

Aber wenn Sie dann nur einige Seiten später in Ihrer Regierungserklärung meinen, das Schwergewicht der Besteuerung werde unter Beachtung einer entsprechenden sozialen Differenzierung bei den indirekten Steuern liegen, zitieren Sie das Hainfelder Programm nicht. Wie heißt es dort, meine Damen und Herren? – Die indirekten Steuern sind ein Mittel der Ausbeutung und der Täuschung des arbeitenden Volkes. Wir verlangen ihre Beseitigung und die Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer.

Das ist Opportunismus: Einmal zitiert man, einmal vergift man es. Wie man es gerade braucht! *(Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)*

Das könnte man ja fortsetzen bis herauf zum sozialistischen Parteiprogramm des Jahres 1958, wo es heißt, daß Verbrauchssteuern Familien besonders hart treffen, bis zum Ökonomischen Programm 1968, wo auch, allerdings etwas differenziert, die Aussage gemacht wird: Das gegenwärtige System der indirekten Steuern wirkt unsozial. – Jetzt benötigt man es, um die Löcher des Finanzministers zu stopfen, und hebt, ohne zu zögern, einen überhöhten Mehrwertsteuersatz noch um 2 Prozent an.

Es gibt immer wieder philosophische Diskussionen über den Satz: Der Zweck heiligt die Mittel. – Herr Bundeskanzler! Bei Ihrer Politik hat man sehr oft den Eindruck, daß diese Maxime auch bei Ihnen Pate steht.

Dr. Mock

Ich darf noch ein drittes Beispiel erwähnen. Der Herr Bundeskanzler redet hier von der Stärkung der Stellung der Personalvertreter und sagt, daß die Novelle zum Bundes-Personalvertretungsgesetz gleichermaßen den Errungenschaften des Arbeitsverfassungsgesetzes Rechnung trägt.

Das ist völlig falsch, Herr Bundeskanzler! Die Sozialistische Partei hat 1967 gegen die Mitbestimmung der Personalvertreter gestimmt, und Sie haben auch bei der letzten Novelle dieses Gesetzes den Personalvertretern im öffentlichen Dienst wichtige Rechte vorenthalten, die Gegenstand und Teil der Arbeitsverfassung sind.

Warum haben Sie das gemacht? – Aus rein opportunistischen Gründen. Ihnen geht es gar nicht um Mitbestimmung, um mehr Mitentscheidung des einzelnen Menschen, um mehr Mitverantwortung. Das hat nur dort einen Sinn, wo es Ihrer Partei oder Gruppierungen Ihrer Partei mehr Macht bringt. Immer steht das Machtmotiv hinter den einzelnen Entscheidungen der Sozialistischen Partei und auch Ihrer persönlichen Politik.

Man muß dem Fraktionsobmann der deutschen Sozialisten Wehner dankbar sein, daß er sozusagen nicht zuletzt auch zur Motivation des Godesberger Programms im Jahre 1959 gesagt hat: Es geht uns dabei um etwas, was für die Sozialdemokraten auch in Auseinandersetzung mit anderen sozialistischen Richtungen immer so wesentlich war: die politische Macht zu erringen.

Das ist das Wichtigste, Herr Bundeskanzler: das ist die zentrale Motivation. Wenn Sie von Demokratisierung reden, geht es Ihnen um mehr Macht und nicht um mehr Demokratie, wie wir es verstehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hier, Herr Bundeskanzler, ein sehr ernstes Wort zu einer sehr ernstesten Frage. Ich bezeichne es auch als Grundsatzlosigkeit, denn ich nehme nicht an, daß dieses Verhalten mit Ihren offiziellen Grundsätzen in Übereinstimmung steht, als Mißachtung elementarster demokratischer Rechte, wenn Arbeitnehmer in Österreich immer wieder wegen ihres politischen oder gewerkschaftlichen Bekenntnisses einem Gewissensdruck ausgesetzt, das heißt immer wieder von sozialistischen Funktionären unter Druck gesetzt werden. Es wird die Arbeitsmarktsituation und die Sorge um den Arbeitsplatz systematisch als Instrument des kollektiven und auch des individuellen Terrors in unseren Betrieben verwendet. Das muß hier im Nationalrat einmal ausgesprochen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie, Herr Bundeskanzler, haben heute, als Kollege Busek von parteipolitischer Personalpo-

litik gesprochen hat, überheblich eine Handbewegung gemacht und gemeint, man solle Fälle aufzählen, wo das passiert ist. Ich darf hier nochmals in Erinnerung rufen, daß Sie am 6. Juni 1966 hier gesagt haben, Sie werden Stunden um Stunden die Listen jener Staatsbürger verlesen, die wegen ihres politischen Bekenntnisses als Sozialisten durch eine ÖVP-Alleinregierung Nachteile erleiden. – Sie haben in keiner einzigen Stunde auch nur eine einzige Liste in vier Jahren verlesen können.

Wir hingegen haben hier eine ganze Reihe von Fällen behandelt und erleben draußen immer wieder fast monatlich den Terror sozialistischer Funktionäre gegen Arbeitnehmer mit einem anderen gewerkschaftlichen Bekenntnis. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Brauneis: Wo? – Rufe bei der SPÖ: Siehe Niederösterreich! – Weitere Rufe bei der SPÖ: Wo? Wo?)* Herr Bundeskanzler! *(Abg. Sekanina: Wo haben Sie bei den Betriebsratswahlen einen Erfolg erzielt? Die schwersten Niederlagen haben Sie erlitten! Ihre Politik hat keine Resonanz! – Präsident Probst gibt das Glockenzeichen.)* Ja bei den Zwischenrufen sind Sie ja ganz gut, Herr Abgeordneter Sekanina, das haben Sie ja schon bewiesen. *(Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.)*

Präsident **Probst** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte den Abgeordneten fortzusetzen.

Wenn eine Beleidigung gefallen ist – ich habe sie nicht gehört –, bitte mir das zu melden. *(Abg. Sekanina: Permanent haben Sie verloren, Herr Dr. Mock! Sie und Ihr ÖAAB!)*

Abgeordneter Dr. **Mock** *(fortsetzend)*: Sie brauchen ja Ihre Qualifikation als Schreier nicht mehr unter Beweis zu stellen. Das kennen wir bereits, Herr Abgeordneter Sekanina! *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Sekanina: Wo haben Sie gewonnen? – Abg. Dr. Gruber: Bei der Arbeiterkammerwahl!)*

Herr Bundeskanzler! Um nur einige Beispiele zu nennen: Lesen Sie das Protokoll vom 5. Dezember 1972, als hier Herr Abgeordneter Burger einen Fall vorgebracht hat, bei dem ein Arbeiter, Familienvater von vier Kindern, gekündigt wurde, weil er für die Fraktion Christlicher Gewerkschafter kandidiert hat. Er mußte wieder eingestellt werden. *(Abg. Sekanina: Herr Dr. Mock, Sie lügen! – Rufe bei der ÖVP: Ordnungsruf!)* Erkundigen Sie sich.

Präsident **Probst** *(das Glockenzeichen gebend)*: Herr Abgeordneter Sekanina! Ich erteile einen Ordnungsruf für das Wort „lügen“. *(Abg. Kern: Er ist schon wieder angesoffen, der Sekanina!)*

Präsident Probst

Herr Abgeordneter Kern! Auch einen Ordnungsruf wegen Ihrer Bemerkung. *(Rufe bei der SPÖ: Unerhört!)*

Herr Abgeordneter Mock, bitte fortzusetzen.

Abgeordneter Dr. **Mock** *(fortsetzend)*: Erkundigen Sie sich zum Beispiel in der Papierfabrik Neusiedler, wo Kollegen gekündigt wurden, weil sie für uns kandidiert haben.

Hier noch, meine Damen und Herren, ein besonders gravierender Fall: Ein Arbeiter, schwerer Invalide, er hatte einen Schonposten in der Werkzeugausgabe der Alpine, namens W. K., ich möchte den Namen nicht voll aussprechen, bin aber bereit, ihn zur Verfügung zu stellen. *(Ruf bei der SPÖ: Feigheit!)* Am Donnerstag wurde eine Liste abgegeben. Am Montag war dieser schwerinvalide Arbeitnehmer in einen vollen Arbeitseinsatz versetzt.

So werden systematisch Arbeitnehmer unter Druck gesetzt, weil sie die Rechte der Betriebsdemokratie in Anspruch nehmen. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP. - Abg. Brauneis: Und das unter einem ÖVP-Werksdirektor!)* Sie, Herr Abgeordneter Brauneis, sollten als Betriebsrat für alle Arbeitnehmer eintreten; nicht da Zwischenrufe machen. Nehmen Sie das zur Kenntnis! *(Beifall bei der ÖVP. - Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst** *(das Glockenzeichen gebend)*: Bitte, Herr Abgeordneter Mock. Ich bitte Sie, weiterzureden.

Abgeordneter Dr. **Mock** *(fortsetzend)*: Herr Präsident: Da muß ich die Möglichkeit dazu haben. *(Abg. Dr. Gruber: Herr Präsident! Es ist Ihre Aufgabe, ihm die Möglichkeit zu verschaffen! - Abg. Libal: Schreien Sie nicht immerso!)* Entgegen Ihrer Praxis, Herr Bundeskanzler - Sie waren unfähig, einen einzigen Fall aufzuzählen -, werden wir in Zukunft jeden einzelnen Fall hier zur Sprache bringen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Seit es Parlamente gibt, Hohes Haus, war es immer die vornehmste Aufgabe, für die Grund- und Freiheitsrechte der einzelnen und für die Ausübung der demokratischen Rechte einzutreten. Und das werden wir auch gegen die Sozialisten machen. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Aber für diese opportunistische Haltung, Herr Bundeskanzler, könnte man noch viele Beispiele aufzählen. Wo bleibt denn die Demokratisierung der Arbeiterkammern? Sie, Herr Bundeskanzler, haben doch verlangt, jedes Mandat muß gleichviel kosten. Warum unterstützen Sie nicht das Verlangen, warum machen Sie keinen Vorschlag zur Novelle der Arbeiterkammer-Wahlordnung? Seit einem Jahr wird das syste-

matisch verzögert, obwohl man für ein Mandat im Angestelltenbereich 30 Prozent mehr Stimmen benötigt als im Arbeiterbereich. Warum? - Weil es Ihrer Macht nicht nützt. Das ist immer wieder das einzige Motiv, und nicht die Demokratie. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Damit komme ich zu einem wichtigen Bereich, das ist überhaupt der öffentliche Dienst. Herr Bundeskanzler! Die Praxis der letzten fünf Jahre macht Sie hier völlig unglaublich. Die Glaubwürdigkeit könnten sie nur dadurch wieder gewinnen - und das müssen Sie uns erst beweisen -, wenn Sie sich an das halten, was Sie in Ihrer Regierungserklärung auch schreiben. Sie reden von der Verminderung der Personalstände in den Zentralstellen. *(Abg. Dr. Fischer: Wieviel müssen Sie und der ÖAAB noch verlieren, damit Sie mit diesen Plattheiten aufhören? - Abg. Dr. Gruber: Was Plattheiten sind, bestimmt jetzt Fischer!)* Soweit sind wir noch nicht, daß Sie mir vorschreiben, was ich hier zu sagen habe. Nehmen Sie das zur Kenntnis! *(Starker Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Gruber: Nur nicht so überheblich, wenn man ein paar Tage Klubobmann ist! - Abg. Libal: Sie provozieren hier eine halbe Stunde, Herr Mock! Sie sind überhaupt provokant! - Abg. Dr. Gruber: Wir sollten wohl zuerst ein Wohlverhaltenszeugnis bei Ihnen abgeben, damit wir reden dürfen!)*

Herr Bundeskanzler! Sie haben in fünf Jahren die Anzahl der Dienstposten um 13.000, um rund 5 Prozent, vermehrt. In den Zentralstellen, die Sie jetzt vermindern wollen, haben Sie sie um 11 Prozent vermehrt, und in Ihrer Zentralstelle, dem Bundeskanzleramt, um 20 Prozent. Da kann doch so eine Aussage nicht glaubhaft sein.

Sie reden von einem wesentlichen Anliegen, nämlich der Reform des Dienst- und Besoldungsrechtes. Sie haben die Neuordnung bisher für den 1. Jänner 1976 versprochen, zuerst einen, dann einen anderen Staatssekretär bestellt; bis heute gibt es kein neues Besoldungsschema. Sie haben gesagt: Im Interesse der Demokratisierung werde sich die Bundesregierung auch in Hinkunft der Kommissionen bedienen.

Meine Damen und Herren! Was ist denn das für ein Demokratisierungsinstrument? Kommissionen, die der Herr Bundeskanzler einsetzt, wo er sich Leute hinein Holt, die entweder seine Politik vertreten oder allenfalls für die Auslage Staatsbürger, die keiner Partei angehören? - Das hat mit Demokratisierung überhaupt nichts zu tun! Sie sollten wissen, Herr Bundeskanzler: Demokratie hat vor allem etwas damit zu tun, daß von draußen hinein - oder wenn Sie wollen: von unten hinauf - gewählt wird, und nicht eine Kommission bestellt wird. Das scheint Ihrem Demokratieverständnis fremd zu sein. Demokra-

Dr. Mock

tische Organe werden normalerweise gewählt und nicht eingesetzt.

Das zur Frage der Kommissionitis und der Demokratisierung durch neue Kommissionen.

Sie stellen fest, Herr Bundeskanzler, daß sich die Bezüge im öffentlichen Dienst nach der Lohnpolitik des ÖGB entwickeln sollen. Wie ist das nun, Herr Bundeskanzler: Gibt es eine Lohnpolitik des ÖGB oder, wie der Herr ÖGB-Präsident sagt, gibt es nur eine Lohnpolitik der einzelnen Branchen und Fachgewerkschaften? – Entweder sagt das der Herr ÖGB-Präsident, um sich um den öffentlichen Dienst nicht annehmen zu müssen, oder Ihre Feststellung in der Regierungserklärung ist falsch. Sie wollen eine ÖGB-Lohnpolitik – wie es heißt, zumindest die Inflationsabgeltung; allenfalls auch ein geringer Einkommenszuwachs – und sind nicht einmal bereit, dem öffentlichen Dienst die vertragsmäßig vereinbarte Inflationsabgeltung ab 1. Oktober 1974 zu bezahlen. Sie haben keinen einzigen Schilling vorgesehen für die Inflationsabgeltung für das Jahr 1976. Das sind doch völlig unglaubliche Aussagen! (*Abg. Sekanina: Er erzählt lauter Märchen!*) Das sind keine Märchen, das ist leider Wahrheit. Es gibt ein Abkommen zwischen den vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, wo die Abgeltung der Inflation noch immer offen ist. Wenn Sie es nicht wissen, habe ich es Ihnen wiederholt, Herr Abgeordneter Sekanina. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! Sie gehen einfach nach Ihrem alten Rezept vor: Das Sympathische und Populäre laut zu verkünden, und genau das Gegenteil zu praktizieren. Wir verlangen – und uns fehlt es in der Regierungserklärung – ein umfassendes Verwaltungsreformkonzept: Wo beziehungsweise wann werden Instanzenzüge abgekürzt zur Vereinfachung der Verwaltung? Wo wird mehr Verantwortung an jüngere Beamte übertragen, wodurch auch ein ökonomischer Effekt erzielt würde? Wo bleibt ein modernes Dienstnehmerschutzgesetz, Herr Staatssekretär? Wo sind die Vorschläge zur Rationalisierung in den Betrieben, die im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung geführt werden?

Alles das fehlt. Sie sind nicht zuletzt heute in Schwierigkeiten, weil Sie den Apparat aufgebläht haben. Und heute sind Sie nicht in der Lage, dem einzelnen öffentlichen Dienstnehmer das zu bezahlen, worauf er mit Recht schon wegen der inflationären Entwicklung Anspruch erhebt. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

Herr Bundeskanzler! Nur einige Bemerkungen zur Außenpolitik. Ich hoffe, daß es vielleicht in der neuen Legislaturperiode gelingt, daß sich das Parlament etwas ausführlicher mit Außenpo-

litik beschäftigt als bisher. Es ist ja ein Überrest monarchischer Zeiten, daß man unbewußt die Außenpolitik der Kabinettspolitik überläßt.

Ich möchte hier nur ganz kurz ein Thema anschneiden. Unsere immerwährende Neutralität wurde bewußt nach dem Schweizer Modell gewählt. Das heißt, wir gingen davon aus, daß die Umfassende Landesverteidigung eine wesentliche – nicht eine nützliche, nicht eine sinnvolle – Säule der Sicherheitspolitik ist. Wir müssen feststellen, daß der Stellenwert der umfassenden Landesverteidigung unter Ihrer Kanzlerschaft systematisch abgewertet wird. Sie, Herr Bundeskanzler, reden immer wieder davon, daß die beste Sicherheitspolitik eine gute Außenpolitik ist. Der Ton macht die Musik. Hier relativieren Sie ständig die Landesverteidigung.

Es wird, meine Damen und Herren, immer von der Notwendigkeit und der Verpflichtung zur aktiven Neutralitätspolitik in Friedenszeiten, zur Entspannung gesprochen, und man relativiert dann die Notwendigkeit, sich auf Krisenzeiten vorzubereiten. Was diese aktive Neutralitätspolitik mit der Verankerung in allen möglichen internationalen Gremien, vor allem den Vereinten Nationen anlangt, Herr Bundeskanzler: Keine einzige UNO-Resolution hat in einem Streitfall mit echten Interessenkonflikten bisher gehalten, und auch Österreich würde keine einzige UNO-Resolution und kein Prinzip der Europäischen Sicherheitskonferenz in einem gravierenden Konfliktfall tatsächlich helfen. Das müßten Sie doch selbst zugeben, wenn Sie dazu die Courage hätten!

Die größte Gefahr für die Vereinten Nationen, aber auch für die mittleren und kleineren Staaten ist die illusionäre Überschätzung des Gewichtes der Vereinten Nationen als Garant der Freiheit und der Unabhängigkeit. Das ist ein nützliches Gremium für internationale Kontakte, das ist ein nützliches Gremium, um eine Gesprächsatmosphäre zu schaffen, um Informationen auszutauschen. Es ist kein wirklich haltbares und kein verlässliches Garantie-Instrument für Freiheit und Unabhängigkeit.

Ich möchte das vielleicht in diese Formel kleiden: Sie, Herr Bundeskanzler, haben bisher im Bereich der Landesverteidigung auf Hausse, auf Konfliktfreiheit spekuliert. Sie haben mit dieser Spekulation bisher recht behalten. Unsere Unabhängigkeit und Freiheit ist mir aber zu viel wert, um einen Gegenstand politischer Spekulation zu bilden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das, meine Damen und Herren, zu diesem Thema.

Was den Bereich der Sozialpolitik anlangt: Uns fehlt der gesellschaftspolitische Rahmen in der Regierungserklärung. Warum die Aufrei-

Dr. Mock

hung einer ganzen Kette sozialpolitischer Anliegen, gerade dieser und nicht anderer? – Es fehlt hier der gesellschaftspolitische Hintergrund.

Uns scheint auch der Begriff „Sozialpolitik“ zu eng, nur in einem materiellen Sinn interpretiert zu sein. Ich möchte es hier an die Spitze stellen und durchaus anerkennen, daß die Sicherung der Vollbeschäftigung, die Sicherung der Arbeitsplätze als Ziel uns beiden ident ist, daß sich aber bei den Instrumenten und beim Weg, dieses Ziel sicherzustellen, die Gegensätze zeigen.

Wir glauben nicht daran, was in Ihrem politischen Raum beheimatet ist, daß Inflation ein Instrument zur Sicherung der Arbeitsplätze darstellt. Im Gegenteil: Die nationale und die internationale Entwicklung zeigt, daß Inflation zumindest mittelfristig zum Abbau der Vollbeschäftigung führt. Wir glauben, daß ausschließlich eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik, die vor allem unsere Wettbewerbsfähigkeit am internationalen Markt sicherstellt, die beste Sicherstellung auch der Vollbeschäftigung ist. Dabei ist mir bewußt, daß die derzeitige wirtschaftliche Entwicklung auf das Tempo der Verwirklichung und auch auf die Reihenfolge der Verwirklichung sozialpolitischer Anliegen einen Einfluß hat und uns auch eine gewisse selektive Vorgangsweise nahelegt.

Wir freuen uns, daß Sie auch unsere Pläne zur Lebensqualität, wie heute schon einmal in anderem Zusammenhang bemerkt wurde, genau studiert haben und daß Sie an die Spitze Ihres Katalogs den Schutz älterer Arbeitnehmer gestellt haben. Wir haben ihn hier und in der Öffentlichkeit seit dem Jahr 1972, also drei Jahre lang, gefordert. Sie haben es nicht akzeptiert, haben keine einzige diesbezügliche Regierungsvorlage eingebracht. Vielleicht greifen Sie jetzt zu, wenn Sie es in der eigenen Regierungserklärung stehen haben, und lösen dieses Problem. Es sind nämlich nun einmal die älteren Arbeitnehmer, die als erste wieder zum Handkuß kommen, wenn es zu einem Abbau von Arbeitskräften kommt.

Als zweites Anliegen steht für uns auch jener Beschluß der Volkspartei vom September 1973 im Vordergrund: Eine Woche Urlaub mehr. Das wurde damals von den Sozialisten abgelehnt; es hat geheißen, Sie wollen eine Arbeitszeitverkürzung. Dann hat Präsident Hrdlitschka von der Arbeiterkammer gesagt: Eine Woche mehr Mindesturlaub. Das ist in Ihrer Regierungserklärung ausgeweitet worden. Ob wir das auf einmal oder in Etappen verwirklichen können: Wir haben einen Vorschlag gemacht, der auch alle jene Arbeitnehmer berücksichtigt, die heute schon auf Grund ihrer persönlichen Qualifikation oder der Dauer ihrer beruflichen Tätigkeit

einen höheren Urlaubsanspruch als drei Wochen erworben haben; und bei dem bleiben wir auch. Das hebt sich wieder einmal ab von dem grundsätzlich nivellierenden Vorschlag der Sozialisten: Eine Woche mehr Mindesturlaub!, der eben die anderen, die sich qualifiziert haben, die länger tätig waren, nicht berücksichtigt.

Kein einziges Wort, Herr Bundeskanzler, über die berufstätige Frau. Über eine Million berufstätige Frauen! Sie finden es in zwei Stunden nicht wert, dazu etwas Ausführlicheres zu sagen: Zu den Problemen, zu der Entlohnung, zu den Schwierigkeiten der Erziehung, zu den bildungspolitischen Fragen. Kein Wort über Kriegsgesopfe und Vertriebene in einer so langen Regierungserklärung. Das alles hat gefehlt.

Ich möchte das hier, Herr Bundeskanzler, nur anmerken. Man wird sich sicher damit noch eingehender beim Kapitel Soziales beschäftigen.

Abschließend zu diesem Bereich eine Feststellung, Herr Bundeskanzler: Sie haben das Vermögensbildungskonzept des 8. ÖGB-Kongresses hier nicht einmal erwähnt. Das kann mir persönlich nur recht sein, denn wir lehnen dieses Konzept, das ein Konzept zur Eigentumsbildung in der Hand einer Interessenvertretung und nicht der Arbeitnehmer ist, ab. Aber daß Sie überhaupt das Anliegen einer möglichst breiten Eigentumsstreuung und Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand nicht erwähnen, damit geben wir uns nicht zufrieden. Wir glauben, daß die Eigentumsstreuung und die Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand, vor allem im gesamten Bereich des Produktivkapitals, eine höhere Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung darstellt.

Für den Sozialismus, meine Damen und Herren, ist es offensichtlich so: Die letzte Stufe ist Eigentumsbildung in der Hand des Staates, gemeinwirtschaftlicher Einrichtungen, der Länder und der Interessenvertretungen. Wir wollen darüber hinausgehen: Als weitere Stufe ein möglichst breiter Mitbesitz der Arbeitnehmer, möglichst vieler Staatsbürger im gesamten Bereich der Wirtschaft. Das finden Sie auch immer wieder in unseren Plänen zur Lebensqualität. Das ist die etwas primitive Art, was Sie als Reprivatisierung interpretieren.

Übrigens, Herr Abgeordneter Marsch, weil Sie heute, glaube ich, diese Walze wieder aufgelegt haben ... (*Abg. Marsch: Das ist keine Walze, sondern ein Faktum!*) Ja, das Faktum. – Ich darf Ihnen ein anderes Faktum sagen: Sie hätten nicht so schnell einen Zwischenruf machen sollen.

Der bekannte Sozialist Dkfm. Heribert Apfal-

Dr. Mock

ter schrieb am 25. April 1970 in der „Arbeiter-Zeitung“:

„Da die finanzielle Flurbereinigung keinen weiteren Aufschub mehr duldet, drängt sich der Gedanke auf, auch im verstaatlichten Bereich die Beschaffung von Eigenkapital zumindest zum Teil durch Ausgabe neuer Aktien vorzunehmen. Um jedoch die weitestgehende Einflußnahme des Staates auch in Zukunft sicherzustellen, könnten nach Erhöhung der Grundkapitalien bis zu 25 Prozent junge, stimmrechtslose, mit einer Vorzugsdividende ausgestattete Aktien an Inländer zu einem Kurs abgegeben werden, der sich sowohl am Substanz- als auch am Ertragswert orientiert.“

Da ist keine Rede von der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, sondern das ist, wenn Sie wollen, eine bestimmte Form der Reprivatisierung, Herr Abgeordneter Marsch. (*Abg. Marsch: Das hat damit nichts zu tun!*) Vielleicht haben Sie das nicht unterscheiden können – das ist durchaus möglich –, aber ich wollte es Ihnen auf alle Fälle zur Kenntnis bringen. (*Abg. Dr. Gruber: Ein Privatissimum für den Herrn Abgeordneten Marsch!*)

Meine Damen und Herren! Wir glauben: Wer mitbestimmen kann, kann auch mitbesitzen. – Herr Bundeskanzler! Kein Wort zur innerbetrieblichen Mitbestimmung, die uns am Herzen liegt, die vorangetrieben werden soll, um partnerschaftliche Strukturen auch in der Wirtschaft zu verwirklichen.

Die Bildungspolitik: Sehr kurz weggekommen. – Aber doch einige Bemerkungen, die uns notwendig erscheinen.

Wir glauben, Herr Bundeskanzler, daß man bildungsökonomische Überlegungen in der Bildungspolitik stärker berücksichtigen muß. Wir müssen uns nicht nur Sorge machen, daß wir möglichst vielen Menschen die Chance der weiterführenden Bildung geben, sondern daß sie auch einen entsprechenden Beruf erhalten. Sonst hat Bildung nur den halben Sinn. Daher glauben wir, daß der Ausbau des Bildungswesens nicht nur nach dem subjektiven Bildungsinteresse, sondern auch nach dem Bedarf an Absolventen bestimmter Bildungseinrichtungen ausgerichtet werden soll.

Herr Bundeskanzler! Wir verlangen eine umfassende Entbürokratisierung des Bildungswesens. Vor allem die Verordnungswelle auf Grund des Schulunterrichtsgesetzes hat zu einer Verbürokratisierung des Schulbetriebes geführt. Unsere Lehrer sind als Pädagogen und nicht zu Beamten ausgebildet worden. Daran sollte sich auch die offizielle Schulpolitik halten!

Wir glauben, daß wir bei den Schulversuchen einen realistischeren und nüchterneren Stil

einschlagen sollten. Die Schulversuche werden für uns nur dann einen Aussagewert haben, wenn sie unter wissenschaftlicher Kontrolle erfolgen und wenn die Versuche unter gleichen finanziellen und personellen Bedingungen stattfinden, wie die traditionelle Schule ihren Betrieb bewältigt.

Im Interesse der berufstätigen Frau werden wir, wo immer es geht, den Schulversuch der Tagesheimschule fördern. Wir vertreten die Tagesheimschule, weil sie den berufstätigen Eltern bei der Erziehung und der Aufsicht ihrer Kinder hilft, weil sie kostengünstiger ist, weil sie den Einwänden der Schulmediziner gegen eine zu starke Unterrichtsbelastung nachmittags Rechnung trägt und weil sie letztlich das Elternrecht respektiert, indem sie eine freiwillige Form der nachmittäglichen Betreuung darstellt.

Die Tatsache, meine Damen und Herren, daß die Tagesheimschule ein besonders großes Echo gefunden haben, obwohl sie erst seit einem Jahr praktiziert wird, ist für uns eine Ermunterung, diesen neuen Schultyp besonders zu fördern.

Wir hoffen auch, daß die Verwirklichung der Teilzeitbeschäftigung für Lehrerinnen nach einer Studie, die der Herr Unterrichtsminister auf Grund der Anträge der Zentrallausschußobmänner Zörner und Fritz-Berghold dankenswerterweise durchgeführt hat, auch in der Politik in den nächsten vier Jahren erfolgt. Es kann kurzfristig Schwierigkeiten geben. Ich glaube, langfristig werden wir dadurch mehr Lehrer gewinnen.

Überhaupt, Herr Unterrichtsminister – weil ich das Vergnügen Ihrer Anwesenheit habe –, möchte ich folgendes sagen: Es ist sicher nicht leicht, aber es wäre eben, glaube ich, für den Unterrichtsminister passend, wenn er sich gelegentlich vor unsere Lehrer stellt, wenn sie der Herr Bundeskanzler wieder einmal als quasi Großverdiener und Halbtagsarbeiter abqualifiziert. Ich glaube, auch das würde zu den Aufgaben eines Unterrichtsministers gehören. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Diese unterschwellige Diffamierung der Lehrerschaft zerstört ja auch die berufliche Motivation. Was wir brauchen, meine Damen und Herren, sind beruflich sehr stark engagierte Lehrer. Ein engagierter Lehrer ist ein doppelt guter Lehrer.

Im übrigen, Herr Bundeskanzler, haben Sie sich hier über die Verschwendung oder über die geringe Sparsamkeit bei den Bundestheatern beklagt. Ihr erster Unterrichtsminister Sinowatz hat umfangreiche Vorarbeiten vorgefunden ... (*Abg. Dr. Gruber: Der zweite!*) Pardon, Gratz. Ich entschuldige mich: Gratz (*Abg. Dr. Gru-*

Dr. Mock

ber: Der ist schon wieder vergessen!) hat umfangreiche Vorarbeiten für ein Bundestheatergesetz vorgefunden. Mich hätte es gefreut, Herr Bundeskanzler, wenn sich Minister Gratz durch ein Bundestheatergesetz verewigt hätte. Versprochen hat er es, gemacht hat er es nicht. Er hat es für den Sommer 1971 versprochen. Bis heute gibt es kein Bundestheatergesetz.

Sie haben im Jahre 1970 polemisiert bei 250 oder 300 Millionen Schilling Defizit. Heute sind es 800 Millionen Schilling. (*Zwischenruf des Bundeskanzlers Dr. Kreisky.*) Nein, nicht einmal 300 Millionen Schilling, Herr Bundeskanzler. Heute sind es 800 Millionen Schilling. Wenn Sie mit Ihrer Kritik der letzten vier Jahre den von Ihnen eingesetzten Generalsekretär Jungbluth abqualifizieren, ist das Ihre Sache.

Was wir wissen wollen und was uns mehr interessiert hätte: Wann kommt das Bundestheatergesetz wieder in das Haus? Wie stehen die Arbeiten? Fast sämtliche Betriebsratsobmänner der Bundestheater haben sich gegen den gegenwärtigen Entwurf ausgesprochen. Wie steht die Regierung dazu? Wie schätzt sie die Meinung der Gewerkschaft? - Hier hätten Sie einige Aussagen machen können; sie sind leider nicht erfolgt.

Was die berufsbildenden Schulen anlangt, Herr Bundesminister, teile ich völlig Ihre Auffassung. Ich glaube, man sollte das sehr forcieren, und man sollte, so leicht es gesagt und so schwer es getan ist, auch der Neigung entgegenwirken, daß man halt nur die billigeren Schulformen verständlicherweise geneigt ist zu bauen - Handelsschulen, Handelsakademien - und weniger die Höheren Technischen Lehranstalten, die natürlich auch mehr kosten. Ich glaube, soweit die Politik in diese Richtung geht, hat sie unsere volle Unterstützung.

Meine Damen und Herren! Kurz zusammengefaßt: Der Herr Bundeskanzler distanziert sich sehr oft auch von den eigenen Grundsätzen. - Ich habe auch auf die Zitierung von Klubobmann Fischer, der vorher nicht da war, Bezug genommen. Man hat oft den Eindruck, der Herr Bundeskanzler schämt sich des Wortes „Sozialismus“. Da wird immer gesprochen von „sozialdemokratisch“ und „Sozialdemokratie“, um den an sich negativen Aspekt des platten Wortes „Sozialismus“ abzudecken. Sie schämen sich ja dieses Wortes, und daher wundert es mich nicht, daß Sie auch immer wieder

versuchen, diese Grundsätze und das Bekenntnis zu dieser Politik in die Ecke und hinter die Spanische Wand zu stellen.

Für mich, meine Damen und Herren, ist das eine Regierungserklärung, die das Bekenntnis zum eigenen politischen Programm, zum Sozialismus ebenso verschämt vermeidet wie den Mut zu profilierten Aussagen, vor allem auch im Bereich der Wirtschaftspolitik. Es ist eine Regierungserklärung, die in einer Zeit, die größere Schwierigkeiten bringt, nicht Sicherheit, sondern Unsicherheit vermittelt.

Es ist letztlich eine Regierungserklärung, die versucht, die mangelnde politische Qualität durch die Quantität ihrer Länge aufzuwiegen. Von uns kann sie schon wegen des teilweise ideologischen Inhaltes keine Zustimmung erhalten. Sie sollte wegen ihrer programmatischen Gesichtlosigkeit selbst für einen engagierten Sozialisten zu billig sein. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Probst: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung der Selbständige Antrag 1/A der Frau Abgeordneten Dr. Marga Hubinek und Genossen betreffend die Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes eingebracht worden ist.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für morgen, Mittwoch, den 12. November, 9 Uhr, mit folgender Tagesordnung ein:

1. Erklärung des Bundesministers für Finanzen zur Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1976 (2 der Beilagen)
2. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (3 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975 abgeändert und ergänzt wird (Bundesfinanzgesetznovelle 1975) (15 der Beilagen)
3. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (4 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem weitere Überschreitungen der Ansätze des Bundesfinanzgesetzes 1975 genehmigt werden (2. Budgetüberschreitungs-gesetz 1975) (16 der Beilagen)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 20 Uhr 40 Minuten